

**Bericht über die örtliche Prüfung
des Jahresabschlusses 2022
der Stadt Ostfildern**

Rechnungsprüfungsamt

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeine Grundlagen	4
1.	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)	4
2.	Jahresabschluss.....	6
3.	Prüfungswesen	7
4.	Überörtliche Prüfung	11
5.	Rechnungsprüfung in Ostfildern	13
II.	Grundsätzliche Feststellungen	16
1.	Vorjahresabschluss 2021 und Abwicklung aus Vorjahren	16
2.	Aufstellung und Vorlage des Jahresabschlusses 2022.....	17
3.	Komponenten des Jahresabschlusses.....	19
4.	Kennzahlen zum Jahresabschluss	20
5.	Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht	21
III.	Prüfung der Haushaltswirtschaft.....	23
1.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	23
2.	Abweichungen in der Haushaltswirtschaft	25
3.	Berichtspflicht – Stand des Haushaltsvollzugs.....	28
4.	Übertragung von Haushaltsansätzen (Ermächtigungsübertragungen)	30
5.	Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft	33
6.	Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre	37
IV.	Prüfung des Jahresabschlusses	38
1.	Die Grundlagen: Buchführung, Summen- und Salden-Liste	38
2.	Die Bilanz	40
3.	Einzelne Aktivposten der Bilanz.....	44
4.	Einzelne Passivposten der Bilanz	56
5.	Erträge der Ergebnisrechnung	60
6.	Aufwendungen der Ergebnisrechnung	66
7.	Ordentliches Ergebnis.....	72
8.	Sonderergebnis	73
9.	Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	74
10.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	75
11.	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	77
12.	Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	79

V.	Prüfung der Kassen	81
1.	Grundlagen der Kassenprüfung	81
2.	Kassenprüfung	82
3.	Anmerkungen zu den Prüfungen bei den Zahlstellen und Handvorschüssen	90
4.	Prüfung von Sonderkassen	91
VI.	Weitere Prüfungen.....	96
1.	Prüfung des Gesamtabchlusses / Erweiterten Beteiligungsberichts	96
2.	Prüfung der Jahresabschlüsse von den Eigenbetrieben sowie des Jahresabschlusses des Gymnasialen Schulverbandes Ostfilder	97
3.	Prüfung des Sonder- und Treuhandvermögens.....	98
4.	Prüfung der Betätigung der Gemeinde.....	99
5.	Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung.....	103
6.	Prüfung des Jahresabschlusses 2022 des Vereins SOFiA.....	114
7.	Prüfung des Verwendungsnachweises 2022 „Partnerschaft für Demokratie“	125
8.	Zuwendungsprüfungen.....	136
9.	Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit und nachhaltige Beschaffung	137
10.	Behördlicher Datenschutzbeauftragter	138
VII.	Einzelne Prüfungsfeststellungen	141
	– Allgemeine Verwaltung –	141
1.	Prüfung des internen Kontrollsystems (IKS)	141
2.	Personalprüfung	143
3.	THG-Prämie (Treibhausgasminderungsquote) für kommunale Fahrzeuge.....	152
4.	Anfragen und Beratungen	157
VIII.	Einzelne Prüfungsfeststellungen	162
	– Baubereich, technische Prüfung –.....	162
1.	Grundlagen	162
2.	Beratungen	163
3.	Vergaberecht	163
4.	Sanierung Wasenäckerschule - Elektroarbeiten.....	164
IX.	Bestätigungsvermerk	173

Anlagen

I. Allgemeine Grundlagen

1. Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)

Die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen sind vom Landtag am 22. April 2009 im Rahmen des Gesetzes zur **Reform des Gemeindehaushaltsrechts** beschlossen und insbesondere in den Jahren 2013 und 2015 angepasst worden. 1

Mit Artikel 5 des Gesetzes zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften hat der Landtag von Baden-Württemberg am 11. April 2013 die Verlängerung der Umstellungsfrist für die Kommunen auf das NKHR beschlossen. **Spätestens** ab dem **Haushaltsjahr 2020** sind die Bestimmungen für die Haushaltswirtschaft anzuwenden. 2

Weitere **inhaltliche Änderungen** ergaben sich aus der **Evaluation** gespeist durch die ersten Erfahrungen der Doppik-Kommunen in Baden-Württemberg. Diese hat zu Änderungen sowohl auf der **Gesetzesebene** als auch bei den **untergesetzlichen Regelungen** geführt.

In den Jahren 2015 und 2016 wurden die **Gemeindeordnung**, die **Gemeindehaushaltsverordnung**, die **Gemeinekassenverordnung** sowie die **Verwaltungsvorschrift Produkt- und Kontenrahmen** angepasst. Eine Überarbeitung der **Gemeindeprüfungsordnung** folgte im Frühjahr 2018. 3

Letztlich wurde noch das **Eigenbetriebsrecht** im Jahr 2020 **novelliert**. Dieses besteht aus dem Eigenbetriebsgesetz und – da die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe auf der Grundlage der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs oder auf der Grundlage der für die Gemeinden geltenden Vorschriften für die Kommunale Doppik erfolgen können – aus der Eigenbetriebsverordnung-HGB sowie der Eigenbetriebsverordnung-Doppik. 4

Die Frist für die Verpflichtung zur erstmaligen Erstellung eines kommunalen **Gesamtabschlusses** wurde mittlerweile vom Jahr 2022 auf das Jahr 2025 verschoben. Der erste Gesamtabschluss ist nun **spätestens** für das Jahr **2025** aufzustellen. Mittlerweile ist eine **weitere gesetzliche Veränderung** bzw. Nachbesserung vollzogen worden, indem der Landtag im November 2024 beschlossen hat, dass statt dem Gesamtabschluss ein **Erweiterter Beteiligungsbericht** zu erstellen ist. Der Erweiterter Beteiligungsbericht soll mittels einer vereinfachten Darstellung einen Gesamtüberblick über die **wirtschaftliche und finanzielle Gesamtlage der Gemeinde** geben, um damit die in der Kommunalen Doppik angestrebte **Gesamtsteuerung zu realisieren**. **Erstmals** für das **Wirtschaftsjahr 2025** ist ein solcher Erweiterter Beteiligungsbericht zu **erstellen**, sofern nicht die Befreiungstatbestände nach § 95 a Abs. 2 GemO zutreffen. 5

Der **Gemeinderat** der Stadt Ostfildern hat sich bereits **frühzeitig festgelegt**, das **neue kommunale doppelte Haushaltsrecht** bei der **Stadt Ostfildern** zum **01.01.2010** einzuführen. 6

Die gemeindehaushaltsrechtlichen Regelungen zum Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR), der Kommunalen Doppik, zielen darauf ab, ein **generationengerechtes Rechnungswesen** zu ermöglichen. 7

Die **Kommunale Doppik** stellt im Gegensatz zur Kameralistik, einer zahlungsorientierten Darstellungsform, in der im Wesentlichen nur Geldflüsse betrachtet werden, auf die Veranschlagung und Buchung des **Ressourcenverbrauchs** (Aufwand und Ertrag) sowie der **Zahlungsvor-** 8

gänge (Auszahlungen und Einzahlungen) in einem doppischen Rechnungswesen ab. So berücksichtigt die Kommunale Doppik beispielsweise auch Abschreibungen, die zwar Aufwand darstellen, aber nicht unmittelbar zu Auszahlungen führen. Ziel ist dabei, verbrauchte Ressourcen zumindest mittelfristig periodengerecht auszugleichen.

Mit der Kommunalen Doppik erhalten die Kommunen **betriebswirtschaftliche Instrumente**, die die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für **Kommunalpolitiker** und **Verwaltungen** verbessern und zugleich die Transparenz des Haushaltsgeschehens auch für die **Bürger** erhöhen. Möglich werden eine **ergebnisorientierte und nachhaltige Steuerung** der kommunalen Leistungen und ihrer Finanzierung sowie eine **Stärkung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns** in den Kommunalverwaltungen.

Den Grundstein hierfür hat die **Innenministerkonferenz** am 21.11.2003 gelegt, indem sie Regelungsentwürfen für eine Reform des kommunalen Haushaltsrechts im Interesse einer intergenerativen Gerechtigkeit zugestimmt hat. Diese Regelungsvorschläge lassen für **länderspezifische Gegebenheiten** und **konzeptionelle Unterschiede** Raum, gewährleisten aber gleichzeitig **bundesweit die Einheitlichkeit der Grundzüge des NKHR**.

Das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen basiert auf einer **Drei-Komponenten-Rechnung** mit

- **Ergebnishaushalt/-rechnung** zur Darstellung des **Ressourcenverbrauchs**,
- **Finanzhaushalt/-rechnung** zur Darstellung der **Zahlungsströme** sowie
- **Bilanz** zur Darstellung von **Vermögen und Schulden**.



Während die **Haushalte** die künftigen **Planwerte** darstellen, zeigen die **Rechnungen** die in der Vergangenheit erzielten **Ist-Ergebnisse**.

Durch diese drei Rechenwerke wurde das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen grundlegend neugestaltet, um die Einführung des **Ressourcenverbrauchskonzepts** und der **neuen Haushaltssteuerung** zu ermöglichen.

2. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss umfasst sämtliche wirtschaftlichen Vorgänge des Haushaltsjahres . Er legt somit Rechenschaft darüber ab, was in einem Haushaltsjahr = Kalenderjahr „passiert ist“.	15
Zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres ist ein Jahresabschluss aufzustellen. Dieser ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) zu erstellen und muss sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten (Vermögensrechnung bzw. Bilanz), Erträge, Aufwendungen (Ergebnisrechnung) sowie Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzrechnung) enthalten. Es ist die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darzustellen (§ 95 GemO).	16
Der Jahresabschluss ist bis zum 30. Juni des Folgejahres aufzustellen und vom Bürgermeister unter Angabe des Datums zu unterzeichnen (§ 95 b Abs. 1 GemO).	17
Die Bestandteile des Jahresabschlusses (§ 95 GemO) sind	18
• Ergebnisrechnung, • Finanzrechnung und • Bilanz.	
Der Jahresabschluss ist um einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern . Zum Anhang gehören auch Anlagen wie Vermögensübersicht, Schuldenübersicht oder die Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen.	19
Auf eine Kontinuität sowohl in der Form der Darstellung (insbesondere der Gliederung) als auch in den Ansatz- und Bewertungsmethoden ist zu achten.	20
Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss nach Aufstellung innerhalb von vier Monaten zu prüfen (§ 110 GemO).	21
Es legt dem Oberbürgermeister einen Bericht über das Prüfungsergebnis vor. Dieser veranlasst die Aufklärung von Beanstandungen .	22
Das Rechnungsprüfungsamt fasst seine Bemerkungen in einem Schlussbericht zusammen, der dem Gemeinderat vorzulegen ist.	23
Erst danach kann der Gemeinderat den Jahresabschluss feststellen . Dies hat innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres zu erfolgen (§ 95 b Abs. 1 GemO).	24
Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist der Rechtsaufsichtsbehörde sowie der überörtlichen Prüfungsbehörde unverzüglich mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu geben. Gleichzeitig ist der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen ; in der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen (§ 95 b Abs. 2 GemO).	25

3. Prüfungswesen

Die Anforderungen an das Prüfungswesen ergeben sich aus der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (**Gemeindeordnung** – GemO) ergänzt um die Verordnung des Innenministeriums über das kommunale Prüfungswesen (**Gemeindeprüfungsordnung** – GemPro). 26

a) Prüfungsaufgaben

Das Rechnungsprüfungsamt ist in der Gemeindeordnung verankert. Zu seinen **gesetzlichen Aufgaben** gehört die Prüfung 27

- des Jahresabschlusses, § 110 GemO,
- des Gesamtabchlusses, § 110 GemO,
- der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, § 111 Abs. 1 GemO,
- der Jahresabschlüsse der Sonder- und Treuhandvermögen, § 111 Abs. 2 GemO,
- der Kassenvorgänge und die Kassenüberwachung, § 112 Abs. 1 GemO.

Dem Rechnungsprüfungsamt sind gemäß § 112 Abs. 2 GemO durch **Beschluss des Gemeinderats** vom 31. Mai 1989 zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben die in § 112 der GemO aufgeführten **weiteren Aufgaben** übertragen worden: 28

- die Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung
- die Prüfung der Vergaben
- die Prüfung der Wirtschaftsführung der kommunalen Unternehmen
(nach § 102 GemO als „wirtschaftliche Unternehmen“ bezeichnet)
(Mögliche Rechtsformen: organisatorisch selbstständiger öffentlich-rechtlicher Eigenbetrieb (ohne eigene Rechtsfähigkeit), selbstständige Kommunalanstalt in Form einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts oder eine privatrechtliche Unternehmensform wie beispielsweise "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" (GmbH))
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge bei den Eigenbetrieben
- die Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafter oder Aktionär in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit
- die Buch-, Betriebs- und Kassenprüfungen, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei der Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat.

b) Prüfungsinhalt

Der **Prüfungsgegenstand** ist der Jahresabschluss mit all seinen Komponenten und Erweiterungen (vgl. § 95 Abs. 2 und 3 GemO, §§ 47 - 55 GemHVO). 29

Die Prüfungsinhalte ergeben sich im Wesentlichen aus § 110 der Gemeindeordnung sowie den ergänzenden Ausführungen in der Gemeindeprüfungsordnung. Der Jahresabschluss ist vom Rechnungsprüfungsamt dahingehend zu prüfen, ob	30
• bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist, • die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind, • der Haushaltsplan eingehalten worden ist und • das Vermögen sowie die Schulden und Rückstellungen richtig nachgewiesen worden sind.	
Die wesentlichen Prüfungsgrundsätze stehen in § 1 der Gemeindeprüfungsordnung. So dient die Prüfung der öffentlichen Finanz- und Rechtmäßigkeitskontrolle .	31
Sie wirkt darauf hin, dass die geprüfte Verwaltung ihre Aufgaben ordnungsgemäß, d. h. rechtmäßig, sparsam und wirtschaftlich (§ 77 Abs. 2 GemO) erledigt. Aber auch die Nachhaltigkeit der Gemeinde („dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist“, § 77 Abs. 1 GemO) steht im Fokus der Betrachtung. Die Prüfung soll zudem risikoorientiert und zukunftsgerichtet sein.	32
Sie kann im Rahmen der prüfungsbegleitenden Beratung Hinweise insbesondere zur Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns und zur Erledigung von Prüfungsfeststellungen geben und Effizienzpotenziale aufzeigen .	33
Die sachliche, rechnerische und förmliche Prüfung hat dabei entsprechend dem Prüfungszweck angemessen zu sein. Daher kann eine Prüfung nicht lückenlos, sondern nur in Stichproben und unter Bildung von Schwerpunkten erfolgen (§ 3 GemPrO).	34
Die bereits erwähnten Aufgaben zur Prüfung des Jahresabschlusses (vgl. § 110 GemO) werden in § 11 der Gemeindeprüfungsordnung noch weiter verfeinert. Hier werden die Umfänge der Prüfung weiter konkretisiert . Dabei werden zahlreiche Gesichtspunkte in weiteren 20 Gliederungsnummern aufgelistet.	35
Es obliegt dem Prüfenden durch eine geeignete Prüfungsplanung , u. a. mittels Festlegung der Prüfungsfelder, -ziele und -handlungen den entsprechenden Nachweis führen zu können, so dass die geforderten Aussagen festgestellt werden können.	36
Im Rahmen der Prüfung werden dabei Themenblöcke gebildet, um einzelne Aussagen zu den Kassengeschäften, der Haushaltsführung, der Buchführung sowie den weiteren Elementen des Jahresabschlusses wie bspw. Bilanz thematisch miteinander zu behandeln.	37
Neben der Prüfung, ob die gesetzlichen Vorschriften, ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen eingehalten worden sind, ist zu prüfen, ob die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) unter Berücksichtigung der besonderen gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Insbesondere ist auch zu prüfen, ob der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Ostfildern darstellt.	38

c) Prüfungsumfang

Die **Aufwendungen** und **Erträge** sowie **Aus- und Einzahlungen** wurden **stichprobenweise** anhand der Gesamtergebnisrechnung, der Teilergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie der Belege **geprüft**. Die **Rechnungsabläufe** hinsichtlich der Rechnungslegung wurden auf Vollständigkeit und periodenbezogene Abgrenzungen **in Stichproben geprüft**. 39

d) Prüfungsbemerkungen und Empfehlungen

Der Prüfungsbericht wurde neben den Randzahlen, die eine bessere Orientierung ermöglichen sollen, mit folgenden Randmarkierungen versehen: 40



Dieser Fingerzeig weist auf eine **Bemerkung** hin, die ein konkretes Tun oder Unterlassen erfordert und/oder zukünftiges Handeln verlangt. 41



Diese Pinnnadel gibt eine **Empfehlung/Anregung** zur Optimierung, welche das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen seiner prüfungsbegleitenden Beratung ausspricht. 42

e) Prüfungsergebnis

Das Ergebnis der Prüfung hat das Rechnungsprüfungsamt in einem **Bestätigungsvermerk** zusammenzufassen. Der Bestätigungsvermerk hat Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung zu beschreiben und dabei die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und Prüfungsgrundsätze anzugeben. Der Bestätigungsvermerk ist ein zusammengefasstes **Gesamturteil** über das Ergebnis der Prüfung. Das Gesamturteil ist nicht allein die Summe der Einzelurteile über die Prüfungsgegenstände, sondern erfordert eine Gewichtung der Einzelergebnisse, aus denen ein abschließendes Gesamturteil abgeleitet wird. Der Bestätigungsvermerk ist ein Positivurteil. 43

Ergeben sich aus der Prüfung keine Einwendungen, so ist der **Bestätigungsvermerk uneingeschränkt** zu erteilen. In einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk ist zu erklären, dass die durchgeführte Prüfung zu keinen Beanstandungen geführt hat, der Jahresabschluss auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften, Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt. Dieser Bestätigungsvermerk kann um Hinweise ergänzt werden, die ihn nicht einschränken. 44

Sofern sich insgesamt ein positives Gesamturteil des Prüfers ergibt, auf Teilgebieten jedoch Einwendungen bestehen, so ist der **Bestätigungsvermerk** dahingehend **einzuschränken**. 45

Ist kein positives Gesamturteil möglich, ist mit der Berichterstattung über das Ergebnis der Prüfung ein **Versagungsvermerk** zu erteilen. Dann liegen **wesentlichen Beanstandungen** gegen den Jahresabschluss vor, welche sich auf den Jahresabschluss als Ganzen auswirken und so **bedeutend** oder **zahlreich** sind, dass eine Einschränkung des Bestätigungsvermerks nicht mehr angemessen wäre. 46

f) Prüfungsberichte

Das Ergebnis der Prüfung wird in einem Prüfungsbericht festgehalten (§ 5 GemPrO). Der Prüfungsbericht muss **Art und Umfang der Prüfung** und die Namen der Prüfenden enthalten. 47

Der Prüfungsbericht soll sich auf die **wesentlichen Sachverhalte, Feststellungen und Hinweise** im Rahmen des Prüfungszwecks einschließlich der Darstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse beschränken. Er soll eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Prüfung enthalten. 48

Der Bericht ist dem **Oberbürgermeister** vorzulegen. Dieser **veranlasst** die **Aufklärung** von etwaigen Beanstandungen. 49

Neben den einzelnen **Prüfungsberichten** fasst das Rechnungsprüfungsamt seine Bemerkungen in einem **Schlussbericht** zusammen, der dem **Gemeinderat** vorzulegen ist. 50

Dieser Prüfungsbericht endet mit einer **Beschlussempfehlung** an den Gemeinderat. Nach **Kenntnisnahme** des Prüfungsberichts entscheidet der Gemeinderat über die Feststellung des Jahresabschlusses. 51

g) Künftige Entwicklungen im Finanz- und Prüfungswesen

Veränderungen im Finanz-, Haushalts- und Kassenwesen bedingen zwingend immer auch eine Anpassung im Prüfungswesen. 52

Zukünftige Entwicklungen werden durch rechtliche und technische Zwänge verursacht und sind derzeit bei folgenden **Themen** erkennbar: 53

- Umsetzung der Novellierung des Rechts zur Wirtschaftsführung und zum Rechnungswesen der **Eigenbetriebe**
- **E-Rechnung**
- Gesamtabschluss, im Sinne eines Konzernabschlusses bzw. **Erweiterter Beteiligungsbericht**
- Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen **in elektronischer Form** sowie zum Datenzugriff (**GoBD**)
- **Grundsteuer-Reform** zum 01.01.2025
- Softwareumstellung im Bereich des Finanzwesens auf DZ-Kommunalmaster Doppik (**SAP**) erfolgte zum 01.01.2022, Folge-Umstellung auf SAP HANA im Jahr 2027
- Neuregelung und deren Umsetzung ab 01.01.2023 bei der Stadtverwaltung Ostfildern bei der Umsatzbesteuerung, **§ 2b UStG**
- Einrichtung von **Governance, Risiko-Management und Compliance-Systemen** (GRC)

4. Überörtliche Prüfung

a) Allgemeine Finanzprüfung

Die **Gemeindeprüfungsanstalt** Baden-Württemberg (GPA) ist nach § 113 Abs. 1 GemO für die überörtliche Prüfung bei der Stadt zuständig. 54

Gegenstand der letzten Prüfung waren gemäß § 114 Abs. 1 GemO die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der 55

- **Stadt Ostfildern** in den Haushaltsjahren 2015 bis 2018

sowie die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der **Eigenbetriebe**

- **Stadtwerke Ostfildern** in den Wirtschaftsjahren 2014 bis 2017,
- **Hallenbäder Ostfildern** im Wirtschaftsjahr 2015 und
- **Wohnungsverwaltung Ostfildern** in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019.

Die Prüfung erfolgte – mit Unterbrechungen – in der Zeit vom 21.06.2021 bis 11.11.2021 bei der Verwaltung und anschließend bei der GPA. 56

Von einer **Schlussbesprechung** konnte abgesehen werden. Die Verwaltung ist am 03.12.2021 über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung mündlich unterrichtet worden. 57

Der **Prüfungsbericht** der GPA datiert vom 24.03.2022. Er bescheinigt: „Die Verwaltung hat in den geprüften Verwaltungsbereichen insgesamt gesetzmäßig gearbeitet.“ 58

Wesentliche Feststellungen der Prüfung betrafen die örtliche Prüfung, das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, die Jahresabschlüsse, das Personalwesen, den Eigenbetrieb Stadtwerke, den Eigenbetrieb Wohnungsverwaltung sowie den Eigenbetrieb Hallenbäder. 59

Zu diesem Prüfungsbericht hat die **Stadt** mit Schreiben vom 22.07.2022 fristgerecht **Stellung genommen**. 60

Der **Gemeinderat** wurde in der Sitzung am 05. Oktober 2022 über das Ergebnis der Finanzprüfung **unterrichtet**. Mit der Sitzungsvorlage Nr. 104/2022 erfolgte sowohl die Unterrichtung des Gemeinderats über den **wesentlichen Inhalt des Prüfberichts** gemäß § 114 Abs. 4 GemO als auch die Ergänzung um die **Stellungnahme der Verwaltung** zu den Feststellungen über wesentliche Anstände. Der Gemeinderat **nahm** hiervon **Kenntnis**. 61

Eine **ergänzende Stellungnahme** wurde von Seiten der **Rechtsaufsichtsbehörde** mit Schreiben vom 15.11.2022 **angefordert**. 62

Zu dem Themenkomplex mit der **Fragestellung der Rechnungsabgrenzung** des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und Gewerbesteuerumlage konnten die **fachlich unterschiedlichen Standpunkte** zwischen städtischer Finanzverwaltung und Regierungspräsidium **nicht ausgeräumt** werden. 63

Die **Finanzdienste** sahen ihre Ansicht – auf eine jeweils mathematisch korrekte Formel und logischere Darstellung der Gewerbesteuerumlage und des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, welche nicht im Jahresversatz untergeht – bestärkt durch den **interkommunalen** 64

Austausch mit anderen Kommunen sowie gestützt durch die **Abstimmung mit dem Gremium** im November 2022.

Letztlich konnte wegen diesem einzigen Punkt nur eine **beschränkte Abschlussbestätigung** erwirkt werden. 65

Zum **Abschluss der überörtlichen Prüfung** der Finanzen der Stadt Ostfildern in den Haushaltsjahren 2015 bis 2018 wurde durch das **Regierungspräsidium Stuttgart** am 13.12.2023 die **eingeschränkte Bestätigung** gemäß § 114 Abs. 5 Satz 3 GemO **erteilt**. 66

In der Sitzung vom 31.01.2024 wurde der **Gemeinderat** über dieses **Ergebnis** der allgemeinen Finanzprüfung **unterrichtet**. 67

b) Prüfung der Bauausgaben

Die **überörtliche Prüfung** der Bauausgaben fand zuletzt für die Wirtschaftsjahre **2016 bis 2020** statt. Die Prüfung erfolgte mit Unterbrechungen – in der Zeit vom 06.09.2021 bis 29.09.2021 bei der Verwaltung und anschließend bei der GPA. 68

Von einer **Schlussbesprechung** konnte abgesehen werden. Die Verwaltung ist am 29.09.2021 über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung mündlich unterrichtet worden. 69

Der **Prüfungsbericht** der Gemeindeprüfungsanstalt datiert vom 14.07.2022. 70

Neben **allgemeinen Prüfungsfeststellungen** wurden auch **Einzelfeststellungen** zu den geprüften Bauausgaben getätigt. 71

Die **Unterrichtung des Gemeinderats** gemäß § 114 Abs. 4 GemO über den **wesentlichen Inhalt** des **Prüfungsberichts** ergänzt um die **Stellungnahme der Verwaltung** ist am 08.02.2023 erfolgt. Der Gemeinderat nahm vom Ergebnis der Bauprüfung – wie in der Vorlage Nr. 014/2023 dargestellt – Kenntnis. 72

Auf die **erste Stellungnahme** durch die Stadtverwaltung hin, wurde seitens der GPA um eine **ergänzende Stellungnahme** gebeten. Letztlich waren **mehrere ausführliche Stellungnahmen notwendig**, um **umstrittene Themen** (im Wesentlichen handelte es sich um Generalunternehmer- bzw. Totalübernehmervergaben) **klären** zu können. 73

Die überörtliche Prüfung der Bauausgaben der Stadt Ostfildern in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 fand ihren Abschluss in der Erteilung der **uneingeschränkten Bestätigung** durch das **Regierungspräsidium Stuttgart** vom 12.05.2025. Hierin wird konstatiert, dass „die wesentlichen Anstände im Prüfungsbericht der GPA vom 14.07.2022 erledigt sind“. 74

In der Sitzung am 21.05.2025 wurde der **Gemeinderat** über den **Abschluss dieses Prüfungsverfahrens unterrichtet**. 75

5. Rechnungsprüfung in Ostfildern

a) Personalbestand des Rechnungsprüfungsamtes

Für die Rechnungsprüfung (Verwaltungs- und Bauprüfung) stehen jeweils 2,0 Stellen im Beamten- sowie Beschäftigtenverhältnis zur Verfügung. Im Kalenderjahr waren die vier Stellen mit vier Mitarbeitern aufgrund unbesetzter Stellen mit einem **Vollzeitäquivalent von 2,78** besetzt. 76

Die **Wirksamkeit der kommunalen Prüfung** unterliegt einer Reihe von Einflussfaktoren. Eine **quantifizierte und qualifizierte Personalausstattung** ist dabei ein wesentlicher Aspekt. 77

Die **Zahl der Prüfer** hängt von der örtlichen Aufgaben- und Verwaltungsstruktur ab. 78

Nach Erhebungen der **Gemeindeprüfungsanstalt** Baden-Württemberg (vgl. Wirkungsvoll prüfen! Handreichung für die kommunale Praxis, Februar 2024) „liegt eine durchschnittliche und anforderungsgerechte Besetzung bei Stadtkreisen und großen Kreisstädten bei ca. 1 Arbeitskraft / 10.000 bis 12.000 EW für die gesetzlichen Aufgaben - ohne Bauprüfung (bei einer Stadt mit 20.000 Einwohner sind insoweit mindestens 2 Vollzeitstellen erforderlich). Für die Bauprüfung kann in ähnlicher Weise von einem Bedarf von 0,5 Arbeitskraft / 20.000 Einwohner ausgegangen werden.“ Übertragen auf Ostfildern sind dies **in Summe 5,0 Arbeitskräfte** Prüfer. 79

b) Beratende Tätigkeit kontra Prüfung

Die letzten Jahre waren geprägt von Verschiebungen in der Aufgabengewichtung des Rechnungsprüfungsamts. Lag früher der Schwerpunkt auf der Prüfung unter den Aspekten **Ordnungsmäßigkeit** und **Rechtmäßigkeit**, trat zunehmend die Bedeutung der Prüfung der **Wirtschaftlichkeit** und der **Zweckmäßigkeit** mit ins Bewusstsein. 80

Verbunden damit ist auch eine **stärkere Betonung der Beratungstätigkeit** durch die Rechnungsprüfung. Zum einen hätte es wie bereits von Kühn, Weizenegger, Obergfell im Standardwerk „Kommunales Prüfungsrecht in Baden-Württemberg“ ausgeführt wurde, „ja auch wenig Sinn, die Prüfung nur repressiv tätig werden zu lassen und zuzusehen, bis die Gemeinde die Grenze zur Rechtsverletzung überschritten hat, um dann erst in der folgenden Prüfung die Angelegenheit aufzugreifen.“ Daher sind durch den Prüfungszweck auch **präventive Vorschläge und Anregungen** zur Vermeidung sich abzeichnender künftiger Rechtsverstöße gedeckt. Damit ist die Prüfung nicht nur vergangenheits-, sondern auch stark **zukunftsbezogen**. 81

Zum anderen sind die Leistungen der Beratung geradezu prädestiniert, die **Gremien** und die **Verwaltungsleitung** bei der Führung der Gemeinde zu unterstützen. Von der Unterstützung der **Gesamtsteuerung** bis hin zur Wahrnehmung ihrer jeweiligen Überwachungsverpflichtungen. Die Beratung soll einen **Mehrwert schaffen**, indem Hinweise insbesondere 82

- zur Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns,
- Effizienzpotenziale aufgezeigt,
- Prozesse und Strukturen optimiert sowie
- Chancen und Risiken aufgezeigt

werden.

Im Rahmen des Vollzugs der gesetzlichen Aufgaben und unserer Möglichkeiten geben wir der Verwaltung schon bisher vielfältige **beratende Hinweise** und **Hilfestellungen**. Sie sind im Wesentlichen aus unseren Berichten ersichtlich. 83

In den letzten Jahren kann eine signifikante **Zunahme** in der Nachfrage der **Beratungstätigkeit** des Rechnungsprüfungsamts beobachtet werden. Wir begrüßen dies ausdrücklich. Gleichwohl **binden** diese Aktivitäten auch **Personalressourcen**. 84

Allerdings ist **Prüfung nicht Verwaltungsvollzug**, darf dies auch gar nicht sein, und insoweit nicht „absichernd“ in ihn eingebunden werden. 85

Das Recht zur (nachträglichen) Prüfung bleibt stets unbeschadet, zumal die Verwaltung in eigener Zuständigkeit und Verantwortung entscheidet, ob und inwieweit sie unsere Empfehlungen annimmt und umsetzt. Beratungen dürfen schon aus Rechtsgründen zu keinerlei Kollision mit der **weisungsfreien und unabhängigen Prüfung** führen. 86

c) Bericht über Prüfungsergebnisse

Die **Ergebnisse der Prüfung** finden ihren Niederschlag in Berichten und Stellungnahmen des Rechnungsprüfungsamts. Sie bilden in ihrer Gesamtheit den Bericht über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses, der dem Oberbürgermeister nach § 110 Abs. 2 Satz 2 GemO vorzulegen ist. Die wesentlichen Bemerkungen daraus wurden in diesem Schlussbericht zusammengefasst. Aufgenommen werden auch **sonstige Feststellungen**, die wegen ihrer Aktualität oder Wichtigkeit dem Gemeinderat zeitnah mitgeteilt werden sollen. 87

Wert und Erfolg einer Prüfung lassen sich nicht allein an finanziellen Ergebnissen messen, weil die **Prüfung ebenfalls präventiv wirkt**. Das Rechnungsprüfungsamt wirkt auch mit praktischen Vorschlägen u. a. auf strukturelle und organisatorische Änderungen und Verbesserungen hin, die Fehlerquellen von Grund auf vermeiden helfen. 88

Soweit der Stadt durch fehlerhaftes Verhalten der Verwaltung Schäden entstanden sind, hat die Verwaltung **rechtliche Möglichkeiten zum Ausgleich zu prüfen** (insbesondere Rückforderungen, Haftung der Verantwortlichen, Versicherungsansprüche) und diese zu verfolgen. 89

d) Weitere Aktivitäten des Rechnungsprüfungsamts

Das Rechnungsprüfungsamt beteiligt sich an dem **interkommunalen Austausch** mit den weiteren großen Kreisstädten im **Landkreis Esslingen** sowie dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises. Der Erfahrungsaustausch erfolgt mit dem Ziel, eine vergleichende Prüfung zu ermöglichen und auch eigene Standpunkte abzusichern. Konkrete Fragestellungen, Prüfungsanregungen und Expertentipps auf vergleichbarer Ebene in lokaler Nähe bedeuten unmittelbaren Mehrwert. 90

Ähnliche Ziele verfolgt auch die Arbeitsgemeinschaft der **Rechnungsprüfungsämter Württemberg** im Städtetag Baden-Württemberg. An den jährlich stattfindenden Tagungen der Arbeitsgemeinschaft nehmen wir ebenfalls teil. 91

e) Rechnungsprüfung relevant für die Beteiligung von Jugendlichen?

Die Stadt Ostfildern hat eine **Kinder- und Jugendbeteiligung** gemäß § 41a GemO **eingerrichtet**. 92
Hierzu fand die **Wahl einer Jugendvertretung** statt.

Zudem wurden alle **Sitzungsvorlagen ergänzt** um die **Frage** „Ist diese Vorlage relevant für die 93
Beteiligung von Jugendlichen?“

Während dies für Themen die **sachlich-inhaltlich** einen **Bezug** auf das **unmittelbare Lebens-** 94
umfeld der Kinder und Jugendlichen haben, relativ einfach zu bejahen ist, ist dies schon
schwerlicher zu beantworten, wenn es um **Fragen der Gemeindevirtschaft** geht.

Bei der Gemeindevirtschaft geht es insbesondere um **Haushaltsplan** und **Jahresabschluss**, 95
aber auch die **Rechnungsprüfung**. Beispielhaft sollen einige Fragen genannt werden, wie

- Ist die **stetige Erfüllung der Aufgaben** der Stadt Ostfildern gesichert?
- Erfolgt die Haushaltswirtschaft **sparsam und wirtschaftlich**?
- Wie viele **Schulden** macht die Gemeinde?
- Ist ein **Ausgleich** des ordentlichen Ergebnisses möglich?
- Wird die tatsächliche **Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage** der Gemeinde dar-
gestellt? Wie sieht diese aus? Welche **Entwicklung** soll sie in den nächsten Jah-
ren nehmen?
- Wie erfolgt die **öffentlichen Finanz- und Rechtmäßigkeitskontrolle**?

Diese Fragen zeigen unmittelbar auf, dass auch **Vorgänge von ökonomischer Bedeutung rele-** 96
vant für Jugendliche sein können.

Eine **einheitliche Behandlung** aller gemeindevirtschaftlicher Vorgänge rund um **Planung**, 97
Rechnungslegung und **Prüfung** erscheint u. E. **sinnvoll**.

Im Lichte der **weiteren Entwicklung der Jugendvertretung** und der **politischen Diskussion** 98
sollte dazu ein **Prozess** gestartet werden, der die **Relevanz** und die **angemessene Beteiligung**
klärt.

II. Grundsätzliche Feststellungen

1. Vorjahresabschluss 2021 und Abwicklung aus Vorjahren

Die **Besonderheit** des hier vorliegenden **Schlussberichtes 2022** liegt darin, dass er **parallel zum Schlussbericht 2021 erstellt** wurde. Dies führt dazu, dass bestimmte **Prozesse gleichzeitig ablaufen**. So auch die Prozesse im Zusammenhang mit der Feststellung des Jahresabschlusses. Somit können **an dieser Stelle keine Aussagen** hierzu **getroffen** werden. 99

Grundsätzlich wird der **Jahresabschluss** vom Gemeinderat **beschlossen**, im Anschluss daran dem Regierungspräsidium Stuttgart als **Rechtsaufsichtsbehörde** und der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg als **Prüfungsbehörde mitgeteilt**. 100

Zuvor erfolgt die **ortsübliche Bekanntgabe** sowie die **öffentliche Auslegung** gemäß § 95 b GemO. 101

Die **Berichterstattung wird** in einem künftigen Prüfbericht **nachgeholt**. 102

Eine Prüfung soll einen Beitrag zu einer **nachhaltigen Verbesserung** und weiterem **Erfolg** leisten. Daher endet eine Prüfung nicht mit den Prüfungsfeststellungen und Bemerkungen. Nur dann, wenn eine **Nachprüfung** bzw. ein nochmaliges darauf Schauen („review“) stattfindet, kann festgestellt werden, ob die **Prüfungsanstände abgearbeitet** wurden und nach Möglichkeit auch **Vorkehrungen getroffen** wurden, um **zukünftig** derartige **Fehler zu vermeiden**. 103

Daher ist es nicht überraschend, dass die Gemeindeprüfungsordnung fordert, dass bei der Prüfung insbesondere festzustellen ist, ob **Feststellungen früherer Prüfungsberichte noch unerledigt sind** (vgl. § 6 GemPro). 104

Da die **Schlussberichte 2021 und 2022 parallel erstellt** wurden, kann **hier noch keine Aussage** über die weitere Entwicklung der vorherigen Prüfungsbemerkungen aus **getroffen** werden. Dies wird in einem **künftigen Prüfbericht nachgeholt** werden. 105

2. Aufstellung und Vorlage des Jahresabschlusses 2022

Der **Jahresabschluss** ist gemäß § 95 b GemO **innerhalb von 6 Monaten** nach Ende des Haushaltsjahres **aufzustellen** und vom **Bürgermeister** unter Angabe des Datums zu **unterzeichnen**. 106

Die Unterschrift des Oberbürgermeisters zur Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte im Rahmen der **Sitzungsvorlage 165/2023**. Die Vorlage der Finanzdienste datiert vom 06.11.2023. Diese wurde vom Verwaltungsausschuss am 24.01.2024 und vom Gemeinderat am 31.01.2024 jeweils öffentlich zur Kenntnis genommen. 107

Im Beschlussantrag unter Ziffer 7 erfolgt der **Aufstellungsbeschluss** „Die Stadt Ostfildern stellt hiermit den Jahresabschluss zum 31.12.2022 gem. § 95 b Abs. 1 GemO auf.“ Die Sitzungsvorlage ist vom Oberbürgermeister unterschrieben. Die Zustimmung zur Sitzungsvorlage und damit die formale Aufstellung erfolgte am 29.12.2023. Die vorgeschriebene **Frist** (30.06.) konnte somit **nicht eingehalten** werden. Durch den **Umstieg** zum 01.01.2022 auf die **Finanzsoftware SAP** waren **diverse Umstellungen und Anpassungen** in der Bilanzstruktur und auch bei den Bilanzkonten notwendig. Zudem waren auch manuelle Eingaben und Übernahmen notwendig. **Künftige Jahresabschlüsse** werden **wieder im üblichen Zeitraster** erstellt werden. 108

Das Rechnungsprüfungsamt hatte bereits angeregt, den **Aufstellungsbeschluss** auch als **formalen Bestandteil in den Jahresabschluss** mit **aufzunehmen**. Auf den Hinweis des Leitfadens zum Jahresabschluss (2. Auflage, Dezember 2018) mit „Es bleibt der Kommune freigestellt, ob diese Unterschrift **am Anfang oder am Ende** des Jahresabschlusses vorgenommen wird.“ wurde verwiesen. Die **textliche Aufnahme** des Aufstellungsbeschlusses in die **Vorlage** (vgl. Beschlussantrag Ziffer 7) haben wir begrüßt, dennoch sollte aus unserer Sicht der **Jahresabschluss selbst** diesen **Aufstellungsbeschluss enthalten**. Dies ist eine **formale Anforderung**, sie verursacht aus unserer Sicht einen geringen Aufwand und könnte problemlos umgesetzt werden. 109

Die **Aufstellung des Jahresabschlusses** soll nach § 116 der Gemeindeordnung durch den **Fachbediensteten für das Finanzwesen** erfolgen. Von daher ist es legitim, dass er den Rechnungsberichtsbericht unterzeichnet. Dies ist mit Datum vom 06.12.2023 geschehen. 110

Dem **Gemeinderat** wurde der Jahresabschluss 2022 der Stadt Ostfildern am 31.01.2024 zur **Kenntnisnahme** vorgelegt (vgl. Vorlage Nr. 165/2023). In der **Aussprache** wurde das erzielte überaus **positive Ergebnis**, welches insbesondere zur Vermeidung einer Schuldenaufnahme diene bzw. zu einer künftigen Verringerung beitrage, **gewürdigt**. 111

Der **Jahresabschluss** ist gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO **dauernd in ausgedruckter Form aufzubewahren**. Darunter ist eine zeitlich unbefristete Aufbewahrung zu verstehen. Das bedeutet, dass der Jahresabschluss spätestens nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen für Bücher, Inventare und Belege an das **Stadtarchiv** zu **übergeben** ist. 112

Hierzu lässt die Finanzverwaltung ein **gebundenes Buch** erstellen. Hierin sind alle Ausdrücke der einzelnen Rechenwerke wie bspw. Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnungen enthalten. Dieses Buch ist das **beurkundete Werk** des Jahresabschlusses. 113

Die **Ausdrücke** zu diesem Jahresabschluss sind mit Datum vom 24.11.2025 (Bilanz) erfolgt und somit **deutlich später als** die **Sitzungsvorlage**. **Etwaige nachträgliche Änderungen** wären noch **möglich**. Nach Ansicht des Rechnungsprüfungsamts sollte der **Ausdruck zeitgleich** mit den Komponenten in der **Sitzungsvorlage** erfolgen. Die **Finanzverwaltung** hat **bereits zugesagt**, bei 114

den nächsten Jahresabschlüssen, die **Ausdrucke** für den zu bindenden Jahresabschluss **zeitnah** an die Sitzungsvorlage **anzugleichen**.

In der **Dokumentation** des gebundenen Buches wird des Weiteren aufgeführt:

115

- Die **Aufstellung** des Jahresabschlusses beurkundet, 29.11.2023 durch den Stadtkämmerer
- Der Jahresabschluss wurde **festgestellt** durch Beschluss des Gemeinderates vom ...
- Der Beschluss wurde der **Rechtsaufsichtsbehörde** mit Bericht vom ... mitgeteilt.
- Der Jahresabschluss wurde am ... **öffentlich bekannt** gemacht.

Zudem ist auf dem Papierblatt die **Unterschrift** des **Ersten Bürgermeisters** vorgesehen. Das Rechnungsprüfungsamt ist der Ansicht, dass dies **nicht ausreichend** ist, da der Jahresabschluss nach § 95b GemO vom Oberbürgermeister unter Angabe des Datums zu unterzeichnen ist. Dies wurde mit der **Finanzverwaltung** bereits **erörtert**. Eine **Praxisänderung** kann erst **ab dem Jahresabschluss 2025** erfolgen.

116

3. Komponenten des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Stadt besteht gemäß § 95 Abs. 2 GemO aus:

117

- der **Ergebnisrechnung**,
 - der **Finanzrechnung**,
 - der **Bilanz**
- und wird
- um einen **Anhang** erweitert sowie
 - durch einen **Rechenschaftsbericht** erläutert.

Der neunte Abschnitt der **GemHVO** (§§ 47 - 55) befasst sich mit dem **Jahresabschluss**. Dort wird im § 51 Abs. 2 gefordert: „Für den Gesamthaushalt und für jeden Teilhaushalt sind die Planansätze den Werten der Ergebnis- und Finanzrechnung gegenüberzustellen.“. Somit sind diese Teilrechnungen (**Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen**) ebenfalls als **Bestandteile des Jahresabschlusses** anzusehen. Dabei sind nach § 51 Abs. 1 GemHVO für die „Ergebnis- und Finanzrechnung des Gesamthaushalts und der Teilhaushalte die Erträge und Einnahmen, die Aufwendungen und Auszahlungen nach Arten (§§ 2, 3 und 4) gegliedert auszuweisen“.

118

Weitere inhaltliche Pflichtbestandteile des Jahresabschlusses ergeben sich aus den zum Anhang eingeforderten **Anlagen** nach § 95 Abs. 3 GemO:

119

- **Vermögensübersicht**,
- **Schuldenübersicht** und
- Übersicht über die in das folgende Jahr zu **übertragenden Haushaltsermächtigungen**.

Weitere Forderungen zur konkreten **inhaltlichen Ausgestaltung** der einzelnen Komponenten des Jahresabschlusses ergeben sich aus den § 47 bis 55 der GemHVO sowie den nach § 145 GemO **verbindlich vorgegebenen Mustern** (siehe VwV Produkt- und Kontenrahmen).

120

Die **Bestandteile** des Jahresabschlusses entsprechen nach unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen dem Grunde und ihrer inhaltlichen Ausgestaltung **weitgehend** den **gesetzlichen Vorschriften**.

121

Aus einer **vorigen Prüfung** hatten sich **Bemerkungen** hinsichtlich **fehlender Angaben** in der Gesamtergebnisrechnung, Gesamtfinanzrechnung und der Bilanz sowie im Anhang ergeben.

122

Die **Finanzverwaltung** hat dies in ihrer **Stellungnahme** anerkannt und teilte mit, dass im Jahresabschluss 2024 teilweise bereits Verbesserungen gemacht wurden bzw. die weiteren Anpassungen erst im Jahresabschluss 2025 erfolgen können. Aufgrund der gleichbleibenden und unveränderten **Struktur-, Prozess- und Zeitabläufe** wäre bei einer **erneuten Prüfung** **kein anderes Ergebnis** als im Vorjahr zu erwarten, so dass **hiervon abgesehen** wird.

123

4. Kennzahlen zum Jahresabschluss

Dem Jahresabschluss sind Kennzahlen beizufügen, die eine **Analyse der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage** der Stadt ermöglichen. Entsprechende Kennzahlen aus der Jahresabschlussanalyse werden im Jahresabschluss 2022 dargestellt. Erfreulich ist, dass hier die letzten vier Jahre nebeneinander dargestellt werden, so dass der **einzelne Jahreswert** auch im Vergleich mit den Ergebnissen der letzten Jahre besser **beurteilt** werden kann. Aus der mehrjährigen Darstellung lassen sich so auch **Tendenzen** bzw. langfristige **Entwicklungen** ableiten und aufzeigen. 124

Der Gesetzgeber hat mit der Neufassung der VwV Produkt- und Kontenrahmen bereits 2016 (aktualisiert in der Fassung vom 30.08.2018) die **verbindlichen Kennzahlen** zum Jahresabschluss vorgegeben, um eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune zu ermöglichen. Mit dem Jahresabschluss sind diese einheitlichen **Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit** zu ermitteln und darzustellen. 125

Im städtischen Jahresabschluss liegen somit gar **zwei Seiten mit finanziellen Kennzahlen** vor. Zum einen die **historisch gewachsenen** Schlüsselkennzahlen der Jahresabschlussanalyse und zum anderen die **gesetzlich normierten** Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit. Dabei zeigen sich sowohl **gemeinsame Schnittmengen** (bspw. Aufwandsdeckungsgrad, Eigenkapitalquote) als auch **anderweitige Informationen** zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage. 126



Das Rechnungsprüfungsamt erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die einheitlichen **Haushalts- und Rechnungsmuster** zwar **verbindlich** sind, aber gemäß der VwV Produkt- und Kontenrahmen jederzeit „bei Bedarf ergänzt und gestalterisch angepasst werden [können], .. jedoch mindestens die in den Mustern vorgeschriebenen Angaben enthalten [müssen].“ Mit Aufnahme der stadtspezifischen Kennzahlen wird eine **einheitliche Darstellung** ermöglicht und es werden **Redundanzen vermieden**. Darüber hinaus **regen wir an**, eine **grafische Umsetzung** von ausgewählten im Sinne von **steuerungsrelevant** wichtigen Kennzahlen **anzudenken**. 127

Wir hatten bereits in einem früheren Schlussbericht auf die **wesentlichen Prüfungsaussagen** zu den Kennzahlen verwiesen: 128

- Sind sie vorhanden?
- Sind sie richtig berechnet?
- Werden sie zum Vorjahr stetig verwendet?
- Werden Sie konsistent in Plan und Abschluss verwendet?
- Sind sie aussagekräftig?

In den **vorangegangenen Jahren** hatten wir hierzu auch in **unterschiedlichen Schwerpunkten** geprüft, **ohne** dass sich hierbei **Beanstandungen** ergeben hätten. 129

Aufgrund dieser Vorergebnisse sowie durch die Vorgabe der verbindlichen Muster und gleichzeitig das zur Verfügung stellen von den aktuellen Mustern und Programmierhilfen auf der Website des Innenministeriums Baden-Württemberg haben wir in diesem Jahr von einer **Detailprüfung abgesehen**, sondern uns lediglich vom Vorhandensein überzeugt und eine **Plausibilitätssichtprüfung vorgenommen**. Hieraus ergaben sich keine Anmerkungen. 130

5. Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht

a) Förmliche Prüfung

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Hierzu sind die **wichtigsten Ergebnisse** des Jahresabschlusses sowie **erhebliche Abweichungen** der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine **Bewertung** der Abschlussrechnung vorzunehmen. 131

Der Rechenschaftsbericht soll nach § 54 Abs. 2 GemHVO auch **darstellen**: 132

- die Ziele und Strategien,
- Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung,
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
- zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung,
- die Entwicklung und Deckung der Fehlbeträge und
- die Entwicklung der verbindlich vorgegebenen Kennzahlen.

Der Rechenschaftsbericht im Jahresabschluss 2022 enthält folgende **Kernaussagen** zur wirtschaftlichen Lage der Stadt Ostfildern: 133

- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und deren Analyse
- Informationen zur Ergebnisrechnung und zur Finanzrechnung
- Informationen zur Kassenlage/Liquidität und Schuldenentwicklung
- Erläuterung von Kennzahlen und Beurteilung des Jahresabschlusses
- Ziele und Strategien sowie Aufgabenerfüllung bei den Schlüsselprodukten

Somit ist zwar eine **andere Gliederungsstruktur und -reihenfolge** im Rechenschaftsbericht gewählt, aber es sind fast alle aufgezählten Punkte der gesetzlichen Notwendigkeiten enthalten. 134

Auch eine **Aussage zu Vorgängen von besonderer Bedeutung**, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, **ist enthalten**. Grundsätzlich sind hierunter alle Informationen zu verstehen, die nach dem Bilanzstichtag (31.12.2022) bis zum Tag der Aufstellung des Rechenschaftsberichtes (06.12.2023) eingetreten sind und das Bild der Kommune **maßgeblich positiv oder negativ beeinflussen**. Da dies nicht der Fall ist, lautet die eine entsprechende Aussage, dass bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2022 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten sind. 135

Der **Inhalt** des Rechenschaftsberichts **entspricht den gesetzlichen Anforderungen**. 136

Sein **Umfang** von 22 Seiten zuzüglich Anlagen mit den Kennzahlen und die Informationen zu den Schlüsselprodukten ist **ausreichend**, um kurz und prägnant ein **hinreichendes Bild der tatsächlichen Verhältnisse zu vermitteln**. 137

b) Sachliche Prüfung

Im **Leitfaden zum Jahresabschluss** nach den Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) in Baden-Württemberg, welcher von den Rechtsaufsichtsbehörden und den Prüfungsbehörden im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeiten herangezogen wird, wird ausgeführt (Hervorhebungen nicht im Original): 138

„Nach § 95 Abs. 2 Satz 2 GemO ist der Jahresabschluss durch einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Durch die Formulierung wird zum Ausdruck gebracht, dass der **Rechenschaftsbericht** selbst **kein Bestandteil des Jahresabschlusses** ist.“ 139

„Wie ... ausgeführt, ist der Rechenschaftsbericht kein Bestandteil des Jahresabschlusses, sondern beinhaltet einige wesentliche inhaltliche Erläuterungen. Da das Rechnungsprüfungsamt nach § 110 Abs. 1 GemO lediglich den Jahresabschluss zu prüfen hat, **unterliegt** der Rechenschaftsbericht auch **nicht der Prüfungspflicht**.“ 140

Einschränkend wird allerdings **vermerkt**: „Sofern dem Rechnungsprüfungsamt **eindeutige Anhaltspunkte** bekannt werden, dass die im Rechenschaftsbericht dargestellte wirtschaftliche Lage **offensichtlich nicht** den tatsächlichen Verhältnissen **entspricht**, ist es geboten, dass das Rechnungsprüfungsamt **hierauf** in seinem Schlussbericht **hinweist**.“ 141

Für das Rechnungsprüfungsamt haben sich diesbezüglich **keine Anhaltspunkte** ergeben. Der Rechenschaftsbericht vermittelt nach unserer Beurteilung **ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild** der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage, indem er den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die wirtschaftliche Lage der Stadt Ostfildern zutreffend darstellt. 142

III. Prüfung der Haushaltswirtschaft

1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan

a) Aufstellung und Verabschiedung

Die **Haushaltssatzung** 2022 ist mit ihren Anlagen am 08.12.2021 durch den Gemeinderat der Stadt Ostfildern **verabschiedet** worden. Sie wurde nach den Bestimmungen des § 79 der Gemeindeordnung aufgestellt. 143

In § 1 der Haushaltssatzung der Stadt Ostfildern sind für das **Haushaltsjahr** 2022 folgende **Beträge festgesetzt** worden: 144

Ergebnishaushalt 145

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	113.623.330 Euro
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	116.420.750 Euro
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	- 2.797.420 Euro

Außerordentliche Erträge	1.000.000 Euro
Außerordentliche Aufwendungen	200.000 Euro
Veranschlagtes Sonderergebnis	+ 800.000 Euro

Veranschlagtes Gesamtergebnis	- 1.997.420 Euro
--------------------------------------	------------------

Finanzhaushalt 146

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	112.995.890 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	110.321.580 Euro
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	+ 2.674.310 Euro

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.443.980 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	22.012.300 Euro
Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	- 16.568.320 Euro

Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf	- 13.894.010 Euro
---	-------------------

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	11.000.000 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.468.060 Euro
Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit	+ 8.531.940 Euro

Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands	
Saldo des Finanzhaushalts	- 5.362.070 Euro

Des Weiteren wurden in der Haushaltssatzung 2022 die **Kreditermächtigung** mit 11.000.000 Euro und die **Verpflichtungsermächtigungen** mit 12.823.000 Euro festgesetzt. 147

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite** ist auf 4.500.000 Euro festgesetzt worden. 148

b) Bestätigung der Gesetzmäßigkeit

Die vom Gemeinderat beschlossene Haushaltssatzung ist der **Rechtsaufsichtsbehörde** vorzulegen (vgl. § 81 Abs. 2 GemO). 149

Das **Regierungspräsidium Stuttgart** als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für die Stadt Ostfildern hat die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung mit Erlass vom 25.01.2022 **bestätigt**. 150

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** mit 11.000.000 € sowie die **Verpflichtungsermächtigungen** mit 12.823.000 € wurden **genehmigt**. 151

Das Regierungspräsidium gab die **dringliche Empfehlung, vor einer Kreditaufnahme** „zunächst noch die **wirtschaftliche Unzweckmäßigkeit des Einsatzes von vorhandenen liquiden Mitteln prüfen und** das Prüfungsergebnis entsprechend **zu dokumentieren**“ (Hervorhebungen nicht im Original). 152

Abschließend empfahl das Regierungspräsidium der Stadt Ostfildern **ab dem Jahr 2026** ihr Hauptaugenmerk auf den **Abbau ihres Schuldenstands** und den **Wiederaufbau der städtischen Liquidität** zu legen. Es wurde für **erforderlich** erachtet, bereits ab dem Prüfungsjahr bei den **vorgesehenen Investitionen** den **Schwerpunkt auf die städtischen Pflichtaufgaben** zu legen und auf eine **sparsame Haushaltsführung** zu achten. 153

c) Öffentliche Bekanntmachung und Auslegung

Die **öffentliche Bekanntmachung** der Haushaltssatzung erfolgte auf der städtischen Homepage, ein **direkter Nachweis** mittels Screenshots **konnte** für dieses Jahr **nicht geführt werden**. 154

In einem **Screenshot** zu einer **anderen Bekanntmachung** aber ist **erkennbar**, dass die **Haushaltssatzung online** war. 155

Auf die **öffentliche Bekanntmachung** wurde in der **Stadtrundschau** vom 10.02.2022 hingewiesen. Hier erfolgte auch der Hinweis auf die **öffentliche Auslegung** des Haushaltsplans im Zeitraum vom 14.02.2022 bis zum 22.02.2022 (je einschließlich). Damit war eine **Einsichtnahme an sieben Tagen möglich**, wie gemäß § 81 Abs. 3 GemO vorgeschrieben. 156

d) Anordnung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre

Der Erlass einer **haushaltswirtschaftlichen Sperre** gemäß § 29 GemHVO ist in diesem Wirtschaftsjahr **nicht erfolgt**. 157

e) Nachtragssatzung

Der Erlass einer **Nachtragssatzung** für das Haushaltsjahr 2022 gemäß § 82 GemO war **nicht notwendig**. 158

2. Abweichungen in der Haushaltswirtschaft

Für die **Haushaltswirtschaft** ist nach § 11 Abs. 2 der Gemeindeprüfungsordnung insbesondere festzustellen, ob **Abweichungen** von den Ansätzen des Haushaltsplans **zulässig waren**. 159

a) Grundlagen der Abweichungen

Abweichungen ergeben sich zunächst im Rahmen der **beweglichen Haushaltsführung**. Dazu gehören die nach § 84 GemO möglichen **Planabweichungen** durch **überplanmäßige** und **außerplanmäßige** Aufwendungen oder Auszahlungen. Diese sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind oder ein dringendes Bedürfnis besteht und zugleich Deckung/Finanzierung gewährleistet ist (vgl. § 84 GemO). Zugleich bedürfen die Aufwendungen oder Auszahlungen, wenn sie nach Umfang und Bedeutung erheblich sind, der Zustimmung des Gemeinderates. 160

Diese „Plananpassungen“ werden in der Spalte **ergänzende Festlegungen im Haushaltsvollzug** abgebildet (vgl. jeweils Spalte 5 der verbindlichen Muster für Gesamtergebnisrechnung, Gesamtfinanzrechnung, Teilergebnisrechnung und Teilfinanzrechnung nach der VwV Produkt- und Kontenrahmen). Neben den über- und außerplanmäßigen Veränderungen werden dort auch die haushaltswirtschaftlichen Sperren oder die Inanspruchnahmen von Deckungsfähigkeiten abgebildet. 161

Dabei gilt für die Haushaltswirtschaft der Grundsatz der **Gesamtdeckung** (§ 18 GemHVO) sowie die weiteren Deckungsgrundsätze wie **Zweckbindung** (§19 GemHVO), **gegenseitige Deckungsfähigkeit** oder **einseitige Deckungsfähigkeit** (§ 20 GemHVO). 162

Des Weiteren sind **Abweichungen im Rahmen der gebildeten Budgets** tolerabel. Dabei bildet zumindest jeder Teilhaushalt ein Budget, d. h. für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veranschlagte Personal- und Sachmittel (Ermächtigungen) und Haushaltsübertragungen, die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung im Rahmen vorgegebener Leistungsziele zugewiesen sind. 163

Die Frage der **Zulässigkeit von Abweichungen** zu den Haushaltsansätzen ist somit durch eine Betrachtung der gebildeten Budgets je Teilhaushalt oder in den Teilhaushalten (wie bspw. das Schulbudget) festzustellen. 164

Neben den **Budgets der Teilhaushalte 1-8** wurden organisatorisch weitere **eigenständige Budgets** für Baubetriebshof, Feuerwehr, Schulen, Musikschule, Volkshochschule, Stadtbücherei, Kindergärten sowie Schulkindbetreuungen gebildet (vgl. Haushaltsplan Seite 391). 165

Nach den **qualitativen Rechengrößen** ist dabei zu unterscheiden zwischen: 166

- **außerordentlichen** Erträgen und Aufwendungen,
- **außerplanmäßigen** Aufwendungen oder Auszahlungen und
- **überplanmäßigen** Aufwendungen oder Auszahlungen.

b) außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Definition nach § 61 GemHVO: **Außerhalb der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit** anfallende Erträge und Aufwendungen, insbesondere Gewinne und Verluste aus Vermögensveräußerung, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, zum Beispiel ungewöhnlich hohe Spenden, Schenkungen, Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Schadensereignissen. 167

Diese Geschäftsfälle sind **in aller Regel** vorher **nicht planbar**. Im Haushaltsplan 2022 waren jedoch für geplante Grundstücksveräußerungen insbesondere im Baugebiet „Ob der Halde Scharnhausen“ bereits **außerordentliche Erträge** in Höhe von 1.000.000 € **veranschlagt**. Außerdem wurden für den Krisenfonds Corona **außerordentliche Aufwendungen** in Höhe von 200.000 € **vorgesehen**, so dass sich das **geplante veranschlagte Sonderergebnis** auf **800.000 €** reduzierte. 168

Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen **bilden zusammen** das **Sonderergebnis**. In diesem Jahr sind sowohl außerordentliche Erträge von 4.976.434,40 € als auch außerordentliche Aufwendungen mit 99.792,22 € angefallen. Hieraus resultiert ein Sonderergebnis in Höhe von **4.876.642,18 €**. Dieses wird im **Kapitel Prüfung Jahresabschluss\Sonderergebnis** näher betrachtet. 169

c) außerplanmäßig versus überplanmäßig

Die Rechtsgrundlage ist zunächst § 84 GemO, der die beiden Begriffe einführt. Eine nähere Begriffsbestimmung findet sich in § 61 der GemHVO: 170

- **Außerplanmäßig** sind Aufwendungen oder Auszahlungen, für die im Haushaltsplan **keine Ermächtigungen veranschlagt** und **keine** aus den Vorjahren **übertragenen Ermächtigungen** (Haushaltsübertragungen) **verfügbar** sind. 171

- **Überplanmäßig** sind Aufwendungen oder Auszahlungen, die die im Haushaltsplan **veranschlagten Beträge** und die aus den Vorjahren **übertragenen Ermächtigungen** (Haushaltsübertragungen) **übersteigen**. 172

Dabei ist nicht nur zwischen den außerplanmäßigen und überplanmäßigen Vorgängen zu unterscheiden, sondern es gibt auch unterschiedliche Rechtsfolgen. So gilt bspw. der § 84 Abs. 2 GemO nur für überplanmäßige Auszahlungen, nicht aber für außerplanmäßige Auszahlungen. 173

Darüber hinaus ist in beiden **planabweichenden Fällen** (außerplanmäßig/überplanmäßig) auch noch jeweils die Unterscheidung nach 174

- **konsumtiven** („Aufwendungen“, „Ergebnisrechnung“) und
- **investiven** („Auszahlungen“, „Finanzrechnung“)

Geschäftsvorfällen zu beachten.

Dabei zählen die außerplanmäßigen und überplanmäßigen Vorgänge zur **gewöhnlichen Geschäfts- bzw. Verwaltungstätigkeit**. Sie wurden lediglich nicht veranschlagt, d. h. es gab keinen oder einen zu geringen Mittelansatz im Haushaltsplan. 175

Nach der Hauptsatzung obliegt dem Verwaltungsausschuss „die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen von mehr als 10.000 €, aber nicht mehr als 50.000 € im Einzelfall“.	176
Die Entscheidungsbefugnis über darunterliegende Beträge – also überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen bis zum Betrag von 10.000 € im Einzelfall – liegt bei dem Oberbürgermeister .	177
Die darüberliegenden Beträge über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen von mehr als 50.000 € bleiben dem Gemeinderat vorbehalten.	178
Als Folge dieser Regelungen ergaben sich die Sitzungsvorlage 090/2023 mit der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses sowie die Sitzungsvorlage 034/2023 mit der Zuständigkeit des Gemeinderates .	179
Zu beiden Vorlagen wurde jeweils ein einstimmiger Beschluss gefasst. Zu der Vorlage 090/2023 in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 21.06.2023 und zu der Vorlage 034/2023 in der Sitzung des Gemeinderats vom 28.06.2023.	180
Irritierenderweise tragen beide Sitzungsvorlagen den gleichen Thementitel „Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022“. Das Rechnungsprüfungsamt hatte angeregt , die jeweilige Zuständigkeit mit in die Bezeichnung aufzunehmen , damit bereits durch das Thema der Sitzungsvorlage eine eindeutige Identifikation des Vorgangs erfolgen kann. Dies haben die Finanzdienste mittlerweile aufgegriffen und aktuell umgesetzt .	181
Der Verwaltungsausschuss genehmigte über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022 von insgesamt 212.457 Euro . Diese verteilen sich auf den Ergebnishaushalt mit 75.507 Euro und den Finanzhaushalt mit 136.950 Euro.	182
Der Gemeinderat genehmigte weitere über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 1.697.275 Euro . Davon im Ergebnishaushalt 922.264 Euro und im Finanzhaushalt 775.011 Euro.	183
In den jeweiligen Anlagen zu den beiden Sitzungsvorlagen werden die jeweiligen Positionen detailliert aufgeführt und erläutert sowie um eine Begründung für die Über- bzw. Außer-Planmäßigkeit ergänzt. Ebenso wird auch ein Deckungsvorschlag unterbreitet.	184
Eine sach-logische Plausibilitätsprüfung ergab keine Hinweise auf eine notwendige Prüfungsvertiefung . Die über- und außerplanmäßigen Mittel wurden bewilligt , um die erhöhten Abflüsse im Haushaltsjahr zu decken .	185

3. Berichtspflicht – Stand des Haushaltsvollzugs

Der **Gemeinderat** ist **unterjährig** über den **Stand des Haushaltsvollzugs** (Erreichung der **Finanz- und Leistungsziele**) in den Teilhaushalten und im Gesamthaushalt zu unterrichten (§ 28 GemHVO). 186

a) Finanzzwischenbericht

Im Jahresverlauf werden dem Gemeinderat in der Regel **drei Finanzzwischenberichte** vorgelegt. Dies war auch in diesem Jahr so. Der erste Finanzzwischenbericht wurde mit Stand zum **31.05.2022** (vgl. Vorlage 063/2022) vorgelegt. Die nächste Fortschreibung des Finanzzwischenberichts erfolgte mit Stand zum **31.08.2022** (vgl. Vorlage 117/2022). Gefolgt von einer weiteren Fortschreibung mit Stand zum **15.11.2022** (vgl. Vorlage 153/2022). 187

Bei den **Finanzzwischenberichten** wird die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen in der **Gesamtergebnisrechnung** nach der gesetzlichen Mindestgliederung (vgl. hierzu § 2 Abs. 1 Nummern 1 bis 20 GemHVO) im Hinblick auf den voraussichtlichen Zielwert zum Jahresende (Prognose) dargestellt, ferner die Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen sowohl im Bereich der **Investitionstätigkeit** als auch der **Finanzierungstätigkeit** ebenfalls mit Blick auf den voraussichtlich erreichten Jahresendwert. 188

b) Steuerungsbericht

Die **Steuerungsberichte** sollen den Gemeinderat in der Regel jeweils zum Ende des 1., des 2. und des 3. Quartals informieren. 189

In den **Steuerungsberichten** wurden bislang die Summen über alle disponiblen Erträge sowie Aufwendungen ermittelt und differenziert nach den Budgets der **Teilergebnisrechnungen** (=Teilergebnishaushalte) dargestellt. Die dargestellte Steuerungskennzahl war verbleibende Aufwandsmittel in Prozent. Auf wesentliche **Abweichungen** (ab 10.000 €) wurde bei den jeweiligen Produkten eingegangen. Zudem wurde auch ein Ausblick auf **zu erwartende Risiken/Chancen** im weiteren Geschäftsverlauf des Jahres gegeben. 190

Die **Steuerungsberichte** sind mit dem Wechsel von kirp auf SAP **ersatzlos weggefallen**. Es war **technisch nicht mehr möglich**, die Daten in geeigneter Art und Weise bereit zu stellen. 191

c) Bauprojektcontrolling

Neben dem **Steuerungsbericht (konsumtive Ergebnisentwicklung)** wurde **bislang zusätzlich** eine **Übersicht über die aktuellen Bauprojekte** der Stadt sowie des Gymnasialen Schulverband Ostfilder vorgelegt (**investive Finanzentwicklung**). 192

In diesem **Bauprojektcontrolling** waren Bauprojekte mit einem Gesamtbudget größer 1 Mio. € berücksichtigt. Ein **Ampelsystem** zeigte zudem Abweichungen in den **Kosten** von bis zu 10 % und größer als 10 % an. Ein weiteres **Ampelsystem** sollte **Bauzeiten** visualisieren. 193

Im Wirtschaftsjahr 2022 erfolgte gegenüber dem Gemeinderat diesbezüglich **keine Berichterstattung**. Die **Datenbereitstellung** mittels einer geeigneten **Schnittstelle** war durch den Wechsel des ERP-Systems auf SAP **nicht mehr möglich**. 194

d) Stand des Haushaltsvollzugs

Seit diesem Jahr erfolgt kein **Zusammenspiel der Finanzzwischenberichte und der Steuerungsberichte** mehr. Der Gemeinderat ist **lediglich** durch die **Finanzzwischenberichte** unterjährig regelmäßig **informiert**. 195

Der **Wechsel des Informationsschwerpunkts** bei den Finanzziele **entfällt** dadurch. Bisher haben sich ergänzt: 196

Finanzzwischenbericht	Gesamtentwicklung	Zielerreichung (Prognosewert, Vorschau)	Planungszeitraum (Wirtschaftsjahr)
Steuerungsbericht	Detailsicht in Teilhaushalt/-rechnung	Abweichungsanalyse	Berichtszeitraum (bislang oder „year-to-date“)

Da zudem noch die Berichte zum **Bauprojektcontrolling** **weggefallen** sind, ergibt sich aus Sicht des Rechnungsprüfungsamts eine **deutliche Verschlechterung** in Bezug auf die **Informationsnotwendigkeit** bzw. **Berichtspflicht**. 197



Die nach § 28 Abs. 1 GemHVO geforderte **unterjährige Berichterstattung** „über den Stand des Haushaltsvollzugs (Erreichung der Finanz- und Leistungsziele) in den Teilhaushalten und im Gesamthaushalt“ sehen wir im Hinblick auf die **Teilhaushalte** als **nicht mehr gegeben**. Die nunmehr weggefallenen **Steuerungsberichte** hatten den klaren **Fokus** auf die **Teilhaushalte/-rechnungen**. 198

Wie schon in den Vorjahren weisen wir darauf hin, dass eine **unterjährige Unterrichtung** des Gemeinderats über die **Erreichung der Leistungsziele** bislang **nicht erfolgt**, gleichwohl der Gesetzgeber dies explizit vorgesehen hat (vgl. § 28 Abs. 1 GemHVO). 199

Die **Finanzverwaltung** hat zugesagt, **zukünftig** bei der Erstellung von Finanzzwischenberichten etwas zu den **Leistungszielen auszusagen**. In ihrer Stellungnahme zu unserem Prüfbericht führt sie aus, dass dies der Hilfe des Controlling-Teams bedarf. 200



Im Lichte der aktuell wieder **verstärkter** in den Vordergrund rückenden Ergebnis- und Produktsteuerung regen wir dies für die **Binnensteuerung** ausdrücklich an. 201

Es ist notwendig, zunächst die Frage zu klären, in welcher **Detailltiefe** die **unterjährige Berichterstattung** zu erfolgen hat. Die Notwendigkeit, hierfür **Schlüsselpositionen**, quantitative und qualitative **Leistungsgrößen**, **Kennzahlen** zur Messung der Zielerreichung sowie **Aktivitäten** und Maßnahmen zu beschreiben, wird in Teilen bereits umgesetzt. 202

Allerdings sollten diese **Elemente** nicht nur im **Haushaltsplan** sowie dem **Jahresabschluss enthalten** sein, sondern auch Eingang in die **unterjährige Berichterstattung** finden. Dabei erscheint uns eine **selektive Verdichtung** geboten, um der Überfrachtung eines Berichtes vorzubeugen. 203

4. Übertragung von Haushaltsansätzen (Ermächtigungsübertragungen)

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 110 Abs. 1 Ziffer 3 GemO auch zu prüfen, ob der **Haushaltsplan eingehalten** worden ist. 204

Dazu wird zunächst der **fortgeschriebene Haushaltsansatz** mit dem tatsächlichen **(Ist-)Ergebnis** verglichen. Da es oftmals anders als geplant kommt, sind hierbei auch die **ergänzenden Festlegungen im Haushaltsvollzug** zu berücksichtigen. 205

Zudem finden auch die **Ermächtigungsübertragungen** Eingang in die weiteren Überlegungen. Unter einer Ermächtigungsübertragung versteht man die **zeitliche Übertragung von nicht in Anspruch genommen Haushaltsmitteln** in das folgende Haushaltsjahr. 206

Eine „**Übersicht** über die in das folgende Jahr zu übertragenden **Haushaltsermächtigungen**“ ist nach § 95 Abs. 3 GemO eine von den **drei Pflichtenlagen zum Jahresabschluss**. Die Weiteren sind die **Vermögensübersicht** sowie die **Schuldenübersicht**. 207

Im Gegensatz zu den beiden letztgenannten Anlagen wird durch die VwV Produkt- und Kontenrahmen für die **Ermächtigungsübertragungen kein verbindliches Muster vorgegeben**. Ein solches findet sich weder in der zum Zeitpunkt für die Haushaltswirtschaft bzw. diesen Jahresabschluss gültigen Verwaltungsvorschrift vom 30.08.2018 noch in der ganz aktuell gültigen VwV Produkt- und Kontenrahmen vom 16. Januar 2023. 208

Lediglich dem **Leitfaden** zum Jahresabschluss (2. Auflage, Dezember 2018) „sind Beispiele beigefügt, welche die einschlägigen rechtlichen Grundlagen berücksichtigen. Diese können bei Bedarf erweitert werden.“ 209

Bei allen **Beispielen** werden die **Ermächtigungsübertragungen** zunächst nach **Ergebnisrechnung** (konsumtive Vorhaben) und **Finanzrechnung** (investive Vorhaben) unterschieden. Die weitere Darstellung erfolgt in **Tabellenform**. 210

In der **horizontalen Differenzierung** wird wenigstens der **Wert** des gebildeten Ermächtigungsrestes genannt; meistens zudem weitere Informationen wie 211

- **zuständige Stelle** (Fachamt / bewirtschaftende Stelle),
- **Kontierungsinformationen** (Sachkonto, Kostenstelle/Produkt, Auftrag),
- **Erläuterungen / Begründungen** (textliche Hinweise) und
- weitere **Haushalts- und Rechnungswesen-Daten** wie Ermächtigungsreste des Vorjahres, fortgeschriebener Haushaltsansatz, ergänzende Festlegungen im Haushaltsvollzug, Rechnungsergebnis und noch verfügbare Mittel.

(Diese Spalten werden auch in den verbindlichen **Mustern** zur **Gesamtergebnis- bzw. Gesamtfinanzzrechnung** aufgeführt, siehe Anlage 19 bzw. 21 VwV Produkt- und Kontenrahmen.)

Die **vertikale Differenzierung** erfolgt nach den **Gliederungsobjekten** (Organisationseinheiten, Produkten) bei der **Ergebnisrechnung** bzw. den **Investitionsaufträgen/-objekten** in der **Finanzrechnung** in den **jeweiligen Teil-Haushalten**. 212

Ein **Bestandteil des Jahresabschlusses 2022** ist die „Übersicht der in das folgende Haushaltsjahr übertragenen Ermächtigungsreste (Anhang Anlage 3)“. Hiernach werden getrennt nach 213

„Summe Ermächtigungsreste Ergebnishaushalt 2022“ insgesamt 1.711.342,93 € und „Summe Ermächtigungsreste Finanzhaushalt 2022“ insgesamt 15.411.813,07 € übertragen. Wie in den Vorjahren wurden wiederum Ermächtigungsreste für Einzahlungen im Finanzhaushalt 2022 in Höhe von insgesamt 313.820,39 € gebildet.

Für letztere Übertragung ist der **Hintergrund** eine **geänderte gesetzliche Regelung**. Im Zuge der Anpassung des Gemeindehaushaltsrechts wurden einzelne Aspekte der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) neu gefasst. U. a. wurde im „§ 21 Übertragbarkeit“ ab 21.05.2016 die Möglichkeit geschaffen, **neben den Ansätzen für Auszahlungen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen **auch die die Ansätze für zweckgebundene investive Einzahlungen** (Einzahlungen aus Investitionszuwendungen sowie Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit), da deren Eingang sicher ist, **für übertragbar zu erklären**. Damit können die **Ein- und Auszahlungen einer Investitionsmaßnahme einheitlich veranschlagt und auch übertragen** werden. 214

Bevor der Jahresabschluss erstellt wurde, wurden die genannten **Ermächtigungsübertragungen** gemäß Vorlage 052/2023 „Bildung von Ermächtigungsresten im Haushaltsjahr 2022“ bereits durch den **Gemeinderat** am 28.06.2023 **beschlossen**: 215

- Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von 1.711.342,93 €
- Auszahlungen im Finanzhaushalt in Höhe von 15.411.813,07 €
- Einzahlungen im Finanzhaushalt in Höhe von 313.820,39 €

Daraus ergibt sich eine **Nettobelastung** der Stadt in Höhe von **16.809.335,61 €** (Netto-Gesamt-Betrag der Ermächtigungsreste). Die **beschlossenen Positionen stimmen** mit dem Jahresabschluss **überein**. Die **formalen und inhaltlichen Anforderungen** werden **erfüllt**. 216

Die **Übertragung** von Haushaltsmitteln von einem **in das nächste Haushaltsjahr** ist die wichtigste **Ausnahme vom Grundsatz der Jährlichkeit**. Die Übertragung bedarf daher eines **Beschlusses durch den Gemeinderat**. Dieser wurde durch die o. g. Beschlussvorlage **herbeigeführt**. 217

Die **Übertragbarkeit** und die **Deckungsfähigkeit** sind wichtige Prinzipien im **Konzept der Budgetierung**. 218

Die **übertragenen Mittel erhöhen** die im neuen Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden **Ansätze** und **mindern** zugleich auch die **liquiden Mittel**. 219

Der **Übertragbarkeit** wohnt zugleich die **Gefahr der Intransparenz** („Schattenhaushalt“) inne. Wenn die vorgesehene **Maßnahme** zunächst **verschoben**, sodann **gestreckt** oder ganz **vertagt** oder **gekippt** wird, und gar letztlich womöglich in einem **späteren** Haushaltsjahr **neu angemeldet** wird, dann stehen die **Mittel für andere Zwecke zur Verfügung**. 220

Neben dem **Gebot der Transparenz** sind auch die **Haushaltsgrundsätze der Wahrheit und Klarheit** durch den „Verschiebebahnhof“ in das nachfolgende Jahr berührt. 221

Zudem ist ein **hoher Anteil an Ermächtigungsübertragungen** auch ein **Indikator** dafür, dass die vorgesehenen Aufgaben, Aktivitäten und Maßnahmen **nicht wie geplant realisiert** werden konnten. 222

Die **Ermächtigungsübertragungen** werden nach **konsumtiven** (Ergebnishaushalt) und **investiven** (Finanzhaushalt) **getrennt** ausgewiesen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die **Entwicklung** in den letzten Jahren. 223

in €	konsumtiv (Aufwendungen)	investiv (Auszahlungen)	investiv (Einzahlungen)
2015	675.194,97	6.845.218,02	
2016	599.162,87	10.666.032,86	
2017	656.504,35	10.614.244,89	
2018	872.752,83	8.340.534,96	
2019	1.184.167,49	9.326.118,56	
2020	1.410.668,15	11.251.242,80	1.451.182,00
2021	1.236.829,62	13.057.907,29	225.720,39
2022	1.711.342,93	15.411.813,07	313.820,39

Die **Besonderheiten der letzten Jahre** (Pandemie, Ukraine-Krieg) haben zweifelsohne auch zu der einen oder anderen **Verwerfung bei den Finanzdaten** gesorgt. Letztlich zeigte sich ein neues „**Allzeit-Hoch**“ bei den konsumtiven und investiven **Ermächtigungsübertragungen**. 224

Zu einer **besseren Einschätzung** hat das Rechnungsprüfungsamt die gebildeten **Ermächtigungsübertragungen** der letzten fünf Jahre **ins Verhältnis zu dem jeweiligen Planansatz** gesetzt. 225

Übertragungs- quote	Aufwendungen Ergebnishaushalt	Auszahlungen Finanzhaushalt
2018	0,9 %	48,8 %
2019	1,1 %	52,0 %
2020	1,3 %	55,4 %
2021	1,1 %	78,5 %
2022	1,5 %	70,0 %



Während sich im **Ergebnishaushalt** die Übertragungsquoten im niedrigen einstelligen Bereich bewegen, welche sich als **erwartbare tolerable Unabwägbarkeiten** erklären lassen, liegt die **Übertragungsquote** im **Finanzhaushalt** hingegen zuletzt bei weit **über zwei Drittel der Mittel**. **Aus Steuerungssicht ist ein so hoher Wert fragwürdig**. 226

Das Rechnungsprüfungsamt hat dies bereits **in früheren Prüfungsberichten thematisiert**. Die Finanzverwaltung hatte in ihrer **Stellungnahme zum Bericht 2020** ausgeführt, dass „**Die Höhe der Ermächtigungsübertragungen .. jedes Jahr ein Thema [ist]. Im Vergleich mit den sechs großen Kreisstädten im Landkreis Esslingen [bekannt sei] ..., dass Ostfildern eher im unteren Bereich rangiert.**“ 227

Durch den **weiteren Anstieg** stellt das Rechnungsprüfungsamt die **Sichtweise in Frage**, auch wegen der **Entwicklung** der obigen **Kennzahl**, die von rund der Hälfte auf plus/minus Dreiviertel **ansteigt**. 228



Das **Rechnungsprüfungsamt regt an**, den **Quervergleich** mit anderen **großen Kreisstädten der Region** zu suchen, um dabei nicht nur die Frage, ob es sich um eine spezifische **Abweichung vor Ort** oder ein **system-immanentes Problem** handelt, zu klären, sondern auch im Vergleich die **mehrfährigen Entwicklungen** mit konkreten Vergleichswerten zu hinterlegen. 229

Eine Prüfung zur **Bildung und Abwicklung** der **Haushaltsübertragungen** wurde **vorgemerkt**. 230

5. Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft

Bei der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft handelt es sich um einen **unbestimmten Rechtsbegriff**, der inhaltlich nicht konkretisiert ist und unterschiedlich interpretiert werden kann. 231

Die **haushaltsrechtlichen Vorschriften**, die sich nicht explizit auf den Jahresabschluss beziehen, sollen beachtet und eingehalten werden. Hierzu zählen insbesondere 232

- die **allgemeinen Haushaltsgrundsätze** (§ 77 GemO), namentlich die **stetige Aufgabenerfüllung, Konjunkturgerechtigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit** sowie die **Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung** (GoB)
- die Grundsätze der **Erzielung von Erträgen und Einzahlungen** (§ 78 GemO)
- sowie der Grundsatz der **Öffentlichkeit** (§ 81 GemO).

Darüber hinaus sind die **Rechts- und Verwaltungsvorschriften** sowie die **Verträge**, die **ortsrechtlichen Bestimmungen** und die **dienstlichen Regelungen** entsprechend zu beachten. 233

Vom **Institut der Rechnungsprüfer** (IDR), einem bundesweiten Berufsverband der öffentlichen Rechnungsprüfer, gibt es die „**IDR Prüfungsleitlinie 720**“, die sich mit der „**Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft**“ befasst. Diese beinhaltet einen **Fragenkatalog**, der sich mit der **Ordnungsmäßigkeit** der haushaltswirtschaftlichen **Organisation**, der haushaltswirtschaftlichen **Instrumente** sowie der haushaltswirtschaftlichen **Prozesse** befasst. 234

Dieser Fragenkatalog des IDR basiert weitgehend auf dem **in der Praxis bewährten Prüfungsstandard** des Instituts der Wirtschaftsprüfer IDW PS 720. Viele der dort genannten Fragen sind auch für die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft relevant. 235

Die **Fragenkreise** umfassen die nachfolgenden **Themen** 236

- Tätigkeit von Überwachungsorganen und Verwaltungsleitung
- Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen
- Strategische Steuerung
- Ziele und Kennzahlen
- Controlling
- Kosten- und Leistungsrechnung
- Risikofrüherkennungssystem
- Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate
- Haushaltsgrundsätze
- Planungswesen
- Haushaltssatzung
- Haushaltsplan
- Haushaltssicherungskonzept
- Investitionen

- Kredite
- Liquidität
- Forderungsmanagement
- Vergaberegelungen
- Gebühren- und Beitragssatzungen
- Korruptionsprävention
- Berichterstattung an das Überwachungsorgan
- Ungewöhnliche Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage
- Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven
- Finanzierung
- Eigenkapitalausstattung
- Rentabilität/Wirtschaftlichkeit
- Strukturelles Defizit und seine Ursachen
- Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

Bei der **Vielzahl der Fragen** ist es nicht möglich, eine örtliche Prüfung mit hinreichender Sicherheit vorzunehmen. Aus wirtschaftlichen Gründen können auch nicht jedes Jahr alle Bereiche mit der gleichen Intensität geprüft werden. Daher wird das Rechnungsprüfungsamt eine **mehr-jährige Prüfungsplanung mit wechselnden Schwerpunkten** durchführen. 237

Wie unschwer zu erkennen ist, werden **bereits** einige der Themen **im jährlichen Prüfungsbericht ständig behandelt**. Auf die Kapitel 238

- Kennzahlen zum Jahresabschluss
- Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit
- Haushaltssatzung und Haushaltsplan
- Berichtspflicht – Stand des Haushaltsvollzugs

wird verwiesen. Diese werden dabei **von Prüfungsjahr zu Prüfungsjahr fortgeschrieben**.

Der für dieses Rechnungsjahr zudem **ausgewählte Prüfungsschwerpunkt** lag beim Thema „**Strategische Steuerung**“. 239

Allgemein wird strategische Steuerung in der Kommune **definiert** als ein langfristiger, **zielorientierter Prozess**, der Leitbilder und Visionen durch integrierte Zielsysteme (Zielpyramide) in konkretes Verwaltungshandeln und den Haushalt übersetzt. Strategische Steuerung dient dazu, **Entwicklungen proaktiv** zu gestalten, **Ressourcen effizient** zu priorisieren und Kommunalverwaltungen **zukunftsfähig aufzustellen**. 240

Die hierin skizzierte **Komplexität** und **Umfänglichkeit des Themas** zeigen sich auch in den **zahlreichen** und auch **umfangreichen Veröffentlichungen** zur **strategischen Führung/Management/Steuerung**. 241

Insbesondere die **KGSt** ist hier zu nennen mit ihrem Ansatz zum **strategischen Management**, welcher andere Orientierungsgrößen und Kriterien sowie auch Gesetzmäßigkeiten in den Mittelpunkt der Steuerungsprozesse stellt. Ausgangspunkt sind dabei die **Leitfragen des strategischen Managements** nach den **KGSt-Zielfeldern**. 242

Was wollen wir erreichen?	Ergebnisse/Wirkungen	243
Was müssen wir tun?	Programme/Produkte	
Wie müssen wir es tun?	Prozesse/Strukturen	
Was müssen wir einsetzen?	Ressourcen (Finanzen, Personal, Vermögen, Information)	

Zur **Abrundung der Thematik** auch noch ein Blick in die **gesetzlichen Grundlagen**. Während in der **Gemeindeordnung** die Begriffe „Strategie“ bzw. „strategisch“ nicht genannt werden, finden sich in der **Gemeindehaushaltsverordnung** zwei korrelierende Bezüge. 244

Zum **einen** soll im **Vorbericht** zum **Haushaltsplan** gemäß § 6 Ziffer 1 GemHVO dargestellt werden, „welche wesentlichen Ziele und Strategien die Gemeinde verfolgt“. Zum **anderen** soll der **Rechenschaftsbericht**, der den **Jahresabschluss** erläutert, auch die Ziele und Strategien darstellen (vgl. § 54 Abs. 2 GemHVO). 245

Die **formale Prüfung** führt zu dem Ergebnis, dass **beide Kriterien eingehalten** wurden. 246

Im **Vorbericht** zum Haushaltsplan 2022 sind die wesentlichen **Ziele und Strategien** der Stadt Ostfildern **enthalten**. Hierbei wird zudem auf die Vorlage 092/2021 „Eckwertebeschluss für den Haushaltsplan 2022 der Stadt Ostfildern; Controlling, Zielvereinbarung 2022“ verwiesen, welche der Gemeinderat in der Sitzung vom 21.07.2021 mehrheitlich beschlossen hat. 247

Der **Rechenschaftsbericht** vom 06.12.2023 **enthält** das Kapitel „**Ziele und Strategien** [Hervorhebung nicht im Original], Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung“ (vgl. Vorlage 165/2023, welche der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 31.01.2024 zur Kenntnis genommen hat). 248

Der in der IDR Prüfungsleitlinie 720 enthaltene **Fragenkreis zur Strategischen Steuerung** ist **der kleinste aller 28 Fragenkreise**. Er umfasst lediglich zwei Fragen: 249

- a) Orientiert sich das Handeln der Gebietskörperschaft an einer langfristigen strategischen Ausrichtung?
- b) Ist diese strategische Ausrichtung in Form eines Leitbildes oder in anderer Form dokumentiert?

Der **Fragenkatalog** ist zwar **nicht als verbindliche abschließende Aufzählung** zu verstehen, sondern als ein Hilfsmittel für den Prüfer, relevante Prüfgebiete nicht zu übersehen. Zudem hängt der **Umfang der Beantwortung** einzelner Fragen vom Ermessen des Rechnungsprüfers ab. 250

Um zugleich den **zeitlichen Rahmen** einer Abschlussprüfung **nicht zu sprengen** und um eine **Konzentration auf das Wesentliche** zu gewährleisten, erinnert die **Prüfungsleitlinie** an den **Grundsatz**: „So wenig wie möglich und so viel wie nötig“. 251

Es wird weiters ausgeführt, dass die **Fragen klar und problemorientiert zu beantworten** sind. Die **Beantwortung** ist **auf das Wesentliche zu beschränken**, d.h. auf solche Feststellungen und Sachverhalte, die geeignet sind, die Adressaten des Prüfungsberichts bei der Überwachung zu unterstützen. Im Einzelfall **kann ein „Ja“ oder „Nein“ als Antwort ausreichen**, falls dies keine 252

Folgefragen hervorruft. Insoweit sich bereits Antworten zu den Fragen im Rechenschaftsbericht oder an anderer Stelle finden, kann bei der Fragenbeantwortung **auf die einschlägigen Ausführungen verwiesen** werden. Dabei ist die konkrete Fundstelle anzugeben (z.B. Abschnitt, Seitenzahl, Textziffer).

Die **sachliche Prüfung** führt zu dem Ergebnis, dass beide Fragen mit „Ja“ beantwortet werden können. Die konkreten Fundstellen sind das **Leitbild** der Stadt, der **Eckwertebeschluss** für den Haushaltsplan sowie die Ausführungen im **Rechenschaftsbericht**. 253

6. Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre

§ 42 GemHVO verlangt, dass **unterhalb der Bilanz** folgende **Vorbelastungen auszuweisen** sind, die spätere Haushaltsjahre belasten: 254

- Bürgschaften,
- Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen,
- eingegangene Verpflichtungen und
- in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen.

Die Formulierung im § 42 GemHVO, dass die Angaben „unter der Bilanz“ zu erfolgen haben, soll insbesondere der **Bilanzklarheit** dienen. 255

Um den **rechtlichen Anforderungen** Genüge zu tun, hatte das Rechnungsprüfungsamt eine **entsprechende Ergänzung der Darstellung** „unter der Bilanz“ bereits angemahnt. Eine Umsetzung konnte aufgrund der **zeitlichen Verwerfungen** zwischen Erstellung, Prüfung und vollzogener Anpassung in dem diesjährigen Jahresabschluss **noch keine Berücksichtigung** finden. Die Umsetzung ist im Jahresabschluss 2024 erfolgt. Hier sind die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre nach § 42 GemHVO direkt unter der Bilanz aufgeführt. 256

Neben der Angabe unter der Bilanz sind die **Vorbelastungen** nach § 53 Abs. 2 Nr. 7 GemHVO **zusätzlich auch im Anhang anzugeben**. Während sich die Angabe unter der Bilanz auf die Angabe einer Summe je Art beschränkt, erfolgt im Anhang eine **weitergehende Erläuterung**. 257

Auf die entsprechend **vorliegenden** und **formell korrekten Anlagen** 258

- Sicherheiten und Gewährleistungen an Dritte (Anlage 5)
- Übersicht über die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 6)

im **Anhang** des Jahresabschlusses wird verwiesen.

IV. Prüfung des Jahresabschlusses

1. Die Grundlagen: Buchführung, Summen- und Salden-Liste

Die **wesentlichen grundlegenden Bestimmungen** zum Jahresabschluss werden in § 95 Abs. 1 GemO genannt: 259

- Die Gemeinde hat **zum Schluss** eines jeden **Haushaltsjahres** einen Jahresabschluss aufzustellen.
- Der Jahresabschluss ist nach den **Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung**
- unter Berücksichtigung der besonderen **gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen** aufzustellen
- und muss **klar und übersichtlich** sein.
- Der Jahresabschluss hat **sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen** zu enthalten, soweit nichts anderes bestimmt ist.
- Er hat die **tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage** der Gemeinde darzustellen.

Bereits bei den **allgemeinen Haushaltsgrundsätzen** in § 77 Abs. 3 GemO wird auf das **Führen der Bücher** verwiesen, welches in der Form der **doppelten Buchführung (Kommunale Doppik)** zu erfolgen hat. 260

Doppelte Buchführung bedeutet, dass jeder **Geschäfts- bzw. Verwaltungsvorfall** auf einem **Konto und einem Gegenkonto** erfasst wird. Zur Unterscheidung wird ein Buchungssatz gebildet, in dem festgelegt wird, auf welchem Konto im „Soll“ und auf welchem im „Haben“ gebucht wird. 261

Die doppelte Buchführung wurde erstmals **1494** von dem italienischer Mathematiker **Luca Pacioli** beschrieben. So erklärt sich auch die Bezeichnung, da dem Kontentitel das Soll und das Haben folgt. Im italienischen „deve dare“ und „deve avere“ (zu deutsch „soll geben“, „soll haben“). Später fiel in Deutschland links das Geben und rechts das Soll weg, so dass wir heute nur noch Soll und Haben anwenden. 262

Soll und Haben sind somit die technische Umsetzung der doppelten Buchführung. Der **Buchungssatz** lautet immer: **Soll an Haben**. 263

Eine **wesentliche Auswertung** aus der doppelten Buchführung ist die **Summen- und Salden-Liste**. Sie liefert eine Übersicht aller bebuchten Konten mit den jeweiligen Anfangssalden, Bewegungen in Summen und Endsalden. Diese **interne Übersicht** bietet einen **guten Überblick** zu den wesentlichen **Positionen und Kontobewegungen** innerhalb eines Jahres. Damit ist ihre **Analyse** zugleich Ausgangspunkt für eine daraus abgeleitete risiko-orientierte Prüfungsplanung. 264

Im Sinne einer **risiko-orientierten Prüfungsplanung** erfolgte als **analytische Prüfungshandlung** eine **Durchsicht der Summen-Salden-Liste**. Dabei wurden die **Abweichungen** zum Vorjahr in 265

absoluten und relativen Werten **ermittelt**. Bei Überschreiten von Schwellenwerten wurden die auffälligen Abweichungen näher betrachtet. Im Einzelnen wird bei den nachfolgenden Prüfungsposten der Aktiva und Passiva darauf eingegangen.

Ebenso bedingen eine Vielzahl von **Ertragsbuchungen im Soll** oder **Aufwandsbuchungen im Haben** einer näheren Prüfungsbetrachtung der jeweiligen Erfolgskonten. Denn Erfolgskonten werden dort bebucht, wo sie in der Gewinn- und Verlustrechnung stehen: 266

- **Aufwandskonten** mithin auf der (linken) **Sollseite**, weil die Aufwendungen das **Eigenkapital mindern**.
- **Ertragskonten** auf der (rechten) **Habenseite**, weil die Erträge das **Eigenkapital erhöhen**.

In den **letzten Prüfungsjahren** hatte das Rechnungsprüfungsamt jeweils bei einzelnen Sachkonten, die von den **gebuchten Werten her auffällig** waren, weil bspw. bei einem Ertragskonto nicht erwartete höhere Soll-Buchungen vorgenommen wurden, eine **nähere Betrachtung und Prüfung vorgenommen**. 267

Im **Ergebnis** hielten wir fest, dass „Die „nicht erwarteten Buchungsvorgänge“ .. sich somit **nachvollziehbar erklären** [ließen].“ und „Sowohl **buchhalterisch** als auch **dokumentatorisch** ergaben sich **keine Bemerkungen**.“ 268

Im Rahmen der **Schwerpunktbildung** wurde eine **vertiefte Prüfung** in diesem Jahr **ausgesetzt**. Gleichwohl haben wir uns über die **Summen-Salden-Liste** einen **Überblick** über die getätigten **Soll- und Haben-Buchungen verschafft**. Es zeigten sich **keine Auffälligkeiten**, denen nachzugehen wäre. 269

2. Die Bilanz

a) Das Rechenwerk Bilanz

- Die **Bilanz** (lateinisch bilancia „(Balken-)Waage“; aus lateinisch bi „doppelt“ und lanx „Schale“) ist ein in vielen Fachgebieten vorkommender Begriff, worunter allgemein eine nach bestimmten Kriterien **gegliederte, summarische** und sich **ausgleichende Gegenüberstellung** von Wertkategorien verstanden wird. 270
- Oftmals wird der Ausdruck Bilanz unmittelbar mit dem klassischen **betrieblichen Rechnungswesen** in Verbindung gebracht. Darüber hinaus gibt es auch Bilanzen, die andere Gesichtspunkte betrachten, wie bspw. Energiebilanz, Sozialbilanz, Umweltbilanz oder Wissensbilanz. 271
- Die Bilanz ist der **Abschluss des Rechnungswesens** zu einem **bestimmten Zeitpunkt** (Bilanzstichtag), in der Regel zum Ende des Geschäftsjahres (Jahresabschluss). Sie ist verknüpft mit der **Buchführung**, der zeitlich und sachlich **geordneten Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle** in einem Betrieb. 272
- Der wirtschaftliche Begriff Bilanz lässt sich **historisch** zurückverfolgen bis zu den Anfängen der doppelten Buchführung, die von dem italienischen Mönch und Mathematiker Luca Pacioli im Jahr 1494 erstmals komplett beschrieben wird. 273
- Die Bilanz ist eine **systematische Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital**, also von den eingesetzten betrieblichen Mitteln. Sie wird üblicherweise in der Form eines T-Kontos aufgestellt. 274
- Das **Vermögen (Aktiva)** zeigt die **Mittelverwendung** für die einzelnen Vermögensgegenstände wie bspw. immaterielles Vermögen, Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, Beteiligungen oder liquide Mittel. 275
- Dagegen zeigt das **Kapital (Passiva)** die **Mittelherkunft** aus Eigenkapital oder Schulden (Verbindlichkeiten) bzw. Rückstellungen durch ungewisse Verbindlichkeiten oder unbestimmte Aufwendungen. 276
- Vermögen und Kapital stellen dieselbe Wertgesamtheit (**Bilanzsumme**) dar; dies kommt in der sogenannten Bilanzgleichung (**Aktiva = Passiva**) zum Ausdruck. 277
- Beide Seiten der Bilanz werden dabei **nach der Fristigkeit** bzw. Bindungsdauer der Posten **gegliedert**. Je näher zum Geld, je kürzer die Bindungsdauer der Gegenstände, je dringlicher die Verpflichtung, desto „weiter unten“ in der Bilanz stehen die Posten. 278
- Die Bilanz dient der **Dokumentation, Information** und **Erfolgsermittlung**. Sie ist das **zentrale Bindeglied** im betrieblichen Rechnungswesen und ermöglicht das Zusammenspiel der Ergebnis- und Finanzrechnung in der **Drei-Komponentenrechnung** des NKHR. Und letztlich ermöglicht die Bilanz den Einstieg in die Beurteilung der **tatsächlichen Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage** der Gemeinde. 279

b) Die Bilanzwerte zum 31.12.2022

Die Bilanz der Stadt Ostfildern zum 31.12.2022 ist diesem Bericht als Anlage beigelegt. Die Veränderungen zur Bilanz zum 31.12.2021 stellen sich **im Überblick** wie folgt dar: 280

	31.12.2022	31.12.2021	
Aktivseite			281
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	303.262,21 €	265.818,46 €	
1.2 Sachvermögen	259.217.097,62 €	251.106.540,61 €	
1.3 Finanzvermögen	64.884.057,11 €	58.471.305,61 €	
2. Abgrenzungsposten	23.788.371,19 €	21.233.405,08 €	
Summe Aktivseite	348.192.788,13 €	331.077.069,76 €	

Passivseite			282
1.1 Basiskapital	201.774.897,20 €	201.774.897,20 €	
1.2 Rücklagen	70.226.857,94 €	54.437.825,49 €	
2 Sonderposten	13.621.327,57 €	13.432.852,99 €	
3 Rückstellungen	26.027.617,79 €	18.768.311,08 €	
4 Verbindlichkeiten	32.331.767,51 €	38.527.540,95 €	
5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	4.210.320,12 €	4.135.642,05 €	
Summe Passivseite	348.192.788,13 €	331.077.069,76 €	

Die obige Überblicksdarstellung entspricht nicht der **gesetzlich vorgegebenen Mindestgliederung**. Nach § 52 GemHVO sind die Werte teilweise bis hinunter auf die dritte Strukturebene auszuweisen. Diese Anforderung wird durch die **im Jahresabschluss** vorgelegte Bilanz **erfüllt**. 283

Die teilweise **darunterliegende Strukturebene**, die nachfolgend auch mit den Ergebniswerten erläutert wird, ergibt sich durch die **Aufteilung auf weitere sinnvolle Wertbereiche** wie beispielsweise nach den thematischen Arten der unbebauten bzw. bebauten Grundstücke. 284

c) Die Prüfung der Bilanz

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss daraufhin zu prüfen, ob das **Vermögen** 285 sowie die **Schulden** und **Rückstellungen** richtig nachgewiesen worden sind (vgl. § 110 Abs. 1 Ziffer 4 GemO). Diese Posten stehen in der Bilanz.

Dies wird durch die Gemeindeprüfungsordnung (vgl. § 11 Umgang der Prüfung) dahingehend 286 konkretisiert, dass u. a.

- die einzelnen Maßnahmen der **Vermögens- und Schuldenverwaltung** den von 287 der Gemeinde zu beachtenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie den Verträgen und dienstlichen Regelungen der Gemeinde entsprechen,
- die **Bücher** ordnungsgemäß angelegt, geführt und abgeschlossen sind, 288
- **Forderungen** rechtzeitig eingezogen worden sind und die Voraussetzungen für 289 die **Stundung**, die **Niederschlagung** oder den **Erlass** von Ansprüchen vorlagen,
- das **Inventar** ordnungsgemäß aufgestellt und die **Ansatz- und Bewertungsvor-** 290 **schriften** eingehalten worden sind,

Analyse der Bilanz, Risikobeurteilung

Um die **Komplexität** der Prüfung des Jahresabschlusses zu **reduzieren** und gleichzeitig den 291 **gestiegenen Anforderungen** an die Prüfungsnotwendigkeiten **Genüge zu tun**, werden in einem ersten Schritt **notwendige Prüffelder identifiziert**.

In der Bilanz wird das Vermögen (Aktivseite) der Kommune und seine Finanzierung (Passiv- 292 seite) zum Stichtag 31.12. gegenübergestellt. Aus der **inhaltlichen Differenzierung** nach **Mittelverwendung** (Aktiva) und die **Mittelherkunft** (Passiva) sowie der **zeitlichen Besonderheit** jeweils nur **stichtagsbezogen Auskunft** zu geben, ergibt sich der erste Prüfungsansatz hinsichtlich **wesentlicher Wert-Abweichungen**.

Wesentliche Wert-Abweichungen

Im **Vergleich** zwischen den **Vorjahreswerten** und den **aktuellen Bilanzwerten** lassen sich 293 **wesentliche Abweichungen** in der Bilanz erkennen. Diese Gegenüberstellung wird im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses auf der Ebene der **Sachkonten** ermittelt.

Das Ergebnis fließt in den weiteren Kapiteln in die **Prüfung von ausgewählten Aktivposten** 294 bzw. **Passivposten** mit ein. Alternativ findet es **Berücksichtigung im Prozesszusammenhang**; so entsteht der **Wertzuwachs** bei einem Vermögensposten in der Regel durch den **Kauf eines Anlagegutes**, dies wird wiederum bei der **Auszahlung für Investitionstätigkeit** abgebildet.

Bildung von Schwerpunkten

Die nach der Gemeindeprüfungsordnung geforderte **Bildung von Schwerpunkten** bei der Prüfung hat unter Berücksichtigung der folgenden **allgemeinen Aspekte** zu erfolgen: 295

- Komplexität und Schwierigkeit
- wirtschaftliche Bedeutung
- Risiko, insbesondere auch die Wahrscheinlichkeit etwas falsch zu machen sowie
- Zeitabstand und Ergebnisse der letzten Prüfung

Zudem sind die Aspekte der **einzelnen Prüfungsgebiete** zu berücksichtigen. Dabei sind Fragen nach der **Bilanzierung** (Nachweis und Ansatz), **Gliederung** (Ausweis) und **Bewertung** zu beantworten. 296

Prüfungsaussagen

Bei der Prüfungsdurchführung werden auch die zu tätigenen **Prüfungsaussagen** berücksichtigt. Dieses Konzept wird durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sehr stark verfolgt. So sollen bspw. Aussagen zur **Vollständigkeit, Existenz, Genauigkeit und Bewertung** getroffen werden. 297

So ist bspw. bei der Position Rückstellungen auf die Vollständigkeit zu achten oder es ist bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen der Nachweis der Existenz zu überprüfen. Die Genauigkeit zielt auf Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, während die Bewertung auf den richtigen Wertansatz hin untersucht. Diese **Überlegungen** greifen wir bei den **einzelnen Prüfungspositionen** auf. 298

Zugleich entwickelt sich die **Jahresabschlussprüfung** weiter, indem im Sinne einer **prozessorientierten Prüfung** ein Verständnis für die Geschäftsprozesse entwickelt wird. Daraus werden **Risiken identifiziert** und implementierte **interne Kontrollsysteme (IKS)** überprüft. Diese **Systemprüfung** (Prüfung der Verwaltungsprozesse) wird durch **Plausibilitätsprüfungen** und **Einzelfallprüfungen** ergänzt. 299

3. Einzelne Aktivposten der Bilanz

a) Immaterielle Vermögensgegenstände 303.262,21 € (265.818,46 €)

Bei diesem Bilanzposten sind die Vermögenswerte für **Konzessionen, Lizenzen und DV-Software** erfasst worden. Eine Aktivierung kann nur erfolgen, wenn immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworben wurden und wenn sie selbständig bewertungsfähig sind. 300

Die Bilanzposition gliederte sich in den vergangenen Jahren immer in zwei Bereiche, seit diesem Jahr in **drei Bereiche**: 301

- Lizenzen 59.407,79 € (77.419,20 €)
- DV-Software 239.201,94 € (188.399,26 €)
- Sonstiges immaterielles Vermögen 4.652,48 € (0,00 €)

Gegenüber dem **Vorjahreswert** haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände insgesamt um 37.443,75 € **erhöht**. 302

In einem der letzten Prüfungsberichte haben wir die **Bilanzposition näher betrachtet** und zunächst die **Entwicklung der letzten Jahre** dargestellt. 303

Der Wert in der Eröffnungsbilanz 01.01.2010 betrug 320.816,42 Euro. Das **Allzeit-Hoch** lag am 31.12.2014 bei 392.903,36 €. **Nachdem** sich der **Wert in den letzten Jahren stets rückläufig entwickelt** hat, ist in den **letzten beiden Jahren** wieder eine **Steigerung** festzustellen. 304

2010	319.827,66 €	305
2011	268.970,74 €	
2012	246.032,56 €	
2013	258.689,14 €	
2014	392.903,36 €	
2015	375.257,30 €	
2016	379.612,12 €	
2017	307.004,96 €	
2018	278.562,40 €	
2019	244.785,66 €	
2020	217.934,89 €	
2021	265.818,46 €	
2022	303.262,21 €	

In den letzten Jahresabschlüssen wird für den Posten der **Lizenzen** stets ausgeführt, dass die **Normal-Abschreibungen** die **Investitionen übersteigen**, so dass sich der **Bestand** im Vergleich zum Vorjahr **verringert**. 306



Eine **tiefgehende Analyse** hinsichtlich der einzelnen **Positionen**, der **Mengen** und der Anschaffungs**preise** samt Entwicklung sowie der **Laufzeiten** wird der Fachabteilung angeraten. Diese Informationen dienen auch zur Übersicht für die **Planung künftiger Bedarfe**. 307

Bei der **DV-Software** wiederum wirkte sich die Einrichtung der Schnittstellen und Anbindung der Vorfahren an SAP bestandsmehrend aus. Es wurden einzelne Belege **in Stichproben geprüft**. Daraus ergaben sich **keine Bemerkungen**. 308

**b) Unbebaute Grundstücke und
grundstücksgleiche Rechte**

20.993.173,62 € (21.861.025,66 €)

Unbebaute Grundstücke sind **Grundstücke**, auf denen sich **keine Gebäude** befinden. Innerhalb dieses Bilanzpostens erfolgt eine Unterteilung in **Grünflächen** (z. B. Parkanlagen, naturschutzwürdige Flächen, Wasserflächen), **Ackerland** (landwirtschaftlich genutzte Flächen der Gemeinde ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen), **Wald und Forsten** (der im gemeindlichen Besitz befindliche Wald sowie sonstige forstwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen) sowie sonstige unbebaute Grundstücke (z. B. unbebaute **Bau- oder Gewerbestandteile**). Angesetzt werden der Wert von Grund und Boden sowie des Aufwuchses.

309

Die Bilanzposition **gliedert sich** wie folgt:

310

	31.12.2022	31.12.2021
• Grünflächen	5.425.583,85 €	5.449.821,37 €
• Ackerland	4.373.999,21 €	4.325.086,19 €
• Wald, Forsten	1.485.657,41 €	1.470.881,06 €
• Sonstige unbebaute Grundstücke	9.707.933,15 €	10.615.237,04 €
	20.993.173,62 €	21.861.025,66 €

Der **Bestand** hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 867.852,04 € **verringert**. Veränderungen, also entweder Ab- oder Zunahmen sind bei allen Posten zu verzeichnen. Die **augenfälligste Abnahme** (Fall unter die 10 Mio. € Linie) ergab sich bei den **sonstigen unbebauten Grundstücken** mit minus 907.303,89 €. Hintergrund sind die Grundstücksveräußerungen im Bau- gebiet Ob der Halde in Scharnhausen.

311

Im Prüfungsjahr 2020 wurde bei der Bilanzposition eine **Detailprüfung** als Schwerpunkt vorge- nommen, die zu **keinerlei Beanstandungen** geführt hatte.

312

c) **Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte**

148.323.910,74 € (149.017.306,03€)

Hier wird der Wert von Grund und Boden, der Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen folgender **Grundstücksarten** nachgewiesen. 313

	31.12.2022	31.12.2021
• Wohnbauten	20.500.707,15 €	20.828.521,50 €
• Kindertagesstätten und sonstige soziale Einrichtungen	21.650.656,07 €	21.835.719,18 €
• Schulen	39.670.518,07 €	39.216.318,76€
• Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen	45.999.807,98€	46.426.965,58 €
• Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	20.502.221,47 €	20.709.781,01 €
	148.323.910,74 €	149.017.306,03 €

Von diesen Werten entfallen auf 314

• Grund und Boden sowie Außenanlagen	37.105.490,07 €	37.038.126,11 €
• Gebäude , Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	111.218.420,67 €	111.979.179,92 €

In diesem Jahr gab es im **Vergleich** mit dem **Vorjahr** keine markanten Veränderungen. Im **Jahresabschluss** werden in den **Erläuterungen zur Bilanz** die Werte für die jeweiligen Abschreibungen sowie die investive Vermögenszugänge bzw. realisierte Vorhaben genannt. 315

In den **letzten Prüfungsjahren** haben wir in diesem Bereich verschiedentliche Positionen in Stichproben und Schwerpunkten geprüft. Hieraus ergaben sich jeweils **keine Prüfungsanmerkungen**. 316

d) Infrastrukturvermögen **66.714.687,93 €** (67.198.081,94 €)

Das Infrastrukturvermögen stellt die **zweitgrößte Position** des Sachanlagevermögens dar und umfasst **Grund und Boden** sowie die zuzurechnenden **Aufbauten, Betriebseinrichtungen und Bauwerke**, welche getrennt bewertet und als Vermögensgegenstände in der Anlagenbuchhaltung geführt werden. 317

	31.12.2022	31.12.2021
• Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	28.890.705,63 €	28.829.948,11 €
• Brücken	1.454.482,03 €	1.487.812,53 €
• Straßen, Wege, Plätze, Verkehr	34.533.489,99 €	34.986.302,40 €
• Wasserbauliche Anlagen	146.542,99 €	151.391,79 €
• Friedhöfe	1.620.428,39 €	1.666.579,01 €
• Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	69.038,90 €	76.048,10 €
	66.714.687,93 €	67.198.081,94 €

Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein **leichter Rückgang**, da den getätigten Investitionen wertmäßig höhere Abschreibungen gegenüberstehen. 318

e) Bauten auf fremden Grundstücken **500,45 €** (500,45 €)

Hierbei handelt es sich um einen Baum auf einem privaten Grundstück in Ruit. 319

f) Kunstgegenstände und Kulturdenkmale **178.731,28 €** (181.955,69 €)

Hier sind im Wesentlichen die Kunstgegenstände der städtischen **Galerie** sowie **Kunstwerke im öffentlichen Raum** abgebildet. 320

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahreswert **geringfügig reduziert**. 321

g) Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge 3.637.176,91 € (2.862.854,02 €)

Bei diesem Bilanzposten sind alle Maschinen und technischen Anlagen sowie Fahrzeuge 322 erfasst, die für die **Leistungserbringung durch die Stadt erforderlich** sind.

	31.12.2022	31.12.2021
• Fahrzeuge	2.273.145,76 €	1.596.861,48 €
• Maschinen	331.121,04 €	177.384,66 €
• Technische Anlagen	1.032.910,11 €	1.088.607,88 €
	3.637.176,91 €	2.862.854,02 €

Bei den **Fahrzeugen** trat eine deutliche **Bestandsmehrung** ein. Ursächlich hierfür waren die 323 Neuanschaffungen von einem Feuerwehrfahrzeug HLF 10 in Nellingen (378 T€), dem Blitzeranhänger (239 T€) sowie den Fahrzeugen im Bauhof (240 T€ und 150 T€). Die neuen Beschaffungen übertrafen die Summe der Abschreibungen deutlich.

Auch bei den **Maschinen** ergab sich ein **Anstieg** aufgrund der Anschaffungen von Maschinen 324 für den Bauhof und die Feuerwehr.

Bei **technischen Anlagen** hingegen kam es zu einem **leichten Rückgang**, da die Abschreibungen 325 die Zugänge übersteigen.

h) Betriebs- und Geschäftsausstattung 1.056.694,93 € (959.761,90 €)

Unter dieser Bilanzposition sind **Einrichtungsgegenstände** in Büros, Schulen, Kindertagesstätten, Werkstätten und anderen Einrichtungen sowie etwaige Betriebsvorrichtungen **aktiviert**. 326

Der **Bilanzwert** hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch verschiedene Beschaffungen **deutlich erhöht**. 327

Wir haben **alle Buchungen gesichtet** und **einzelne Belege stichprobenartig geprüft**. Beschafft 328 wurde u. a.

- ein **Dieseltank** für 5.000 Liter im Baubetriebshof,
- **Hardware** und **Mobiliar** im Bereich der **Schulen**,
- ein **Kombidämpfer** mit Untergestell für **Kita**,
- ein **Trainingsgerät** für professionelle **Brandbekämpfung**,
- mehrere **Löschdecken** für **Pkw-Brände**,



Dass dabei eine Lehrerin innerhalb eines Monats zwei **Beschaffungen** von einem typgleichen 329 Epson-**Beamer**, bei zwei unterschiedlichen Lieferanten im Wert von jeweils 1.999,00 € über ihr privates Konto tätigt und diese Beschaffung **als Erstattung einer Barauslage** abgewickelt wird, sehen wir **mehr als kritisch**.

Aus der weiteren **Belegprüfung** ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. Es lagen aus- 330 reichende **begründende Unterlagen** bei.

i) Vorräte **83.319,09 €** (53.449,15 €)

Unter dieser Bilanzposition werden hauptsächlich die **Heizöl-, Holzpellets- und Flüssiggasbestände** städtischer Gebäude sowie der **Streusalz- und Splittbestand** des Bauhofs abgebildet. 331

Die Stadt Ostfildern bewertet ihre Vorräte nach dem „**FiFo-Verfahren**“ (First In – First Out). Hierbei wird unterstellt, dass die zuerst beschafften Bestände zuerst verbraucht werden und sich die zuletzt eingetroffenen Lieferungen im Lagerbestand befinden. Alle eingehenden Lieferungen werden nach ihrem tatsächlichen Wert bewertet. 332

Der **Bilanzwert** zeigt sich gegenüber dem Vorjahr **erhöht**. 333

j) Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau **18.228.902,67 €** (8.971.605,77 €)

Auf dieser Bilanzposition werden **Maßnahmen** nachgewiesen, die zum 31.12.2022 **nicht endgültig fertig gestellt** waren und somit den vorstehenden Bilanzpositionen noch nicht konkret zugeordnet werden konnten. Die Anlagen im Bau umfassen dabei nicht nur Gebäude und sonstige Bauten, sondern auch Maschinen, Transportanlagen und andere Anlagegüter, deren Anschaffung oder Herstellung bis zum Bilanzstichtag noch nicht beendet ist. 334

Auf derselben **Bilanzposition** werden **auch** die geleisteten **Investitionszuschüsse** an die Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Ostfildern mbH (**SEG**) abgebildet. 335

Die **Anlagen im Bau** werden **nicht abgeschrieben**. Nach der **Fertigstellung bzw. Inbetriebnahme** erfolgt eine **Umbuchung** auf das entsprechende aktive **Bestandskonto**. 336

Bedingt durch die Umstellung auf die Finanzsoftware SAP werden die **Anlagen im Bau** nun **detaillierter** hinsichtlich ihrer Art **dargestellt**. Die **Altfälle** werden weiterhin als Anlagen im Bau ausgewiesen, diese werden in den nächsten Jahren durch die Aktivierung sukzessive abgebaut. Die **neuen Tatbestände** werden nach den Vermögensarten bzw. Art der Baumaßnahme unterschieden, so dass sich die Bilanzposition wie folgt **gliedert**: 337

	31.12.2022	31.12.2021
• Anlagen im Bau (AiB)	5.698.654,68 €	8.971.605,77 €
• AiB, immaterielles Vermögen	718,46 €	0,00 €
• AiB, bewegliches Vermögen	6.594,33 €	0,00 €
• AiB, Hochbaumaßnahmen	6.749.240,17 €	0,00 €
• AiB, Tiefbaumaßnahmen	844.654,79 €	0,00 €
• AiB, Sonstige Baumaßnahmen SEG	4.929.040,24 €	0,00 €
	18.228.902,67 €	8.971.605,77 €

Bei den Anlagen im Bau hat sich der Gesamtbestand im **Wert um ca. 9,3 Mio. € erhöht**. Im Bereich des Hochbaus liegt dies vor allem am Neubau der Sporthalle I sowie dem Umbau an der Schule im Park. Bei den sonstigen Baumaßnahmen sind es insbesondere die Investitionszuschüsse an die SEG für die Sanierung der Hindenburgstraße in Nellingen oder für Kemnat I. 338

In einem der **letzten Prüfungsjahre** hatten wir uns **intensiver** mit dieser Position **befasst**. Dabei ließen wir uns den **Geschäftsprozess** beschreiben und inhaltlich erläutern. Die Vorgehensweise in der Anlagenbuchhaltung stellt eine zeitnahe und korrekte Bearbeitung sicher. Auch bei der Prüfung einzelner Posten hatten sich **keine Prüfungsbemerkungen** ergeben. 339

Somit wurden im aktuellen Prüfungsjahr eine **überblicksartige Prüfung** und das Aufrufen einzelner **Belege als Stichprobe** vorgenommen. Daraus ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 340

k) Finanzvermögen **64.884.057,11 € (58.471.305,61 €)**

Das Finanzvermögen der Stadt im Überblick **besteht aus:** 341

	31.12.2022	31.12.2021
• Anteilen aus verbundenen Unternehmen	207.451,31 €	207.451,31 €
• sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen	281.528,68 €	289.877,04 €
• Sondervermögen (Eigenbetriebe)	10.973.321,47 €	10.973.321,47 €
• Ausleihungen	2.156.037,24 €	2.164.815,22 €
• Wertpapiere	24.021.010,80 €	15.469.642,48 €
• öffentlich-rechtliche Forderungen	2.454.695,18 €	1.005.708,22 €
• Forderungen aus Transferleistungen	0,00 €	0,00 €
• privatrechtliche Forderungen	4.317.600,08 €	3.015.988,36 €
• liquide Mittel	20.472.412,35 €	25.344.501,51 €
	64.884.057,11 €	58.471.305,61 €

Der **Bilanzwert** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6.412.751,50 € also rund **11 % erhöht**. Wesentliche **Veränderungen** zeigen sich bei den **Wertpapieren** sowie den **liquiden Mitteln**. 342

l) sonstigen Beteiligungen und Kapitaleinlagen **281.528,68 € (289.877,04 €)**

Hier werden die **Beteiligungen** nachgewiesen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauerhafte Verbindung zu diesen Unternehmen herzustellen, **ohne einen beherrschenden Einfluss** auszuüben. An dieser Stelle werden auch **Mitgliedschaften in Zweckverbänden** ausgewiesen. 343

Im Jahr 2022 gab es nur eine einzige **Veränderung** bei den **Beteiligungen**. Aufgrund einer **Kapitalanpassung** (Ausschüttung durch Kapitalherabsetzung) beim **Solarpark Kenzingen** wurde der Wert der Beteiligung um 8.348,36 € verringert. **Ansonsten** blieben die **Vorjahreswerte unverändert** stehen. 344

m) Sondervermögen**10.973.321,47 €** (10.973.321,47 €)

Das **Vermögen der Eigenbetriebe** Stadtwerke Ostfildern (SWO), Hallenbäder Ostfildern (HBO) (zum 31.12.2019 aufgelöst) und Wohnungsverwaltung Ostfildern (WVO) (zum 31.12.2020 aufgelöst) wird nach § 96 GemO dem Sondervermögen zugeordnet und in der Bilanz als Bestandteil des Finanzvermögens ausgewiesen.

345

Der **Stand** des Sondervermögens beträgt **zum 31.12.** der jeweiligen Jahre:

346

in €	2019	2020	2021	2022
Eigenbetrieb SWO	10.973.321,47	10.973.321,47	10.973.321,47	10.973.321,47
Eigenbetrieb HBO	811.014,96	0,00	0,00	0,00
Eigenbetrieb WVO	570.022,14	570.022,14	0,00	0,00
Sondervermögen	12.354.358,57	11.543.343,61	10.973.321,47	10.973.321,47

In den **nächsten Jahren** wird es bei den Wertansätzen des Sondervermögens nur dann noch zu einer **Veränderung** kommen, wenn der Wertansatz des Eigenbetriebs Stadtwerke angepasst wird.

347

n) Ausleihungen**2.156.037,24 €** (2.164.815,22 €)

Ausleihungen sind **finanzielle Forderungen** der Stadt wie z. B. **gegebene Darlehen**. Aber auch **erworbene Genossenschaftsanteile** sind den Ausleihungen zugeordnet.

348

Im Vergleich **zum Vorjahr** ergab sich eine verhältnismäßig **geringe Veränderung** (- 8.777,98 €). Der Rückgang ist auf die **regelmäßigen Tilgungen von Darlehen** zurückzuführen. Zum einen die Tilgung des internen Darlehens für die Heizzentrale der SWO in Kemnat und zum anderen die Tilgung des Darlehens an die Baugenossenschaft Esslingen eG.

349

o) Wertpapiere**24.021.010,80 €** (15.469.642,48 €)

Die **Wertpapiere** wurden in Folge der letzten überörtlichen Prüfung durch die GPA als neue Position seit dem Jahresabschluss 2017 hinzugefügt. Die Kapital- und Spareinlagen, die zuvor mit in den liquiden Mittel aufgeführt waren, werden nunmehr **selbstständig ausgewiesen**.

350

Der **Gesamtwert** von 24.021.010,80 € hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit 15.469.642,48 € um rund 8,6 Mio € **deutlich erhöht**. Es konnten wieder mehr Gelder angelegt werden.

351

Um jederzeit eine ausreichende **Liquidität** der Stadtkasse **sicherzustellen**, erfolgte eine „gestaffelte“ Anlage, indem **Teilbeträge mit unterschiedlich langen Laufzeiten** angelegt wurden.

352

Dies wurde im Rahmen der **Prüfung** festgestellt. Zudem war aus den **begründenden Unterlagen** auch ersichtlich, dass **Alternativen** in Bezug auf die Konditionen **abgefragt** wurden und

353

die Anlage bei der Bank mit dem höheren Zinssatz vorgenommen wurde. Es haben sich **keine Prüfungsbemerkungen** ergeben.

Die Geldanlagen wurden überwiegend bei den **Hausbanken** sowie **regionalen Banken und Sparkassen** getätigt. Zudem werden unter der Position auch die **Bausparguthaben** ausgewiesen. Eine weitere Anlage ist die Einbringung in das **Finanzierungskonto** Scharnhausen West. 354

Diesen Posten hatte das Rechnungsprüfungsamt in der **letztjährigen Prüfung** schwerpunktmäßig **geprüft**. Hieraus hatten sich **keine Prüfungsbemerkungen** ergeben. 355

p) Forderungen 6.772.295,26 € (4.021.696,58 €)

Forderungen sind **Zahlungsansprüche gegenüber Dritten**. Nach der **Art der Forderung** wird in der Bilanz unterschieden in **öffentlich-rechtliche** Forderungen, Forderungen aus **Transferleistungen** und **privatrechtliche** Forderungen (vgl. § 52 GemHVO). 356

Die bestehenden Forderungen zum Bilanzstichtag sind **wertmäßig** im Verhältnis zur Bilanzsumme **weniger bedeutsam** (in diesem Jahr sind es 1,23 %). Allerdings sind in diesem Posten **erhebliche Risiken zu vermuten**. Daher wird die Prüfung der Forderungen immer wieder ein Prüfungsschwerpunkt sein. 357

Ansatzpunkte können sein die 358

- **Vollständigkeit**, die vollständige Erfassung aller Forderungen,
- **Existenz**, also das tatsächliche Vorhandensein der Forderung,
- **Bewertung**, insbesondere auch hinsichtlich der Werthaltigkeit und
- **Genauigkeit**, ob die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten wurden oder ob der richtige differenzierte Ausweis erfolgt ist.

q) Öffentlich-rechtliche Forderungen 2.454.695,18 € (1.005.708,22 €)

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen werden zum Bilanzstichtag (31.12.) ausgewiesen und unterliegen einer **gewissen Schwankung**, wie aus den **Werten der letzten fünf Jahre** zu erkennen ist. 359

in €	2018	2019	2020	2021	2022
öffentlich-rechtliche Forderungen in Euro	1.585.563,98	1.400.941,59	2.266.766,10	1.005.708,22	2.454.695,18

Insbesondere die **Forderungen** aus **Gewerbsteuer** sind im Vergleich zum Vorjahr mit + 807 T€ **deutlich angestiegen**. 360

Dem Jahresabschluss ist eine **Übersicht der Forderungen nach Art der Forderung** beigefügt. Eine **Durchsicht** der einzelnen Forderungen ergab **keine Hinweise**, die **Anlass zu einer vertieften Prüfung** gegeben hätte. 361

r) Privatrechtliche Forderungen**4.317.600,08 €** (3.015.988,36 €)

Die privatrechtlichen Forderungen werden zum Bilanzstichtag (31.12.) ausgewiesen und unterliegen einer **gewissen Schwankung**, wie aus den **Werten der letzten fünf Jahre** zu erkennen ist.

362

in €	2018	2019	2020	2021	2022
privatrechtliche Forderungen in Euro	2.304.712,36	3.303.002,46	1.536.028,33	3.015.988,36	4.317.600,08

Im Vergleich **zum Vorjahr** ergab sich ein **deutlicher Anstieg** um rund 1,3 Mio. Euro. **Ursächlich** hierfür ist im Wesentlichen der Anstieg der Forderungen auf Erstattungen durch die Finanzdienste (Sachkonto 1691 5200). Der stichtagsbezogene Wert (Forderungsbestand zum 31.12.) stieg im Vergleich zum Vorjahr von 1.143.411,87 € auf 2.050.724,23 € an. Dies nahmen wir zum Anlass die **Buchungen näher zu betrachten**. Größere Beträge betreffen die Teilzahlungen und Abrechnungen nach dem **Finanzausgleichsgesetz** sowie den **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**.

363

s) Pauschalwertberichtigung auf Forderungen

Bei den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen wurde jeweils eine **Pauschalwertberichtigung vorgenommen**, um das **allgemeine Ausfallrisiko**, das einzelnen Ansprüchen nicht zugeordnet werden kann, **zu berücksichtigen**.

364

Im Jahresabschluss wurde bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen eine **Pauschalwertberichtigung** in Höhe von 8 % (Betrag: 62.000 €) und bei den privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 0,5 % (Betrag: 13.000 €) **verbucht**.

365

In den **Prüfungsberichten** 2019 und 2021 war dieser Posten jeweils ein **Schwerpunkt**. Auf eine **Wiederholung** in diesem Jahr haben wir daher **verzichtet**.

366

Einen Überblick über die **Entwicklungen der letzten Jahre** bietet die nachfolgende Tabelle.

367

in €	2018	2019	2020	2021	2022
öffentlich-rechtliche Forderungen in Euro	1.585.563,98	1.400.941,59	2.266.766,10	1.005.708,22	2.454.695,18
Pauschalwertberichtigung	70.000	149.000	155.000	195.000	62.000
gebildete Quote	4,0 %	9,0 %	10,0 %	7,0 %	8,0 %
privatrechtliche Forderungen in Euro	2.304.712,36	3.303.002,46	1.536.028,33	3.015.988,36	4.317.600,08
Pauschalwertberichtigung	19.000	23.000	17.000	8.000	13.000
gebildete Quote	1,0 %	1,0 %	0,5 %	0,5 %	0,5 %

In der **Bilanz** werden die Forderungen bereits saldiert dargestellt. Das bedeutet die **Pauschalwertberichtigungen** werden als Korrekturposten zu den Forderungen auf besonderen Konten erfasst und bei der Erstellung des Jahresabschlusses mit den **Forderungen saldiert**, so dass lediglich die wertberichtigten Forderungen in der Bilanz ausgewiesen werden.

368

t) Liquide Mittel **20.472.412,35 €** (25.344.501,51 €)

Hier werden die frei verfügbaren Mittel, also **Bargeld** und **Guthaben bei Kreditinstituten** nachgewiesen. Da in der Kommune das **Prinzip der Einheitskasse** greift, werden neben den liquiden Mitteln der Stadt auch die des Zweckverbands GSV sowie die Kassenbestände/Zahlstellen und die Handvorschüsse ausgewiesen. 369

Die **liquiden Mittel** haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.872.089,16 € **deutlich verringert**. Ein Rückgang der liquiden Mittel erfolgte auch beim Davon-Ausweis des Zweckverbands GSV von 2.517.238,52 € zum 31.12.2021 auf 1.047.292,47 € zum 31.12.2022. Diese Werte sind übereinstimmend mit den Angaben im Jahresabschluss 2022 des Zweckverbands GSV. 370

Das Rechnungsprüfungsamt hat sich in einer weiteren **Stichprobe** von der **Richtigkeit** eines in der Bilanz ausgewiesenen Betrages **überzeugt**. 371

Gemäß § 22 Abs. 2 GemHVO soll der planmäßige Bestand an liquiden Mittel ohne Kassenkreditmittel sich in der Regel auf mindestens zwei vom Hundert der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre belaufen. Diese sogenannte **Mindestliquidität** beträgt im Prüfungsjahr nach Angaben der Finanzverwaltung 2.035.045 € (im Vorjahr 1.947.615 €). 372

Wir hatten bereits **in einem der letzten Jahre** die **Berechnung dezidiert geprüft**, sie erfolgte entsprechend den gesetzlichen Vorgaben. Bei nur geringfügigen Wertveränderungen sowohl der Ausgangswerte als auch des Ergebnswertes besteht **kein Anlass** zu einer **erneuten Prüfung** der Berechnung. 373

Nachdem der Endbestand an Zahlungsmitteln zum Jahresende tatsächlich 20.472.412,35 € beträgt, ist die **Anforderung** des § 22 Abs. 2 GemHVO bei Weitem **erfüllt**. 374

u) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten **270.011,23 €** (233.503,16 €)

Hier werden grundsätzlich **vor dem Abschlussstichtag geleistete Auszahlungen** nachgewiesen, soweit sie **Aufwand** für eine bestimmte Zeit **nach diesem Tag** darstellen (§ 48 Abs. 1 GemHVO). 375

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten liegen **betragsmäßig** nahezu in der **Größenordnung** des **Vorjahres**. Wesentlicher Bestandteil sind auch in diesem Jahr die **Bezüge für die Beamten**. Sie werden im Vormonat für den Folgemonat ausbezahlt. Aufgrund der **periodengerechten Abgrenzung** ist für die im Dezember erfolgte Auszahlung ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten zu bilden, der im Januar wieder aufgelöst wird. 376

v) Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse 23.518.359,96 (20.999.901,92 €)

Auf dieser Position werden die **investiven Zuwendungen** der Stadt **an Dritte** (z.B. kirchliche Kindergärten, Gradmann-Stiftung, Zweckverbände, Verband Region Stuttgart) dargestellt. Die **Auflösung der Sonderposten erfolgt im selben Verhältnis wie die Abschreibung** des damit finanzierten Vermögensgegenstandes. 377

Im Vergleich zum **Vorjahr** gab es wie schon im Vorjahr erneut einen **deutlichen Zuwachs** (+ 2,5 Mio. €). Dieser beruht auch in diesem Jahr im Wesentlichen auf einer hohen **Kapitalumlage** an den **Gymnasialen Schulverband Ostfilder**. Es wurden vier Jahresraten jeweils zu 1.134.155 € vorausbezahlt. Dagegen steht die Rückerstattung aus der Schluss-Abrechnung des Vorjahres mit 1.320.238,30 €. 378

4. Einzelne Passivposten der Bilanz

a) Basiskapital 201.774.897,20 € (201.774.897,20 €)

Unter dem Basiskapital versteht man das **Eigenkapital der Kommune**. Das Basiskapital, auch Basisreinvermögen oder Reinvermögen genannt, ist der Unterschiedsbetrag zwischen Vermögen und Schulden. 379

Im Prüfungsjahr gab es **keine Veränderungen** beim Basiskapital. 380

b) Rücklagen 70.226.857,94 € (54.437.825,49 €)

Rücklagen sind Teil des Eigenkapitals der Bilanz. Sie sind für bestimmte Zwecke vorgesehen oder als **Ergebnisrücklagen** aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses sowie den Überschüssen des Sonderergebnisses je gesondert zu führen. 381

Die **Überschüsse im ordentlichen Ergebnis** (10.912.390,27 €) und **im Sonderergebnis** (4.876.642,18 €) des Jahres 2022 konnten den Rücklagen zugeführt werden. Die Rücklagen weisen zum 31.12.2022 folgende **Endstände** auf: 382

- Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses 46.115.851,97 €
- Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses 24.111.005,97 €

Zweckgebundene Rücklagen sind Rücklagen für besondere Zwecke, z. B. zweckgebundene Erträge, verbunden mit einer Verpflichtung gegenüber Dritten, z. B. Zuschussgeber. 383

Die einst gebildete Rücklage für die restliche **Erschließung „Zinsholz“** mit 125.000,00 € wird als **Davon-Position** unter den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses abgebildet. 384

c) Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses 0,00 € (0,00 €)

Diese Position ist vom Gesetzgeber vorgesehen, insoweit ein Ausgleich des ordentlichen Jahresergebnisses nicht erreicht wird, sondern erst in den folgenden Jahren der Finanzplanung ermöglicht werden soll. 385

Dieser Posten ist gemäß § 52 Abs. 2 GemHVO gesondert in der Bilanz auszuweisen. Nach § 47 Abs. 5 GemHVO braucht ein Posten der Bilanz, der keinen Betrag ausweist, nicht aufgeführt zu werden. 386

d) Sonderposten **13.621.327,57 € (13.432.852,99 €)**

Durch den Ausweis der Sonderposten zwischen Basiskapital und Rückstellungen wird deutlich, dass eine eindeutige Zuordnung zum Eigenkapital oder zum Fremdkapital nicht vorliegt. Mitunter werden diese Sonderposten als **Eigenkapitalersatz** bezeichnet. 387

Als Sonderposten werden Investitionszuweisungen, Investitionsbeträge, Geldspenden für Investitionen sowie der Wert von Sachzuwendungen passiviert. Die **Auflösung** der Sonderposten erfolgt **im selben Verhältnis wie** die **Abschreibung** des damit finanzierten Vermögensgegenstandes. 388

Im Vergleich zum **Vorjahr erhöhte** sich der Wert geringfügig um 188.474,58 €. Größere Schwankungen sind in der Regel nicht zu erwarten, da zum einen die Sonderposten in dem Maße aufgelöst werden, wie die damit finanzierten Vermögensgegenstände abgeschrieben werden, und zum anderen sich Wertzuwächse aus Zugängen ergeben. 389

Wesentliche Zugänge waren bspw. die Zuwendungen aus Fördermitteln des Energie- und Klimafonds des Bundes für den Austausch der Ölheizung in der Wasenäckerschule in Höhe von 144.095,00 €. Der Beleg wurde als **Stichprobe geprüft**. Es ergaben sich **keine Anmerkungen**. 390

Ebenso konnte ein erster Teilbetrag von 300.000 € aus der Zuwendung des Landes aus dem kommunalen Sportstättenbauförderungsprogramm vereinnahmt werden. Auch hier erfolgte eine **Belegprüfung ohne Anstände**. 391

e) Rückstellungen **26.027.617,79 € (18.768.311,08 €)**

Rückstellungen sind für **Verpflichtungen** zu bilden, die zum Bilanzstichtag dem **Grunde und /oder der Höhe** nach **ungewiss** und daher keine Verbindlichkeiten sind. Rückstellungen sind neben den Verbindlichkeiten dem Fremdkapital zuzuordnen. 392

Die Bildung von Rückstellungen bewirkt, dass künftige Vermögensminderungen bereits im Jahr der rechtlichen Entstehung oder wirtschaftlichen Verursachung berücksichtigt werden. Sie dienen also dazu, die bestehenden Verpflichtungen vollständig auszuweisen. Die **Rückstellungsbildung ist aufwandswirksam**. 393

Dies führt zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses. Tritt die Verpflichtung zukünftig ein, wird dies durch die Rückstellung gedeckt und ist bei ausreichender Rückstellungsbildung per Saldo (zum nächsten Abschlussstichtag) nicht mehr ergebnisverschlechternd. 394

§ 41 Abs. 1 GemHVO sieht **Pflichtrückstellungen** vor für: 395

- die Lohn- und Gehaltszahlung für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen,
- die Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschüssen,
- die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien,
- den Ausgleich von ausgleichspflichtigen Gebührenüberschüssen,
- die Sanierung von Altlasten und
- drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen.

§ 41 Abs. 2 GemHVO räumt weitreichende **Rückstellungswahlrechte** ein. So können weitere Rückstellungen gebildet werden u. a. für ausstehende Rechnungen, Prüfungsrückstellungen, Finanzausgleichsrückstellungen, anhängige Gerichtsverfahren oder auch für unterlassene Instandhaltung. 396

Der **Bilanzansatz** setzt sich aus folgenden **Rückstellungen** zusammen: 397

	31.12.2022	31.12.2021
• Lohn und Gehalt	–	818.066,96 €
• Altersteilzeit	475.873,63 €	
• Sabbatregelung	174.456,82 €	
• Arbeits-Langzeitkonten	1.679.036,38 €	1.548.862,48 €
• leistungsorientierte Bezahlung ab jetzt als sonstige Verbindlichkeiten	–	534.887,07 €
• Radlerbonus	22.650,00 €	9.018,75 €
• anhängige Gerichtsverfahren	459.661,44 €	378.600,00 €
• GPA-Prüfung	81.389,45 €	75.850,00 €
• FAG (FAG- und Kreisumlage)	14.600.000,00 €	8.000.000,00 €
• unterlassene Instandhaltung	3.284.142,57 €	2.388.422,91 €
• Stadtbahnwägen	5.104.921,00 €	4.854.921,00 €
• Kita-Träger	145.486,50 €	159.681,91 €
	26.027.617,79 €	18.768.311,08 €

Der **Wert der Rückstellungen** hat sich im Vergleich zum Vorjahr **deutlich erhöht**. Vor allem die Anhebung der Rückstellungen für die **FAG- und Kreisumlage** um 6,6 Mio. € macht sich deutlich bemerkbar. 398

FAG- und Kreisumlage

Die Bildung der Rückstellungen für den **Finanzausgleich** sowie der **Kreisumlage** bilden die voraussichtlichen **Auswirkungen** des aktuellen Rechnungsergebnisses **in zukünftigen Jahren** ab. Bei den Berechnungen des aktuellen Finanzausgleichs und der Kreisumlage wird die Steuerkraftsumme der Kommune auf Basis des zweitvorangegangenen Jahres herangezogen. Daher werden bereits heute Rückstellungen für zukünftige Zahlungen gebildet. 399

Da diese Umlagen erst in zwei Jahren abgerechnet werden, sind in den **gebildeten Rückstellungen** der jeweiligen Jahresabschlüsse immer **zwei Wirtschaftsjahre** enthalten. Der Jahresabschluss 2022 enthält die aus dem Jahresabschluss 2021 kommende Rückstellung, die für die im Jahr 2023 zu bezahlende FAG-/Kreisumlage benötigt wird, und die im aktuellen Abschluss gebildete Rückstellung, die im Jahr 2024 benötigt wird. 400

Die **insgesamt** auf diesem Konto vorhandenen **Rückstellungen** von **14.600.000,00 €** setzen sich zusammen aus: 401

Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft	3.400.000 €
FAG-Umlage 2023	1.700.000 €
Kreisumlage 2023	2.400.000 €
Vorsorge für das Jahr 2023	7.500.000 €

Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft	1.000.000 €
FAG-Umlage 2024	2.200.000 €
Kreisumlage 2024	3.900.000 €
Vorsorge für das Jahr 2024	7.100.000 €

Die **Buchungen** und dazugehörige **Belege** waren **nachvollziehbar** und **ohne Beanstandung**. 402

f) Verbindlichkeiten 32.331.767,51 € (38.527.540,95 €)

Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem **Grunde**, der **Höhe** und der **Fälligkeit** nach **feststehenden Schulden**. Sie sind in der Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen (§ 44 Abs. 4 GemHVO). 403

Die **Verbindlichkeiten sind** entsprechend § 52 GemHVO **zu gliedern**. Der Bilanzausweis orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten, z. B. aus Krediten, aus Lieferungen und Leistungen sowie aus Transferleistungen. 404

Der Gesamtbetrag der **Verbindlichkeiten teilt sich auf in:** 405

	31.12.2022	31.12.2021
• aus Kreditaufnahmen	26.925.445,52 €	29.561.289,53 €
• aus Lieferungen und Leistungen	2.186.619,91 €	2.857.171,47 €
• aus Transferleistungen	891.619,13 €	211.048,13 €
• sonstige Verbindlichkeiten	2.328.082,95 €	5.898.031,82 €
	32.331.767,51 €	38.527.540,95 €

Gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO ist dem Anhang zum Jahresabschluss eine **Schuldenübersicht** beizufügen. Diese **entspricht** in ihrem Aufbau den **Bestimmungen der GemHVO**. 406

Der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen resultiert aus der **laufenden Tilgung** der Kredite. Es wurden **keine Kredite** im Prüfungsjahr **neu aufgenommen**. Vielmehr konnten drei Kredite vollumfänglich getilgt werden. 407

g) Passive Rechnungsabgrenzungsposten 4.210.320,12 € (4.135.642,05 €)

Hier werden vor dem Abschlussstichtag erhaltene Einzahlungen nachgewiesen, soweit sie einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (§ 48 Abs. 2 GemHVO). Unter dieser Bilanzposition sind in der Hauptsache die **Grabnutzungsrechte** erfasst. 408

5. Erträge der Ergebnisrechnung

a) Steuern und ähnliche Abgaben 73.613.926,14 € (66.804.204,62 €)

Die Steuereinnahmen entwickelten sich im Rechnungsjahr 2022 besser wie bei der Planung angenommen wurde. Unter dieser Position konnten 73.613.926,14 € eingenommen werden. **Gegenüber dem Ansatz** von 62.793.400 € waren dies **Mehreinnahmen** in Höhe von rund 10,8 Mio. €.

Die Mehreinnahmen resultieren größtenteils aus dem Bereich **Gewerbesteuer**. Bei der Gewerbesteuer lag das Ergebnis bei 27.902.170,69 € und damit um 8.402.170,69 € höher als veranschlagt. Die Gewerbesteuerereinnahmen haben sich **im Vergleich** zu den beiden Rechnungsergebnissen **der Vorjahre**, die von der Corona-Krise belastet waren, **deutlich erholt** und erreichen sogar einen **neuen Höchststand**.

Bei dem Ansatz für die **Grundsteuer B** in Höhe von 7.290.000 € gab es mit einem Ergebnis in Höhe von 7.407.365,92 € **geringfügig höhere** Einnahmen als veranschlagt.

Bei der **Vergnügungssteuer** wurden mit 645.186,02 € **mehr** (+ 45.186,02 €) **eingenommen** als veranschlagt.

Auch der **Gemeindeanteil Umsatzsteuer** lag mit 3.459.385,75 € um 165.215,75€ **über dem Planansatz**.

Beim **Gemeindeanteil Einkommensteuer** wurden mit 31.344.879,07 € im Vergleich zum Ansatz 1.885.229,07 € mehr vereinnahmt als geplant. Die im Vergleich reduzierten **Vorjahresergebnisse**, verursacht durch die Corona-Krise, sind überwunden.

Bei der **Hundesteuer** wurde der **Planansatz** in Höhe von 179.500 € mit einem Ergebnis von 195.756,00 € um 16.256,00 € **überschritten**.

Auch die Leistungen aus dem **Familienleistungsausgleich** schlossen um 184.661,00 € **höher als geplant** ab. Im Ergebnis wurden 2.573.341,00 € vereinnahmt.

Bei den **weiteren Steuern** wie Grundsteuer A oder Zweitwohnungssteuer ergaben sich im Vergleich zum Ansatz jeweils **geringfügige Abweichungen**.

b) Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen **38.134.741,34 € (30.898.266,29 €)**

Bei den Zuweisungen und Zuwendungen ergaben sich im Vergleich zum Haushaltsansatz **um 4.775.081,34 € höhere Beträge**. Insgesamt konnten 38.134.741,34 € verbucht werden. Damit wurde das Vorjahresergebnis deutlich überschritten. 418

Insbesondere die **Schlüsselzuweisungen des Landes** nach der mangelnden Steuerkraft sind zu nennen, die einen **Mehrertrag von 3.197.225,60 €** im Vergleich zum Planansatz erbrachten. Außerdem gab es im Vergleich zum Planansatz erhöhte Erträge bei der **Kommunalen Investitionspauschale** (1.060.125,80 €) sowie beim Produktsachkonto **Zuweisung lfd. Zwecke Land** (178.888,44 €). 419

Beim Sachkonto **Zuweisung für Große Kreisstadt** wurden im Vergleich der Planansatz in Höhe von 450.700 € mit 451.117,10 € erreicht. 420

Die **Zuweisungen für laufende Zwecke Land** haben sich um 178.888,44 € **erhöht** auf insgesamt 10.772.878,44 €. Ein Grund für die Erhöhung sind die Zuweisungen für die Integration von Flüchtlingen, die nicht eingeplant waren. 421

Außerdem erhielt die Stadt bei den Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land einen Zuschuss für ein Fluglärmgutachten und verschiedene KiTa-Förderungen. Bei der Kernzeitenbetreuung wurden die Fördersätze angehoben, was zu Mehrerträgen führte. 422

Bei den **Zuweisungen für laufende Zwecke Gemeinde und Gemeindeverbände** wurden 422.277,89 € und somit 116.307,89 € **mehr vereinnahmt als veranschlagt** (Ansatz: 305.970 €). 423

Verschiedene **stichprobenartige Belegprüfungen** führten zu **keinen Beanstandungen**. 424

Bei den **weiteren Konten** für Zuweisungen und Zuwendungen ergaben sich **keine nennenswerten Abweichungen**. 425

c) Öffentlich-rechtliche Entgelte **9.521.957,84 € (7.565.592,74 €)**

Bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten ergab sich eine **Erhöhung** der Erträge im Vergleich zum **Vorjahr** (7.565.592,74 €), sie lagen zudem höher als der **Planansatz** (8.370.440 €). 426

Im Wesentlichen ergaben sich die **Mehrerträge** bei den **Benutzungsgebühren** (Sachkonto 3321 0000) mit + 1.032.370,97 € im Vergleich zum Planansatz. Die **Rückgänge** in den beiden vergangenen Jahren verursacht durch die **Corona-Pandemie** sind **überwunden**. 427

Die weitere **Untergliederung** der Benutzungsgebühren und ähnlicher Entgelte (Kontenart 332) erscheint uns **überdenkenswert**, da fast 90 % in einem einzigen Sachkonto verbucht werden (3321). Wohingegen die restlichen Erträge in neun weiteren eigenständigen Sachkonten ausgewiesen werden. 428

Einer näheren Betrachtung unterzogen haben wir die **Benutzungsgebühren** (Sachkonto 33 21 0000), die nicht nur vom Planansatz, sondern auch vom Vorjahreswert **deutlich abweichen**. 429

Planansatz		430
7.357.150 €		
Ergebnis Vorjahr	Ergebnis 2022	
6.565.854,14 €	8.389.520,97 €	

Nach einer **Analyse** der Detailposten sind die **größten Erlösblöcke**: 431

- Bauordnung 1.475.905,49 € (Planansatz 350.000 €)
- Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge 1.323.638,74 € (Planansatz 900.000 €)
- Sprachen und Integration 343.936,09 € (Planansatz 280.000 €)

Die **deutliche Mehrung** bei der Bauordnung resultiert alleine aus 10 **Baugenehmigungen**, wovon allein die Gebühren der höchsten Bescheide rund 457.000 € und 287.000 € ausmachen. 432

Bei der **weiteren Durchsicht der Posten und Auswertungen** hinsichtlich Postenanzahl, Durchschnitts- und Spitzenwerte, Monatsverteilung, usw. ergaben sich **keine Hinweise**, die zu einer **Vertiefung** der Prüfung in der einzelnen Erlösart Anlass gegeben hätten. 433

d) Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte 4.315.329,26 € (4.102.953,43 €)

Bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten waren Erträge in Höhe von insgesamt 4.315.329,26 € zu verzeichnen. Der **Planansatz** wurde um 493.489,26 € **überschritten**. Das Ergebnis liegt um 212.375,83 € höher als im Vorjahr (4.102.953,43 €). 434

Die Bezeichnung als „sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“ und der wertmäßige Ausweis ist nach GemHVO § 49 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 24 zwingend mindestens auszuweisen. 435

Um die Mindestgliederung nach GemHVO der Ertragsseite abzubilden, wurde im Kontenrahmen die **Kontenart** „346 sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“ hinterlegt. Hierunter findet sich das gleichnamige **Konto** „3461 sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“. Hier sind Erträge in Höhe von insgesamt rund 660 Tausend € gebucht. Es handelt es sich um ein Konto, auf dem alles gebucht wird, was nicht unter die genauer bezeichneten Konten, wie beispielsweise Miete/Pacht fällt. Aus **Steuerungs- und Transparenzgründen** wäre, wie schon in früheren Berichten ausgeführt, eine **Differenzierung** in weitere Konten **wünschenswert**. 436

Zum besseren Verständnis nachstehend ein **Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung**. Hier sind die zugeordneten Sachkonten mit ihren Werten ausgewiesen. 437

Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2021 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2022 EUR	Ergebnis 2022 EUR	Vergleich Ergebnis-Ansatz EUR
	1	2	3	4
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	4.102.953,43	3.821.840	4.315.329,26	493.489
34110000 Mieten und Pachten	2.689.702,32	2.758.660	3.020.900,27	262.240
34111000 Mieten und Pachten	104.480,36	78.800	115.487,86	36.688
34112000 Grunddienstbarkeiten	100,00	100	0,00	-100
34210000 Erträge aus Verkauf	87.118,10	94.100	131.737,90	37.638
34211000 Erträge aus Verkauf	371,00	1.500	2.156,00	656
34610000 Sonstige privatrechl. Leistungsentgelte	840.812,56	561.280	660.011,26	98.731
34611000 vermischte Erträge	380.029,09	321.400	382.655,97	61.256
34612000 Fröhlicher Samstag	340,00	6.000	2.380,00	-3.620

Nach den Einnahmen aus Miete/Pacht mit insgesamt 3.136.388,13 € sind die **Erträge aus sonstigen privatrechtlichen Entgelten** der zweitgrößte Posten bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten. Hier wurde mit einem Rechnungsergebnis in Höhe von 660.011,26 € der Haushaltsansatz in Höhe von 561.280 € um 17,6 % überschritten. 438

Beim **Vergleich der Jahresabschlüsse** 2021 mit 2022 ist dem Rechnungsprüfungsamt eine **Verwerfung** bei den **übernommenen Ertragsposten** aufgefallen. In der **Erörterung** mit den **Finanzdiensten** zeigte sich, dass durch die Umstellung auf SAP, im Zuge des Projektes die Situation genutzt und manche **Konten geglättet** wurden. Durch die **Übernahme der angepassten Werte** des Vorjahres bei der Einbuchung in SAP ist der im Jahresabschluss 2022 **ausgewiesene Vorjahreswert stimmig**, auch wenn er nicht identisch mit dem Wert des/der Sachkonten im Vorjahresabschluss ist. 439

Nachdem in den letzten Prüfungsjahren auf unterschiedlichen Sachkonten jeweils alle **Buchungen gesichtet** und einzelne **Belege** in Stichproben **geprüft** wurden, haben wir im Zuge der **Schwerpunkt-Setzung** in diesem Jahr auf eine **Wiederholung verzichtet**. 440

e) Kostenerstattungen und Kostenumlagen **2.138.329,58 € (1.817.945,26 €)**

Bei den Erstattungen vom Land, Gemeinden, Zweckverbänden, Eigenbetrieben, der SEG und von Dritten ergab sich Vergleich zum Haushaltsplan ein höheres Ergebnis. Es wurden **Mehrerträge** von 641.100,58 € im Vergleich zum Planansatz (1.497.230 €) verbucht. Das Jahresergebnis lag über dem des Vorjahres (1.817.945,26 €). 441

Bei den **Erstattungen sonstiger öffentlicher Bereich** (Konto 3484 0000) gingen 456.275,90 € statt geplanter 203.600 € ein. Das Rechnungsergebnis im Prüfungsjahr lag in der gleichen Größenordnung wie das Vorjahresergebnis mit 464.036,01 €. 442

Alle **Buchungen** wurden **gesichtet** und **einige Belege** haben wir **geprüft**. Daraus ergaben sich keine unmittelbaren Prüfungsbemerkungen. 443

Auf dem Sachkonto werden u. a. **Rückerstattungen** infolge der **Abrechnung von Betriebskostenzuschüssen** mit kirchlichen und sonstigen Kita-Trägern verbucht. Des Weiteren werden **Eingliederungszuschüsse** der Agentur für Arbeit verbucht. Die erstattete Eingliederungshilfe kann nicht geplant werden und wurde in diesem Jahr insbesondere bei Kindertagesstätten in Anspruch genommen. 444

Die **überplanmäßigen Erträge** im Bereich Tagespflege sind auf die Geltendmachung der **Mehraufwendungen** aufgrund der **Corona Testverordnung** zurückzuführen. 445

Ebenfalls zu einer **deutlichen Steigerung** kam es bei dem Sachkonto „Erstattungen von Gemeinden“ (Konto 3482 0000) sowohl gegenüber dem Planansatz mit + 223.570,16 € als auch gegenüber dem Vorjahresergebnis mit + 194.848,62 €. 446

Die höheren Erstattungen sind im Wesentlichen begründet durch die Abwicklung der **Spendengelder** an die Partnerstadt **Poltawa** sowie die **Erstattungen** für die Beauftragung eines **Fluglärmgutachtens**. 447

Eine **Belegprüfung** fand für die Erstattung von Spenden für Poltawa statt. Hier ergibt sich die **Anmerkung**, dass für denselben Vorgang im beschreibenden Text zwei **verschiedene Beschreibungen** aufgeführt und auch im Referenzschlüssel unterschiedlich beschrieben wurde. Es sollte darauf geachtet werden, dass für **gleiche Sachen** auch gleiche Beschreibungen bzw. Texte erstellt werden. 448

Zur Erstattung zum **Fluglärmgutachten** erfolgte eine **Belegprüfung**, die **ohne Beanstandungen** und ohne Anmerkungen blieb. 449

Des Weiteren waren bei der **Feuerwehr** wieder mehr **durchgeführte Lehrgänge** in Ostfildern zu verzeichnen und es wurden mehr Erstattungen für **Einsätze Überlandhilfe** nach dem Corona-Jahr 2021 verbucht. 450

Ein weiterer **deutlicher Zuwachs** in Höhe von 124.697,12 € zeigte sich bei den **Erstattungen der SEG** (Konto 3485 1000). Ursächlich hierfür war ein Sachkontenwechsel im Zuge der Umstellung auf SAP. Dadurch lagen die Erstattungen für die Inanspruchnahme von städtischen Bediensteten über dem Planansatz. 451

f) Sonstige ordentliche Erträge 4.272.514,31 € (8.300.002,86 €)

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen beträgt das Ergebnis 4.272.514,31 €. Der **Planansatz** in Höhe von 3.110.190 € wurde um 1.162.324,31 € **überschritten**. 452

Eine starke Abweichung nach oben ergab sich bei den **Verwarnungs-/Bußgeldern** mit 808.603,74 € **mehr** als geplant (Planansatz 920.000 €). 453

Hintergrund ist, dass zur **weiteren Verkehrsüberwachung** eine sogenannte **Semi-Station** („Blitzanhänger“) **angeschafft** wurde. Daraus resultiert ein **starker Anstieg** von Einnahmen aus **Bußgeldern**. 454

In der **Mehrjahresbetrachtung** zeigt sich der deutliche **Verlaufssprung**: 455

in Euro	2018	2019	2020	2021	2022
Rechnungs- ergebnis	787.980,57	744.769,53	715.659,67	963.374,87	1.728.603,74

Bei den **Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen** ergab sich ein deutliches **Plus** von 244.682,85 € gegenüber dem Plan (30.000 €). 456

Außerdem gab es **mehr Erträge** in Höhe von 335.401,35 € aufgrund der **Wertberichtigungen von Forderungen**. Das Konto 3583 1000 Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen setzt sich zusammen aus **Erträgen aufgrund der Herabsetzungen** von **zweifelhaften** öffentlich-rechtlichen **Forderungen** mit 202.401,35 € und der **pauschalen Wertberichtigung** (PWB) mit 133.000 €. 457

Diese **Belege** wurden **eingesehen**. Es ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 458

Die **ungewöhnliche Höhe der Erträge** (202 T€) aufgrund der **Herabsetzung von zweifelhaften öffentlich-rechtlichen Forderungen** erklärt sich dadurch, dass im Zuge der Jahresabschlussarbeiten zunächst der in der **Eröffnungsbilanz** eingebuchte Betrag **komplett aufgelöst** wurde und anschließend die zum **Stichtag 31.12.2022** notwendigen Forderungswertberichtigungen (234 T€) **wiederum einbucht** wurden. Letztere finden sich auf dem Sachkonto Abschreibungen auf Forderungen. Hintergrund ist hier die Übernahme der Altdaten nach SAP und die technisch andere Verfahrensweise in SAP. 459

Die **Erklärung zum Sachverhalt** im Rechenschaftsbericht („wurden Einzelwertberichtigungen ... unbefristet niedergeschlagen, weshalb ... Wertberichtigungen ... über den Ertrag aufzulösen waren“) ist **nicht ganz zutreffend**. 460

In Zukunft kann hier auch lediglich der **Differenzbetrag** (32 T€) zwischen Vorjahreswert und aktuellem Wert **verbucht** werden. 461

Die **pauschale Wertberichtigung** wurde von 195.000,00 € auf 62.000,00 € **herabgesetzt**. Die **Differenz** von 133.000,00 € wird **als Ertragsauflösung verbucht**. 462

Hingegen sind die **Erträge** in Höhe von 107.588,27 € beim Sachkonto **Säumniszuschlägen u. ä.** **deutlich geringer** als im Vorjahr (283.349,36 €) wie auch geplant (230.000 €) **ausgefallen**. 463

6. Aufwendungen der Ergebnisrechnung

a) Personalaufwendungen 37.125.309,47 € (35.438.677,90 €)

Im Haushaltsplan 2022 waren die Personalaufwendungen mit einem Betrag von 39.250.000 € abzüglich einem globalen Minderaufwand von 390.000 € veranschlagt. 464

Am Jahresende ergab sich eine Einsparung von 2.124.91,47 € aufgrund von **Minderaufwendungen** bedingt durch **Fluktuation, Stellenvakanzen und Langzeiterkrankungen**. Im Jahr 2022 wurden 85 Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt. 465

Die Personalaufwendungen sind einer der **größten Ausgabepositionen** des Haushalts. Daher werden Sie auch verstärkt in die örtliche Prüfung einbezogen. Auf den **eigenständigen Berichtsteil Personalprüfung** bei den einzelnen Prüfungsfeststellungen der allgemeinen Verwaltung wird verwiesen (siehe Kapitel VII. 2.). 466

b) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 19.827.221,19 € (16.551.355,89 €)

Der Planansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen lag bei 20.025.070 €, tatsächlich wurden mit einem Ergebnis von 19.827.221,19 € insgesamt 197.848,81 € **weniger aufgewendet**. 467

Vorgegeben waren durch einen Anteil am **globalen Minderaufwand** Einsparungen in Höhe von 210.000 €; also rund 1 % der Aufwendungen, die **knapp nicht erreicht** wurden. 468

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden detailliert auf insgesamt 56 verschiedenen Sachkonten dargestellt. **Thematisch** umfassen diese Konten die **Bereiche**: 469

- Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens 6.986.642,87 €
- Unterhaltung des beweglichen Vermögens 873.457,21 €
- Mieten und Pachten, Leasing 2.143.222,32 €
- Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen 4.779.426,39 €
- Haltung von Fahrzeugen 349.427,65 €
- Besondere Aufwendungen für Beschäftigte 328.987,59 €
- Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen 2.893.174,79 €
- Aufwendungen für den Verbrauch von sonstigen Vorräten 564.706,87 €
- Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen 908.175,50 €

Planvergleich

Im Vergleich zum Planansatz waren im Prüfungsjahr etwa hälftig niedrigere oder höhere Aufwendungen zu verzeichnen. 470

Der **Anstieg** der Aufwendungen lag zwischen plus 1 % bei der Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen und plus 25 % bei den besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen. Die **Verringerung** der Aufwendungen von zwischen minus 3 % bei den besonderen Aufwendungen für Beschäftigte und minus 51 % bei den besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen. 471

Bei den **besonderen Aufwendungen für Beschäftigte** und den **Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen** wurden die Planansätze mit je rund minus 50 % **deutlich unterschritten**. 472

Bei den **Aufwendungen für Mieten, Pachten, Leasing** gab es mit + 382.692,32 € **deutlich höhere Aufwendungen**; die Planansätze waren mit plus 22 % **deutlich überschritten**. 473

Ebenso gab es bei den **besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen deutlich höhere Aufwendungen** mit + 573.204,79 €; die Planansätze waren mit plus 25 % **deutlich überschritten**. 474

Bei den Aufwendungen für die **Bewirtschaftungskosten** sind die höheren Kosten für Heizung und Brennstoffe mit + 129.574 €, bei den Reinigungskosten mit + 110.292 € und mit + 23.073 € Niederschlagswasser angefallen. Beim Wasser/Abwasser war allerdings der tatsächliche Aufwand um - 40.801 € geringer als geplant. 475

Die **besonderen Aufwendungen für Beschäftigte** (Kontenart 426) lagen um 169.092, 41 € unter dem Ansatz und die Aufwendungen für **sonstige Sach- und Dienstleistungen** (Kontenart 429) um 450.704,50 €. 476

Vorjahresvergleich

Im Vergleich zum **Vorjahresergebnis** gab es jedoch auch **größere Kostensteigerungen**. 477

So stiegen die Aufwendungen für die **Unterhaltung baulicher Anlagen** von 3.087.298,62 € um 546.402,59 € bzw. **+ 17 %** auf 3.633.701,21 € an. 478

Bei der **Unterhaltung des beweglichen Vermögens KZB/Messanlage verringerten** sich die Aufwendungen im Jahresabschluss um - 68 % von 78.148,68 € im Vorjahr auf 46.314,33 €. 479

Die Aufwendungen für **Miete und Pacht** erhöhten sich von 1.810.429,86 € um 18 % auf 2.143.222,32 €. 480

Die Aufwendungen für **Strom (hoheitlich) für das Kubino** haben sich mehr als verdoppelt. Der Anstieg war von 8.799,85 € im Jahr 2021 auf 18.169,78 € im Jahr 2022. 481

Bei der **Prüfung der Belege** ist aufgefallen, dass der **Strompreis** im Jahr 2021 mit Netto 15,25 ct/KW/h und im Jahr 2022 mit Netto 25,55 ct/KW/h ausgewiesen ist. Das ist eine **Steigerung von 67 %**.

Bei den Aufwendungen für **besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen** ergab sich eine Erhöhung um **+ 58 %**, von 1.040.965,61 € auf 1.651.051,22 €. 482

Prüfungen

Bei auffälligen Abweichungen wurde das jeweilige Sachkonto einer Plausibilitätsprüfung unterzogen und die Belege in **Stichproben** angeschaut. Daraus ergaben sich **keine Prüfungsbe-merkungen**. 482

Zu bemerken ist, dass, wie schon im letzten Prüfungsbericht vermerkt, bei vielen Buchungen der auf dem Belegformular vorgesehene **Buchungstext** sowie der sogenannte **Verwendungszweck keinen Aufschluss über die Buchung geben**. 483

Das Feld „Buchungstext“ wird vielfach nicht ausgefüllt, mit dem Ergebnis, dass automatisiert „PSK an Verbindlichkeit“ gedruckt wird. Das Feld „Verwendungszweck“ wird dem Zahlungsempfänger auf seinen Kontoauszug übermittelt. Hier wird oft nur die Rechnungsnummer oder Kundennummer ausgefüllt. 484

Im Ergebnis bedeutet dies, dass bei Aufruf der Buchungen im Finanzsystem **nicht erkennbar** ist, **was sich hinter der Buchung verbirgt**. Aus diesem Grunde sind zu Prüfungszwecken sehr häufig Belegaufrufe erforderlich. 485

c) Planmäßige Abschreibungen 7.097.190,88 € (7.222.024,18 €)

Die planmäßigen Abschreibungen von insgesamt 7.097.190,88 € setzen sich zusammen aus den Abschreibungen auf 486

- **immaterielle Vermögensgegenstände** und das **Sachvermögen** in Höhe von 5.873.695,22 € (5.911.898,98 €),
- **Forderungen** in Höhe von insgesamt 341.392,09 € (318.118,17 €) und den
- **sonstigen Abschreibungen** in Höhe von 882.103,57 € (801.827,18 €) €.

d) Zinsen und ähnliche Aufwendungen 229.017,51 € (276.205,40 €)

Der **Planansatz** betrug insgesamt 335.800 €, das **Ergebnis** lag u. a. wegen Zinersparnissen bzw. günstigeren Zinssätzen um 106.782,49 € **niedriger**. 487

Die **Kreditzinsen** waren mit 220.000 € veranschlagt, tatsächlich fielen lediglich 152.623,63 € an (67.376,37 €). 488

Die **Buchungskosten** lagen mit 15.486,75 € um 4.513,25 € unter dem Planansatz und waren somit geringfügig höher als im Vorjahr (14.172,19 €). 489

Auch fielen im Prüfungsjahr wieder wie schon in den Vorjahren **Negativzinsen auf Geldbestände** an, sie betrugen 60.432,60 €. 490

e) Transferaufwendungen	53.942.341,23 € (52.858.793,80 €)	
Unter Transferaufwendungen versteht man überwiegend Zuschüsse für laufende Zwecke und Umlagen .		491
Im Rechnungsjahr 2022 wurden dafür insgesamt 53.942.341,23 € ausgegeben und damit die Summe der Planansätze in Höhe von 46.610.940 € um 7.331.401,23 € überschritten . Die wesentlichsten Abweichungen werden nachfolgend dargestellt.		492
Bei der Finanzausgleichsumlage wurde der Haushaltsansatz in Höhe von 14.031.120 € um 150.338,90 € unterschritten .		493
Eine Erhöhung ergab sich bei der Gewerbesteuerumlage , die um 672.263,63 € höher lag als der Haushaltsansatz mit 1.706.250 €.		494
Unter dem Zuschuss für sonstige öffentliche Sonderrechnungen lag mit 593.462,00 € ebenfalls deutlich über dem Planansatz von 297.500 €. Hier überweist die Stadt Ostfildern aufgrund vertraglicher Verpflichtungen 325.962,00 € als ihren Anteil am Betriebskostendefizit an der Stadtbahnlinie. Dazu kommen 250.000,00 € an Rückstellungen zur anstehenden Generalisierung von 4,64 Stadtbahnwagen .		495
Die Belege wurden geprüft und es gibt keine Beanstandungen .		496
Ein großer Posten mit 526.796,63 € betraf die Zuschüsse an übrige Bereiche . Die höheren Aufwendungen in diesem Bereich von 141.166,63 € resultieren komplett von den nicht im Haushalt geplanten Aufwendungen für Generatoren (zur Ukrainehilfe) in Höhe von 150.417,73 €. Ein Hinweis auf die Mehraufwendungen aus dem städtischen Haushalt oder inwieweit diese aus den Spenden finanziert sind, wäre hilfreich.		497
Zu den Aufwendungen zur Bildung der Rückstellungen für die Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage wird auf die Ausführungen bei den Passivposten der Bilanz verwiesen.		498

f) Sonstige ordentliche Aufwendungen **3.575.601,65 € (3.508.784,44 €)**

Zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören insbesondere **Entschädigungen** für ehrenamtliche Tätigkeit, **Geschäftsausgaben** (wie Büromaterial, Telefongebühren etc.), **Steuern, Versicherungen, Erstattungen** vor allem an **Gemeinden, Zweckverbände und Eigenbetriebe** sowie private Unternehmen, und Erstattungszinsen. 499

Bereitgestellt wurden im Haushalt insgesamt 2.999.770 €, tatsächlich **verbraucht** wurden 3.575.601,65 € (im Vorjahr: 3.508.784,44 €). 500

In der Summe der Ansätze ist aber der **Globale Minderaufwand** mit einem negativen Haushaltsansatz von - **600.000 € enthalten**. Auf diesem Produktsachkonto gibt es keine direkten Buchungen und damit auch kein Ergebnis, denn die vorgesehenen **pauschalen Einsparungen** werden bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** sowie bei **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** erwirtschaftet. Somit standen für sonstige ordentliche Aufwendungen 3.599.770 € bereit. 501

Bei aufgewendeten 3.575.601,65 € ergaben sich **erkennbare Minderungen** bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen, die höchsten Abweichungen waren: 502

- Ehrenamtliche Tätigkeiten - 58.494,28 €
- Vermischte Aufwendungen/Mitgliedsbeiträge - 18.001,37 €

In vier Bereichen gaben es **deutliche Mehrungen** zur fortgeschriebenen Planung, die nachfolgend aufgeführt werden: 503

- Rechts- und Beratungskosten + 65.855,19 €
- Formular/Druck-/Kopierkosten + 52.496,01 €
- Post-/Fernmeldegebühren + 38.201,12 €
- Öffentliche Bekanntmachungen + 33.205,21 €

Es erfolgte eine **Detailanalyse** für ausgewählte **Sachkonten**. 504

Sowohl bei den Formular/Druck-/Kopierkosten als auch bei den Post-/Fernmeldegebühren gab es zwar deutliche Mehrungen zum Planansatz; allerdings liegen die jeweilige **Rechnungsergebnisse des Vorjahres** in einer **vergleichbaren** Größenordnung. 505

Rechts- und Beratungskosten

Bei den **Rechts- und Beratungskosten** wurden im Prüfungsjahr 65.855,19 € mehr ausgegeben, als veranschlagt. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis lag das Ergebnis mit 306.055,19 € aber nahezu gleichauf. 506

Im **Verlauf der letzten Jahre** zeigt sich eine **stete Tendenz zum Anstieg** bei den geplanten und erreichten Werten auf diesem Sachkonto. 507

in Euro	2018	2019	2020	2021	2022
Plan-ansatz	164.400,00	223.850,00	251.300,00	185.460,00	240.200,00
Rechnungs-ergebnis	165.002,90	123.994,26	278.328,42	307.369,37	306.055,19

508

Im Prüfungsjahr haben wir **alle Buchungen** auf dem Sachkonto 4431500 „Rechts- und Beratungskosten“ **gesichtet** und **einige Belege geprüft**, dabei ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**.

509

Größter Kostentreiber in diesem Jahr war die Bildung von **neuen Rückstellungen** aufgrund **anhängiger Gerichtsverfahren** in Höhe von insgesamt 105.140,44 €.

510

Ehrenamtliche Tätigkeiten

Das Ergebnis bei **Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten** lag mit 341.825,72 € um 58.494,28 € **unter dem Planansatz** (400.320 €), aber mit 42.216,01 € (14 %) auch **über dem Ergebnis** des **Vorjahres** von 299.609,71 € (siehe Konto 44 21 00 00).

511

Das Rechnungsprüfungsamt verschaffte sich einen **Überblick** über **alle Buchungen**.

512

Größere Kostenblöcke betrafen wie in jedem Jahr die Entschädigung für

513

- die Gemeinderäte mit 87 T€ (Vorjahr 89 T€)
- Aufwandsentschädigung mit 61 T€ für ehrenamtliche Tätigkeiten im Bereich Soziales (Vorjahr 49 T€)
- Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr mit 61 T€ (Vorjahr 51 T€)
- Sprachförderung mit 42 T€ (Vorjahr 42 T€)

Dazu kam die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeiten im Bereich Recht / Zensus 2022 mit 57 T€, welcher nur in größeren zeitlichen Abständen durchgeführt wird. Einzelne **Belege** wurden als **Stichprobe geprüft**; hieraus ergaben sich **keine Bemerkungen**.

514

In vorvorigen Prüfungsjahr wurden einzelne Belege **detailliert geprüft**, es ergaben sich verschiedene **Prüfungsbemerkungen**, deren **Umsetzung** aufgrund der Zeitläufe **noch nicht erfolgen** konnte. Im **Prüfungsjahr** wurde daher auf eine **erneute detaillierte Belegprüfung verzichtet**, zumal sich auch **keine auffälligen Differenzen** in den Beträgen zeigten.

515

7. Ordentliches Ergebnis

Aus der Differenz zwischen den **ordentlichen Erträgen** in Höhe von 132.709.072,20 € und den **ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von 121.796.681,93 € ergibt sich ein **ordentliches Ergebnis** von + **10.912.390,27 €**. 516

Eine **Nachtragssatzung** war für das Wirtschaftsjahr 2022 **nicht erforderlich**. 517

Die **Mehr-Erträge** (+ 19,1 Mio. €) und die **Mehr-Aufwendungen** (- 5,4 Mio. €) addierten sich zu einer **Ergebnis-Verbesserung** von + 13,7 Mio. € **gegenüber dem negativen Plan-Ansatz** (- 2,8 Mio. €). Die Mehrerträge ergaben sich auf fast allen Ertragspositionen des Ergebnishaushaltes. Die reduzierten Aufwendungen ergeben sich hauptsächlich aus Weniger-Aufwendungen beim Personalaufwand und bei den Sach- und Dienstleistungen. 518

Verbunden mit dem positiven ordentlichen Ergebnis ist der **Nachweis der intergenerativen Gerechtigkeit**, da der Ressourcenverbrauch erwirtschaftet werden konnte. So wurden die **Abschreibungen** mit einem Gesamtbetrag von rund 7 Mio. € **vollständig erwirtschaftet** und es konnten darüber hinaus sogar noch **Rückstellungen** für verschiedene Zwecke **gebildet** werden. 519

Das ordentliche Ergebnis von 10.912.390,27 € wird der **Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt** und kann in schlechteren Jahren zur Deckung eines negativen ordentlichen Ergebnisses wieder entnommen werden. Der **Bestand der Rücklage** aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt zum 31.12.2022 damit **46.115.851,97 €**. 520

8. Sonderergebnis

Das **Sonderergebnis** errechnet sich aus den **außerordentlichen Erträgen** in Höhe von 4.976.434,40 € abzüglich der **außerordentlichen Aufwendungen** von 99.792,22 € und betrug damit 4.876.642,18 €.

Außerordentliche Erträge waren 2022 in Höhe von 1.000.000 € bei Erträgen aus der **Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden** veranschlagt. Hier waren v.a. die Grundstücksveräußerung im Baugebiet Ob der Halde in Scharnhausen eingeplant. Es wurden außerordentliche Erträge von insgesamt **4.388.696,37 € eingenommen**. Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen waren im Prüfungsjahr nicht zu verzeichnen.

Für **außerordentliche Aufwendungen** waren 200.000 € veranschlagt. Hier fielen insgesamt **99.792,22 €** an. Dieser Betrag entstand auf dem Konto Aufwendungen Katastrophen u. ä. Hier wurden insgesamt 52.268,55 € für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verbucht. Zudem ergaben sich **außerplanmäßigen Abschreibungen** durch Baumfällungen und Anlagenabgänge aus der jährlichen Inventur (47.523,67 €). Auf dem Konto Veräußerung Grundstücke/Gebäude waren keine Aufwendungen zu verzeichnen.

Das positive Sonderergebnis („außerordentliche Ergebnis“) mit 4.876.642,18 € wird in voller Höhe der **Rücklage** aus Überschüssen des Sonderergebnisses **zugeführt**.

Diese Rücklage dient dabei sowohl der **Deckung von eventuell zukünftigen Fehlbeträgen beim Sonderergebnis** (§ 25 Abs. 4 GemHVO) als auch zur **Deckung von eventuell zukünftigen Fehlbeträgen im ordentlichen Ergebnis**, die nicht bereits durch die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt werden können (§ 25 Abs. 2 GemHVO).

Der **Bestand der Rücklage** aus **Überschüssen des Sonderergebnisses** beträgt zum 31.12.2022 damit **24.111.005,97 €**.

9. Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die **Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** bilden den Geldfluss ab und entsprechen den **Erträgen und Aufwendungen des Ergebnishaushalts**, soweit sie **zahlungswirksam** sind. 527

Abweichungen zwischen den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung und den Erträgen und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung **haben** im wesentlichen **folgende Gründe**. 528

- Grundsätzlich, wenn die Ergebnisrechnung des alten Jahres und die Finanzrechnung des neuen Jahres betroffen sind. D. h. die **Zahlungswirksamkeit** erfolgt im **einen Jahr** während der **Erfolg** noch dem **anderen Jahr** zugeordnet wird. 529
- Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten** aus Zuwendungen und Zuschüssen sind nur in der Ergebnisrechnung dargestellt, da sie **nicht zahlungswirksam** werden. 530
- Zwischen den **Personalaufwendungen** und den **Personalauszahlungen** besteht eine **Differenz**, da bei den Personalaufwendungen **Rückstellungen** gebildet wurden, die erst **später zahlungswirksam** werden. 531
- **Rückstellungen** aller Art belasten die Ergebnisrechnung des alten Jahres und die Finanzrechnung des neuen Jahres. 532
- Die planmäßigen und die außerplanmäßigen **Abschreibungen** werden nur in der Ergebnisrechnung dargestellt, da sie **nicht zahlungswirksam** werden. 533

Die **Einzahlungen** aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen insgesamt 129.048.532,36 € (Ansatz 2022: 112.995.890 €), die **Auszahlungen** aus laufender Verwaltungstätigkeit 106.279.238,78 € (Ansatz 2022: 110.321.580 €). 534

Daraus ergibt sich ein **Zahlungsmittelüberschuss** in Höhe von 22.769.293,58 €. Im Jahresabschluss 2021 betrug der Zahlungsmittelüberschuss **9.909.038,79 €**. 535

10. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

a) Einzahlungen aus Investitionszuwendungen 2.516.308,47 € (754.753,47 €)

Für **Investitionszuschüsse** des **Bundes**, des **Landes**, des **Landkreises**, des **Schulverbandes**, von **Eigenbetrieben** und **privaten Unternehmen** waren insgesamt Mittel in Höhe von 2.001.200 € eingeplant. Das **Ergebnis** lag mit 2.516.308,47 € um 515.108,47 € **über dem Planansatz**. 536

Investitionszuwendungen des Landes wurde insbesondere bei den **Projekten** 537

- Ersatzbau **Sporthalle I** sowie
- **Ortskernsanierungsmaßnahme Kemnat I**

vereinnahmt.

Zudem erfolgte eine **Rückerstattung** vom **Gymnasialen Schulverband Ostfildern** aus der Abrechnung der Kapitalumlage in Höhe von 1.320.238,30 €. 538

Im Rahmen des Abschlusses der Sanierungsmaßnahme Ruit IV wurden **Treuhandmittel** in Höhe von 543.000 € in 2 Tranchen **zurückerstattet**. Die **Belege** wurden **eingesehen**, es ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 539

Die Rechnungsprüfung hat sich einen **Überblick** über **alle Buchungen** verschafft. Als **Stichprobe** wurden bei drei Einzahlungen die **Belege angeschaut**, es ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 540

b) Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit 187.593,48 € (543.095,17 €)

Alle Buchungen sowie ein Beleg wurden gesichtet. Die Buchungen umfassen Erschließungsbeiträge und eine Ausgleichsmaßnahme. 541

Dem **Buchungsbeleg** lagen **ausreichende begründende Unterlagen** bei. 542

c) Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen 189.775,00 € (4.578.981,02 €)

Für das Jahr 2022 waren Erlöse aus **Verkäufen städtischer Grundstücke** geplant in Höhe von 2.900.000 €. Tatsächlich realisiert wurden im Ergebnis 189.775,00 €. Die Einzahlungen stammen im Wesentlichen aus dem Verkauf von Grundstücken in Ruit und Nellingen. 543

Insgesamt wurden **drei Grundstücke verkauft**, davon ein Grundstück in Ruit mit einem Verkaufspreis in Höhe von 187.775 €. 544

Die **Buchungsbelege** sowie die **begründenden Unterlagen** wurden **eingesehen**, dabei ergaben sich **keine Bemerkungen**, der jeweilige **Verkaufspreis** (€/qm) war **angemessen**. 545

Ob der geringen Betragssumme **und** im Zuge der Schwerpunktsetzung erfolgte dieses Jahr keine tiefergehende Prüfung. 546

Ein **Verkauf** von **beweglichem Sachvermögen** hat anders als in Vorjahren zudem **nicht stattgefunden**. 547

d) Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit 827.424,64 € (24.014,53 €)

Aus der **Abwicklung von Baumaßnahmen** wurden 827.424,64 € vereinnahmt. Der Planansatz in Höhe von 0 € wurde **außerplanmäßig** überschritten. 548

Alle **Buchungen** auf dem Konto sowie drei **Belege** wurden **gesichtet**. Es handelt sich um Rück-erstattungen sowie Erstattung der Vorsteuer für die Sporthalle 1.

11. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

a) Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

218.219,05 € (280.076,70 €)

Für den **Grunderwerb** waren im Haushaltsplan 535.000 € sowie **Ermächtigungsüberträge** aus dem Vorjahr von 1.790.000,00 € **vorgesehen**. 549

Alle Buchungen auf dem Konto wurden eingesehen, 2 Belege wurden eingesehen. Es ergaben sich keine Bemerkungen.

Für den Erwerb in der Rüterstraße wurde eine **Ermächtigung** in Höhe von 1.750.000,00 € in das Folgejahr 2023 **übertragen**. 550

b) Auszahlungen für Baumaßnahmen

11.600.192,80 € (9.224.217,89 €)

Für **Baumaßnahmen** standen im Haushaltsjahr 2022 insgesamt 20.482.261,26 €, nämlich 551

- 12.477.500 € an **Haushaltsansätzen** 2022,
- 7.085.454,26 € an **Ermächtigungsresten** aus dem Jahr 2021 sowie
- 919.307 € durch **ergänzende Festlegungen** im Haushaltsvollzug bereit.

Das **Rechnungsergebnis** 2022 beträgt 11.600.192,80 €. Auch in diesem Prüfungsjahr kam es bei einer **Vielzahl von Bauprojekten zu Verzögerungen** und es gab viele **mehnjährige Bau- und Sanierungsprojekte**, weshalb die Mittel nicht wie geplant abflossen. 552

Die **Haushaltsmittel** werden somit **weiterhin benötigt** und es wurden für den Gesamtbereich Baumaßnahmen **Ermächtigungsreste** in Höhe von 7.085.454,26 € **gebildet**. Diese liegen um 469.305,72 € niedriger **gegenüber** den Ermächtigungsresten des **Vorjahres**. 553

c) Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen

1.562.872,15 € (498.748,48 €)

Für den **Kauf von immateriellen und beweglichen Vermögensgegenständen** wie Geräte, Mobilien, Lizenzen für Software, Fahrzeuge etc. über 1.000 € netto fielen Auszahlungen von 1.562.872,15 € an. 554

Damit wurde die **Summe der verfügbaren Mittel** aus Planansatz von 1.005.800 € und Ermächtigungsübertrag aus dem Vorjahr von 776.642,77 € **unterschritten**. Zusätzlich standen so genannte „Ergänzende Festlegungen im Haushaltsvollzug“ in Höhe von 335.982,00 € zur Verfügung. 555

Die Rechnungsprüfung hat sich, wie schon im letzten Jahr, einen **Überblick** über alle auf dem Konto **gebuchten Geschäftsvorfälle** verschafft und dann einige **Stichproben** gezogen. 556

Unter anderem wurden ein Pedelec, ein E-Fahrzeug sowie eine semistationäre Geschwindigkeitsmessanlage beschafft. 557

Bei der stichprobenartigen **Belegprüfung** zeigten sich in diesem Jahr **keine Anstände**. 558

d) Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen 0,00 € (0,00 €) 559

Im Haushaltsplan 2022 gab es für den Erwerb von Finanzvermögen keinen Haushaltsansatz und auch keine Auszahlung. 560

e) Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen 6.958.525,28 € (5.729.386,22 €)

Bei den Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen wurde der **Haushaltsansatz** in Höhe von 7.776.400,00 € um 817.875,00 € **unterschritten**. Mit insgesamt 6.958.525,28 € wurden u. a. Investitionen des Gymnasialen Schulverbands Ostfilder, der SEG, von Vereinen sowie kirchlichen und sonstigen Kindergartenträgern bezuschusst. 561

Größere Posten waren die Mittel für die **Sanierung der Hindenburgstraße** mit 1.293.000 €, die **Ortskernsanierungsmaßnahme Kernat I** mit 990.000 €. 562

Nahezu planmäßig flossen die **Kapitalumlage** an den Verband Region Stuttgart ab, die Kapitalumlage an den **Gymnasialen Schulverband Ostfilder** betrug 4.536.620,00 € und überschritt den Haushaltsansatz. 563

f) Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen 132.016,07 € (77.829,20 €)

Im Jahr 2022 wurden insbesondere **Investitionen** für Lizenzen und DV-Software getätigt. Durch die Umstellung auf SAP fielen höhere Auszahlungen an. Es erfolgten Neuanschaffungen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 132.016,07 € für verschiedenen Bereiche der Verwaltung. 564

Wir haben alle **Buchungen gesichtet**. Es ergaben sich diesbezüglich **keine Anhaltspunkte für tiefergehende Prüfungen**. 565

12. Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

a) **Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit** **0,00 €** (11.026.276,00 €)

In § 2 der Haushaltssatzung 2022 wurde eine **Kreditermächtigung** in Höhe von 11.000.000 € für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen festgesetzt. 566

Die Kreditermächtigung wurde **nicht in Anspruch genommen**. 567

b) **Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** **2.635.842,88 €** (2.076.367,13 €)

Die **Kredittilgungen** entsprachen im Jahr 2022 mit 2.635.842,88 € nahezu dem Haushaltsan- 568
satz von 2.468.060 €.

c) **Änderung des Finanzierungsmittelbestands
zum Ende des Haushaltsjahres** **3.399.853,28 €** (8.917.819,08 €)

Aus den tatsächlich erhaltenen Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 0,00 € und 569
den tatsächlich geleisteten Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 2.635.842,88
€ ergibt sich im Saldo ein **Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit** von
2.635.842,88 €.

Kennzeichnend für die **Finanzrechnung** ist, dass die **jeweiligen Ein- und Auszahlungen** nach 570
laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit **getrennt**
saldiert werden, ehe ein **Gesamtsaldo** als Saldo der **Finanzrechnung** gebildet wird.

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf der Ergebnisrechnung	571
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Finanzierungsmittelüberschuss oder Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Finanzierungsmittelüberschuss oder Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit	
Saldo der Finanzrechnung (Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres)		

Die **Summe aus dem Zahlungsmittelüberschuss** der Ergebnisrechnung (laufende Verwaltungstätigkeit) von 22.769.293,58 €, saldiert mit dem **Finanzierungsmittelbedarf** aus Investitionstätigkeit von - 16.733.597,42 € und dem **Finanzierungsmittelbedarf** aus Finanzierungstätigkeit von - 2.635.842,88 € ergibt eine **Änderung des Finanzierungsmittelbestands** zum Ende des Haushaltsjahres in Höhe von **3.399.853,28 €**. 572

Hier wird die **Verbesserung** gegenüber der geplanten Änderung des **Finanzierungsmittelbestandes** im Haushaltsplan 2022 von - 5.362.070 € deutlich. Es wurden weniger liquide Mittel benötigt. 573

Es muss noch eine **Minderung der Liquidität** wegen den sogenannten **haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen** (insbesondere der Eigenbetriebe und Zuführungen an mittelfristigen Geldanlagen) mit einem Betrag von - **8.271.723,04 €** berücksichtigt werden. 574

Somit **reduziert** sich der **Bestand an Zahlungsmitteln** um insgesamt - **4.871.869,76 €**. 575

Dadurch hat sich der Anfangsbestand an **Zahlungsmitteln** von 25.322.876,51 € auf einen **Endbestand** zum Jahresabschluss von **20.451.006,75 €** verringert. Diese Beträge entsprechen der Position 1.3.9 **Liquide Mittel** in der Bilanz unter Berücksichtigung der Gelder aus den Handvorschusskassen. 576

V. Prüfung der Kassen

1. Grundlagen der Kassenprüfung

Dem Rechnungsprüfungsamt obliegt nach § 112 Abs. 1 GemO die **laufende Prüfung der Kassenvorgänge** bei der Gemeinde und bei den Eigenbetrieben zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresabschlüsse, sowie die **Kassenüberwachung**, insbesondere die Vornahme der Kassenprüfungen bei den Kassen der Gemeinde und Eigenbetriebe. 577

Das Rechnungsprüfungsamt legt nach pflichtgemäßem Ermessen selbst fest, wie intensiv es die **dauernde Überwachung der Kasse** vornimmt und wie zahlreich die **Kassenprüfungen** durchgeführt werden. 578

Immer wieder wird in den Fachkreisen diskutiert, inwieweit es sinnvoll ist, Kassenanordnungen vor ihrem Vollzug von der örtlichen Rechnungsprüfung prüfen zu lassen (sog. **Visa-Kontrolle**). Nach unserer Einschätzung bindet eine derartige fortlaufende Belegprüfung nicht unerhebliche Prüferkapazitäten, außerdem besteht die Gefahr der Verminderung der Sorgfalt der unterzeichnenden Personen („Das RPA prüft ja eh.“). Die Visa-Prüfung macht in begründeten Ausnahmefällen mit zeitlicher Begrenzung Sinn, wenn sich etwa vorhandene Verdachtsmomente oder bei Einführung einer neuen Regelung Anfangsfehler dadurch leichter und rascher aufklären lassen. 579

Die Kassenüberwachung soll durch Vornahme von **unvermuteten Kassenprüfungen** sowie beim Wechsel des Kassenverwalters vorgenommen werden. Der **Umfang der Kassenprüfung** ist dabei sehr vielfältig (vgl. § 8 GemPrO). So ist nicht nur eine **Kassenbestandsaufnahme** zu machen, bei der der Kassen-Ist-Bestand mit dem Kassen-Soll-Bestand abzugleichen ist. Es ist auch festzustellen, ob 580

- der **Zahlungsverkehr** ordnungsgemäß abgewickelt wird,
- die **Bücher** ordnungsgemäß geführt werden,
- die erforderlichen **Belege** vorhanden sind,
- die **Kassenmittel** ordnungsgemäß bewirtschaftet werden,
- bei den **Forderungen** die nötigen Sicherungs-, Überwachungs- und Beitreibungsmaßnahmen getroffen werden,
- die verwahrten **Wertgegenstände** und andere verwaltete Gegenstände vorhanden und ordnungsgemäß aufbewahrt werden und
- die **Kassensicherheit** gewährleistet ist.

Neben der Prüfung der Gemeindekasse (Hauptkasse) sind auch bei den **Zahlstellen und Handvorschüssen unvermutete Kassenprüfungen** vorzusehen. In jedem Prüfungsjahr werden nach einem internen Prüfungsplan weitere Zahlstellen und Handvorschusskassen geprüft. 581

Die **Dienstanweisung (DA)** für die **Stadtkasse** wurde im Frühjahr 2022 überarbeitet und trat **zum 01.04.2022 in Kraft**. Die bisherige DA vom 01.01.2018 trat zu diesem Zeitpunkt außer Kraft. Wesentliche Änderungen betrafen die Anpassungen und Aktualisierungen organisatorischer, finanzrechtlicher und redaktioneller Art. 582

2. Kassenprüfung

a) Prüfungsauftrag

Der Prüfungsauftrag ergibt sich aus § 112 Abs. 1 der Gemeindeordnung sowie den §§ 1 bis 9 der Gemeindeprüfungsordnung. 583

b) Prüfungsumfang

Die Kassenprüfung umfasst nach der Gemeindeprüfungsordnung eine **Kassenbestandsaufnahme** (vgl. § 8 Abs. 1) sowie weitere **Mindestprüfungsbestandteile** gemäß § 8 Abs. 2. 584

Nach § 3 GemPrO kann sich die Prüfung – mit Ausnahme der Kassenbestandsaufnahme – auf **Stichproben** beschränken. Dabei können nach Schwierigkeit und wirtschaftlicher Bedeutung sowie unter Berücksichtigung der Risikoaspekte entsprechende **Schwerpunkte** gebildet werden. 585

c) Allgemeine Prüfungshandlungen

Im Jahr 2021 fand am 07.01.2021 eine Kassenprüfung wegen des Wechsels des Kassenleiters statt. Die letzte reguläre Kassenprüfung fand am 21.12.2021 statt. Bei beiden Prüfungen ergaben sich keine Bemerkungen, die bei dieser Prüfung aufzugreifen wären. 586

Die **unvermutete Kassenprüfung** fand am 15.12.2022 in den Räumen der Stadtkasse, Klosterhof 6, Nellingen, 73760 Ostfildern statt. Neben den beiden Prüfern waren der Kassenverwalter und zeitweise die stellvertretende Kassenverwalterin und eine Beschäftigte der Stadtkasse anwesend. 587

Bei **Beginn der Prüfung** wurde festgestellt, dass die Stadtkasse Ostfildern **noch andere Geschäfte** als die der Stadt Ostfildern **ausführt**. Dabei handelt es sich um die Kassengeschäfte des Gymnasialen Schulverbands Ostfildern. 588

Der Eigenbetrieb **Stadtwerke Ostfildern** wickelt seine Kassengeschäfte seit dem 01.01.2018 selbständig über ein eigenes Girokonto ab. Die Mahnstufen erfolgen durch die Stadtwerke Ostfildern. Die Vollstreckungen werden von der Stadtkasse durchgeführt. Eine **schriftliche Vereinbarung** darüber **besteht nicht**. 589

Die weiteren Kassengeschäfte werden als **Einheitskasse** geführt. 590

d) Kassenbestandsaufnahme

Es erfolgte eine **Kassenbestandsaufnahme**. Im Tagesabschluss werden die Kassenbestände nach den einzelnen Konten aufgeführt. Neben der Barkasse werden verschiedene Girokonten, Geldmarktkonten, Festgelder und Bausparguthaben geführt. Durch die Kassenbestandsaufnahme ist zu ermitteln, ob der Kassenistbestand mit dem Kassensollbestand und dem Saldo der Finanzrechnungskonten übereinstimmt. 591

1. Barkasse

Das **Bargeld** wurde sicher im Tresor aufbewahrt. Es konnte folgende **Ist-Bestandsaufnahme** geführt werden (vgl. Anlage Ermittlung des Kassenbestands „Geldkassette“, „zwei Beutel Stückgeld Tresor“ und „Scheine schwarze Mappe Tresor“): 592

Geldkassette 593

0 keine höherwertigen Scheine vorhanden

22 Scheine zu je	50 EUR	1.100,00 EUR
5 Scheine zu je	20 EUR	100,00 EUR
30 Scheine zu je	10 EUR	300,00 EUR
2 Scheine zu je	5 EUR	10,00 EUR
25 Münzen zu je	2 EUR	50,00 EUR
30 Münzen zu je	1 EUR	30,00 EUR
42 Münzen zu je	50 Ct.	21,00 EUR
37 Münzen zu je	20 Ct.	7,40 EUR
54 Münzen zu je	10 Ct.	5,40 EUR
43 Münzen zu je	5 Ct.	2,15 EUR
26 Münzen zu je	2 Ct.	0,52 EUR
35 Münzen zu je	1 Ct.	0,35 EUR

Summe: 1.626,82 EUR

Zwei Beutel Stückgeld Tresor

298 Münzen zu je	2 EUR	596,00 EUR
326 Münzen zu je	1 EUR	326,00 EUR
179 Münzen zu je	50 Ct.	89,50 EUR
209 Münzen zu je	20 Ct.	41,80 EUR
136 Münzen zu je	10 Ct.	13,60 EUR
51 Münzen zu je	5 Ct.	2,55 EUR
43 Münzen zu je	2 Ct.	0,86 EUR
42 Münzen zu je	1 Ct.	0,42 EUR

Summe: 1.070,73 EUR

Scheine Schwarze Mappe Tresor

0 keine höherwertigen Scheine vorhanden

2 Scheine zu je	100 EUR	200,00 EUR
50 Scheine zu je	50 EUR	2.500,00 EUR
100 Scheine zu je	20 EUR	2.000,00 EUR
50 Scheine zu je	10 EUR	500,00 EUR
150 Scheine zu je	5 EUR	750,00 EUR

Summe: 5.950,00 EUR

Zusammen: 8.647,55 Euro

In Summe war an Bargeld somit **8.647,55 EUR** vorhanden (tatsächlicher **Istbestand**). Das Bargeld wurde nach der Bestandsaufnahme sofort wieder in den Tresor eingeschlossen. 596

Anschließend wurde auf dem Abschlussblatt der Stadtkasse vom 15.12.2022 der **Kassensollbestand** in Höhe von **8.647,55 Euro** festgestellt. 597

Der Barkassen-Istbestand **stimmt** mit dem Barkassen-Sollbestand **überein**. 598



Bei der **Excel-Formel**, die für die Stückzahl der Münzen und Scheinen auf dem **Abschlussblatt** Grundlage ist, wurde darauf hingewiesen, dass diese **aktualisiert** werden muss. 599

Der **Tagesabschluss vom 14.12.2022** weist den Bestand der Barkasse im **Kassensoll** mit 8.647,55 € und im **Kassenist** mit 8.647,55 € und somit **ohne Differenz** aus. 600

Am **15.12.2022** selbst wurden **noch keine Ein- oder Auszahlungen** getätigt. Die Bestandsaufnahme fand am Vormittag statt. Daher stimmen die festgestellten Bestände (Ist und Soll) vom 15.12.2022 mit den Endbeständen (Ist und Soll) vom 14.12.2022 überein. 601

2. Bankkonten

Im Zuge der mittlerweile **weitgehend elektronisch abzuwickelnden Bankgeschäfte** („electronic banking“), die täglich vollzogen werden, hat sich durch den Tagesabschluss mit Kontenabstimmung ein Instrument etabliert, welches einen tagtäglichen Abgleich zwischen den Konten, der Zuordnung der Zahlungsvorgänge sowie der Deckung der Konten sicherstellt. 602

Papierauszüge über die Kontenbewegungen werden von den Banken und Sparkassen **nicht mehr erstellt**. Der konkrete Kontostand kann jedoch jederzeit online nachvollzogen werden. 603

Das Rechnungsprüfungsamt hat sich von den Hauptgeschäftsgirokonten (Kreissparkasse, Volksbank) die **tagesaktuellen elektronischen Kontoauszüge** mit Endsaldo vom 14.12.2022 geben lassen. Bei der Volksbank erhalten wir nur wöchentliche Auszüge, so dass die Stadtkasse den 14.12.2022 herausgefiltert hat, so dass der Endbestand zum 14.12.2022 ersichtlich ist. Für die Kassenprüfung am Vormittag des 15.12.2022 ist dieser Bestand zu berücksichtigen. 604

KSK Giro	Gemäß Kontoauszug Nr. 00240 vom 14.12.2022, IBAN DE09611500200000990440	16.980.419,41 Euro
Voba Giro	Gemäß Kontoauszug gefiltert zum 14.12.2022, IBAN DE966129012006326320030	2.761.898,26 Euro

Ein **elektronischer Kontoauszug** (ELKO) kann auch direkt in **SAP** mit der Transaktion „FF.6“ aufgerufen werden. Hieraus resultieren die **beiden** folgenden Screenshots, welche die bereits genannten Werte bestätigen.

605

Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen					
BLZ:	61150020	Kontonummer:	990440	Auszugsnummer:	00240
SWIFT-Code:	ESSLDE66XXX	IBAN:	DE09611500200000990440		
Hausbank:	K1	Konto-Id:	GIRO	Auszugsdatum:	14.12.2022
Anfangssaldo	16.555.180,23				
Summe Soll	168.356,48				
Summe Haben	593.595,66				
Endsaldo	16.980.419,41				

Volksbank Mittlerer Neckar					
BLZ:	61290120	Kontonummer:	0632632003	Auszugsnummer:	22241
SWIFT-Code:	GENODES1NUE	IBAN:	DE96612901200632632003		
Hausbank:	V1	Konto-Id:	GIRO	Auszugsdatum:	14.12.2022
Anfangssaldo	2.754.393,96				
Summe Soll	15,80				
Summe Haben	7.520,10				
Endsaldo	2.761.898,26				

Die **Kontenabstimmung** wird im Rahmen des **Tagesabschlusses** auch tagtäglich dokumentiert und von dem Kassenverwalter und der Kassenaufsicht (= Fachbediensteter für das Finanzwesen) handschriftlich unterschrieben. Hierdurch wird das **Vier-Augen-Prinzip eingehalten**, welches besagt, dass keine einzelne Person alleine verantwortlich für einen Prozess sein darf. Vielmehr müssen fachlich dazu ausreichend geeignete Personen den Vorgang bearbeiten. Dies ist eine wesentliche Grundlage eines **Internen Kontrollsystems** (IKS).

606

Die gemäß § 8 Abs. 1 **geforderten Abgleiche** werden **im Tagesabschluss dokumentiert**. So besteht richtigerweise „keine Differenz zwischen Finanzrechnungskonten und Bankbestandskonten“ sowie „keine Differenz zwischen den Bankbestandskonten und den Geldbeständen“.

607

e) Weitere kassentechnischen Feststellungen

Die Ein- und Auszahlungen der Stadtkasse werden über ein Datenträgeraustauschverfahren (DTA) mit den Sparkassen und Banken abgewickelt. Die **Schwebeposten** werden in einer separaten Liste aufgeführt. Schwebeposten sind Ein- und Auszahlungen, die buchungsmäßig bereits erfasst sind, jedoch im Kontenbestand der Banken und Sparkassen noch nicht abgebildet werden. Beispielsweise, weil eine Auszahlung bereits gebucht jedoch mittels DTA erst zur Bank weitergegeben wurde oder fällige Lastschriften (Einzahlung) bereits buchhalterisch erfasst sind aber noch nicht eingegangen sind. Die banktechnische Abwicklung erfolgt in den nächsten Tagen. Dies wird durch separate Listen überwacht.

608

Der **aktuelle Bestand an Schwebeposten** weist zum einen Gutschriften (Buchung eines positiven Betrages) in Höhe von 324.351,04 € und zum anderen Lastschriften (Buchung eines negativen Betrages) in Höhe von 85.357,91 € aus.

609

Wird der buchhalterische Sollbestand um die bereits gezahlten aber noch nicht gebuchten Gutschriften erhöht sowie um die bereits gebuchten aber noch nicht gezahlten Lastschriften vermindert, so ergibt sich der tatsächliche Istbestand der Konten. 610

Die Stadtkasse wurde gebeten, im neuen Jahr einen **Nachweis über die Auflösung der aktuellen Schwebeposten** an das Rechnungsprüfungsamt zu übermitteln. 611

Die Stadtkasse verwahrt keine **Kreditkarten**. 612

f) Ordnungsgemäße Abwicklung des Zahlungsverkehrs (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 GemPrO)

Im Zuge der mittlerweile weitgehend elektronisch abzuwickelnden Bankgeschäfte werden die **Dispositionsvorgänge** so vollzogen, dass eine Deckung des Kontos vor der Erteilung der Aufträge des Zahlungsvorganges geprüft wird. Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Zahlungsverkehrs gehört auch, dass die **Zahlstellen** regelmäßig mit der Stadtkasse abrechnen. 613

Aufgrund der Corona-Pandemie fanden seit März 2020 keine Prüfungen der **Zahlstellen** und **Handvorschusskassen** durch das Rechnungsprüfungsamt vor Ort mehr statt. Insgesamt konnte die Stadtkasse in diesem Jahr ein **deutlich geringeres Zahlungsaufkommen** konstatieren. Die Abrechnungen erfolgen regelmäßig, die Korrektheit der Abrechnungen wurde jeweils durch die Stadtkasse nachvollzogen. 614

Seit Oktober 2022 bestehen für die Bürgerinnen und Bürger im städtischen Zahlungsverkehr folgende Möglichkeiten: 615

- Paypal
- Kreditkarte
- Giropay.

Nach Auskunft des Kassenverwalters werden diese Zahlungsmöglichkeiten überwiegend im Bußgeldbereich genutzt. 616

g) Bücher- und Belegprüfung (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 3 GemPrO)

Im Rahmen der Prüfung ist festzustellen, ob die **Bücher** ordnungsgemäß geführt werden, also den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen. Dies erfolgt im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses. 617

Bei der **Belegprüfung** ist zu untersuchen, ob jede Anordnung auch mit dem Original einer Rechnung oder mit einem Eigenbeleg verbunden ist und ob der angeordnete Betrag mit der Endsumme des Belegs übereinstimmt. Es existieren entsprechende Handlungsanweisungen zum Ablauf der Prozesse. Im Rahmen der laufenden Prüfung der Kassenvorgänge zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresabschlüsse nimmt das Rechnungsprüfungsamt entsprechende **Systemprüfungen** vor. 618

In beiden Fällen haben sich in der aktuellen Prüfperiode **keine Prüfungsbemerkungen** oder Anstände ergeben. 619

h) Ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Kassenmittel (§ 8 Abs. 2 Nr. 4 GemPrO)

Zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Kassenmittel gehört, die **Zahlungsbereitschaft** sicherzustellen. Insbesondere wegen der Volatilität der Ein- und Auszahlungen wird täglich eine Dispositions-Übersicht angefertigt, ehe die Zahlungsaufträge bei der Bank beauftragt werden. Aufgrund der Erhebung von Verwarentgelten werden seit Anfang des Jahres 2020 keine Tagesgelder mehr angelegt. Dadurch musste nach Auskunft der Kassenleitung auch nicht ein einziges Mal ein **Liquiditätskredit** in Anspruch genommen werden. 620

Wir baten die Stadtkasse wegen unserer Ausführungen bereits im in den **letzten Prüfungsberichten** in Zusammenarbeit mit den einzelnen Fachbereichen und Einrichtungen, die **SEPA-Lastschriftmandate** auf ihre Vollständigkeit und Notwendigkeit hin zu überprüfen. Durch personelle Engpässe und die Umstellung auf SAP war dies der Stadtkasse aber noch nicht möglich. 621

i) Nötige Maßnahmen bei den Forderungen (§ 8 Abs. 2 Nr. 5 GemPrO)

Im Rahmen der Prüfung ließen wir uns den Prozess bei einer Stundung näher erläutern. Hierzu ist ein entsprechendes **Berechtigungskonzept** vorhanden, welches sowohl Wertgrenzen als auch Zeitgrenzen umfasst. Zudem wurde auch das Verfahren bei Überschreiten der Zahlungsfälligkeit thematisiert. In Folge der Ausführungen und Regelungen kommt das Rechnungsprüfungsamt zu der Einschätzung, dass die **Ordnungsmäßigkeit gegeben** ist. 622

In diesem Jahr haben wir auf eine **vertiefte Prüfung verzichtet**. 623

j) Verwahrte Wertgegenstände und andere Gegenstände (§ 8 Abs. 2 Nr. 6 GemPrO)

Zur Feststellung, ob die verwahrten Wertgegenstände und die anderen von der Stadtkasse verwahrten oder verwalteten Gegenstände vorhanden sind und ordnungsgemäß aufbewahrt werden, haben sich die Prüfer das **Wertebuch** vorlegen lassen. 624

Danach konnte anhand von willkürlich und zufällig ausgewählten **Stichproben** festgestellt werden, dass das Wertebuch **korrekt geführt** wird und die **Gegenstände physisch vorhanden** sind. Alle geprüften Wertgegenstände wurden **ordnungsgemäß** im Tresor **aufbewahrt** und waren **deutlich beschriftet**. 625

Im Einzelnen handelte es sich um einen Schlüssel für die städtische Wegfahrsperre (Parkkralle) des Vollzugsbeamten und das Passwort für die Abwicklung des Telecash. 626

k) Kassensicherheit (§ 8 Abs. 2 Nr. 7 GemPro)

Die Überprüfung der Kassensicherheit erfordert insbesondere eine Untersuchung der	627
• Strukturen (Organisationsregelungen, Aufbauorganisation) und • Prozesse (Geschäftsgang, Ablauforganisation) sowie • personellen Zuständigkeiten	
Dabei darf nicht von der Vertrauenswürdigkeit einzelner Kassenbediensteter ausgegangen werden, sondern die Prüfung muss vielmehr vom „institutionellen Misstrauen“ bestimmt sein.	628
Die Kassensicherheit zeigt sich zum einen in der äußeren und zum anderen in der inneren Kassensicherheit.	629
Bei der äußeren Kassensicherheit werden die Räume nach Einbruchsicherheit und Sicherheit vor möglichen Elementarschäden geprüft. Die Fenster und Türen sind abschließbar. Die Räumlichkeiten sind außerhalb der Kassenstunden abgeschlossen. Das Bargeld und die Wertgegenstände werden sicher in einem brandgeschützten Tresor aufbewahrt.	630
Nach den Umbauarbeiten im Gebäude werden nun auch Büroräume im ersten Stock vom Fachbereich 2 genutzt. Nach Auskunft des Kassenverwalters ist durch die Berechtigungsverwaltung der elektronischen Schlüssel sichergestellt, dass nur befugte Mitarbeitende Zugang zur Stadtkasse haben.	631
Unter der inneren Kassensicherheit versteht man alle personellen und organisatorischen Grundsätze und Regelungen, die dafür sorgen, dass u. a. keine dolosen Handlungen ermöglicht werden, aber vor allem die Geschäftsprozesse effizient und rechtssicher ablaufen.	632
Dazu gehört die Sicherstellung von ausreichend Personal , Kenntnisnahmen der Bestellung und deren Bedeutung. Dabei gilt es auf die Unbefangenheit und Unabhängigkeit der Personen zu beachten .	633
Zuletzt lag der Prüfungsschwerpunkt auf der Bestellung zum Kassenverwalter und die Regelungen gemäß § 93 GemO Baden-Württemberg. Insbesondere, ob im Zuge einer Bestellung eine Abfrage hinsichtlich von möglichen Befangenheitsgründen gemäß § 93 Abs. 3 i. V. m. § 18 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 GemO stattgefunden hat.	634
Wir fragten nach, ob im Herbst 2022 bei der Einstellung der mit den Kassengeschäften beauftragten Mitarbeiterin und deren Vorgänger die Abfrage von möglichen Befangenheitsgründen gemäß § 93 Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 Nr. 2 bis 3 GemO stattgefunden hat. Dies wurde von der Mitarbeitenden und dem Kassenverwalter verneint. Das Rechnungsprüfungsamt regt weiterhin an, das Prüfverfahren zu formalisieren und das Ergebnis zu dokumentieren .	635
Nach wie vor wird durch entsprechende Regelungen und Anordnungen die Trennung von Feststellung und Anordnung einerseits sowie von Anordnung und Vollzug andererseits sichergestellt . Die Mitarbeiter sind im Besitz einer Vertretungsregelung . Der Zugang zum Tresor ist mit nur wenigen Mitarbeitenden, die im Besitz der Zahlenkombination sind, sehr beschränkt .	636

l) Prüfungsbegleitende Beratung (§ 1 Abs. 2 GemPrO)

Im Rahmen der prüfungsbegleitenden Beratung gab es von Seiten des **Rechnungsprüfungs-** 637
amtes kein anzusprechendes Thema.

Der **Kassenverwalter** wollte zunächst keinen selbst vorgeschlagenen Punkt von den Prüfern 638
betrachtet haben. Im Anschluss ergab sich noch ein **Erfahrungsaustausch** zu einzelnen **The-**
men. Dabei wurde die Thematik des **gemeinsamen Spendenkontos** der Städte Filderstadt,
Leinfelden-Echterdingen und Ostfildern für die Partnerstadt Poltawa ebenso erörtert, wie auch
die Frage einer möglichen **Abwälzung von Transaktionskosten** bei den **neuen Bezahlmöglich-**
keiten. Diese können nicht an die Nutzenden weitergegeben bzw. berechnet werden.

m) Prüfungsergebnis

Bei der Ermittlung des Kassen-Solls und dem Kassen-Ist ergab sich **keine Differenz**. Der tat- 639
sächliche Istbestand des Bargelds stimmte mit dem buchmäßigen Sollbestand der Barkasse
überein.

Alle gewünschten **Unterlagen** wurden **unmittelbar zur Verfügung gestellt**. Die **Aufbereitung** 640
der Daten vermittelte einen **sehr geordneten** und **übersichtlichen** Eindruck.

Die **Unterlagen** waren **vollständig und richtig**. Es ergaben sich **keine Kassenprüfungs-Bean-** 641
standungen.

3. Anmerkungen zu den Prüfungen bei den Zahlstellen und Handvorschüssen

Im Jahr 2022 fanden **pandemiebedingt keine Prüfungen** statt.

642

4. Prüfung von Sonderkassen

Sonderkassen sind nach § 98 GemO für das **Sondervermögen** und **Treuhandvermögen** einzurichten. Sie sollen mit der Gemeindekasse verbunden werden. Allerdings können diese **Kassengeschäfte** auch **außerhalb** der Gemeindeverwaltung **erfolgen**, sofern die ordnungsmäßige Erledigung und die Prüfung nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften gewährleistet ist (vgl. § 94 GemO). 643

Die **Voraussetzung** für Sonderkassen ist also, dass **Sonder- oder Treuhandvermögen** vorhanden ist. Im Kapitel „Weitere Prüfungen\Sonder- und Treuhandvermögen“ stellen wir fest, dass mit Ausnahme der **Eigenbetriebe** kein weiteres Sondervermögen oder Treuhandvermögen bei der Stadt Ostfildern vorhanden ist. 644

Von der Stadtkasse werden folgende **fremde Kassengeschäfte mit erledigt**, die Kassengeschäfte des Zweckverbandes Gymnasialer Schulverband Ostfildern. 645

Die Prüfung der **Sonderkasse des Eigenbetriebs Stadtwerke** wurde mittlerweile in den Prüfungsplan aufgenommen. Die Kassenprüfung 2022 fand am 20. Dezember 2022 bei den Stadtwerken Ostfildern statt. 646

a) Prüfungshandlungen

Die unvermutete Kassenprüfung fand am 20.12.2022 von 10:45 Uhr bis 12:05 Uhr in den Räumen der Stadtwerke, Felix-Wankel-Straße 18/1 in 73760 Ostfildern statt. 647

Anwesend waren neben den Prüfern auch der stellvertretende kaufmännische Werkleiter und der Kassenverwalter. Zeitweise anwesend waren Mitarbeiterinnen der Kreditoren- und Debitoren-Buchhaltung. 648

Zu Beginn der Prüfung wurde festgestellt, dass die Stadtwerke Ostfildern **keine anderen Geschäfte** als die der Stadtwerke Ostfildern ausführt. 649

Die **Eigenbetriebskasse** wird als **Einheitskasse** geführt (vgl. § 2 Abs. 1 der Dienstanweisung für die Kasse der Stadtwerke Ostfildern (DA Kasse SWO)). Dies besagt, dass die Kassengeschäfte nur von der Kasse und nicht von anderen Stellen des Eigenbetriebs wahrgenommen werden dürfen. 650

Zur Eigenbetriebskasse gehören gemäß § 2 Abs. 2 und Abs. 3 DA Kasse SWO auch die **Zahlstellen** (vgl. § 3 GemKVO) 651

- Kassenautomat Hallenbad Nellingen
- Parkscheinautomat Tiefgarage An der Halle
- Parkscheinautomat Tiefgarage Klosterhof

sowie die **Handvorschüsse** (vgl. § 4 GemKVO) 652

- Hallenbad Nellingen
- Hallenbad Nellingen Kassenautomat

b) Kassenbestandsaufnahme Barkasse

Eine **Barkasse** selber wird nach Auskunft des stv. kaufm. Werkleiters **nicht geführt**. Daher kann auch keine Ist-Bestandsaufnahme durchgeführt werden. 653

Gleichwohl wird ein maximaler Bargeldbestand der Eigenbetriebskasse von 15.000 Euro nach der DA Kasse SWO ermöglicht. Bei der nächsten Überarbeitung der Dienstanweisung ist diese Passage zu überprüfen und anzupassen. 654

Das entnommene Bargeld aus den 2 Parkscheinautomaten und aus dem Hallenbad-Automaten wird regelmäßig in jeweils getrennten Safebags über maximal 2 Werktagen im Tresor zwischengelagert, bis das Bargeld auf der Bank eingezahlt werden kann. 655

c) Bankkonten (Kassenistbestand)

Es besteht ein Girokonto bei der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen mit der IBAN: DE04 6115 0020 0102 8879 63. 656

Der Kassenistbestand umfasst den Bestand der Zahlungsmittel auf Grundlage des Kontoauszugs in Papierform bzw. dessen „Ersatz“ in elektronischer Form „SAP Anzeige Bankkontoauszug“. 657

Der **Kassenistbestand** zum 19.12.2022 betrug laut Kontoauszug 3.228.092,62 Euro. 658

d) Ermittlung des Kassensollbestands

Der **Kassensollbestand** ergibt sich aus den für den Nachweis der Zahlungsmittel eingerichteten Bestandskonten in der Buchführung. Mit dem Bilanzauszug (SWO 9000 SAP „Sachkonten Einzelpositionsliste“) zum 19.12.2022 wurde das Bestandskonto „17600000 KSK Esslingen-Nürtingen – GiroKto“ mit 3.228.092,62 Euro sowie das Konto „17601000 KSK Esslingen-Nürtingen – Schwebekto“ mit 0,00 Euro übermittelt. 659

e) Übereinstimmung der Bestände

Der Abgleich der Bestände (Gesamtkasse) erfolgt, indem im Rahmen der Kassenbestandsaufnahme i. V. m. § 22 GemKVO ermittelt wird, ob der Kassenistbestand mit dem Kassensollbestand übereinstimmt. 660

Gegenüberstellung Kassenistbestand und Kassensollbestand: 661

• Kassenistbestand	3.228.092,62 Euro
• Kassensollbestand	3.228.092,62 Euro
• Differenz	0,000 Euro

Die **Kasse** ist somit **ausgeglichen**. 662

f) Weitere kassentechnischen Feststellungen

Die Ein- und Auszahlungen der Kasse der Stadtwerke werden über die Electronic-Banking-Software mit der Kreissparkasse abgewickelt. Zahläufe finden mehrmals in der Woche statt. 663

Schwebeposten sind Auszahlungen, die buchungsmäßig bereits erfasst sind, jedoch im Kontenbestand bei den Banken und Sparkassen noch nicht abgebildet werden. Beispielsweise, weil eine Auszahlung erst zur Bank weitergegeben wurde oder fällige Lastschriften bereits buchhalterisch erfasst sind. Die banktechnische Abwicklung erfolgt in den nächsten Tagen. 664

Die Kasse der Stadtwerke verwahrt **keine Kreditkarten**. 665

g) Ordnungsgemäße Abwicklung des Zahlungsverkehrs

Im Zuge der mittlerweile **weitgehend elektronisch abzuwickelnden Bankgeschäfte** werden die Dispositionsvorgänge so vollzogen, dass eine Deckung des Kontos vor der Erteilung der Aufträge des Zahlungsvorganges geprüft wird. Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Zahlungsverkehrs gehört auch, dass die Zahlstellen lt. Anlage 1 zur DA Kasse SWO regelmäßig mit der Kasse der Stadtwerke abrechnen. 666

Bislang wurden **keine** Zahlungen über **virtuelle Konten** (z. B. Paypal) abgewickelt. 667

h) Bücher- und Belegprüfung

Im Rahmen der Prüfung ist festzustellen, ob die **Bücher** ordnungsgemäß geführt werden, also den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen. Dies erfolgt im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses. 668

Bei der **Belegprüfung** ist zu untersuchen, ob jede Anordnung auch mit dem Original einer Rechnung oder mit einem Eigenbeleg verbunden ist und ob der angeordnete Betrag mit der Endsumme des Belegs übereinstimmt. Es existieren entsprechende Handlungsanweisungen zum Ablauf der Prozesse. Im Rahmen der laufenden Prüfung der Kassenvorgänge zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresabschlüsse nimmt das Rechnungsprüfungsamt entsprechende Systemprüfungen vor. 669

Eine **stichprobenartige Überprüfung von Papierbelegen** wurde anhand eines Belegs (Beleg-Nr. 301441, Belegdatum: 07.12.2022, Buchungsdatum 09.12.2022, Buchungsbetrag: 107,10 Euro) vorgenommen. 670

i) Ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Kassenmittel

Zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Kassenmittel gehört, die **Zahlungsbereitschaft** sicherzustellen. Hierzu besteht u. a. auf dem Girokonto bei der KSK Esslingen-Nürtingen ein **Kontokorrentkredit** von 1.500.000,00 Euro. In Stichproben konnte zudem ein ausreichend vorhandener Kontostand festgestellt werden. 671

Die Erteilung und Verwaltung der **SEPA-Lastschriftmandate** ist Aufgabe der Kasse der Stadtwerke (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 sowie § 6 Abs. 4 Nr. 5 der DA Kasse SWO). Die Erteilung eines solchen Mandates kann nur im Einvernehmen mit dem stv. kaufm. Werkleiter stattfinden (§ 6 Abs. 4 Nr. 5 der DA Kasse SWO). Hierdurch wird das **Vier-Augen-Prinzip eingehalten**. Wir baten um Übermittlung einer Übersicht über die erteilten Mandate im Nachgang zur Prüfung. 672

j) Nötige Maßnahmen bei den Forderungen

Die nötigen **Sicherungs-, Überwachungs- und Beitreibungsmaßnahmen** bei den Forderungen sind gemäß der Dienstanweisung Kasse SWO **zweigeteilt** zwischen der **Eigenbetriebskasse** der Stadtwerke Ostfildern und der **Stadtkasse** der Stadt Ostfildern. 673

Der Eigenbetriebskasse obliegt die **Mahnung** der Geldforderungen, die Festsetzung, Stundung, Niederschlagung und der Erlass von Mahngebühren sowie die Stundung von Hauptforderungen vorbehaltlich anderweitiger Zuständigkeiten. 674

Zur Vervollständigung der Prüfungsunterlagen bitten wir noch um Übermittlung einer **Prozessbeschreibung**, zum einen durch welche Maßnahmen sichergestellt wird, dass Forderungen rechtzeitig eingezogen werden (vgl. § 26 Abs. 2 GemHVO) und zum anderen zum weiteren **Verfahrensablauf bei Überschreiten der Zahlungsfälligkeit** unter Berücksichtigung von ggf. gesetzten Wert- und Zeitgrenzen. 675

k) Verwahrte Wertgegenstände und andere Gegenstände

Bei den von der Kasse der Stadtwerke **verwahrten** anderen **Gegenständen** (vgl. § 3 Abs. 4 DA Kasse SWO) handelt es sich nach Auskunft des stv. kaufm. Werkleiters im Wesentlichen um **Bürgschaften** (vgl. § 28 DA Kasse SWO). 676

Die von der Kasse der Stadtwerke verwahrten anderen Gegenstände (vgl. § 3 Abs. 4 DA Kasse SWO) werden im **verschlossenen Tresor** aufbewahrt. Es haben mehrere Personen mit jeweils persönlichem Code Zugang. Ein Wertebuch bzw. ein **Bestandsverzeichnis** wird **nicht geführt**. 677

Wir nahmen deshalb den **Inhalt** wie folgt auf: 678

- 12 Stück Sicherungsbänder (ca. 2020)
- 4 Safebags mit Münzen aus den Parkscheinautomaten
- 1 Lochstempel
- Quittungsblöcke
- Überweisungsformulare
- CD eines Headsets
- Sicherungs-CD-ROMs
- 1 Vorhängeschluss (OVP)
- 9 Werbegeschenke (Armbanduhren)
- 1 Ordner mit Bürgschaften (Originale)

Auch von den vorhandenen und verwahrten **Bürgschaften** wird kein Übersichtsblatt geführt. 679
Die Überwachung findet anhand eines zweiten Ordners, in dem sich alphabetische abgelegte
Kopien der Bürgschaften plus der jeweiligen Schriftverkehr befinden, statt.



Für die Kassensicherheit und zur besseren Prüfbarkeit empfehlen wir zukünftig für den **Tresor-** 680
inhalt und für den Ordner mit **Bürgschaften** jeweils ein **Bestandsverzeichnis** anzufertigen und
aktuell zu führen.

I) Kassensicherheit

Die Überprüfung der Kassensicherheit erfordert insbesondere eine Untersuchung der 681

- **Strukturen** (Organisationsregelungen, Aufbauorganisation) und
- **Prozesse** (Geschäftsgang, Ablauforganisation) sowie
- **personellen Zuständigkeiten**

Dabei darf nicht von der Vertrauenswürdigkeit einzelner Kassenbediensteter ausgegangen 682
werden, sondern die Prüfung muss vielmehr vom „institutionellen Misstrauen“ bestimmt sein.

Die Kassensicherheit zeigt sich zum einen in der äußeren und zum anderen in der inneren Kas- 683
sensicherheit.

Bei der **äußeren Kassensicherheit** (§12 DA Kasse SWO) werden u. a. die Räume nach Einbruch- 684
sicherheit und Sicherheit vor möglichen Elementarschäden geprüft sowie die Räumlichkeiten
außerhalb der Kassenstunden geschlossen gehalten.

Auf Nachfrage teilte der stv. Kaufmännische Werkleiter mit, dass der Zutritt zum Gebäude und 685
den Räumen der Stadtwerke nur mit Schlüssel bzw. Klingeln möglich ist.

Unter der **inneren Kassensicherheit** (§13 DA Kasse SWO) versteht man alle personellen und 686
organisatorischen Grundsätze und Regelungen, die dafür sorgen, dass u. a. keine dolosen
Handlungen ermöglicht werden, aber vor allem die Geschäftsprozesse effizient und rechtssi-
cher ablaufen.

Zum Tresor haben insgesamt mehrere Personen mit jeweils persönlichem Code Zugang. 687

m) Prüfungsbegleitende Beratung

Im Rahmen der prüfungsbegleitenden Beratung gab es weder von Seiten des Rechnungs- 688
prüfungsamtes noch von dem Eigenbetrieb Stadtwerke Ostfildern aktuell anzusprechende
Themen.

VI. Weitere Prüfungen

1. Prüfung des Gesamtabchlusses / Erweiterten Beteiligungsberichts

Gemäß § 110 GemO hat das Rechnungsprüfungsamt den **Gesamtabschluss** vor der Feststellung durch den Gemeinderat **zu prüfen**. 689

Der Gesamtabschluss besteht aus der **konsolidierten Ergebnisrechnung** und der **konsolidierten Bilanz**. Er ist durch eine **Kapitalflussrechnung** zu ergänzen und durch einen **Konsolidierungsbericht** zu erläutern. Das bedeutet, dass der Gesamtabschluss einen **Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Situation** des Kernhaushalts der Gemeinde und der von der Gemeinde beherrschten wirtschaftlich selbständigen Einheiten ermöglicht. Dies entspricht einem **städtischen Konzernabschluss**. 690

Mit der **Evaluation des NKHR** wurde in der Begründung des Gesetzentwurfs zur Änderung der gemeindehaushaltsrechtlichen Vorschriften im Jahr 2015 festgehalten, dass – durch die Verlängerung der Übergangsfristen auf das neue Recht – die **Vorschriften** zum Gesamtabchluss **bis zum Jahr 2021 noch nicht verpflichtend** anzuwenden sind. **Im Februar 2021** wurde durch eine **Gesetzänderung** an dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen, dass die **Übergangsvorschriften** nochmals **um drei Jahre verlängert** werden. Somit sind die **Bestimmungen zum Gesamtabchluss** (§ 95 a GemO) **spätestens ab dem Haushaltsjahr 2025 anzuwenden**. 691

Wir hatten bereits darüber berichtet, dass bislang **kaum praktische Erfahrungen** mit den Vorschriften in Baden-Württemberg **vorliegen**. Uns sind bislang Gesamtabschlüsse nur von der Stadt Esslingen (erstmal zum 31.12.2012) und der Stadt Bruchsal (erstmal zum 31.12.2015) bekannt. 692

Es war aus unserer Sicht daher die **richtige Entscheidung**, diese **Übergangsvorschriften weitestgehend auszunutzen**, d. h. „auf den Gesamtabchluss zu verzichten“, zumal in diesen Jahren auch **andere umfangreiche und wichtige Themen** (SAP, UStG, Tax Compliance, Novelle des Eigenbetriebsgesetzes, Grundsteuerreform) durch die **Finanzverwaltung** bewältigt werden müssen. 693

Eine in der Vergangenheit erwartete **gesetzliche Veränderung** bzw. Nachbesserung ist mittlerweile **im November 2024 vom Landtag beschlossen** worden. 694

Zur Entlastung der Kommunen wird vom Gesetzgeber ein **Gesamtabschluss nicht mehr gefordert**. Stattdessen wird das finanzielle Gesamtbild einer Kommune in einem vereinfachten Verfahren, dem **Erweiterten Beteiligungsbericht**, dargestellt. 695

Der **Erweiterte Beteiligungsbericht** soll mittels einer **vereinfachten Darstellung** einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche und finanzielle **Gesamtlage der Gemeinde** geben, um damit die in der Kommunalen Doppik angestrebte **Gesamtsteuerung zu realisieren**. 696

Erstmals für das **Wirtschaftsjahr 2025** ist ein solcher Erweiterter Beteiligungsbericht zu **erstellen, sofern nicht die Befreiungstatbestände** nach § 95 a Abs. 2 GemO **zutreffen**. 697

Das Rechnungsprüfungsamt wird zu gegebener Zeit **in Abstimmung mit der Kämmerei** prüfen, ob eine **Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung** möglich ist. 698

2. Prüfung der Jahresabschlüsse von den Eigenbetrieben sowie des Jahresabschlusses des Gymnasialen Schulverbandes Ostfildern

Auch die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe hat das Rechnungsprüfungsamt vor der Feststellung durch den Gemeinderat zu prüfen (§ 111 Abs. 1 GemO).	699
Im Jahr 2022 bestand der Eigenbetrieb Stadtwerke Ostfildern (SWO) .	700
Die Vorlagen der Prüfungsberichte über die örtliche Prüfung der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 der Stadtwerke Ostfildern wurden in der Sitzung des Gemeinderats vom 30.07.2025 zur Kenntnis genommen.	701
Im Jahr 2018 wurde bei den Stadtwerken das neue ERP-System SAP eingeführt. Der Jahresabschluss 2018 ist somit der erste, der im neuen System erstellt wurde.	702
Personaldiskontinuitäten (Fluktuation, Wissensverlust) und Personalvakanz (Krankheit, Wiederbesetzung) und auch hohe Arbeitsbelastungen sowie weitere Unabwägbarkeiten (u.a. Pandemie-Bewältigung) waren wesentliche Ursachen für die aufgelaufenen Rückstände bei der Erstellung der Jahresabschlüsse .	703
Üblicherweise erfolgt nach der Erstellung des Jahresabschlusses die vorgeschriebene Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Ostfildern oder einen externen Dienstleister. Die nächsten beiden Prüfungen für die Jahresabschlüsse 2020 und 2021 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind bereits von der SWO beauftragt worden und eingeplant.	704
Der Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses setzt sich aus drei Bestandteilen zusammen:	705
• Prüfungsbericht zum Jahresabschluss von ES Treuberater • Auszug zur Kassenprüfung • Sachprüfung des Rechnungsprüfungsamts	
Letzteres geht auf einen Prüfungshinweis der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) zurück.	
Des Weiteren hat das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss 2022 des Gymnasialen Schulverbandes Ostfildern geprüft. Der Bericht über die Prüfung wurde der Verbandsversammlung in der Sitzung am 30.11.2023 vorgelegt.	706

3. Prüfung des Sonder- und Treuhandvermögens

Gemäß **§ 111 Abs. 2 GemO** hat das Rechnungsprüfungsamt auch das **Sonder- und Treuhandvermögen zu prüfen**. Diese Prüfung wird allerdings auf das Sondervermögen nach § 96 Abs. 1 Nr. 4 sowie das Treuhandvermögen nach § 97 Abs. 1 Satz 1 beschränkt. 707

a) Sondervermögen

Das **Sondervermögen** wird in § 96 GemO näher bestimmt als 708

- „1. das Gemeindegliedervermögen,
2. das Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen,
3. das Vermögen der Eigenbetriebe,
4. rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen für Bedienstete der Gemeinde,
5. das Sondervermögen für die Kameradschaftspflege nach § 18 des Feuerwehrgesetzes.“

Neben der Prüfung der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe (vgl. § 111 Abs. 1 GemO) ist aus all diesen Sondervermögen nur noch die „rechtlich unselbstständige **Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen für Bedienstete** der Gemeinde“ zu prüfen (vgl. § 111 Abs. 2 GemO). Da eine derartige Einrichtung in Ostfildern **nicht vorhanden** ist, kann auch **keine Prüfung** erfolgen. 709

b) Treuhandvermögen

Das **Treuhandvermögen** wird in § 97 GemO näher bestimmt als die rechtlich selbstständigen örtlichen Stiftungen sowie andere Vermögen, welche die Gemeinde nach besonderem Recht treuhänderisch zu verwalten hat (sog. Mündelvermögen). 710

Dabei gilt es nach § 101 Abs. 1 GemO zu beachten, dass die Gemeinde nur dann die **örtlichen Stiftungen** verwaltet, soweit durch Gesetz oder Stifter nichts anderes bestimmt ist. D. h. nur soweit der Stifter keine Regelung getroffen hat, gelten die Regelungen der Gemeindeordnung (subsidiärer Charakter). 711

In **Ostfildern** gibt es nach unserer Kenntnis namentlich folgende **Stiftungen**: 712

Bürgerstiftung Ostfildern	Klaus-Jürgen u. Heidemarie Futterer-Stiftung
Klaus und Waltraud Reichert Stiftung	Erich und Liselotte Gradmann-Stiftung
Walter Stegmaier-Stiftung	DOMINO-Stiftung
Hilde Mair Stiftung	Stiftung vom Wort zur Tat

Diese Stiftungen werden soweit bekannt und nachvollziehbar **alle von eigenen Organen verwaltet**. Damit besteht auch **keine** Pflicht zu einer **Prüfung** durch das Rechnungsprüfungsamt. 713

Das **Mündelvermögen** ist – sofern vorhanden – gemäß § 97 Abs. 3 GemO lediglich im Jahresabschluss gesondert nachzuweisen. Somit erfolgt auch hier **keine eigenständige Prüfung**. 714

4. Prüfung der Betätigung der Gemeinde

a) Grundlagen

Durch Beschluss des Gemeinderates vom 31. Mai 1989 wurden dem Rechnungsprüfungsamt zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben die in § 112 der Gemeindeordnung aufgeführten weiteren Aufgaben übertragen, so u. a. „die Prüfung der Wirtschaftsführung der wirtschaftlichen Unternehmen“. 715

Der § 112 Abs. 2 Nr. 3 GemO spricht heute von „Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist“. Dabei sind Beteiligungen unmittelbar (§ 103, 103a GemO) oder mittelbar (§ 105a GemO) möglich. **Unmittelbare Beteiligung** bedeutet, dass die Gemeinde direkt an einem anderen Unternehmen beteiligt ist. Eine **mittelbare Beteiligung** liegt vor, wenn ein Unternehmen, an dem die Gemeinde unmittelbar Anteile hält, seinerseits an einem anderen Unternehmen beteiligt ist. 716

Im Rahmen der Neufassung der Gemeindeprüfungsordnung im Jahr 2018 sind erstmalig **explizite Regelungen** zur Betätigungsprüfung festgelegt worden. 717

So gilt für die **örtliche Prüfung** nach § 14 GemPrO die entsprechenden Grundlagen, die in § 17 GemPrO festgehalten sind, nämlich, dass „darauf geprüft [wird], 718

- ob die **Steuerung und Überwachung** der Beteiligungsgesellschaft durch die Gemeinde den **gesetzlichen Anforderungen** entspricht.
Insbesondere umfasst die Prüfung
- die **Einhaltung** des der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegten **Gesellschaftsgegenstandes**,
- die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Befugnisse und Möglichkeiten zur **Einflussnahme auf bedeutende Gesellschaftsangelegenheiten** unter Beachtung der kommunalverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten
- sowie die **Wahrnehmung der Gemeindeinteressen in den Gesellschaftsorganen** durch Gemeindevertreterinnen oder Gemeindevertreter.“ [Hervorhebungen und Aufzählungszeichen nicht im Originalgesetzestext]

Die **Aufgabe des Rechnungsprüfungsamts** ist es zu prüfen, ob die **Beteiligungsverwaltung ordnungsgemäß gearbeitet** hat. Es geht nicht darum, die Jahresabschlüsse der Unternehmen und Beteiligungen zu prüfen. Dies ist die Aufgabe der beauftragten Wirtschaftsprüfer. Es ist vielmehr zu prüfen, ob die gesellschaftlichen **Befugnisse zur Steuerung und Überwachung** der Unternehmen von der Beteiligungsverwaltung **ausreichend und sachgerecht** wahrgenommen werden. Anders gesagt, die Betätigungsprüfung ist eine **Gesellschafter- und keine Gesellschaftsprüfung**. 719

Das bedeutet jedoch auch, dass **neben** der Prüfung hinsichtlich der Einhaltung der **gesetzlichen Anforderungen**, auch **weitergehende Festlegungen** wie interne Richtlinien, Leitlinien und Wertesystem im Sinne des Compliance-Gedankens mit zu **überprüfen** sind. 720

Am zweckmäßigsten gelingt dies, wenn bereits ein **Public Corporate Governance Kodex (PCGK)** etabliert wurde. 721

Ein PCGK ist eine **Zusammenstellung von Grundsätzen** zur verantwortungsvollen Steuerung, Leitung und Aufsicht von und in öffentlichen Unternehmen, die sich in der Praxis und nach wissenschaftlichen Analysen einschlägig bewährt haben, sowie Hinweise auf gesetzliche Vorschriften und Vorgaben. In den letzten Jahren wurden von Kommunen, Bundesländern und Bund bereits zahlreiche verschiedene Public Corporate Governance Kodizes etabliert. 722



Wir empfehlen den Finanzdiensten **mittelfristig** einen **PCGK** für Ostfildern **aufzustellen**. Dazu kann der Deutsche Public Corporate Governance-**Musterkodex** (D-PCGM) genutzt werden. 723

Der **D-PCGM** bietet ein umfassendes **Unterstützungsangebot** bei der Etablierung und Evaluierung von Public Corporate Governance Kodizes in Gebietskörperschaften. Der D-PCGM ist nicht als Ersatz für den **Public Corporate Governance Kodex** einer Gebietskörperschaft vorgesehen, der jeweils **vor Ort entwickelt** und vom zuständigen **politischen Gremium verabschiedet** wird. Zuletzt wurde der D-PCGM von einer hochkarätigen Expertenkommission überarbeitet und liegt seit April 2024 nunmehr als 4. veröffentlichte Fassung vor (Weitere Informationen sowie eine Downloadmöglichkeit des Musterkodex finden sich unter www.pcg-musterkodex.de). 724

Der **Inhalt und Umfang der Betätigungsprüfung** ist ähnlich vielseitig und umfangreich wie die Prüfung des Jahresabschlusses selbst. Die gesetzlich normierten Prüfungshandlungen aus der Gemeindeprüfungsordnung (siehe oben) sind dazu Ausgangspunkt. Hier sind eine **Vielzahl von Prüfungskriterien** denkbar, so dass auch diese Prüfung jedes Jahr aufs Neue mit immer wieder **anderen Schwerpunkten und Prüfungsgesichtspunkten** vorgenommen werden kann. 725

Die Betätigungsprüfung wird **sukzessiv** in den nächsten Jahren **auf- und ausgebaut** werden. 726

b) Beteiligungsbericht

Eine Erfordernis ist, dass **jährlich** ein **Beteiligungsbericht** erstellt wird (vgl. hierzu § 105 GemO). Dem kommt die Stadtverwaltung mit der Berichterstattung durch die Beteiligungsberichte nach, zuletzt der Beteiligungsbericht 2024 (vgl. Vorlage 002/2026). 727

Beteiligungsbericht	Stand	Vorlage	Gemeinderat
2024	Dezember 2025	002/2026	04.02.2026
2020 - 2023	Februar 2025	034/2025	12.03.2025
2019/2020	Juni 2023	065/2023	28.06.2023
2018/2019	November 2021	148/2021	08.12.2021
2017/2018	August 2020	113/2020	07.10.2020
2016/2017	November 2019	148/2019	11.12.2019

728

Bei der Vorlage der letzten Beteiligungsberichte zeigt sich eine weitergehende **zeitliche Verzögerung** was durch die Finanzdienste **plausibel erklärt** werden konnte. Zum einen werden teilweise Jahresabschlüsse durch die Beteiligungen verspätet vorgelegt und zum anderen wirken auch die Vielzahl der komplexen Finanzthemen und -projekte bei gleichzeitig angespannten Personalkapazitäten der Finanzdienste retardierend. Dennoch sollte wieder eine **regelgerechte Veröffentlichung angestrebt** werden. Der **Beteiligungsbericht** ist nach der Gemeindeordnung **jährlich zu erstellen**. Durch die Zusammenfassung mehrere Jahre in der vorletzten Berichterstattung konnte hier ein „Schritt nach vorne“ gemacht bzw. ein großer Schritt zur Aktualisierung unternommen werden. 729

Eine gesetzliche **Aufstellungsfrist** ist **nicht vorgegeben**. Ebenso muss der Beteiligungsbericht **nicht geprüft** und auch nicht vom Gemeinderat festgestellt werden. Er dient lediglich „zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner“ (§ 105 Abs. 2 GemO). Gleichwohl ist die Erstellung des Beteiligungsberichts **ortsüblich bekannt zu geben**. Ein Nachweis wurde dem Rechnungsprüfungsamt von der Finanzverwaltung vorgelegt. Eine **öffentliche Einsichtnahme** war an sieben Tagen **möglich**. 730

Neben den zeitlichen ist auch ein Augenmerk auf die **inhaltlichen Komponenten** zu legen. 731
Zuletzt wurde mit dem Beteiligungsbericht mit Stand vom Dezember 2025 der Gemeinderat im Februar 2026 über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs im Geschäftsjahr 2024 informiert. Der **Beteiligungsbericht** sollte, um seiner **Informations- und Steuerungsfunktion** gerecht zu werden, möglichst **zeitnah** aufgestellt werden; dies wäre **bis zum Ende des dem Geschäftsjahr folgenden Jahres**. Mit dem Beteiligungsbericht 2024 wurde dies nahezu erreicht.

Inhaltlich werden durch den Beteiligungsbericht die **gesetzlich notwendigen Angaben** wie 732
bspw. Darstellung des Gegenstands des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens **getätigt**.

Der **Beteiligungsbericht** (§ 105 GemO) kann in den kommenden Jahren als eigenständiger 733
Bericht entfallen, da der Gesetzgeber beschlossen hat, dessen Inhalt in den **Erweiterten Beteiligungsbericht** (§ 95a GemO) einzubeziehen (vgl. § 56 Abs. 1 GemHVO).

c) Mandatsbetreuung

Im Rahmen der **Mandatsbetreuung** sind die Mandatsträger bei ihrer Tätigkeit in den Unter- 734
nehmensgremien zu unterstützen. In der letzten allgemeinen Finanzprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt wurden als **wesentliche Beteiligungen** genannt:

- Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Ostfildern GmbH (SEG)
- Versorgungsgesellschaft END GmbH

Für eine Beteiligung wurden beispielhaft die **kommunalen Mandatsträger** näher betrachtet. 735
Ihnen kommt die Aufgabe zu, den **Einfluss** in den Beteiligungen **angemessen wahrzunehmen**.

Als **Organe einer Gesellschaft** werden typischerweise definiert: die Geschäftsführung, die 736
Aufsichtsräte und die Gesellschafterversammlung.

Der **Gesellschaftsvertrag** der „Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Ostfildern mit 737
beschränkter Haftung“ (SEG Ostfildern) vom 13.12.2013 benennt in § 5 die Organe der Gesellschaft mit „a) die Geschäftsführer, b) der Aufsichtsrat, c) die Gesellschafterversammlung“.

Die **Mitglieder des Aufsichtsrats** (mindestens drei, höchstens 12 Personen) der SEG werden 738
gemäß Gesellschaftsvertrag von der Gesellschafterversammlung für die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates gewählt.

Dem **Anhang zum Jahresabschluss 2022** der SEG ist zu entnehmen, dass sich der **Aufsichtsrat** 739
im Jahr 2022 aus folgenden **acht Personen** zusammen setzte: von der Verwaltungsführung OB Christof Bolay und BM Monika Bader sowie die Stadträte Sonja Abele (bis 27.07.2022), Axel Deutsch, Carola Eisemann, Petra Hönschel-Gehring, Jürgen Kleih, Stephanie Reinhold (ab 28.07.2022) und Martina Sandhorst-Schäfer.

Die **Mitglieder der Gesellschafterversammlung** der SEG wurden durch GR-Beschluss (vgl. Vorlage 083/2019 Bestellung bzw. Wahl der Mitglieder von Ausschüssen, Beiräten, Kommissionen und sonstigen Gremien) bestimmt. Es handelt sich um die Stadträte: Corina Raisch, Steffen Kaiser, Dr. Gabriele Klumpp, Dr. Gert Hohenberger, Uwe Stahlmann und Stefanie Sekler-Dengler. 740

Im Wege der Einigung hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 08.12.2021 eine **Neubesetzung von Gremien** aufgrund eines **Wechsels im Gemeinderat** beschlossen (vgl. Vorlage 082/2021 Neubesetzung von Gremien aufgrund eines Wechsels im Gemeinderat). Hiervon war auch die **Gesellschafterversammlung der SEG** betroffen. Anstatt Dr. Gert Hohenberger wird zukünftig Robert Langer **Mitglied** sein. 741

Die **Vertreter der Stadt Ostfildern** in der **Gesellschafterversammlung** der SEG Ostfildern mbH werden regelmäßig **beauftragt**, in den entsprechenden Sitzungen den Beschlussvorlagen zuzustimmen. 742

So wurden beispielsweise in der Sitzung vom 27.07.2022, nachdem OB Bolay, BMin Bader und 12 Mitglieder des Gemeinderates befangen abgetreten sind, durch einstimmigen **Beschluss** des Gemeinderates gemäß der **Vorlage** Nr. 086/2022 die **Vertreter der Stadt Ostfildern in der Gesellschafterversammlung** der SEG Ostfildern mbH **beauftragt**, in der Sitzung am 12.10.2022 den **Beschlussvorlagen** 743

- Jahresabschluss 2021, Lage- und Tätigkeitsbericht und Prüfungsbericht der WIBERA
- Deckung des Bilanzergebnisses 2021
- Wirtschaftsplan 2023 und 5-jährige Finanzplanung

zuzustimmen.

Im **Bericht zur Prüfung des Jahresabschlusses** wird durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **dokumentiert**, dass gemäß Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz im Rechnungsjahr **fünf Aufsichtsratssitzungen** und **eine Gesellschafterversammlung stattgefunden** haben und diese auch **ordnungsgemäß dokumentiert** sind. 744



Bei der **Beteiligungsverwaltung** liegen diese **Niederschriften nicht vor**. Wir empfehlen, diese **Dokumente für die Mandatsbetreuung** auch zu **verwahren**. 745

In den **Erläuterungen** zu dem **Jahresabschluss-Posten** „Gezeichnetes Kapital“ ist festgehalten, dass das Stammkapital zu **100 %** von der Stadt Ostfildern gehalten wird. 746

Nach **Auskunft der Beteiligungsverwaltung** war im Zuge der **Mandatsbetreuung** weder die **Aufbereitung** oder zusätzliche Informationen/Recherchen oder Abgaben von Stellungnahmen /Empfehlungen noch eine zusätzliche **Beratung** gewünscht worden. 747

In der Vergangenheit bestand **kein Gastrecht** in den **Gesellschaftsgremien** für Mitarbeitende der Beteiligungsverwaltung, um beispielsweise Informationen aus erster Hand gewinnen zu können. Die Mandatsbetreuung wurde einfach und schmalspurig wahrgenommen. 748

Derzeit findet noch eine **hybride Aktenführung** (Papier und digital) statt. Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass bestimmte Unterlagen die Stadt in mehrseitiger gebundener Papierform erreichen. 749

5. Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung

a) Prüfungsauftrag

Der Prüfungsauftrag ergibt sich aus § 112 Abs. 2 der Gemeindeordnung sowie den §§ 5 bis 8 und 14 bis 17 der Gemeindeprüfungsordnung. Gemäß § 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der „Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern“ wird das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Ostfildern mit der Prüfung der Jahresrechnung betraut. 750

Durch die Prüfung soll die **Ordnungsmäßigkeit des Handelns** sichergestellt werden. Die Ordnungsmäßigkeit basiert auf den drei Säulen der **Recht- und Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit** sowie **Zweckmäßigkeit**. 751

b) Prüfungsunterlagen

- Kontoauszüge des Girokontos DE43 6115 0020 0010 5228 91 der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung Ostfildern, Nummer 1 bis 8 aus dem Jahr 2022 752
- Haushaltsplan 2022, aufgestellt am 22.03.2022 (Excel-Aufstellungen von 40),
- Rechnungsabschluss 2022, aufgestellt am 03.02.2023 (Excel-Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben von 40),
- Abrechnung der Sachkostenpauschale 2022 (Kostenaufstellung) für die Mobile Jugendarbeit in Ostfildern, aufgestellt vom Kreisjugendring am 23.01.2023
- Mailverkehr „Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung – Gesellschafterbeitrag 2022“ zwischen 40 und dem Bürgerverein Parksiedlung
- Niederschriften der Gesellschafterversammlung vom 03.05. und 17.11.2022

c) Prüfungsumfang

Die **Kontobewegungen** der Gesellschaft wurden anhand der Kontoauszüge **vollständig nachvollzogen und geprüft**. Die **Werte des Haushaltsplans** wurden mit dem **Rechnungsergebnis verglichen**. 753

d) Prüfung Girokonto 10522891, KSK Esslingen-Nürtingen, Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern

- | | | |
|--|----------------------|-----|
| • Übertrag Rechnungsabschluss 2021 | 8.249,37 Euro | 754 |
| • + Gutschriften (Beleg-Nrn. 1-8, 10) 2022 | + 6.500,00 Euro | |
| • - Ausgaben (Beleg-Nr. 9) | - 6.626,40 Euro | |
| • Kontostand zum 29.12.2022 | 8.122,97 Euro | |

Der **Übertrag** aus dem Jahr **2021** erfolgte **korrekt**. Auf den Kontoauszügen waren **alle 9 Gutschriften** und **1 Lastschrift** aufgeführt und handschriftlich **durchnummeriert**. Die **Kontoauszüge** waren **vollständig** vorhanden. Der **Kontostand** zum 29.12.2022 konnte **nachvollzogen** werden und wurde auch **zahlenmäßig korrekt** in der Jahresrechnung **ausgewiesen**.

755

e) Zahlungseingänge der Gesellschafter

Bei der Prüfung stellten wir fest, dass auch in diesem Jahr **nicht alle aufgeführten Gesellschafter** die in § 8 des Vertrages aufgeführten **Festbeträge** zur Finanzierung der Gesellschaft **geleistet** haben. Wie auch in § 8 erläutert, erfolgt die Verpflichtung nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Gesellschafter.

756

Die nachfolgende Übersicht zeigt, **anders als in den Vorjahren, keine Differenzen** zwischen **Gesellschaftsvertrag, Haushaltsplan** und **tatsächlich eingegangener Zahlungen** auf:

757

Gesellschafter lt. Seite 6 des Vertrages	Gesellschafts- vertrag, § 8 Festbetrag in Euro vom 13.12.2022	Haushaltsplan 2022 in Euro	Jahresrechnung lt. Kontoauszüge geleistet, (Beleg- nummer) in Euro	Bemerkungen
Ev. Kirchengemeinde Ruit	400,00	400,00	400,00 (3)	
Ev. Kirchengemeinde Nellin- gen	400,00	400,00	400,00 (4)	
Ev. Dietrich-Bonhoeffer-Ge- meinde Parksiedlung	400,00	400,00	400,00 (1)	
Ev. Kirchengemeinde Scharnhausen	400,00	400,00	400,00 (6)	
Ev. Kirchengemeinde Kem- nat	300,00	300,00	300,00 (8)	
Katholische Gesamtkirchen- gemeinde Ostfildern	1.400,00	1.400,00	1.400,00 (7)	
Bürgerverein Parksiedlung	500,00	500,00	500,00 (10)	
Die SchaPanesen e.V.	200,00	200,00	200,00 (5)	
DRK Ortsverein Ostfildern	2.500,00	2.500,00	2.500,00 (2)	
Stadt Ostfildern	Nicht aufgeführt	Nicht aufge- führt	0,00	Finanzielle Beteiligung?
TSV Scharnhausen	Nicht aufgeführt	s. Bemerkungen	0,00	Nach Maßgabe der finanzi- ellen Möglichkeiten des Ge- sellschafters
Turnverein Nellingen	Nicht aufgeführt	s. Bemerkungen	0,00	Nach Maßgabe der finanzi- ellen Möglichkeiten des Ge- sellschafters
Summe	6.500,00	6.500,00	6.500,00	

Der **neue Gesellschaftervertrag** wurde mit Datum vom 13.12.2021 um weitere 5 Jahre verlän-
gert. In der Gesellschafterversammlung vom November 2021 wurde von den anwesenden Ge-
sellschaftern die Bereitschaft signalisiert, den Vertrag zu verlängern. Zwei Gesellschafter kün-
digten an, dass sie ihre **Beiträge reduzieren** werden. So zahlt die Kath. Gesamtkirchengemeinde statt bisher 2.100 Euro ab 2022 nun 1.400 Euro und die ev. Kirche Kemnat statt bisher 500 Euro nun 300 Euro. Der **Haushaltsplan 2022** wurde dementsprechend **angepasst**.

758

Laut **Kontoauszügen** erfolgten die **Zahlungseingänge** von vier Gesellschaftern zwischen dem 18.02. und dem 10.05.2022 und somit ihrer in der Niederschrift 2019 festgehaltenen **Zusicherung**, den Zeitpunkt des Zahlungseingangs „vor den Sommerferien“ **einzuhalten**. Bei 3 Gesellschaftern konnte der Zahlungseingang zwischen dem 19.08. und dem 26.08. festgestellt werden. 759

Nur ein Gesellschafter wurde per Mail vom 21.10.2022 **an den fehlenden Gesellschafterbeitrag erinnert**. Die Zahlung ging dann am 23.12.2022 ein. Wie in der Stellungnahme zum Prüfbericht 2019 von der Gesellschaft zugesagt wurde, lag eine **Dokumentation** (E-Mail) der Anforderung des noch fehlenden Gesellschafterbetrags den Prüfungsunterlagen bei. 760

Beim Zahlungseingang (6) der ev. Kirchengemeinde Scharnhausen war im Buchungstext „Beitrag 2021“ angegeben. Da die Kirchengemeinde diesen bereits im letzten Jahr bezahlt hat, gehen wir von einem Schreibfehler aus. 761

f) **Auszahlung Fördermittel**

Auszahlung

Nach § 2 des Gesellschaftsvertrages bedient sich die Gesellschaft der **Personalträgerschaft des Kreisjugendrings Esslingen (KJR)**. Sie stellt ihm **jährlich Geldmittel** (Sachkostenbeitrag) zur **Verfügung**. Die Höhe des Betrags ist im Vertrag nicht geregelt und wird von der Geschäftsführung der Gesellschaft nach aktueller finanzieller Lage der Gesellschaft im zu erstellenden **Haushaltsplan festgelegt**. 762

In der Niederschrift der **Gesellschafterversammlung** vom 03.05.2022 wurde unter TOP 5 „Haushaltsplan 2022“ die Auszahlung des **Sachkostenbeitrags** in Höhe von **9.500 Euro** für das **Jahr 2022** einstimmig **beschlossen**. 763

Wie im **Rechnungsabschluss 2022** (01.01. bis 31.12.) ausgewiesen, erfolgte am 16.12.2022 eine Auszahlung in Höhe von **6.626,40 Euro**. Die Geschäftsführerin teilte bei Einreichung der Prüfungsunterlagen dazu schriftlich mit: „Der geplante Sachkostenbeitrag 2022 in Höhe von 9.500 Euro wurde vom KJR nicht in voller Höhe eingefordert. Im Dezember 2022 rechnet die KiJu/der KJR einen Sachkostenbeitrag für die Mobile Jugendarbeit in Ostfildern von 6.626,50 Euro ab. Der bei der Überweisung des Sachkostenbeitrags 2021 unterlaufene Überzahlungsbetrag von 0,10 Euro wurde im Jahr 2022 verrechnet. Am 16.12.2022 wurden somit 6.626,40 Euro an die KiJu überwiesen.“ Diese Verrechnung wurde mit Einreichung der Prüfungsunterlagen im Anschreiben von 40 vom 12.03.2022 so angekündigt. 764

Der handschriftlich ausgefüllte **Überweisungsbeleg** für die Begleichung der **Sachkostenbeitrags 2022** war in den Unterlagen/Kontoauszügen **vorhanden**. 765

Auf der **Kostenaufstellung des Kiju/KJR** ist **kein Datum** erkennbar bzw. vermerkt. Die Geschäftsführung teilte im Anschreiben mit, dass die KiJu/der KJR im Dezember 2022 abgerechnet hat. Auf Nachfrage wurde von Seiten der Geschäftsführung erläutert, dass die Abrechnung persönlich übergeben wurde. 766



Aus **Gründen der Dokumentation** bitten wir zukünftig, das **Eingangsdatum** bei der Gesellschaft bzw. das **Erstelldatum** durch den KJR zu **vermerken**. 767

Verwendung

Die **Fördermittel** sollen gemäß Gesellschaftsvertrag dazu **verwendet** werden, um „für junge Menschen Offene Angebote zu schaffen und zu unterhalten.“. „Darüber hinaus [sind] ... insbesondere Beratungs- und Betreuungsangebote für gefährdete und sozial benachteiligte Jugendliche [zu fördern].“ 768

In der Gesellschafterversammlung vom 17.11.2022 wird ein **Sachstandsbericht** zur Mobilen Jugendarbeit in Ostfildern gegeben. Die verschiedenen **Angebote** werden thematisch **vorge stellt**. Die statistische **Erreichung der Zielgruppe** wird dargestellt. 769

Gleichwohl ergibt sich **keine Verknüpfung** zu der **Kostenaufstellung der Mobilen Jugendarbeit**. Vielmehr wirft diese Kostenaufstellung Fragen auf, wie bspw. 770

- Wieso betragen die Bewirtschaftungskosten (3.005,83 €) über das Zehnfache von der Kaltmiete (279,90 €)?
- Wodurch ist die Erstattung von Reisekosten (510,79 €) veranlasst?
- Was verbirgt sich hinter dem Sachkonto „Aufmerksamkeiten“ (389,85 €)?
- Wie kann mit 25,01 € p.a. ein Kraftfahrzeug betrieben werden?



Zudem stellen sich auch **Fragen zur Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit**. 771

Mehrjährige Betrachtung

Ergänzend und vertiefend hat das Rechnungsprüfungsamt die **Abrechnungen** der MOB/KiJu/KJR der **Jahre 2017 bis 2022 gegenübergestellt**. 772

Dabei sind uns **Positionen aufgefallen**, die aus unserer Sicht von Seiten der Geschäftsführung **hätten hinterfragt werden können bzw. sogar hätten müssen**. Neben **neuen Buchungspositionen** sind dies auch **Buchungspausen**, d.h. manche regelmäßig anfallenden Buchungspositionen werden über Jahre nicht bebucht, als auch deutliche **Unterschiede** zu den **Vorjahreswerten**, die aufgefallen sind. 773

Des Weiteren sind einzelne Posten auch **inhaltlich zu hinterfragen**, wie bspw. 774

- Welche **Anschaffungen** wurden unter der Position 4855 Sofortabschreibung **GWG** in Höhe von 469,00 Euro erworben und wie ist es mit deren Verbleib?
- Was verbirgt sich hinter den **Anschaffungen Küche** (Position 4982) in Höhe von 281,59 Euro?



Das Rechnungsprüfungsamt regt an, auch die jährlichen **Abrechnungen** zu **hinterfragen**. 775

Leistungsziele

Neben der rein finanziellen Komponente ist auch ein Augenmerk auf die Leistungsseite zu richten. Dazu regt das Rechnungsprüfungsamt **dringend an**, den **Prozess der Zielvereinbarung** auch von **strategischen Zielen** wie in der Stellungnahme vom Mai 2021 zugesagt zu einem **Ab-** 776

schluss zu bringen, damit zukünftig die **rechtmäßige, wirksame und zweckmäßige Erledigung der Aufgaben geprüft und konstatiert** werden kann.

g) Formelles und Dokumentation

Haushaltsplan

Der uns vorgelegte **Haushaltsplan** 2022 (Excel-Aufstellung von 40) wurde laut Datum erst am 22.03.2022 aufgestellt. Der **Haushaltsplan** ist durch die Gesellschafterversammlung **zu beschließen** (vgl. § 5 Abs. 6 Gesellschaftsvertrag). Dies ist in der Gesellschafterversammlung am **03.05.2022** erfolgt (vgl. Niederschrift TOP 5). 777

Der **Haushaltsplan** ist ein wichtiges **Planungsinstrument** und sollte spätestens **zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres** aufgestellt werden und könnte dann vorher in der Herbst-Gesellschafterversammlung beschlossen werden. 778

Bereits im Grundgesetz ist geregelt, dass der Haushaltsplan vor Beginn des Rechnungsjahres, für das er bestimmt ist, festzustellen ist (vgl. Art. 110 Abs. 2 GG). Im öffentlichen Bereich gilt auch: das Rechnungsjahr (Haushaltsjahr) ist das Kalenderjahr. 779



Wir **regen** an, dies **zukünftig** zu gewährleisten. 780

Rechnungsabschluss

Der Rechnungsabschluss 2022 wurde am 03.02.2023 aufgestellt. Hinsichtlich der **Ausgestaltung** und der **Zeit**, nach der dieser Rechnungsabschluss vorzunehmen ist, finden sich keine gesetzlichen Ausführungen im BGB. Es wird jedoch allgemein als angemessen angesehen, dass die Rechnungslegung jährlich erfolgt und eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung erforderlich ist. Dies ist hier gegeben. 781

Die weitergehenden speziellen gemeindewirtschaftlichen Bestimmungen hinsichtlich **Aufstellung** innerhalb von sechs Monaten und **Unterzeichnung** wurden eingehalten. 782

Vertragsverlängerung

Formales

Der ursprüngliche **Gesellschaftervertrag** vom 12.12.2011 wurde im Oktober 2017 und zuletzt zum 01.01.2022 um weitere 5 Jahre **verlängert**. 783

In der Gesellschafterversammlung vom 17.11.2021 war der **Vertragsentwurf** nach Aussagen der Geschäftsführung **noch nicht unterschriftsreif** und deshalb auch nicht auf der Tagesordnung. 784

Der **fertige Vertrag** wurde dann als Datei elektronisch an die Gesellschafter per E-Mail versandt. Auf der letzten Seite (6) mit Datum 13.12.2021 war, wie im vorherigen Vertrag, eine **Tabelle der aufgeführten Gesellschafter samt Unterschriftsfeld** aufgeführt. 785

Die **Gesellschafter** haben dann **jeweils** auf **ihrem elektronisch erhaltenen Exemplar unterschrieben** und das **Unterschriftenblatt** entweder ebenfalls **per Mail** an die Geschäftsführerin zurückgeschickt, bzw. auf dem **Postweg** versandt. 786

Der von uns eingesehene **Originalvertrag** besteht aus den Vertragsseiten 1-5. Die **Seite 6** ist **12 mal vorhanden** (je eine Unterschrift eines Gesellschafters). Wir **wiesen** im **Prüfungsverlauf** darauf hin, dass wir dieses **elektronische Verfahren der Vertragsunterzeichnung als kritisch betrachten**. 787

Für den **ursprünglichen Gründungsvertrag** sowie die erste **Vertragsverlängerung** wurde die **Schriftform gewählt**. Ein originäres gesetzliches Formerfordernis (vgl. §§ 705 ff BGB) ergibt sich nicht (eine BGB-Gesellschaft könnte auch mündlich gegründet werden). Allerdings ist ein schriftlicher Vertrag dringend zu empfehlen – nicht zuletzt, aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Nachweisführung. Deswegen wurde für den Gesellschaftsvertrag auch die Schriftform gewählt. 788

Wenn die **Schriftform gewählt** bzw. zwischen den Vertragsparteien vereinbart wurde, dann sind auch die **Formerfordernisse der Schriftform einzuhalten**. In § 126 BGB ist die Schriftform geregelt: 789

- (1) Ist durch Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muss die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden. 790
- (2) Bei einem Vertrag muss die Unterzeichnung der Parteien auf derselben Urkunde erfolgen. Werden über den Vertrag mehrere gleichlautende Urkunden aufgenommen, so genügt es, wenn jede Partei die für die andere Partei bestimmte Urkunde unterzeichnet.
- (3) Die schriftliche Form kann durch die elektronische Form ersetzt werden, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt.
- (4) Die schriftliche Form wird durch die notarielle Beurkundung ersetzt.

Die Schriftform bedingt also sowohl die **schriftliche Abfassung des Vertrags** als auch die **eigenhändige Namensunterschrift** und zwar **auf derselben Urkunde**. 791

Die ersetzende elektronische Form bedarf nach § 126a BGB einer „qualifizierten elektronischen Signatur“. Ein pdf-Scan oder eine E-Mail genügen dieser strengen Formvorschrift nicht. 792

Hier besteht unseres Erachtens **Nichtigkeit wegen Formmangels**. Die Frage einer Heilung könnte bei Bedarf auch mit dem FB 1, Rechtswesen erörtert werden. 793



Wir raten dringend, den **Vertragsschluss formgerecht abzuwickeln** und uns in jedem Fall abschließend zu informieren. 794



Das Rechnungsprüfungsamt gab im Jahr **2017** die **Anregung**, dass bei einer weiteren Vertragsverlängerung **nicht nur die reinen Unterschriften** der Gesellschafter geleistet werden, **sondern auch deren Namen bzw. die Funktion in Textform** dabeistehen sollten. Ansonsten ist der reine Namenszug **schwer zuordenbar**. Dieser Empfehlung wurde **nicht** gefolgt. 795

Inhaltliches

Unserer Empfehlung, dass die **strategischen Ziele** bei einer Vertragsverlängerung **neu definiert** werden sollten, wurde **nicht gefolgt**. 796

In der Stellungnahme zum Prüfbericht 2019 wurde ein Bericht über den Sachstand bis Anfang 2021 **angekündigt**. Weiter wurde uns in der Stellungnahme zum Prüfbericht 2020 mitgeteilt, dass die geplanten Zielgespräche aufgrund der längeren vakanten Leitungsstelle der KiJu und der anhaltenden Pandemiesituation **noch nicht erfolgen** konnten. Die Gesellschaft teilte mit, dass aufgrund der Komplexität, der Abschluss der Gespräche **erst im Jahr 2022** erfolgen könnte. 797



Wir bitten um **Sachstandsmitteilung**. 798

h) Niederschrift vom 03.05.2022

Beschlussfähigkeit

In der **Niederschrift** der Gesellschafterversammlung vom 03.05.2022 wurde „nach anfänglicher Unsicherheit und Nachlesen in der Satzung“ die Beschlussfähigkeit festgestellt. Hier wäre eine **besser nachvollziehbare** Erläuterung **wünschenswert** gewesen. 799

Die Gesellschaft hat keine eigene Satzung, **sondern** einen **Gesellschaftervertrag**. Die **Begrifflichkeit** „Satzung“ ist **falsch** gewählt. 800

Zu der **Beschlussfähigkeit** der Gesellschafterversammlung ist in § 7 des Vertrags geregelt, dass **mindestens die Hälfte der Vertreter** anwesend sein muss. Nach § 5 Abs. 1 des Vertrags werden 17 Gesellschafter genannt. In der Versammlung waren aber lediglich 8 von 17 Mitgliedern anwesend. Die Geschäftsführerin wird in der Anwesenheitsliste als „Stadtverwaltung, Abt. 40, Geschäftsführung“ aufgelistet. Für die **Geschäftsführerin** ist laut Vertrag **kein Stimmrecht** vorgesehen und zählt deshalb nicht zu den stimmberechtigten Vertretern. Ob eine **Vollmacht** zur **Vertretung** für die stimmberechtigte **FBL 2** oder des **Oberbürgermeisters** vorlag, ist dem **Protokoll nicht zu entnehmen**. 801

Somit stellt das Rechnungsprüfungsamt fest, dass die **Beschlussfähigkeit nicht gegeben** war. 802



Die in dieser Sitzung gefassten **Beschlüsse** sind wegen Beschlussunfähigkeit als **nichtig** zu betrachten und müssen **nachgeholt** werden. 803



Weiter möchten wir **anregen**, dass zukünftig die Niederschrift **nicht auf dem Kopfbogen** bzw. mit dem **Logo** der Stadtverwaltung **Ostfildern** erstellt wird. Es handelt sich um Dokumente der „Gesellschaft der Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern“ und nicht von der Stadt Ostfildern. 804

Teilnehmende

Uns ist auch aufgefallen, dass die im Vertrag aufgelisteten Vertreter der ev. Kirchengemeinde Kemnat, der kath. Gesamtkirchengemeinde, der TSV Scharnhausen sowie die FBL 2 und der Oberbürgermeister **weder als anwesend noch als entschuldigt** aufgeführt wurden. 805

 Bei den als „Anwesend“ aufgeführten Personen wäre es **protokollarisch** analog den Sitzungen des Gemeinderats **korrekt**, wenn die eingeladenen **Gäste** als solche zu **erkennen** wären. Ansonsten wird suggeriert, dass eine Person als eine Vertreterin der Gesellschaft teilgenommen hat. 806

TOP 4 Jahresrechnung

 Der vorgelesene **Text des Prüfvermerks** des Rechnungsprüfungsamtes sollte in der **Niederschrift** mit **Anführungszeichen** oben und unten **gekennzeichnet** werden. Ansonsten lässt die Niederschrift **nicht klar erkennen**, wann der zitierte Vermerk beginnt und endet. 807

 Unserer Ansicht nach hat die Gesellschafterversammlung die Jahresrechnung 2022 **nicht formal festgestellt**. Laut Niederschrift wurde **nur die Entlastung** der Geschäftsführerin und der Vorsitzenden der Gesellschaft **beantragt und** mit 7 Ja, 2 Enthaltungen **beschlossen**. Laut § 5 Abs. 2 des Vertrags muss die **Feststellung der Jahresrechnung mit der Hälfte ihrer Mitglieder erfolgen**. 808

 Die **Beschlussfähigkeit** war grundsätzlich **nicht gegeben** (s. oben). 809

Unterschriften

 Auf der **Niederschrift** fehlen die nach § 7 Abs. 4 des Vertrags **notwendigen Unterschriften**. 810

i) Prüfungsbemerkungen aus Vorjahren

Die **letzte Prüfung** betraf die Prüfung des Rechnungsabschlusses **2021** der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern. Der Prüfbericht datiert vom 22. März 2022. Eine **Stellungnahme** war **nicht erforderlich**. 811

Weitere **Prüfungsbemerkungen** aus Vorjahren wurden mittlerweile **umgesetzt** und sind damit **erledigt** oder sie wurden in diesem Prüfbericht **wieder aufgegriffen**, wie 812

- Kostenmanagement
- Strategische Ziele
- Abrechnungen mit Stempel, Datum und Unterschrift

j) Zusammenfassung

Nach umfassender Prüfung wird folgender **Prüfungsvermerk** erteilt: 813

Die Buchführung der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern erfolgte im Jahr 2022 korrekt. Der Nachweis des Geldflusses ist lückenlos. Die Bankbelege sind **vollständig** vorhanden und **ordnungsgemäß** abgelegt. 814

Beim Rechnungsabschluss der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern für das Rechnungsjahr 2022 ergaben sich beim Abgleich der Kontobewegungen des Girokontos und der Dokumentation derselben **keine Beanstandungen**. 815

In den **letzten Jahren** der Prüfung konnten **prozessuale Verbesserungen umgesetzt** werden. Bis Ende August hatten alle Gesellschafter, bis auf einen Gesellschafter, ihren Festbetrag zur Finanzierung der Gesellschaft entrichtet. Nach einer Erinnerung konnte auch der noch ausstehende Gesellschafterbeitrag im laufenden Geschäftsjahr vereinnahmt werden. 816

Allerdings wurden im Zuge der Prüfung **folgende Mängel** festgestellt: 817

- verspätete Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2022,
- keine Feststellung der Jahresrechnung 2021 erfolgt,
- keine Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung am 03.05.2022,
- nicht erfolgte Unterzeichnung der Niederschrift vom 03.05.2022,
- Vertragsunterzeichnung des Gesellschaftervertrags entspricht nicht den Schriftform-Erfordernissen nach § 126 BGB.

Wir bitten, die **formalen Hinweise**, die für die Aufstellung der Jahresrechnung sowie der Niederschrift gegeben wurden, **zukünftig zu beachten**. 818

Zudem sollten alsbald die **Voraussetzungen** für die **Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung** hinsichtlich **Wirksamkeit** und **Zweckmäßigkeit** geschaffen werden. 819

Es wird folgender **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt: 820

Die Jahresrechnung 2022 vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Situation der Gesellschaft. 821

Der **Gesellschafterversammlung** kann **empfohlen** werden, die **Jahresrechnung 2022 festzustellen** und die **Vorsitzende** sowie die stv. Vorsitzende (**Geschäftsführerin**) zu **entlasten**. 822

Stellungnahme der Verwaltung:

Bemerkung, das Eingangsdatum bei der Gesellschaft bzw. das Erstelldatum durch den KJR auf der Aufstellung der Sachkosten für die Mobile Jugendarbeit zu vermerken 823

Diese Bemerkung wird zukünftig beachtet. Zudem hat die Geschäftsführerin der Gesellschaft die KiJu und die Geschäftsstelle des KJR bereits gebeten, die abzugebenden Unterlagen auf einem Kopfbogen des KJR einzureichen und darauf zu achten, dass dieses Schreiben ein Datum enthält.

Verwendung der Sachkosten in Bezug auf Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit 824
Die Geschäftsführerin hat die KiJu bereits angeschrieben und um Beantwortung der beispielhaften Fragen gebeten. Die KiJu wird diese bis zum 21.04.2023 beantworten. Die Rückmeldung wird Anfang Mai 2023 nachgereicht.

„mehrjährige Betrachtung“

825

Auch die inhaltlich hinterfragten Positionen unter diesem Abschnitt wird die KiJu bezogen auf die Anschaffungen unter der Position 4855 in Höhe von 469,00 Euro und den Anschaffungen Küche in Höhe von 281,59 Euro erläutern.

Die Geschäftsführung wird die jährlichen Abrechnungen zukünftig sorgfältiger hinterfragen bzw. die KiJu bitten, diese ggf. zu erläutern. Für die Geschäftsführerin sind die viele Positionen in der Regel durch den regelmäßigen Austausch mit der Leitung der KiJu bekannt und nachvollziehbar.

„Leistungsziele“

826

Die Geschäftsführerin der Gesellschaft, die KiJu-Leitung und die Vorsitzende der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung vereinbaren gemeinsam die strategischen Ziele für das Handlungsfeld Mobile Jugendarbeit und verschriftlichen diese bis spätestens Ende August 2023. Im Anschluss daran wird die Konzeption der Mobilen Jugendarbeit mit den zuständigen sozialpädagogischen Mitarbeitenden von der KiJu bis Ende des Jahres bzw. falls möglich, bis zur Gesellschafterversammlung aktualisiert.

Haushaltsplan

827

Zukünftig wird der Haushaltsplan für das Folgejahr in der Gesellschafterversammlung im Herbst des Vorjahres vorgelegt und beschlossen.

Vertragsverlängerung

828

Zu Formales

Die Geschäftsführerin wird den Vertragsabschluss formgerecht nachholen und die Unterschriften im Original auf einem Blatt einholen und den Namen mit Funktion der unterschreibenden Person in Druckbuchstaben ergänzen. Sobald diese vollständig sind, wird eine Kopie des Vertrags bis voraussichtlich Ende Mai 2023 nachgereicht.

Zu Inhaltliches

829

Die Beibehaltung der Vertragsinhalte und damit auch der strategischen Ziele wurden im Vorfeld der Vertragsverhandlungen sowohl im Beirat als auch in der Gesellschafterversammlung mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gesellschafter besprochen. Leider wurde dies nicht protokolliert und ist somit nicht dokumentiert. Von den beiden Gesellschaftern Evang. Kirchengemeinde Kemnat und der Kath. Gesamtkirchengemeinde Ostfildern sind lediglich die zu reduzierenden Gesellschafterbeiträge vorgetragen worden. Weitere Änderungswünsche waren nicht eingebracht worden.

Niederschrift vom 03.05.2022

830

Zu Beschlussfähigkeit

Die Beschlüsse aus der Sitzung am 03.05.2022 werden in der Gesellschafterversammlung am 25.04.2023 nachgeholt und protokolliert. Der Hinweis, die Niederschriften der Gesellschafterversammlungen auf einem Kopfbogen der Gesellschaft zu erstellen, wird zukünftig beachtet und umgesetzt.

Zu Teilnehmende

831

Die Geschäftsführerin wird zukünftig die Anwesenheitsliste vollständig für alle Gesellschafter*innen mit den Vermerken anwesend oder entschuldigt führen und Gäste ebenfalls kennzeichnen.

Zu TOP 4 Jahresrechnung

832

Die Bemerkung, das Zitat mit Anführungszeichen im Protokoll zu kennzeichnen, wird zukünftig beachtet.

Die Feststellung der Jahresrechnung 2021 wird -wie bereits oben unter Beschlussfähigkeit ausgeführt- als Beschluss der Sitzung am 03.05.2022 ebenfalls in der nächsten Gesellschafterversammlung am 25.04.2023 nachgeholt.

Zu Unterschriften

833

Die notwendigen Unterschriften auf den Niederschriften sind bereits eingeholt worden und sind in Kopie als Anlage beigelegt.

6. Prüfung des Jahresabschlusses 2022 des Vereins SOfiA

a) Prüfungsauftrag

Bei dem Verein „SOfiA – Selbstständig in Ostfildern auch im Alter e.V.“ (im folgenden Verein SOfiA) handelt es sich um einen **rechtsfähigen, nichtwirtschaftlichen Verein**. Eine gesetzliche **Pflicht zur Prüfung** von Vereinen **besteht grundsätzlich nicht**. 834

Die **Satzung des Vereins** sieht nach § 7 Absatz 5 die **Bestellung von zwei Rechnungsprüfern** vor, die weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören und auch nicht Angestellte des Vereins sein dürfen, um die Buchführung einschließlich Jahresabschluss zu prüfen und über das **Ergebnis der Prüfung** vor der **Mitgliederversammlung zu berichten**. Dies ist für die Mitgliederversammlung regelmäßig die Grundlage für die Entscheidung, den Vorstand zu entlasten oder nicht. 835

Das **Rechnungsprüfungsamt prüft** den Jahresabschluss vom Verein SOfiA **im Auftrag und für die Stadt Ostfildern**. Nach § 112 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg kann der Gemeinderat dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Durch **Beschluss des Gemeinderats** der Stadt Ostfildern **vom 31.05.1989** wurden dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Unter anderem die **Buch-, Betriebs- und Kassenprüfungen, die sich die Stadt vorbehalten hat**. Die Stadt finanziert die Koordinierungsstelle des Vereins SOfiA über den städtischen Haushalt mit einem hauptamtlichen Beschäftigten. Daher ist eine sonstige **jährliche Prüfung** über den Verein SOfiA **vorgesehen**. 836

Ergänzende Vorschriften zu den Prüfungshandlungen ergeben sich aus der **Gemeindeprüfungsordnung** (GemPrO) vom 3. März 2018. Die Gemeindeprüfungsordnung gilt nach ihrem § 1 auch für die sonstigen nach § 112 der Gemeindeordnung vorgesehenen Prüfungen. 837

Auftragsgemäß hat das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Ostfildern den **Jahresabschluss 2022** einschließlich der **Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2022** des Vereins SOfiA geprüft. Die Prüfung wurde von einem Sachbearbeiter des Rechnungsprüfungsamts durchgeführt. 838

b) Prüfungsziel und Prüfungsmaßstäbe

Das Ziel der Prüfung ist die Feststellung des **ordnungsgemäßen Verhaltens** der Vereinsverantwortlichen. Dies umfasst sowohl rechtmäßiges als auch wirtschaftliches Handeln sowie auch zweckmäßiges Verhalten. Die Ordnungsmäßigkeit **basiert** somit auf den **drei Säulen** der Recht- und Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Zweckmäßigkeit. 839

Die **Recht- und Gesetzmäßigkeit** ergibt sich, wenn nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist, also das geltende Recht beachtet wurde. Dies beinhaltet auch die Prüfung, dass es keine Verdachtsfälle auf Unterschlagungen und Veruntreuungen gibt. 840

Das Wirtschaften hat **sparsam und wirtschaftlich** zu erfolgen, um ein günstiges Verhältnis von Mitteleinsatz und Ergebnis zu erreichen. 841

Die Prüfung der **Zweckmäßigkeit** erfolgt hauptsächlich als Organisationsprüfung. Ausgehend von der Frage: sind die Strukturen und Prozesse geeignet, um die Ziele zu erreichen. 842

c) Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung lagen folgende Unterlagen vor bzw. wurden in die **Prüfung mit einbezogen:** 843

- Satzung des Vereins SOfiA vom 15. Juli 2008 (abgerufen Website 15.12.2025)
- Selbstdarstellung über den Verein SOfiA auf der eigenen Website <https://www.sofia-ostfildern.de>
- Ordner „SOfiA Finanzen 2022“ u. a. mit
 - Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2022,
 - Ausgabe- und Einnahmebelege Nr. 1 bis Nr. 147 sowie Belege der Handkasse Nr. 1 bis Nr. 60
 - Buchungsjournal 2022 (Grundbuch und Hauptbuch),
 - Kontoauszüge Nr. 1/2022 bis 13/2022 vom Kontokorrent mit der Kontonummer 10 9000 04 bei der Scharnhauser Bank eG
 - Kontoauszüge Nr. 1/2022 bis 4/2022 vom Geldmarktkonto 10 9006 08 bei der Scharnhauser Bank eG

d) Prüfungsgegenstand

Prüfungsgegenstand ist das finanzielle Wirtschaften des Vereins SOfiA im Jahr 2022. 844

Der Verein SOfiA bietet ein **Unterstützungsangebot für ältere Menschen**, die sich zum Ziel gesetzt haben, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu verbleiben, einen Pflegeheimaufenthalt hinauszuzögern und wenn möglich zu verhindern. Insbesondere ältere Menschen, die einerseits in einem Pflegeheim überversorgt, andererseits mit den bestehenden ambulanten Unterstützungsangeboten nicht ausreichend versorgt wären, werden angesprochen. Gerade wenn Familie und Freunde die notwendige Hilfe nicht leisten können, kann SOfiA mit dem Angebot eines „Betreuten Wohnens zu Hause“ weiterhelfen. Es stützt sich auf eine hauptamtliche Fachkraft, die Koordinierungsstelle und einen von bürgerschaftlich Engagierten getragenen Besuchsdienst. 845

Der **Verein SOfiA** wurde durch 23 Einrichtungen aus der Stadt im Juli 2008 gegründet. Er wird im Wesentlichen durch die **Stadt Ostfildern**, die **örtlichen Kirchengemeinden** und weitere vor Ort tätige **soziale Organisationen und Vereine** unterstützt. 846

Der **Vorstand** besteht aus 847

- Christof Bolay, Oberbürgermeister Stadt Ostfildern, 1. Vorsitzender
- Richard Genth, Pfarrer i. R., 2. Vorsitzender
- Dr. Ulrich Abele (Katholische Kirchengemeinde Ruit)
- Barbara Bock (Kirchengemeinde Nellingen)
- Waltraud Fichtner (Diakoniestation auf den Fildern – Ruit)
- Doris Hoinkis (Krankenpflegeverein Scharnhausen)
- Jürgen Kleih (SchaPanesen e.V.)

Beratende Mitglieder sind

848

- Alexander Gebauer, Rechnungsführer
- Sylvia Weber, SOfiA- Koordinierungsstelle
- Simona Steimle, Beratungsstelle und Wohnen für Ältere

e) Prüfungsumfang

Die Summe aller Einzahlungen (inkl. Anfangsbestand) bzw. aller Auszahlungen (inkl. Endbestand) betrug im Jahr 2022: 72.106,34 Euro. 849

Im Geschäftsjahr 2022 wurden durch die Aktivitäten mit 147 Belegen Einnahmen in Höhe von 24.370,00 Euro und Ausgaben in Höhe von 54.501,00 Euro auf dem **Girokonto** gebucht. 850

Daneben wurden über die **Handkasse** in 60 Vorgängen Einnahmen in Höhe von 866,00 Euro und Ausgaben in Höhe von 926,27 Euro abgewickelt. 851

Die fortlaufenden Einnahmen und Ausgaben wurden zudem auf inhaltliche **Sachkonten** zugeordnet. 852

Die Prüfung erfolgte in **Schwerpunkten und Stichproben**. Die Schwerpunkte wurden gemäß der Gemeindeprüfungsordnung „nach Schwierigkeit und wirtschaftlicher Bedeutung sowie unter Berücksichtigung der Risikoaspekte“ gebildet. 853

Aufgrund der Struktur und Größe des Vereins SOfiA ergab sich trotz der **Stichproben** dennoch eine fast vollumfängliche Prüfung. 854

Eine **Kassenbestandsaufnahme** der in der **Handkasse** enthaltenen Gelder hat im Prüfungsjahr **nicht stattgefunden**. 855

f) Prüfungsfeststellungen - grundsätzliche Anmerkungen

Für die Geschäftsführung des Vorstands finden nach § 27 Absatz 3 BGB die Vorschriften für den Auftrag nach den §§ 664 bis 670 entsprechende Anwendung. Die Anforderung zur Rechnungslegung des Vereins SOfiA ergibt sich aus § 666 BGB i. V. m. § 259 BGB, wonach der Beauftragte (Vorstand) verpflichtet ist gegenüber dem Auftraggeber (Mitgliederversammlung) Rechenschaft abzulegen und dazu eine die **geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und der Ausgaben** enthaltende Rechnung vorzulegen. 856

Der Verein SOfiA verfolgt **gemeinnützige Zwecke**, daher hat er nach § 63 Absatz 3 Abgabenordnung ordnungsmäßige Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben zu führen und nachzuweisen, dass diese auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet sind. 857

Die Buchführung des Vereins SOfiA erfolgt als **Einnahmen-Ausgaben-Rechnung**. Sie wird in **korrekter Form aufgestellt**. 858

Ein eigenständiges Programm für die Buchführung wird nicht verwendet. Die Belege werden zunächst in einer **Microsoft Excel Tabelle** chronologisch erfasst. Aus diesem **Grundbuch**, in dem alle Geschäftsvorfälle in zeitlicher Reihenfolge erfasst sind, wird am Jahresende sodann das **Hauptbuch** erstellt. Im Hauptbuch sind die einzelnen Geschäftsvorfälle dann nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet (Sachkonten). 859

Im Jahr 2022 wurden **147 Belege** in dem **Girokonto** und **60 Belege** in der **Handkasse** chronologisch verbucht. 860

Die Vorgänge wurden mittels einer **Excel-Tabelle** erfasst und sodann thematisch zugeordnet. Somit war sowohl ein **Grundbuch** (auch Journal genannt) als auch ein **Hauptbuch** auch unterjährig stets **vorhanden**. Durch die Vorlage dieser Buchungstabelle konnte sich das Rechnungsprüfungsamt, als sachverständiger Dritter, innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Entstehung und Abwicklung der Geschäftsvorfälle verschaffen. 861

Die **Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)** waren **eingehalten**. Die Buchführung erfolgte klar und übersichtlich. Die Geschäftsvorfälle waren fortlaufend und vollständig, richtig und zeitgerecht sowie sachlich geordnet gebucht. Sämtliche Buchungen müssen anhand der Belege jederzeit nachprüfbar sein. Die Belege wurden fortlaufend nummeriert und geordnet aufbewahrt. 862

g) Prüfungsbemerkungen aus Vorjahren

Aufgrund der zeitlichen Abfolge konnten die **letztjährigen Prüfungsbemerkungen und Empfehlungen** noch nicht in der diesjährigen Jahresrechnung berücksichtigt werden. Von einer Nachverfolgung ebendieser bzw. Wiederholung der letztjährig gegebenen Anregungen sehen wir daher in diesem Prüfbericht ab. Wir haben uns die Punkte für eine **spätere Nachprüfung vorgemerkt**. 863

h) Übernahme der Anfangsbestände

Die **Anfangsbestände** des Rechnungsjahres 2022 wurden **aus dem Vorjahr übernommen** und stimmen wertmäßig mit dem Endbestand des Vorjahres 2020 überein. 864

Anfangsbestand Girokonto 46.427,50 Euro

Anfangsbestand Handkasse 442,84 Euro

Anfangsbestand Geldmarktkonto 0,00 Euro

Der **Bestandsnachweis** wurde geführt mit dem Girokonto, Nr. 10 9000 04 mit 46.427,50 Euro. Der Kontoauszug Nr. 1/2022 wurde mit dem genannten Betrag im Haben geprüft. Es wurde ein Geldmarktkonto Nr. 10 9006 08 bei der Scharnhäuser Bank eröffnet und am 23.04.2022 mit 35.000,00 Euro vom Girokonto Nr. 10 9000 04 befüllt. 865

i) Prüfung der Handkasse

Die Prüfung der Handkasse erfolgte zunächst **vorab**. Die entsprechend zugeordneten Bargeld-Vorgänge wurden den Hauptbuch-Konten zugeordnet. 866

Alle **Ausgabe- und Einnahmebelege** wurden **geordnet aufbewahrt** und waren **vollständig vorhanden**. Sie wurden **fortlaufend nummeriert** und gaben auch den **Verwendungszweck** an. 867

Es waren insgesamt 60 Belege mit Barbeträgen zwischen **Minimum 2,75 Euro** und **Maximum 220,00 Euro**; bei letzterem handelt es sich um eine **Spenden-Einnahme**. Der **höchste Ausgabebetrag** betrug **42,00 Euro** zur Entlohnung einer hauswirtschaftlichen HelferIn. 868

Es gibt **keine Regelung** für einen **Höchstbetrag**, welcher im Einzelfall nicht überschritten werden sollte. 869

Aus der **Überprüfung der Belege** ergaben sich **folgende Beanstandungen** und Empfehlungen. 870

Es werden verschiedene Quittungsformate für Barauszahlungen aus der Handkasse verwendet. Bei den Belegen 10, 40 und 41 ist nicht ersichtlich, wer den Beleg erstellt hat. 871



Wir empfehlen, um dies zukünftig zu vermeiden, **einheitliche Quittungsvorlagen** zu verwenden und den Ausstellenden zu verzeichnen. 872

Die aufsummierten Beträge der **Einnahmen** in Höhe von **866,00 Euro** und der **Ausgaben** in Höhe von **926,27 Euro** ergaben einen negativen Jahressaldo von 60,27 Euro bei der Handkasse. Zusammen mit dem Jahresanfangsbestand von 442,84 Euro ergab sich zum **31.12.2022** ein **Jahresendbestand** in Höhe von **382,57 Euro**, der auf die neue Rechnung vorgetragen wurde. 873

j) Einnahmen

Einnahmen in Euro	Ist 2020	Ist 2021	Ist 2022	Plan 2022	Ver- gleich 2022 (Ist-Plan)
Patenschaftsverträge	820,00	440,00	440,00	500	- 60
Vorsorgeverträge	4.425,00	5.510,00	5.925,00	5.000	+ 925
Mitgliederbeiträge	2.640,00	2.320,00	2.220,00	2.200	0
Fördermitgliederbeiträge	1.085,00	1.120,00	1.120,00	1.000	+ 120
Zuschüsse Land und Pflegekasse	12.675,00	12.675,00	12.675,00	9.000	+ 3.675
Spenden	2.172,29	2.061,25	2.656,00	500	+ 2.156
Sonstige Erlöse/Zinsen	0,83	0,00	2,36	0	+ 2
Summe	23.818,12	24.126,65	25.038,36	18.200	+ 6.818

Die größten Abweichungen zur Haushaltsplanung 2022 mit **- 60 Euro (- 12 %) + 2.156 Euro (+ 531 %)** ergaben sich bei den Patenschaftsverträgen und den Spenden. Die Zuschüsse fielen zwar entgegen der Planung um 3.675 Euro höher aus, jedoch in der gleichen Höhe wie im Vorjahr, so dass die **Gesamteinnahmen** zu 2021 rund 1.300 Euro höher als im Vorjahr sind. 874

Die weitere Prüfung der Einnahmen erfolgte, indem ausgewählte Positionen **schwerpunktmäßig** 875 **untersucht** wurden.

Patenschaftsverträge Ist 440,00 Euro Plan 500 Euro

Obwohl die Gewinnung von weiteren Patenschaften sehr wünschenswert ist, werden vom Rech- 876
nungsprüfungsamt auch die Schwierigkeiten gesehen. Das dringliche Erfordernis wird jedoch
weiterhin gesehen.

Vorsorgeverträge Ist 5.925,00 Euro Plan 5.000 Euro

Der Planansatz wurde überschritten, es wurden 925,00 Euro (18 %) **mehr als geplant verein-** 877
nahmt. Das Vorjahresergebnis wurde ebenfalls erfreulicherweise um 8 % überschritten.

Es werden unterschiedliche **Vorsorgeverträge** angeboten:

878

Vertragsart	Vertragsnehmer	
	zum Jahresbe- ginn	zum Jahresende
Vorsorgevertrag mit Telefonkontakt (Einzelperson: 15 Euro/Monat, Ehepaare: 20 Euro/Monat)	8 Einzelpersonen 3 Ehepaare	8 Einzelpersonen 4 Ehepaare
Vorsorgevertrag mit Besuch (Einzelperson: 15 Euro/Monat, Ehepaare: 20 Euro/Monat)	6 Einzelpersonen	6 Einzelpersonen
Vorsorgevertrag PLUS 2 (Einzelperson: 25 Euro/Monat, Ehepaare: 35 Euro/Monat)	4 Einzelpersonen 1 Ehepaar	5 Einzelpersonen 1 Ehepaar
Vorsorgevertrag PLUS 3 (Einzelperson: 30 Euro/Monat, Ehepaare: 50 Euro/Monat)	3 Einzelpersonen	2 Einzelpersonen
Patenschaftsverträge (Einzelperson 40 Euro/Monat)	1 Einzelperson	1 Einzelperson

Es zeigen sich gewisse **unterjährige Veränderungen** im Gesamtbestand der Vertragsnehmer. 879

Für jeden **Abrechnungsmonat** liegt eine entsprechende **Übersicht der Vertragsnehmer** vor, so 880
dass die vereinnahmten **Beträge je Monat nachvollzogen** werden konnten.

Ebenso wie bei den Patenschaftsverträgen ist die **Gewinnung von weiteren Vertragsnehmern** 881
wünschenswert.

Ordentliche Mitgliederbeiträge Ist 2.220,00 Euro Plan 2.000 Euro

Ordentliche Mitglieder des Vereins SOfiA sind **juristische Personen** des öffentlichen und 882
privaten Rechts. Hingegen werden volljährige natürliche Personen als Fördermitglieder
geführt.

Die ordentlichen Mitglieder haben **unterschiedliche Jahresbeiträge** in der Höhe zwischen 20,00 Euro und 200,00 Euro zu bezahlen. 883

An ordentlichen Mitgliederbeiträgen konnten im **Geschäftsjahr 2.220,00 Euro vereinnahmt** werden. Im Vorjahr wurden mit 2.320,00 Euro 100,00 Euro mehr reguläre Jahreszahlungen vereinnahmt. 884

Fördermitgliederbeiträge Ist 1.120,00 Euro Plan 1.000 Euro

Alle Mitglieder des Vereins SOfiA, die **volljährige natürliche Personen** sind, werden als **Fördermitglieder** geführt. Hingegen werden juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts als ordentliche Mitglieder des Vereins SOfiA bezeichnet. 885

Eine Fördermitgliedschaft bei SOfiA kostet laut Website jährlich 20,00 Euro. 886

Zuschüsse Land und Pflegekasse Ist 12.675,00 Euro Plan 9.000 Euro

Das Ergebnis ist **deutlich höher** ausgefallen als geplant. Bei den vereinnahmten Mitteln handelt es sich zum einen um eine **Zuwendung des Bundesamtes für Soziale Sicherung (BAS)**. Hier gingen unter dem Verwendungszweck „Häuslicher Betreuungsdienst 2021“ 11.425,00 Euro ein. 887



Es liegen keine begründenden Unterlagen dazu vor. Der Beleg ist ein Eigenbeleg, der keinen buchhalterischen Standards entspricht. 888

Zum anderen erhielt der Verein eine **Zuwendung des Landes Baden-Württemberg** in Höhe von 1.250,00 Euro zur Förderung für demenzerkrankte Menschen in der Häuslichkeit. Hier liegt der entsprechende Förderbescheid vor. 889

Spenden Ist 2.656,00 Euro Plan 1.000 Euro

Die Einnahmen liegen um ca. **28 % höher** als im Vorjahr (2.061,25 Euro). Es wurden viele Teilspenden anlässlich einer Trauerfeier eingenommen. 890

k) Ausgaben

Ausgaben in Euro	Ist 2020	Ist 2021	Ist 2022	Plan 2022	Vergleich 2022 (Ist-Plan)
Personalkostenanteil	13.000,00	13.000,00	13.000	13.000	+ 0
Vertretungskosten	-	-	-	600	600
Aus- und Fortbildung	192,33	168,80	1.590,00	2.000	- 410
Veranstaltungen	1.043,09	265,19	2.577,97	500	+2.077

Aufwandsentschädigung Besuchsdienst	530,75	695,75-	809,80	200	+ 609
Versicherungen	747,39	747,39	747,39	750	- 3
Aufwendungen f. Vertragsn.	-		6,80	-	+ 6
Öffentlichkeitsarbeit / Homepage	207,88	4.050,87	672,08	1.000	- 328
Büroausstattung/-material	15,00	821,16	295,46	1.000	- 705
Bewirtung 2022 (2021 Spenden)	-	150,00	104,32	-	+ 104
Sonstige Aufwendungen	86,13	1.796,25	363,45	-	+ 363
Rückz. an Vertragsnehmer	215,00	45,00	60,00	-	+ 60

Der **Planansatz** wurde insgesamt um 1.177,27 Euro **überschritten**. Allerdings fällt das Ergebnis 891
7 % niedriger als im Vorjahr 2021 aus.

Insgesamt ist zu bemerken, dass die Haushaltsplanung wenig detailliert ist. Beim Rechnungsab- 892
schluss werden dann Ausgaben Sachkonten zugewiesen, die zwar in der Vergangenheit immer
wieder auftraten, aber bei der Haushaltsplanung nicht beplant wurden. Aufzuzählen sind hier
die Vertretungskosten, die in den letzten Jahren immer geplant wurden, aber nie tatsächlich
auftraten, andererseits Sachkonten wie Bewirtung oder Veranstaltungen nicht geplant oder
wesentlich zu gering geplant wurden.

Die weitere Prüfung der Ausgaben erfolgte indem ausgewählte Positionen **schwerpunktmäßig** 893
untersucht wurden.

Personalkostenanteil

Ist 13.000,00 Euro

Plan 13.000 Euro

Dies umfasst die **Kostenbeteiligung** des Vereins SOfiA an den **Personalkosten** bei der Stadt 894
Ostfildern. Unter der Voraussetzung einer Kostenbeteiligung in Höhe von jährlich 13.000 Euro,
hat der Gemeinderat am 26.09.2012 (Vorlage 162/2012) beschlossen, die Koordinierungsstelle
des Vereins SOfiA dauerhaft zu finanzieren.

Im Jahr 2021 wurden 14 Stunden pro Woche sowie 5 Stunden pro Monat von zwei Personen 895
bei tatsächlichen Kosten von rund 28.500 Euro geleistet. Die Kostenbeteiligung 2021 in Höhe
von 13.000 Euro wurde durch Rechnung datierend vom 14.02.2022 geltend gemacht.



Das **Zahlungsziel** wurde auf 25.03.2022 festgelegt. Dies wurde vom Verein **nicht ausgenutzt**, 896
da der Betrag bereits am 14.03.2022 vom Konto des Vereins abgebucht wurde.

Die Rechnungsprüfung weist darauf hin, dass die **jährliche Rechnungsabgrenzung** hier nicht 897
eingehalten wird. Sowohl das **Periodisierungsprinzip** (ein Grundsatz ordnungsmäßiger Buch-
führung) als auch der **Grundsatz der Jährlichkeit** (ein Haushaltsgrundsatz) sehen eine Berück-
sichtigung des wirtschaftlichen Vorgangs im zugeordneten Kalenderjahr vor. Dies ist jedoch
kein formaler Mangel, da der Verein eine **Einnahmen-Überschuss-Rechnung** führt. Der wirt-
schaftlichen Klarheit und Transparenz würde eine entsprechende Zuordnung dennoch helfen.

Aus- und Fortbildung Ist 1.590,00 Euro Plan 2.000 Euro

Bei Aus- und Fortbildungen handelte es sich um eine Logotherapieweiterbildung (1.160,00 Euro), ein VHS Kurs „Social Media Marketing“ (105,00 Euro) sowie DRK Seminare. 898

Veranstaltungen Ist 1.043,09 Euro Plan 500 Euro

Es wurden hier die Ausgaben für Catering (795,50 Euro) für ein Danktreffen mit den Besuchspatinnen und Besuchspaten im Klosterhof in Nellingen und „Dein Theater Wortkino“ (505,00 Euro), ein weiteres Theaterstück (300,00 Euro) sowie verschiedene Kleinrechnungen über die Handkasse (insgesamt 401,08 Euro) abgerechnet. 899

Aufwandsentschädigung Besuchsdienst Ist 809,80 Euro Plan 200 Euro



Die **Ausgaben** liegen um mehr als das Vierfache über dem **Planansatz**, im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres (695,75 Euro) wurden 114,05 Euro mehr abgerechnet. 900

Versicherungen Ist 747,39 Euro Plan 750 Euro

Für das Kalenderjahr bestand eine 901

- Haftpflichtversicherung 202,30 Euro
- Unfallversicherung 102,41 Euro
- Dienstreisefahrzeugversicherung 442,68 Euro

Alle drei Versicherungen sind bei **derselben Gesellschaft**. Es wurde ein **Lastschriftmandat** erteilt. 902

Öffentlichkeitsarbeit / Homepage Ist 207,88 Euro Plan 1.000 Euro

Hierunter fallen u. a. die laufenden Kosten für die Homepage an. Die Ausgaben liegen hier wieder im Rahmen der Haushaltsplanung. Der Ansatz wurde deutlich unterschritten. 903

Büroausstattung Ist 295,46 Euro Plan 1.000 Euro



Der Planansatz wurde nicht erreicht. Es sollte hier geprüft werden, ob der Planansatz verringert werden kann. Die Ausgaben liegen im langjährigen Vergleich weit unter 1.000 Euro. 904

Sonstige Aufwendungen Ist 363,45 Euro Plan 1.000 Euro

Hier wurden die Weihnachtsgrußkarten- und Präsente verbucht. 905

Rückzahlungen an Vertragsnehmer Ist 60,00 Euro Plan 0 Euro



Es handelt sich zwar um **auszahlungswirksame Vorgänge**, **buchhalterisch** sollte die Rückabwicklung allerdings von der entsprechenden **Einnahmeposition abgesetzt** werden. 906

l) Jahresergebnis (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung)

Das **Jahresergebnis** wird als Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ermittelt. D. h. aus den Einnahmen ergibt sich unter Abzug der Ausgaben das Ergebnis. 907

• Einnahmen	25.038,36 Euro
• Ausgaben	20.227,27 Euro
• Ergebnis	+ 4.811,09 Euro

Nach dem **Haushaltsplan** waren Einnahmen von 18.200 Euro und Ausgaben von 19.050 Euro geplant, so dass ein negatives Ergebnis von - 850 Euro zu erwarten gewesen wäre. Das tatsächliche Ergebnis liegt bei + 4.811,09 Euro und **übertrifft damit die Planung**. 908

m) Nachweis der Endbestände

Aus den **Anfangsbeständen** bestehend aus 909

Girokonto mit 46.427,50 Euro und Handkasse mit 442,84 Euro 46.870,34 Euro

ergibt sich unter Berücksichtigung der

Einnahmen von 25.038,36 Euro und
Ausgaben von 20.227,27 Euro 4.811,09 Euro

ein buchhalterischer **Endbestand** des Jahres 2022 von 51.681,43 Euro

Dieser Betrag ist zugleich das **Vereinsvermögen** zum Jahresende 2022. 910

Die **Endbestände des Rechnungsjahres 2022** betragen 911

• Endbestand Girokonto	16.296,50 Euro
• Endbestand Handkasse	382,57 Euro
• Endbestand Tagesgeldkonto	<u>35.002,36 Euro</u>
Gesamt	51.681,43 Euro

Der **Bestandsnachweis** wurde geführt mit dem **Girokonto**, Nr. 10 900 004 mit 16.296,50 Euro. 912
Der Kontoauszug Nr. 13/2022 wurde mit dem genannten Betrag geprüft.

Das **Tagesgeldkonto** Nr. 10 9006 08 mit Kontoauszug Nr. 4/2022 wurde mit dem Betrag von 913
35.002,36 Euro geprüft.

Der **Bestand der Handkasse** wird im Kassenabschluss zum 31.12.2022 mit 382,57 Euro durch die 914
Rechnungsführerin und die Mitarbeiterin der SOfiA- Koordinierungsstelle bestätigt.

n) Vereinsvermögen / Freie Rücklage

Der Verein SOfiA verfügt zum Jahresende 2022 über ein **Vermögen** von **51.681,43 Euro**, was 915
einem **Zuwachs** von **4.811,09 Euro** entspricht. Die **Freie Rücklage** beträgt unverändert wie im
Vorjahr **34.484,10 Euro**.

In Anbetracht der vorgelegten **Risiko-Analyse** hatte der **Vorstand** am 29.07.2020 gemäß Be- 916
schlussvorlage sich dafür ausgesprochen, eine **Rücklage** von **bis zu 52.200 Euro** zu bilden.

Die normalen laufenden Ausgaben in Plan und Ist betrugen in den letzten Jahren rund 20.000 917
Euro. Das derzeitige **Vereinsvermögen** kann somit innerhalb der nächsten Jahre **nach satzungs-
gemäßen Zwecken zeitnah verwendet werden**. Damit entspricht die Höhe des Mittelvortrags
noch den Bestimmungen der Abgabenordnung und der ausgeübten Praxis des Finanzamts
bezüglich der Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Vereinen.

o) Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse und Prüfungsvermerk

Die Buchführung vermittelt eine **sorgfältige und gewissenhafte Arbeit**. Wichtige **Grundsätze** 918
ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) waren **eingehalten**.

Die Rechnungsprüfung konnte sich als **sachverständiger Dritter** innerhalb angemessener Zeit 919
einen **Überblick** über die Entstehung und Abwicklung der **Geschäftsvorfälle verschaffen**.

Alle Ausgabe- bzw. Einnahmebelege sind **vorhanden** und geben den Verwendungszweck 920
eindeutig wieder. Die **Überprüfung der Belege** ergab **keine wesentlichen Beanstandungen**.

Die Einnahmen und Ausgaben der **Handkasse** werden **ebenfalls weitgehend sachkonten-** 921
gerecht in die Jahresrechnung **miteinbezogen**. **Hinweise** zu einer verbesserten Abwicklung
und Verringerung der Fehleranfälligkeit sowie zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurden
gegeben.

Aufgrund der Prüfung der einzelnen **Einnahmen** in Stichproben und Schwerpunkten sehen wir 922
bei der Vereinnahmung der **Mitgliederbeiträge** noch **Verbesserungsmöglichkeiten**. Zudem
wurden Hinweise zu einer **besseren und vollständigen Dokumentation** gegeben.

Die Prüfung der einzelnen **Ausgaben** in Stichproben und Schwerpunkten ergab **keine relevan-** 923
ten Beanstandungen in Bezug auf **Wirtschaftlichkeit** und **Sparsamkeit**. Hinweise zur **besseren
Dokumentation von Beschaffungsvorgängen** wurden gegeben.

Nach umfassender Prüfung wird folgender **Prüfungsvermerk** erteilt: 924

Die Buchführung des Vereins „SOfiA – Selbstständig in Ostfildern auch im Alter e.V.“ erfolgte 925
im Jahr 2022 korrekt. Der Nachweis des Geldflusses ist lückenlos. Die Bankbelege sind voll-
ständig vorhanden und ordnungsgemäß chronologisch abgelegt.

Die Jahresrechnung vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buch- 926
führung nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse ein
den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Situation des Vereins
„SOfiA – Selbstständig in Ostfildern auch im Alter e.V.“ im Jahr 2022.

7. Prüfung des Verwendungsnachweises 2022 „Partnerschaft für Demokratie“

a) Prüfungsauftrag

Der Prüfungsauftrag beruht auf der Grundlage des **Zuwendungsbescheids** vom 04.12.2019 für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie Ostfildern“ mit der Projekt-Nr. 21M 02K im Rahmen des **Bundesprogramms** „Demokratie leben!“.

927

Die Zuwendung wird als **Projektförderung** in Form einer Anteilfinanzierung für den **mehnjährigen Bewilligungszeitraum** vom 01.01.2020 bis 31.12.2023 gewährt. Mit **Änderungsbescheid** vom 27.08.2020 erfolgte noch eine Ausweitung des Bewilligungszeitraumes auf das Jahr 2024.

928

Die **Zuwendung** ist **zweckgebunden** und darf nur nach den **entsprechenden Bestimmungen** verwendet werden.

929

In den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) ist der Nachweis der Verwendung der Zuwendung, der sogenannte **Verwendungsnachweis**, geregelt. Dieser Verwendungsnachweis besteht aus einem **Sachbericht** und einem **zahlenmäßigen Nachweis**.

930

Im Zuwendungsbescheid wurde ergänzend festgehalten, dass ein **Zwischennachweis** in Form des Verwendungsnachweises vorzulegen ist, sofern der Verwendungszweck nicht innerhalb eines Jahres erfüllt ist. Die Verwendung ist **spätestens neun Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres** nachzuweisen.

931

Des Weiteren ist in den ANBest-Gk geregelt: Unterhält der Zuwendungsempfänger (hier: Stadt Ostfildern) eine **eigene Prüfungseinrichtung**, ist von dieser (hier: Rechnungsprüfungsamt) der **Verwendungsnachweis vorher zu prüfen** und die Prüfung unter Angabe ihres **Ergebnisses zu bescheinigen**.

932

b) Prüfungsdurchführung

Dem Rechnungsprüfungsamt wurde der Leitz-Ordner „Pfd 2022 Belegeordner“ ausgehändigt. Darin enthalten waren der **Änderungsbescheid** vom 27.08.2020, der **Sachbericht 2022**, der **zahlenmäßigen Nachweis 2022** und eine **Projektübersicht**.

c) Prüfungsumfang

Zur **Wahrnehmung** des **Prüfungsauftrages** liegen **keine** näheren **Ausführungen** vor. Für die üblichen Prüfungen der kommunalen Prüfeinrichtung, hier das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Ostfildern, gilt die Verordnung des Innenministeriums über das kommunale Prüfungswesen (Gemeindeprüfungsordnung vom 03. März 2018). 933

Demnach „können nach Schwierigkeit und wirtschaftlicher Bedeutung sowie unter Berücksichtigung der **Risikoaspekte** der einzelnen Prüfungsgebiete **Schwerpunkte** gebildet werden“. „Die Prüfung kann sich [dabei] ... auf **Stichproben** beschränken.“ „Ergeben sich wesentliche Anstände, ist die Prüfung entsprechend zu erweitern“ (vgl. § 3 Gemeindeprüfungsordnung). 934

Die Prüfung dient der **öffentlichen Finanz- und Rechtmäßigkeitskontrolle**. Sie wirkt darauf hin, dass die geprüften Verwaltungen ihre Aufgaben **rechtmäßig, sparsam und wirtschaftlich** erledigen. Sie soll zudem **risikoorientiert** und **zukunftsgerichtet** sein (vgl. § 1 Gemeindeprüfungsordnung). 935

Allerdings sprechen die Unterlagen lediglich von "kommunalen Prüfvermerken" bzw. "beim Zuwendungsgeber zu prüfen". Das bedeutet, dass die **Aufgabe im Vordergrund** steht. 936

Die **Organisationseinheit** wird nur einmal erwähnt. Unter Ziffer 3 wird zum zahlenmäßigen Nachweis ausgeführt: „**kann** .. auch durch ein RPA geprüft werden“ [Hervorhebung (fett) nicht im Original]. 937

Unsere Prüfung im Zuge des Schlussberichts kann sich daher auf den IKS-Ansatz **fokussieren**. Sprich „im Rahmen der Funktionsprüfung soll festgestellt werden, ob die **Regelungen** in der Praxis gelebt werden, die Kontrollmaßnahmen regelmäßig durchgeführt und dokumentiert werden, kurzum ob die **Wirksamkeit** der Kontrollen gegeben ist.“ 938

Wir **überzeugen** uns bspw. davon, dass das zuständige **Fachamt** (federführende Amt) die inhaltlichen **Mindestanforderungen** (vgl. Ziffer 2) im jeweiligen **Prüfvermerk** ausweist sowie im Rahmen des **Verwendungsnachweises** einen **Sachbericht** und einen **zahlenmäßigen Nachweis** (vgl. Ziffer 1) vorlegt. 939

d) Prüfungsunterlagen und -durchführung

Folgende Unterlagen aus dem Ordner „PfD 2022“ wurden für die Prüfung herangezogen: 940

- Zahlenmäßiger Nachweis 2022
- Inventarisierungsliste
- Summenblatt Mittelbereitstellung
- Summenblatt Kommune
- Belegliste
- Sachbericht
- Kommunale Prüfvermerke zur Verwendungsnachweisprüfung der Letzttempfänger

- Handlungskonzept für das Förderjahr 2022
- Widerrufs-, Erstattungs- und Zinsfestsetzungsbescheid zur Zwischen-Verwendungsnachweisprüfung 2022 vom 08.07.2025
- Anhörung zur Zwischen-Verwendungsprüfung 2022 vom 22.10.2024

Weiter war die Prüfungsdokumentation des federführenden Amtes sowie der **Verwendungsnachweis 2022** enthalten. Dazu gehörten das Deckblatt Verwendungsnachweis, die Kostendeckungsübersicht, der zahlenmäßige Nachweis, das Summenblatt und die Belegliste Kommune. 941

Des Weiteren wurden die **Förderzusage** des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ab dem Jahr 2020, der **Zuwendungsbescheid** vom 04.12.2019 für den Bewilligungszeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2023 (geplante Projektlaufzeit bis 31.12.2024) und der **Finanzierungsplan** vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2023 sowie die bestehenden **Richtlinien** und **Merkblätter** aus der **Vorjahresprüfung** sowie der Änderungsbescheid vom **23.02.2021** zur Prüfung herangezogen. 942

Ferner lagen **Kopien** der für die einzelnen Projekte bzw. Maßnahmen die **Belege**, weitere begründende Unterlagen und der Zuwendungsbescheid über die Projektförderung für den Letztempfänger vor. 943

Die **Unterlagen** waren bis auf wenige Kopien von Auszahlungsbelegen **ordentlich abgelegt und aufbereitet**, so dass eine zügige Prüfung ermöglicht wurde. Für **Rückfragen** stand die mit der Durchführung des Projekts befasste Mitarbeiterin vom „federführenden Amt in der Kommunalverwaltung“ (hier der **Fachbereich 2**) zur Verfügung. 944

e) Prüfungsfeststellungen Zuwendungsbescheid

Durch den **Zuwendungsbescheid** mit Schreiben vom 04.12.2019 wurden für den Bewilligungszeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 **nicht rückzahlbare Zuwendungen von bis zu 117.000 Euro gewährt** (SOLL-Zuwendung). 945

Diese Mittel sind gemäß den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides **an Letztempfänger*innen weiterzuleiten**. Die Weiterleitung soll vornehmlich durch Zuwendungsbescheide erfolgen. 946

Die Zuwendung wird als Projektförderung in Form einer **Anteilfinanzierung** für den oben genannten Bewilligungszeitraum gewährt. Die Zuwendung aus dem Bundeshaushalt entspricht **höchstens 90,00 % der Gesamtausgaben**. 947

Der als verbindlich erklärte **Finanzierungsplan** vom 19.09.2019 setzt grundsätzlich den **Einsatz** von Eigen- bzw. Drittmitteln in Höhe von **mindestens 10 Prozent** der **Gesamtausgaben** im **Bewilligungszeitraum** voraus. 948

f) Prüfung der verausgabten Mittel

Aus dem **zahlenmäßigen Nachweis** ist erkennbar:

949

	Soll	Ist
1. Ausgaben (nur direkte Verausgabung)		
1.1. (externe) Koordinierungs- und Fachstelle	0,00 Euro	0,00 Euro
1.2. Aktions-/Initiativfonds	6.405,00 Euro	0,00 Euro
1.3. Jugendfonds	6.750,00 Euro	0,00 Euro
1.4. Öffentlichkeitsarbeit/Partizipation usw.	0,00 Euro	0,00 Euro

2. **Ausgaben** im Zusammenhang mit **Weiterleitungen**

950

2.1 (externe Koordinierungs- und Fachstelle	55.000,00 Euro	61.971,70 Euro
2.2 Aktions- und Initiativfonds	46.095,00 Euro	40.727,18 Euro
2.3 Jugendfonds	5.750,00 Euro	2.500,00 Euro
2.4 Öffentlichkeitsarbeit/Partizipation usw.	10.000,00 Euro	4.145,00 Euro

in **Summe** somit

130.000,00 Euro 109.343,88 Euro

Ergebnis: Nach dem Soll-Ist-Vergleich der Ausgaben wurde nur beim Posten Externe Koordinierungs- und Fachstelle mehr Mittel verausgabt. In Summe wurden die **zuwendungsfähigen Mittel** von 130.000 Euro (SOLL-Zuwendung) dennoch **nur zu 84,1 % ausgeschöpft**.

951

Auffällig war, dass der **Nachweis** einer **mehrfachen Korrektur bedurfte**. Erst nach der dritten Korrektur wurde ein **abschließender Bescheid** durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben erlassen. Auf den **dokumentierten umfangreichen Schriftverkehr** wird verwiesen.

952

g) Einhaltung der Eigenmittel

Der als verbindlich erklärte Finanzierungsplan vom 19.09.2019 setzt grundsätzlich den **Einsatz** von Eigen- bzw. Drittmitteln in Höhe von **mindestens 10 Prozent** der **Gesamtausgaben** im **Bewilligungszeitraum** voraus. Die Summe wurde im zahlenmäßigen Nachweis mit 12.500,00 Euro **ausgewiesen**. Im Jahr 2022 wurden demnach **mehr als 10 Prozent** Eigenmittel eingetragen.

953

h) erhaltene Zuwendungen

Wir **fragten** beim Fachbereich nach, wozu einerseits der **doppelte Aufwand** (Verbuchung einer **Annahmeanordnung** und einer **separaten Annahmeabsetzungsanordnung** ohne Bezug zum Ursprungsbeleg) getrieben wird und **andererseits** ein inhaltliches **Auseinanderfallen** im **Wert von Beleg** und **begründender Unterlage** festzustellen ist. Vom Fachbereich wurde uns **erläutert**, dass dies lt. Buchungsinself „buchungstechnisch der einfachste Weg“ wäre und sich an der Vorgehensweise vom **Vorjahr** orientiert wird. 954

Es wurde die **Empfehlung** gegeben, sich mit der **Kämmerei** in Verbindung zu setzen, um sicherzustellen, dass die **Buchung** im städtischen **Haushalt korrekt** dargestellt wird. 955

Das **Bundesamt** teilte am 08.07.2025 im Widerrufs-, Erstattungs- und Zinsfestsetzungsbescheid zur Zwischen Verwendungsnachweisprüfung 2022 mit, dass „die **unverbrauchten Mittel** in Höhe von **14.090,51 Euro** an den Bund“ mit „Wertstellung zum 20.01.2023“ an den Bund **zurückgezahlt** wurden. 956

Ein durch **Widerruf** für die Vergangenheit entstandener weiterer **Erstattungsbetrag** in Höhe von 290,15 Euro sowie entstanden Zinsen in Höhe von 108,80 Euro (insgesamt also **398,95 Euro**, AO2000000091882)) wurden ebenfalls an die Bundeskasse **zurückgezahlt**. Dieser Betrag musste buchungsbedingt dem Haushaltsjahr 2025 zugeordnet werden. 957

Des Weiteren ist ein **reger schriftlicher Austausch** zwischen **Fachstelle** und **Bundesamt** im Ordner abgelegt, um **Unklarheiten**, die bei der Einreichung der **Abrechnung** bzw. bei der Beibringung erforderlichen Unterlagen entstanden sind, **zu klären**. 958

Wir haben die **Buchungen** in SAP/enaio **nachvollzogen**. 959

Ergebnis: Die erhaltenen Zuwendungen waren nachvollziehbar. 960

i) Prüfung der Weiterleitung und Verwendung der Mittel an bzw. durch Dritte

Die Ziffer IV, Absatz 2 der **Förderrichtlinie** regelt, dass 961

- es sich bei den Letztempfänger_innen „grundsätzlich [um] juristische Personen des öffentlichen Rechts bzw. juristische Personen des Privatrechts“ handelt.

Bereich	Einzelmaßnahme	Letztempfänger
(externe) Koordinierungs- und Fachstelle -	Personalkosten	Kreisjugendring Esslingen e.V.
Aktions- und Initiativfonds	Ich, Bonhoeffer Teil 2 (A0175-001)	Bürgerstiftung Ostfildern
	Das Herz eines Boxers (A0175-002)	JoBo Jugendbühne und Junge Bühne Ostfildern
	Sag deine Meinung! (A0175-003)	Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern (KiJu)
	Oster-Lern-Treff (A0175-004)	Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern (KiJu)

Bereich	Einzelmaßnahme	Letztempfänger
	Begegnungsräume (A0175-005)	Kinder- und Jugendförderung Ostfildern (KiJu)
	Kunst und Begegnung (A0175-006)	Kinder- und Jugendförderung Ostfildern (KiJu)
	Begegnung durch Spiel und Bewegung (A0175-007)	Kinder- und Jugendförderung Ostfildern (KiJu)
	Kreativität und Sprache (A0175-008)	Kinder- und Jugendförderung Ostfildern (KiJu)
	Sprach-Spiel (A0175-009)	Kinder- und Jugendförderung Ostfildern (KiJu)
	Ukraine Unites People (A0175-010)	Freundeskreis Asyl e.V.
	Lümmel – eine tierische Freundschaft (A0175-011)	Schule im Park
	Glücksreiter HPZ (A0175-012)	HPZ Therapeutisches Reiten gGmbH
Jugendfonds	Antirassistisches und inklu- sives Theatertraining (A0175-001JF)	JuBo Junge Bühne und Ju- gendbühne Ostfildern

Ergebnis: Die **Bedingung** wurde **eingehalten**.

962

j) Prüfung der Beleglisten

Die **Beleglisten** aller Projekte wurden überblicksartig **gesichtet**. Diese enthalten eine Übersicht über die einzelnen Einnahmen und Ausgaben in chronologischer Reihenfolge sowie die rechtsverbindliche Unterschrift für die Richtigkeit der gemachten Angaben.

963

Dadurch, dass **unterschiedliche Personen** für das Ausfüllen dieser Beleglisten **verantwortlich** sind, ist die **ausfüllende Art und Weise auch unterschiedlich**. So finden sich händische Nachtragungen. Des Weiteren werden bei einigen Beleglisten die Auszahlungen mit negativem Vorzeichen geführt, bei anderen Beleglisten sind die Einzahlungen im Minus. Auch fehlt beim Projekt 007 die Belegliste.

964

Es empfiehlt sich daher auf **eine einheitliche Darstellung** der **Beleglisten** zu achten.

965

Die **Beleglisten der Projekte** wurden ebenso **mit** den sich im Ordner befindlichen **Belegen verglichen**.

966

Bei den folgenden Projekten ergaben sich **Bemerkungen**:

967

A0175-001 Ich, Bonhoeffer Teil 2

968

Die Belege wurden nicht fortlaufend nummeriert. Die eingetragene Belegnummer in der Belegliste ergibt sich aus der jeweiligen Rechnungsnummer auf den Belegen.

A0175-002 Das Herz eines Boxers	969
Die Belege waren nicht lt. Belegliste nummeriert. Von den 54 eingetragenen Belegen der Belegliste waren nur 7 im Ordner abgelegt.	
A0175-003 Sag Deine Meinung!	970
Die Belege waren anders nummeriert als in der Belegliste angegeben.	
A0175-012 Glücksreiter	971
Ein Beleg in Höhe von 4.800 Euro für die Leistungen des hpz war weder nummeriert noch in die Belegliste eingetragen.	
Ergebnis: Es ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen . Allerdings sollte auf eine sorgfältigere Prüfung geachtet werden.	972
Insbesondere wurde geprüft , ob bei getätigten Auszahlungen Gegenstände mit einem Wert ab 800,00 Euro zzgl. MwSt. (Nettopreis) beschafft wurden. Diese sind einzeln in die Inventarisierungsliste im Förderportal zu erfassen. Die Übersicht ist dem BAFzA im Rahmen des Verwendungsnachweises auch einzureichen, wenn keine Investitionen getätigt worden sind (s. Zuwendungsbescheid S. 5, Nr. 2).	973
Ergebnis: Laut Beleglisten wurde kein Gegenstand mit einem Wert ab 800 Euro netto angeschafft . Die Inventarliste muss nach den Vorgaben im Zuwendungsbescheid trotzdem im Förderportal erfasst werden. Eine Kopie der Inventarisierungsliste (Bestätigung, dass keine Güter im Bewilligungszeitraum angeschafft wurden) war im Ordner abgelegt.	974
k) Belegprüfung in Stichproben und Schwerpunkten	
<u>(externe) Koordinierungs- und Fachstelle</u>	
Die externe Koordinierungs- und Fachstelle wurde durch Personal vom Kreisjugendring Esslingen e. V. (KJR) ermöglicht. Hierfür wurden anteilige Personalkosten sowie Verwaltungs- und Büroausstattungskosten erstattet.	975
Die In-Rechnung-Stellung der Personalkosten gegenüber der Stadt Ostfildern erfolgte bis zum Jahr 2019 in untypischer Weise mittels drei Rechnungen. Hierbei werden jeweils zum einen Ist-Werte von bereits abgerechneten Monaten (z. B. Juni, Juli) sowie Hochrechnungen auf kommende Monate (z. B. August) geltend gemacht. Damit sind bei der nachfolgenden nächsten Abrechnung die Beträge der Hochrechnung entsprechend zu korrigieren.	976
In seinem Schreiben vom 16.12.2019 teilte der KJR mit, dass er „ab 2020 den Mittelabruf quartalsweise ohne Hochrechnung stellen wird, um Korrekturen entsprechend zu vermeiden .“	977
Auch im Jahr 2022 stelle der KJR die Rechnungen quartalsweise ohne Hochrechnung. Nur die Mittelanforderung Oktober bis November wurde mit einer Hochrechnung für den Monat Dezember gestellt. Weiter wurde in dieser Abrechnung eine Korrektur durch eine seit Juli 2022 auszufahrende neue Zulage SuE ausgewiesen.	978

Zum **Jahresende** hin erfolgte die letzte Korrektur für den Monat Dezember in Höhe von 35,58 Euro. 979

Es ergibt sich ein **Gesamtbetrag** von **35.081,34 Euro**. 980

Laut **zahlungsmäßigen Nachweises** wurden **61.971,70 Euro** ausgewiesen. Wir konnten die Zahlungen in SAP/enaio nachvollziehen. 981

Ergebnis: Es ergaben sich **keine Beanstandungen**. 982

Aktions- und Initiativfonds

Im Aktions- und Initiativfonds wurden laut zahlenmäßigen Nachweis bei den **12 Projekten** insgesamt Zuschüsse von **40.727,18 Euro** ausbezahlt. Bewilligt wurden ursprünglich 50.135 Euro. 983

Die Projekte wurden in **Stichproben** gesichtet. Dabei fiel uns auf: 984

A0175-001 Ich, Bonhoeffer Teil 2 985

Das Projekt der Bürgerstiftung wurde mit 15.000 Euro gefördert. Die Belege wurden nicht fortlaufend nummeriert. Die eingetragene Belegnummer in der Belegliste ergibt sich aus der jeweiligen Rechnungsnummer auf den Belegen.

A0175-002 Das Herz eines Boxers 986

Das Projekt der Jugendbühne wurde mit 8.000 Euro gefördert. Die Belege waren nicht laut Belegliste nummeriert. Von den 54 eingetragenen Belegen der Belegliste waren nur 7 im Ordner abgelegt.

A0175-003 Sag Deine Meinung! 987

Für das Projekt der Kinder- und Jugendförderung Ostfildern wurden 3.870 Euro bewilligt und nach Abrechnung 3.860,50 Euro ausbezahlt. Die Belege waren anders nummeriert, als in der Belegliste angegeben. Weiter wurden die 140 Euro Fahrtkosten der Referentin nicht näher erläutert, sondern pauschal abgerechnet. Da keine gefahrenen km ersichtlich sind, kann nicht beurteilt werden, ob das Reisekostenrecht Anwendung gefunden hat.

A0175-004 Oster-Lern-Treff 988

Das Projekt der Kinder- und Jugendförderung Ostfildern wurde mit 980 Euro bewilligt und mit 543,53 Euro abgerechnet und ausbezahlt. Laut Belegliste wurden 240 Euro für Honorare und 303,53 Euro für Verpflegung ausgegeben.

A0175-005 Begegnungsräume 989

Für das Projekt der Kinder- und Jugendförderung wurden 1.800 Euro bewilligt und 639,79 Euro ausbezahlt. Im Prüfvermerk ist erläutert, dass durch geringere Teilnahme das Projekt statt 5 Tage pro Woche nur an 2 Tagen pro Woche angeboten wurde. Dadurch haben sich die Kosten erheblich gesenkt. Es wurden 48,20 Euro für Fahrtkosten ÖPNV, 174,40 Euro für Sachmittel und 417,19 Euro für Verpflegung ausgegeben.

A0175-006 Kunst und Begegnung 990

Von den ursprünglich bewilligten 675,00 Euro für das Projekt der Kinder- und Jugendförderung wurden nach Abrechnung 555,81 Euro überwiesen.

A0175-007 Begegnung durch Spiel und Bewegung	991
Von den 1.350 Euro Fördermittel an die Kinder- und Jugendförderung wurden 1.077,92 Euro ausbezahlt. Aus den Erläuterungen im Prüfvermerk ist ersichtlich, dass aufgrund schlechten Wetters nur 7 anstatt 10 Terminen stattgefunden haben und sich die Honorarkosten reduzierten.	
A0175-008 Kreativität und Sprache	992
Lt. Bewilligungsbescheid wurden 1.950 Euro für das Projekt bewilligt, dann aber nur 1.843,46 Euro abgerechnet und ausbezahlt.	
A0175-009 Ukraine Unites People	993
Für das Projekt des Freundeskreis Asyl wurden 7.800 Euro bewilligt. Einer ersten Teilzahlung in Höhe von 4.000 Euro standen Ausgaben in Höhe von 1.316,20 Euro gegenüber. Der Differenzbetrag in Höhe von 2.683,80 Euro wurde mit 2 Auszahlungsabsetzungsanordnungen (2.638,80 Euro und 45 Euro) gebucht (Betragskorrektur durch Tippfehler). Laut Prüfvermerk organisierte die Projektgruppe die Referenten und Dolmetscher selbst, so dass dadurch Kosten reduziert wurden. Eine geplante Exkursion ist demnach entfallen. Die Belegliste mit 60 Posten wurde nicht auf dem eigentlichen Formblatt eingetragen. Es fanden sich keine Kopien der Belege im Ordner.	
A0175-010 Sprach-Spiel	994
Von den ursprünglich geförderten 1.790 Euro des Projekts der Kinder- und Jugendförderung wurden 1.054,04 Euro abgerechnet und ausbezahlt.	
A0175-011 Lümmel – eine tierische Freundschaft	995
Für das Projekt der Schule im Park wurden 1.100 Euro gefördert und ausbezahlt.	
A0175-012 Glücksreiter	996
Für das Projekt der HPZ Therapeutisches Reiten gGmbH wurden 5.820 Euro bewilligt. Nach Abrechnung wurden 5.735,93 Euro ausbezahlt. Die 2 Rechnungen über Getränke wurden mit 70 Euro (Beleg 1) bzw. 48 Euro (Beleg 2) in die Belegliste eingetragen. Die beiden „Rechnungen“ sind unseres Erachtens eher als Lieferscheine zu betrachten. Die eingetragenen Zahlen/Werte trugen kein Währungszeichen und waren in Teilen auch unleserlich. Es wurde weder Pfand noch die MwSt. ausgewiesen. Ein weiterer Nachweis für Verpflegung stammt von einem Lebensmittelmarkt im 190 km entfernten Oberallgäu. Die Hauptkosten betrugen 4.800 Euro für die Leistungen des hpz. Dieser Beleg war weder nummeriert, noch in die Belegliste eingetragen.	
<u>Jugendfonds</u>	
Laut Zahlungsmäßigen Nachweis wurde für den Jugendfonds 2.500,00 € ausgegeben.	997
Es handelt sich nur um ein Projekt:	998
• AO175-001JF Antirassistisches und Inklusives Theatertraining, Lt. Zuwendungsbescheid wurden 2.500 Euro bewilligt und ausbezahlt.	
Ergebnis: Es ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen . Allerdings sollte mehr Sorgfalt auf die Vollständigkeit der eingereichten Belege gelegt werden.	999

Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit

Für **Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit** wurden laut zahlungsmäßigen Nachweises insgesamt 4.145,00 € verausgabt. 1000

Im Ordner waren Kopien von 9 Auszahlungsbelegen in Höhe von insgesamt 4.145,00 Euro abgelegt. Der höchste Betrag mit 1.080,00 Euro fiel für die Raummiete anlässlich der Demokratiekonferenz an. Weiter fanden sich noch Rechnungen für Honorar, Druck- und Designkosten sowie für Verpflegung. Wir haben die Buchungen in SAP/enaio nachvollzogen. 1001

Ergebnis: Es ergaben sich **keine Beanstandungen**. 1002

Sonstiges

Laut den Beleglisten und Prüfvermerken der einzelnen Projekte wurden **Reisekosten** Jahr 2022 nur beim Projekt 1003

- A0175-003 in Höhe von 140 Euro abgerechnet. Es war kein Nachweis über die Entfernungskilometer vorhanden.

Ergebnis: Es kann nicht beurteilt werden, ob das Reisekostenrecht mit der berechneten Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,30 Euro pro km angewendet wurde, da die Summe pauschal abgerechnet wurde. 1004

I) Sachbericht

Gemäß Ziffer 5.5 der Leitlinie Förderbereich A beinhaltet der Verwendungsnachweis auch einen **Sachbericht**. Dieser muss **Aussagen** zur **Projektwirkung** und zur **Zielerreichung** treffen. 1005

Die Verwendung der Zuwendungen sowie die dadurch **erzielten Ergebnisse** sind darzustellen und den **vorgegebenen Zielen gegenüberzustellen**. 1006

Des Weiteren ist auf die **wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises** einzugehen sowie die **Notwendigkeit und Angemessenheit** der geleisteten Arbeit **zu erläutern**. 1007

Die 14-seitige Kopie des **Sachberichts mit Datum vom 18.09.2023 lag zur Prüfung vor**. 1008

Die entsprechend **vorgeschriebene Gliederung** wurde **eingehalten**. 1009

Die **unterschiedlichen Projekte** wurden auf ihre **Wirksamkeit**, ihren **Beitrag zur Zielerreichung** sowie ihrer **Wirtschaftlichkeit** hin beleuchtet. 1010

Die **erzielten Ergebnisse** wurden **dargestellt** sowie die **Notwendigkeit und Angemessenheit** der Ausgaben **erläutert**. 1011

Auf die **wichtigsten Positionen** des zahlenmäßigen Nachweises wurde **eingegangen**. 1012

Ergebnis: Es ergeben sich **keine Beanstandungen**. 1013

m) Zusammenfassendes Prüfungsergebnis

Der **Verwendungsnachweis** wurde geprüft. 1014

Die Prüfung des **zahlenmäßigen Nachweises** führte zu **keinen wesentlichen Beanstandungen**. 1015

Es wird bestätigt, dass 1016

- die Bundesmittel ordnungsgemäß verwendet wurden,
- nach dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verfahren wurde,
- die Angaben mit den Belegen und Büchern übereinstimmen.

Zu der Frage, ob das **Reisekostenrecht** Anwendung gefunden hat, konnte **keine Aussage** getroffen werden, da bei dem einzigen Projekt, wo diese ausgewiesen wurden, die Reisekosten nur pauschal mit 140 Euro abgerechnet wurden. 1017

Der **Sachbericht** wurde durch die kommunale Prüfeinrichtung geprüft. Es ergaben sich **keine Beanstandungen**. 1018

8. Zuwendungsprüfungen

In manchen Fällen sehen staatliche Zuwendungsbescheide eine Verpflichtung vor, wonach die örtliche Prüfungseinrichtung also das Rechnungsprüfungsamt die **ordnungsgemäße Verwendung des Zuschusses** zu prüfen und zu **bestätigen** hat. 1019

Diese Aufgabe ist unter den **sonstigen vorbehaltenen Prüfungen**, die dem Rechnungsprüfungsamt mit Gemeinderatsbeschluss übertragen wurden, zu sehen. 1020

Unabhängig davon ist der **Zuwendungsgeber** jederzeit berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Unterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung auch im Rahmen einer begleitenden und/oder abschließenden Erfolgskontrolle durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. 1021

Beispielhaft wird eine wesentliche und bedeutsame, **durchgeführte Zuwendungsprüfungen** im Prüfungszeitraum nachfolgend kurz dargestellt. 1022

Ausstattung der Grundschulen

Die beschafften Ausstattungsgegenstände reichen vom Mobiliar bis zur Technik jeweils in den sechs Grundschulen: 1023

- Grundschule Ruit
- Klosterhofschule Nellingen
- Lindenschule Parksiedlung
- Wasenäckerschule Scharnhausen
- Pfingstweideschule Kemnat
- Schule im Park Scharnhauser Park

Bei einer **Vielzahl von Belegen** oblag es dem Rechnungsprüfungsamt zu bestätigen, dass die Ausgaben mit den Büchern übereinstimmen. Und des Weiteren die Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit zu bestätigen. 1024

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**. 1025

Im Zuge dieser Prüfung wurde mit der Finanzverwaltung auch über die **Abgrenzung von investiven Vorhaben** diskutiert, ausgelöst durch einen konkreten Beleg bei dem durch den auf den Listenpreis gewährten Rabatt, der Endwert unter die 1.000 €-Grenze fiel. 1026

Eine in der **Praxis öfters anzutreffende Argumentation** ist, dass die **in der Vergangenheit gewährten Rabatte**, ob der **Unsicherheit der wiederholten Gewährung**, bei den Anschaffungskosten **nicht zu berücksichtigen seien**. 1027

Das Rechnungsprüfungsamt verwies darauf, dass nach § 44 Abs.1 Satz 3 GemHVO die **Anschaffungskosten, um Preisnachlässe zu vermindern sind**. Hierzu zählen z. B. Rabatte, Skonti und Boni (vgl. Bilanzierungs-Leitfaden). Die Finanzverwaltung hat eine **entsprechende Berücksichtigung** bei der Handhabung **zugesagt**. 1028

9. Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit und nachhaltige Beschaffung

Das Rechnungsprüfungsamt hatte zuletzt in seinem Schlussbericht über die örtliche Prüfung 2014 über den Stand der Umsetzung des Beschlusses des Gemeinderats zum Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit und nachhaltiger Beschaffung bei der Stadtverwaltung, ihren Einrichtungen und den Eigenbetrieben **berichtet**. 1029

Damals konnte zusammenfassend festgestellt werden: „dass der Prozess „Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit“, „fairer Handel“ und „nachhaltige Beschaffung“ den der Gemeinderat 2010 mit seinem Grundsatzbeschluss in Gang gesetzt hat, nach wie vor vorankommt. Wichtig ist dabei nicht die große Aktion, sondern es sind eher die kleinen Schritte, die zielführend sind.“ 1030

Seit damals hat sich einiges getan, nicht zuletzt haben sich die **Rahmenbedingungen** und die **Akzeptanz** des Themas deutlich **verbessert**. Im Folgenden soll auf ausgewählte Punkte eingegangen werden und nicht zuletzt wird das Thema weiterhin **regelmäßig** Gegenstand der **Prüfung und aktiver Beratung** durch das Rechnungsprüfungsamt sein. 1031

Die Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (**VwV Beschaffung**) vom 24. Juli 2018 wird den Kommunen **zur Anwendung empfohlen**. Die VwV Beschaffung ermöglicht es, bei Beschaffungen deutlich stärker als bisher **qualitative, innovative, soziale, umweltbezogene und wirtschaftliche Aspekte** in den Vordergrund zu rücken. Konkret heißt dies, dass bei Beschaffungen zum Beispiel umweltgerechte Aspekte wie die Beschaffung von Recyclingpapier, Biolebensmitteln, energieeffizienten und klimaschützenden Waren sowie lärm- und schadstoffarmen mobilen Maschinen und Geräten eine gewichtigere Rolle spielen. Außerdem werden soziale Aspekte wie die Förderung der sozialen Integration und der Gleichstellung, ILO-Kernarbeitsnormen und fair gehandelte Produkte berücksichtigt. 1032

In Ostfildern gelten die **Dienstanweisung** für **umweltfreundliche Beschaffungen** und die **Dienstanweisung** zum **Kauf fair gehandelter Waren** nach wie vor. 1033

Im Mai 2015 wurde der Stadt Ostfildern erstmals der Titel „**Fairtrade Town**“ verliehen. Dies setzt voraus, dass fünf Kriterien erfüllt sind: 1034

- **Gemeinderatsbeschluss**
- Bildung einer **Steuerungsgruppe**
- Fairtrade **Produkte** im Sortiment bei vielen Einzelhändlern und Gastronomen (Der Einkaufsführer "Ostfildern kauft fair!", ist im März 2019 bereits in dritter erweiterter Auflage erschienen.)
- Engagement der **Zivilgesellschaft**, weitere öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Vereine und Kirchengemeinden sind eingebunden
- **Öffentlichkeit** u.a. wöchentliche Rubrik in der Stadtrundschau

Alle zwei Jahren wird seither **überprüft**, ob Ostfildern noch alle **Kriterien** für diesen Titel **erfüllt**. Da dies der Fall ist, darf sich die Stadt **weiterhin Fairtrade Town** nennen. 1035

Mit dem **Lieferketten(sorgfaltspflichten)gesetz** wird ab 01.01.2023 ein weiterer Schritt getan. 1036

10. Behördlicher Datenschutzbeauftragter

a) Grundlagen

Mit Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters vom 19. September 1989 wurde dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes die **Funktion des örtlichen Datenschutzbeauftragten** übertragen. 1037

Es handelt sich dabei insbesondere um folgende **Aufgaben**: 1038

- Beurteilung von Grundsatzfragen
- Koordination von Maßnahmen des Datenschutzes
- Information der städtischen Mitarbeiter
- Federführender Schriftverkehr mit dem/der Landesbeauftragte/n für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Baden-Württemberg
- Erteilung von allgemeinen und amtsübergreifenden Auskünften im Sinne von § 12 LDSG an Betroffene

Der Datenschutzbeauftragte hat **Kontrollbefugnisse**. Er kann jederzeit alle Bereiche der Stadtverwaltung daraufhin kontrollieren, ob die Belange des Datenschutzes und der Datensicherheit eingehalten werden. 1039

Die **Fachbereiche und Einrichtungen** haben den Datenschutzbeauftragten zu unterstützen und auf Verlangen Zutritt zu allen Räumen und Einsicht in sämtliche Unterlagen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in Dateien zu gewähren. 1040

Beanstandungen teilt der Datenschutzbeauftragte den betroffenen Fachbereichen und Einrichtungen mit. Werden Beanstandungen anerkannt, ist schriftlich darzulegen, wie sie ausgeräumt werden. Bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten kann der Datenschutzbeauftragte beratend mitwirken. 1041

Werden Beanstandungen oder Empfehlungen nicht anerkannt, so ist dies schriftlich zu begründen. Der Datenschutzbeauftragte kann sich an die **Verwaltungsführung** wenden, mit der Bitte, die Aufklärung der Beanstandung zu veranlassen. 1042

Der Datenschutzbeauftragte hat kein Weisungsrecht. Die **Verantwortung der Fachbereiche und Einrichtungen für den Datenschutz** bleibt durch die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten unberührt, ebenso die Verantwortung für eine ständige Verbesserung des Datenschutzes im eigenen Bereich. 1043

Zur Aufgabe des Datenschutzbeauftragten gehört auch die Vorbereitung von **Stellungnahmen** der Stadt zu Anfragen des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI). 1044

b) Datenschutzfragen

Im Berichtszeitraum ergaben sich wiederum eine Vielzahl von **konkreten Fragenstellungen** 1045 zum Datenschutz.

Um zum einen einen **Überblick** zu geben und zum anderen **nicht übermäßig** „seitenlang“ zu 1046 **berichten** werden nachstehend die **Themenstichworte** aufgeführt:

- Prüfung von Vertragswerken hinsichtlich der darin enthaltenen Datenschutzregelungen
- Prüfung, ob eine Auftragsdatenverarbeitung vorliegt, d.h. Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung von personenbezogenen Daten durch einen Auftragsverarbeiter gemäß den Weisungen des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen (Stadtverwaltung) oder ob Dienstleister nicht als „verlängerter Arm“ tätig wird
- Prüfung, welche Aufbewahrungsfristen für Corona-Testnachweise gelten und wie mit den Nachweisen weiter zu verfahren ist (datenschutzkonformes Löschen beachten)
- Datenschutzrechtliche Hinweise zur amtlichen Bekanntmachung zur Datenerhebung und Verarbeitung für die Kommunale Wärmeplanung
- Anforderungen zum Datenschutz bei Heimarbeit seitens eines Beschäftigten von einem Dienstleister mit Auftragsverarbeitungsvertrag
- Einwilligung zur Datenverarbeitung der Erhebungsbeauftragten für den Zensus
- Voraussetzungen zur Weitergabe von Kontaktdaten eines Bewohners aufgrund verursachten Wasserschadens
- Auswertungen über die Gleitzeitkonten der Mitarbeitenden für den Personalrat
- Prüfung einer Videoüberwachung des stark beschädigten Blitzeranhängers
- Umgang mit den neuen Datenschutzrichtlinien des KVBW; Hinweise bezüglich der Datenweitergabe an die städtische Abrechnungsstelle KVBW
- Datenschutzinformationen zur Datenerhebung im Anmeldeheft Kita
- Erlaubnis zur Weitergabe einer Liste über alle Beschäftigten, die in Teilzeit sind
- Weitergabe von FULK-Daten
- Umgang mit einer unerlaubter Foto-Aufnahme; ein Zensus-Auskunftspflichtiger hat während der Befragung ungefragt ein Foto des Personalausweises des Erhebungsbeauftragten aufgenommen
- Regelung zu Zugriffsrechten in Enaio zu digitalen Fachakten
- Prüfung und datenschutzrechtliche Freigabe zur Sitzungsprotokollierung durch Spracherkennungssoftware
- Angebliche Verletzung datenschutzrechtlicher Belange im Zusammenhang mit der Übermittlung von einem Online-Zugang (QR-Code)
- Aufzeigen einer datenschutzkonformen Vorgehensweise zur Überprüfung der personenbezogenen Schlüssel-Berechtigungen

c) Ausblick

Insgesamt lässt sich eine **Zunahme von datenschutzrechtlichen Fragen** im Vergleich zu den letzten Jahren verzeichnen, insbesondere auch durch die Einführung und Umsetzung der europäischen **Datenschutz-Grundverordnung** (EU-DSGVO) zum 25. Mai 2018. 1047

Aus der EU-DSGVO entstehen viele **neue Aufgaben**, wie bspw. das Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten oder die Dokumentation der technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM) oder das Datenauskunftsrecht. Hinzu kommt die **Überarbeitung und Anpassung** vieler bislang schon verwendeter Formulare und Datenschutzinformationen, Einwilligungserklärungen, Benutzungsordnungen und Verträge zur Auftragsdatenverarbeitung. 1048

VII. Einzelne Prüfungsfeststellungen – Allgemeine Verwaltung –

1. Prüfung des internen Kontrollsystems (IKS)

Nach § 10 der Gemeindeprüfungsordnung soll auch das Interne Kontrollsystem (IKS) **Gegenstand der Prüfung** sein. 1049

Das IKS stellt die **Gesamtheit aller Grundsätze, Methoden und Verfahren**, sowie angeordneten Vorgänge und Maßnahmen dar, die zur **Überwachung einer Organisation** eingesetzt werden, damit die **Sicherstellung** der 1050

- Effektivität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Prozessen,
- Verlässlichkeit der Daten des Finanz- und Rechnungswesens,
- Recht- und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns,

gewährleistet wird.

Wesentliche **Grundlagen** eines IKS sind die folgenden **Prinzipien**: 1051

- Prinzip der **Transparenz**: Es müssen Prozesse für Sollkonzepte etabliert sein, die es einem Außenstehenden ermöglichen, zu beurteilen, inwieweit Beteiligte konform zu diesem Sollkonzept arbeiten. Gleichzeitig wird dadurch die Erwartungshaltung der Organisationsleitung definiert. 1052
- Prinzip der **Zwei Personen / Vier Augen**: Eine einzelne Person darf nicht allein verantwortlich für einen Prozess sein. Vielmehr müssen fachlich dazu ausreichend geeignete Personen den Vorgang bearbeiten, um mögliche Abweichungen und Kontrollschwächen zu erkennen und auszuschalten. 1053
- Prinzip der **Funktionstrennung**: Es ist eine Trennung zwischen Auftragserfüllung (operative Verantwortung) und Auftragskontrolle (Soll-Ist-Vergleich) etabliert. 1054
- Prinzip der **Mindestinformation**: Für die Beschäftigten sind nur diejenigen sensiblen Daten verfügbar, die sie für ihre Arbeit brauchen (insbesondere durch technische und organisatorische Sicherungsmaßnahmen). 1055

Ein funktionierendes IKS reduziert das **Risiko von Fehlern** und dient der **Abwehr von Schäden**, die durch das eigene Personal oder böswillige Dritte verursacht werden können. 1056

Die **Prüfung des IKS** erfolgt in zwei Schritten. Im Rahmen der **Aufbauprüfung** des IKS ist zu beurteilen, ob das IKS **angemessen** ausgestaltet und aufgebaut ist. Bei der anschließenden **Funktionsprüfung** wird geprüft, inwieweit das System auch in der geplanten Form praktiziert wird und ob die Maßnahmen **wirksam** sind. 1057

Im Rahmen der Aufbauprüfung müssen die **eingerichteten Kontrollen identifiziert** werden und auf ihre **Angemessenheit und Wirksamkeit** geprüft werden. Dabei sind zunächst die **typischen Bereiche**, in denen eine IKS notwendig ist, zu identifizieren. Neben der **Finanz- und Anlagenbuchhaltung** gehören dazu bspw. auch die **Beschaffungsprozesse** (inkl. der Vergabe von Aufträgen). 1058

Danach sind innerhalb der Bereiche die **Prozesse zu beschreiben**, ehe die **Risiken** zu erkennen, 1059
zu bewerten und zu steuern sind. Hierzu werden **Kontroll-Matrizen** aufgestellt, die Antworten
auf alle wesentlichen Fragen liefern sollen.

Im Rahmen der Funktionsprüfung soll festgestellt werden, ob die **Regelungen** in der Praxis 1060
gelebt werden, die **Kontrollmaßnahmen** regelmäßig **durchgeführt und dokumentiert** werden,
kurzum ob die **Wirksamkeit** der Kontrollen **gegeben** ist.

Insoweit ist das IKS inhaltlich nichts Neues, sondern oftmals schon vorhanden. Neu ist jedoch 1061
die **dezidierte Darstellung** durch ein bewusstes Hinterfragen nach den Risiken und deren vor-
beugenden Behandlung. Dabei sollte eine zu intensive Beschäftigung mit sich selbst, ganz im
Sinne der Sicherstellung der Effektivität und Effizienz vermieden werden.

Das IKS wurde in der **diesjährigen Prüfung** bei ausgewählten Prüfungssegmenten wie bspw. 1062
Buchungsvorgängen bei der Anlagenbuchhaltung oder Finanzbuchhaltung sowie auch bei der
Personalprüfung bereits berücksichtigt.

Das Rechnungsprüfungsamt wird die **Thematik** in den nächsten Prüfungen sukzessive weiter 1063
auf- und ausbauen.

2. Personalprüfung

Bei der Personalprüfung geht es schwerpunktmäßig um die Auseinandersetzung mit **arbeitsrechtlichen, beamtenrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Themen**, die in der Personalarbeit anzutreffen sind. 1064

Die Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst umfassen im Wesentlichen zwei große Arten von Rechtsverhältnissen, zum einen öffentlich-rechtlicher Natur für **Beamtinnen und Beamte** sowie zum anderen privatrechtlicher Natur für **Tarifbeschäftigte**. 1065

Mithin sind die **Personalaufwendungen einer der größten Ausgabepositionen** des Haushalts. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in ihrem letzten Prüfungsbericht darauf hingewiesen, dass „finanzwirtschaftlich bedeutsame Verwaltungsvorgänge deutlich stärker als bisher in die örtliche Prüfung einzubeziehen (v. a. Personalwesen, ...)“ sind. 1066

a) Hinweise und letzte Prüfung

Ursprünglich war das Prüfungsthema **Langzeitkonten** für den Bereich der Beschäftigten und der Beamten im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses **2021** vorgesehen. Durch die dann **vorgegebene parallele Prüfung** der **beiden** Jahresabschlüsse 2021 und 2022 wurde eine **Aufteilung** der Beschäftigungsgruppen **vorgenommen**. 1067

Für das Prüfungsjahr 2021 waren dies dann die Gruppe der Beschäftigten und für das **Prüfungsjahr 2022 die Gruppe der Beamten**. 1068

Die **letzte Prüfung** des Personalwesens fand im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses **2021** statt. Das Prüfungsthema war ebenfalls das Einrichten und Verwalten des **Langzeitkontos** im Bereich der **Beschäftigten**. Der Bericht ging den Zentralen Diensten/Personaldiensten am **01.06.2026** über den Oberbürgermeister zu. Eine erforderliche Stellungnahme konnte aufgrund der zeitlichen parallelen Prüfung der Haushaltsjahr 2021 und 2022 **noch nicht abgegeben** werden. 1069

b) Prüfungsgegenstand und Prüfungsumfang

Im Prüfungsjahr **2022** wurde der **Schwerpunkt** auf das Prüfungsthema „**Langzeitkonto**“ im Bereich der Gruppe der **Beamten** gelegt. 1070

Es wurde geprüft, ob die **Dokumentation** über das Einrichten eines Langzeitkontos und die Anträge über Entnahmen bzw. Zugänge **vorhanden** sind und die **Vorgaben** der **Dienstvereinbarung** über die Flexibilisierung der Arbeitszeit (Punkt 5: Langzeitkonto) **eingehalten** wurden. 1071

Des Weiteren wurden die von den Personaldiensten gelieferten (Stunden)-**Werte** der Excel-Tabelle mit den ermittelten Daten nach Aktenlage **verglichen**. 1072

Um das **Sichten** der oft über mehrere hundertseitigen Personalakten **effektiv** zu gestalten sowie die **Vorteile** der **Digitalisierung** zu nutzen, wurden die elektronischen Personalakten der **16 Beamten** mit dem **Begriff** „Langzeit“ **durchsucht** und die ersichtlichen **Daten und Werte** in eine **Bemerkungsspalte** in die bestehende Exceltabelle der Personaldienste **übertragen**. 1073

Ergaben sich **Unstimmigkeiten** zwischen Aktenlage und der von den Personaldiensten gelieferten Excel-Tabelle wurde auch die **gesamte Personalakte** gesichtet. 1074

Um die **Prüfung des Vorjahres** (2021 Langzeitkonten Beschäftigte) auf das Prüfungsjahr 2022 auszuweiten, wurden weiter 1075

- der Stunden-**Übertrag** von 31.12.2021 auf den 01.01.2022 sowie
- die **Dokumentation** der **Zugänge und Abgänge** im Jahr 2022

der **71 Langzeitkonten** im Bereich der **Beschäftigten überprüft**.

Weiter wurde die **Dokumentation** der **5** im Jahr **2022 erstmalig** eingerichteten **Langzeitkonten** analog den **Kriterien** aus dem Prüfungsjahr 2021 **überprüft**. 1076

c) Rechtliche Grundlagen

(1) Städtische Dienstvereinbarung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit

Hinweis: zum 01.04.2026 wurde die o.g. Dienstvereinbarung **außer Kraft** gesetzt und durch eine **neue Dienstvereinbarung** „Arbeitszeit“ ersetzt. In dieser ist das Einrichten eines **Langzeitkontos nicht mehr vorgesehen**. Weiter gibt es eine Regelung für das letztmalige Übertragen von Stunden bis zum 30.06.2026. 1077

Für das **Prüfungsjahr 2022** war aber dennoch die unten aufgeführte **Dienstvereinbarung gültig** und wird deshalb erklärt. 1078

In der städtischen **Dienstvereinbarung** über die **Flexibilisierung der Arbeitszeit vom 01.05.2007** ist unter **Punkt 5** das **Langzeitkonto** geregelt. Sie gilt für **alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung**. 1079

Durch **individuelle Vereinbarung** zwischen Fachbereichsleiter/Verwaltungsführung und Mitarbeiter kann das normale **Zeitkonto** (Abweichungen zwischen Soll- und tatsächlicher Arbeitszeit) als **Langzeitkonto** weitergeführt werden. Diese Vereinbarung kann im städtischen Intranet abgerufen werden. Der **Antrag** kann **erst** gestellt werden, wenn der Mitarbeitende eine **Beschäftigungszeit von mindestens 6 Monaten erfüllt** hat. 1080

In das **Langzeitkonto** können auf **Antrag** des Mitarbeitenden **Zeitguthaben** aus dem Zeitkonto und Überstunden **eingestellt** werden. Das **Volumen** ist je Mitarbeitenden und Kalenderjahr auf **150 Stunden** begrenzt. 1081

Entnahmen von Zeitguthaben aus dem Langzeitkonto in Form der bezahlten Freistellung von der Arbeitsleistung können unter Berücksichtigung der betrieblichen Bedürfnisse aus folgenden **Gründen** vereinbart werden: 1082

- Vorzeitiger Übergang in den Ruhestand
- Persönliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- zu anderen Zwecken

Die **Entnahme** aus dem **Zeitkonto** kann nur in Höhe des jeweiligen Guthabens erfolgen. Im Falle persönlicher **Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen** kann mit dem Mitarbeitenden vereinbart werden, dass der **Saldo** aus dem **Langzeitkonto** für eine **bestimmte Dauer** bis zu **minus 300 Stunden unterschritten** werden darf. Gleichzeitig ist **festzulegen**, bis wann das **Langzeitkonto** wieder **auszugleichen** ist. 1083

Der **Entnahmezeitpunkt** und die **Dauer** werden zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten **vereinbart** und über die Zentralen Dienste **dokumentiert**. Die **Ankündigungsfrist** muss der Entnahmedauer entsprechen. Sie beträgt **mindestens zwei Wochen, höchstens sechs Monate**. 1084



Wir möchten darauf **hinweisen**, dass die Dienstanweisung **formale Fehler** in der Struktur **enthält bzw. enthielt**. 1085

So ist z.B.

- in Punkt 5. Langzeitkonto im Abs. 5 der Hinweis auf die „Fehlzeiten nach Nr. 8 Abs. 3“ aufgeführt. Die laufende Nr. 8 „Regelungen der Zeiterfassung“ hat allerdings nur 2 Absätze. Der Hinweis sollte wahrscheinlich auf „Nr. 7 (Abwesenheitszeiten), Abs. 3“ lauten.
- im selben Absatz ist in Nr. 5 Abs. 5 erläutert „scheidet ein Mitarbeiter aus, gilt Nr. 5 Abs. 5 entsprechend“. Hier wird also in einem Absatz auf denselben Absatz verwiesen. Der Hinweis sollte wahrscheinlich auf „Nr. 4 (Zeitkonto) Abs. 5“ lauten
- in Punkt 7. Abwesenheitszeiten wird in allen 3 Absätzen auf den Punkt „Zeitkonto Nr. 5“ verwiesen. Der Punkt 5 trägt die Überschrift „Langzeitkonto“, die Regelungen für das Zeitkonto befinden sich in „Punkt 4“.
- in Punkt 4, Abs. 2, Buchstabe a) wird ebenfalls auf „Nr. 5 Abs. 3“ verwiesen.



Weiter fiel uns im **Oktober 2024** der Eintrag „Frist Langzeitkonto“ im internen städtischen „**Newsroom**“ sowie auch im „**Rathaus Intern**“ auf, indem darauf hingewiesen wurde, dass die Anträge für eine **Übertragung** von Stunden **aus dem Vorjahr bis zum 31.01. des Folgejahres** beantragt werden können. In der **Dienstvereinbarung** findet sich **kein Hinweis** zu dieser **terminlichen Regelung**. Auch der in einzelnen Personalakten ersichtliche interne Schriftverkehr der Personaldienste, dass z.B. nur „**volle Stunden**“ übertragen werden, ist in der o.g. Dienstvereinbarung **nicht** erwähnt. 1086

(2) Gesetzliche Regelung für die Beamten



Bei der Stadtverwaltung **Ostfildern** war es **bereits seit Einführung** der **Dienstvereinbarung** im Jahr **2005** für Beamte **möglich**, ein **Langzeitkonten** einzurichten und zu führen. Wir **hinterfragen** hier die generelle **Rechtsgrundlage**, da dies grundsätzlich erst seit dem Jahr 2020 für (Bundes)Beamte möglich war/ist. 1087

Mit der von der **Bundesregierung** am 16.12.2020 beschlossenen Änderung der **Arbeitszeitverordnung** (AZV) wird die **Attraktivität** des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber weiter erhöht. So können nun nach einer Pilotphase dauerhaft **Langzeitkonten** für **Beamtinnen und Beamte eingerichtet** werden. 1088

Einige **Kernpunkte** der Neuregelung in **§ 7a bis 7c AZV** sind:

1089

- Das Führen von Langzeitkonten erfolgt freiwillig und auf Antrag des Beschäftigten, sofern die Dienststellen diese anbieten.
- Auf dem Langzeitkonto kann Zeitguthaben bis zu 1.400 Stunden angespart werden.
- Angespart werden können **nur** Stunden, die durch eine freiwillige Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um bis zu drei Stunden bei erhöhtem Arbeitsanfall geleistet werden und/oder Ansprüche auf Dienstbefreiung von bis zu 40 Stunden Mehrarbeit pro Jahr.
- Der Ansparzeitraum ist nicht zeitlich begrenzt und die angesparten Stunden verfallen nicht.
- Die Entnahme des angesparten Zeitguthabens erfolgt durch finanziell abgesicherte Freistellung, die für einen zusammenhängenden Zeitraum von grundsätzlich höchstens 3 Monaten oder durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit möglich ist.
- Einzelheiten werden in Dienstvereinbarungen der Dienststellen geregelt.

Die **Voraussetzungen** für die **Einrichtung** eines Langzeitkontos für **Beamte** (des Bundes) sind 1090 somit **deutlich höher**, als der TVöD dies für die Gruppe der Beschäftigten ermöglicht.

Für Beamtinnen und Beamte in **Baden-Württemberg** ist ein allgemeines Lebensarbeitszeit- 1091 oder Langzeitkonto gesetzlich noch **nicht** umgesetzt.

d) Betrachtung der Langzeitkonten

Allgemeines

Nach der von den **Personaldiensten** zur Verfügung gestellten **Tabelle** führten im Jahr **2022** 1092 insgesamt **16 Beamte** ein **Langzeitkonto**.

Bei den **16 Beamten** waren zum **31.12.2022** insgesamt **5.588 Stunden** in den **Langzeitkonten** 1093 geführt. Nach den Unterlagen in der Personalakte war das **älteste Langzeitkonto** seit dem Jahr **2005** und das aktuellste seit dem Jahr **2022** angelegt.

Der Stand der im Langzeitkonto geführten Stunden lagen dabei in den **beiden Höchstwerten** 1094 bei **1.075 bzw. 1.130 Stunden** und im **niedrigsten** Wert bei **50 Stunden**.

Im Jahr **2022** wurden auf Antrag insgesamt **698 Stunden** von **6 Beamten** vom Gleitzeitkonto 1095 auf das jeweilige **Langzeitkonto übernommen**. Eine **Entnahme** aus den Langzeitkonten der Beamten fand im Jahr 2022 **nicht** statt.

Dokumentation in der Personalakte

Wir haben **überprüft**, ob die in der **Tabelle ausgewiesenen Stunden** in der elektronischen **Personalakte dokumentiert** sind und die Vorgaben der **Dienstvereinbarung** eingehalten wurden. 1096

Bei **einer Beamtin** war nach **Aktenlage unklar**, ob der **Antrag** der Mitarbeitenden vom 20.02.2014 auf Übernahme von 80 Stunden **für** das Jahr **2014** von den Personaldiensten dem Jahr 2013 **oder** 2014 zugeordnet wurde. Auf dem Hausbrief der Personaldienste an die Mitarbeitende ist **nicht vermerkt**, für welches Jahr der Übertrag erfolgte. Die anschließend abgelegte Vereinbarung trägt ebenfalls das Datum 20.02.**2014**. Allerdings ist ein handschriftlicher **Vermerk** der Personaldienste darauf „nach Rücksprache mit Frau G. **2013** zuordnen“. Wir baten die **Personaldienste** um **Aufklärung** und **Mitteilung**. 1097

Nach den von den Personaldiensten **vorgelegten Daten** der **Historie** des Langzeitkontos der Beamtin kann davon **ausgegangen** werden, dass die 80 Stunden **trotz des handschriftlichen Vermerks** der Personaldienste, **antragsgemäß** dem Jahr **2014 zugeordnet** wurden. 1098

In der Personalakte **einer Beamtin** wurde das **Langzeitkonto** im **Mai 2016** eingerichtet und **150 Stunden übertragen** (Hausbrief der Personaldienste an den Personalrat, Antrag der Beamtin und Genehmigung der Personaldienste). Des Weiteren findet sich auch noch **Schriftverkehr**, dass im Januar desselben Jahres **Mehrarbeit angeordnet** wurde und dass **190 Stunden (3.722,10 Euro)** zur **Auszahlung gekommen sind**. Diese geleistete Mehrarbeit fiel lt. Dokumentation im **Zeitraum** von **4 Monaten** an (01.05.-30.06.2016 = 98,5 Stunden; 01.09.2016-30.09.2016 = 42 Stunden und vom 01.10.2016-31.10.2016 = 49,5 Stunden). 1099



Folglich hätte die Beamtin in **einem Jahr** insgesamt **340 Stunden „Mehrarbeit“** geleistet und das bei einem **Beschäftigungsumfang** von **100%** mit 41 Wochenstunden. Dies entspricht einer Jahresarbeitszeit von 1.804 Stunden. Dies entspricht einer **Mehrleistung von 19 %**. 1100

Laut Aktenlage ist ersichtlich, das unterjährig durch regelmäßige **Abrechnungen** in Form von in **Beschäftigungsnachweisen** ausgewiesene **Zeitzuschläge** für Samstags-, Nacht-, und Sonntagsarbeit anfallen sind. 1101



Wir bitten um **Klärung bzw. Nachweis**, dass **kein Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz** bzw. alles korrekt abgewickelt wurde (d.h. sind die 190 Stunden wirklich zur Auszahlung bekommen und/oder wurden schlussendlich „nur“ 150 Stunden auf das Langzeitkonto übertragen?). 1102

Ausweitung der Prüfung 2021 auf die Beschäftigten 2022

Da die Jahresabschlüsse 2021 und 2022 **parallel** geprüft wurden, lagen auch die Daten für beide Jahre bereits zu Prüfungsbeginn vor. 1103

Deshalb wurde im **Nachgang** und als **Ausweitung** der Personalprüfung **2021** 1104

- der Stunden-**Übertrag** von 31.12.2021 auf den 01.01.2022 sowie
- die **Dokumentation** der **Zugänge und Abgänge** im Jahr 2022

auch im Bereich der **74 Beschäftigten überprüft**.

Die bereits im Prüfungsjahr **2021** festgestellten augenscheinlich bestehenden Differenzen des Stundenstandes bei 17 Beschäftigten werden von den Personaldiensten noch **aufgeklärt**. 1105

Weiter wurde die **Dokumentation** der im Jahr **2022 erstmalig** eingerichteten Langzeitkonten von einer **Beamtin** und **4 Beschäftigten** analog den Kriterien aus dem Prüfungsjahr 2021 **überprüft**. Es ergaben sich **folgende Beanstandungen**. 1106



Bei **einer Beschäftigten** war der Übertrag von 2021 (Endstand 450 Stunden) nach 2022 (Anfangsstand 430 Stunden) in der Excel-Tabelle augenscheinlich **nicht korrekt** übernommen. Im Prüfungsjahr wurden lt. Eintrag in der Tabelle 100,62 Stunden in das Langzeitkonto übertragen. Der Stundenstand zum 31.12.2022 lag bei 530,62 Stunden: Da die Altakte leer war konnte die Dokumentation **nicht nachvollzogen** werden. Wir bitten die Personaldienste hier um **Aufarbeitung** und **Mitteilung**. 1107



Bei **einer Beschäftigten** wurde im Jahr **2022** ein **Langzeitkonto** beantragt und eingerichtet aber aktuell **bis** zum Jahr **2026** laut Aktenlage **keine Stunden übernommen**, was unüblich ist. 1108



Weiter waren in der Tabelle der Personaldienste mehrfach in der **Spalte Bemerkungen** ersichtlich, dass **Stundenwert** für die Jahre 2021 **und** für 2022 eingetragen waren. Wir **verweisen** hier auf unsere Bemerkungen zur korrekten **Darstellung** und **Verbuchung** der Daten für die **Buchung** der **Rückstellungen** für die **Langzeitkonten** aus dem Prüfbericht **2021**. 1109



Mehrfach erfolgte **kein Eintrag** in der Spalte „Stand: Datum“ und/oder „Erläuterungen“ obwohl ein Zuwachs bzw. eine Entnahme von Stundenwerten eingetragen war. 1110

Der Vorgang **dreier vollständigen Entnahmen** in Höhe von 300 Stunden, 60 Stunden und 267 Stunden konnte **nicht nachvollzogen** werden, da die jeweilige **Altakte leer** war. Dies ist, wie im Vorjahr geschildert, dann der Fall, wenn ein Mitarbeitender vor dem Verscannen der Personalakte ausgeschieden ist. Die Akten sind in der Registratur vorhanden, wir haben auf eine Herausgabe **verzichtet**. 1111

Bei einer Mitarbeitenden wurden lt. Tabelle **388,4 Stunden** im Jahr 2022 **entnommen**. Der Endstand zum 31.12.2022 betrug noch 1.851,60 Stunden. In der Spalte „Bemerkungen“ war ein Eintrag zu finden, dass in diesem Jahr **93 Stunden** auf das LZK **übertragen** wurden und **491,4 Stunden entnommen** wurden. Die Summe aus Zu- und Abgang ergibt die ausgewiesenen Entnahmestunden. 1112

Die **Altakte** der Mitarbeitenden war **leer**, wir konnten aber im Register „Allgemein“ **4 Dokumente** finden, die das **Langzeitkonto** betrafen. Der **Vorgang** wurde daraufhin **nachvollzogen**. 1113

Schlussendlich war dies ein Vorgang, der die **Altersteilzeit** mit folgenden **Phasen** betraf: 1114

- Arbeitsphase
- Freizeitphase
- Renteneintritt



Nach **Durchsicht** der **Unterlagen** vermissen wir eine **geeignete Dokumentation** über die in der Tabelle ausgewiesene **Entnahme** in Höhe von **491,4 Stunden im Jahr 2022**. 1115

Im Antrag vom 05.08.2022 sind zwar handschriftliche Vermerke der Personalsachbearbeitung angebracht (22.08. bis 18.11.2022 abfeiern = 63 Tage x 7,8 Stunden = 491,4 Stunden), die diese 1116

Entnahme rechnerisch darstellen. Allerdings stellt sich die **Frage**, wie die **Zeiträume** vom 01.01.2022 bis 21.08.2022 **und** vom 19.11. bis 31.12.2022 für die **Altersteilzeit** behandelt wurden.



Weiter stellen wir an diesem Beispiel die **grundsätzliche Frage**:

1117

- ob bei **Einnahmen** aus dem LZK die Stunden **zurück** in das vorhandene **Gleitzeitkonto** gebucht werden und
- ob bzw. wie dies (in der Personalakte) **dokumentiert** wird.



Mit dem Inhalt der Personalakte konnte dieser Vorgang von uns nicht nachvollzogen werden. 1118
Auf unsere Ausführungen im Prüfbericht 2021 **zur Notwendigkeit** einer geeigneten **Dokumentation** wird nochmals **verwiesen**.

Der weitere **Abbau** des Stundenkontos im Jahr **2023** wurde mit **Fehlzeitenübersicht** vom 01/23 1119
bis 11/23 aus AIDA (Darstellung und Berechnung vom Abbau des LZK (Gleitzeit mit 202 Tagen
= 1.575,6 Stunden) und den in Anspruch genommenen 28 Urlaubstagen belegt.

Ab 01.12.2023 trat die Beschäftigte in die Freizeitphase ein. Der Renteneintritt war dann zum 1120
01.12.2025.

Zum 31.12.2023 waren noch **276 Stunden** im Langzeitkonto vorhanden, die lt. Aktenlage mit 1121
8.853,93 Euro als **Einmalzahlung** zur Gehaltsauszahlung vorgesehen wurden. Eine Berechnungstabelle „Langzeitkonto zum Beginn Ruhephase“ der Jahre 2020 bis 2022 war aus der Akte ersichtlich. Die summierten 276 Stunden wurden mit jährlich unterschiedlichen **Stundensätzen** multipliziert.



Wir bitten die Personaldienste um **Mitteilung** und **Nachweis**

1122

- nach welcher **Grundlage** die **Stundensätze** (2020: 31,50 €; 2021: 31,94 € und 2022: 32,51 €) **berechnet** wurden und
- mit welcher **Gehaltsabrechnung** diese Einmalzahlung **ausbezahlt** wurde.



Weiter bitten wir um **Mitteilung**, warum die **Altakte** der Mitarbeitenden „**leer**“ war und **keine** 1123
Verscannung der Personalakte **stattgefunden** hat, **obwohl** sie sich zum Zeitpunkt der Verscannung der Personalakten (Sommer 2024) noch in der Freizeitphase der **Altersteilzeit** befand und erst im Jahr 2025 berentet wurde.



Bei einer Mitarbeitenden war ein **Zugang im Jahr 2022** in Höhe von **35 Stunden** in der Tabelle 1124
ersichtlich. In der Spalte Bemerkungen war den Hinweis „Stunden aus 2021“ eingetragen. Nach **Aktenlage** wurde am 13.01.2022 ein Antrag auf Übernahme von 35 Stunden und 45 Minuten für das Jahr **2021** gestellt. In der Tabelle der Personaldienste waren dann aber „**nur**“ 35 Stunden als **Zuwachs** für das Jahr **2022** eingetragen. Wir konnten anhand der Aktenlage **nicht nachvollziehen**, was mit den beantragten 45 Minuten geschehen ist und bitten die Personaldienste um **Klärung** und **Mitteilung**.

Was uns sonst noch auffiel:

Laut **Aktenlage** „verzichte“ bzw. bat ein **Leiter** einer Organisationseinheit **drei Mal** um „Kürzung“ bzw. „Reduzierung“ von **Stunden** auf dem **Gleitzeitkonto** für **sich** und für **zwei Mal** für einen **Mitarbeitenden** seiner Organisationseinheit. 1125



Wir bitten um **Mitteilung**, ob dies von Seiten der **Personaldienst** tatsächlich **umgesetzt** wurde und ob dies **rechtlich** überhaupt **möglich** ist; auch dass ein **Leiter** für einen **Mitarbeitenden** eine „Kürzung“ des Gleitzeitkontos **bestimmt**. 1126



Bei der **Sichtung** der Personalakte eines Beschäftigten im Register „Allgemein“ ist uns **auffgefallen**, dass die abgelegte Datei „**Gesundheitsgutschein für 2023**“ **nicht** von diesem Mitarbeitenden stammt. Wir bitten um **Korrektur** und Einsortierung in die richtige Personalakte. 1127

Elektronische Personalakte

Die **Einsichtnahme** in die Personalakte fand erstmalig mit **digitalem Zugang** statt. Die elektronische Personalakte wird innerhalb des städtischen Dokumentenmanagementsystems von den Personaldiensten geführt. 1128

Die Personaldienste führten uns in die **Struktur** ein. Es wurde die sogenannte „Altakte“ als eine pdf-Datei gespeichert (Papier-Personalakte mit Stand ca. Herbst 2021). Im Prüfungsverlauf irritierte uns, dass die Seitennummerierung nicht analog einer Papierakte lautet, sondern gegenläufig aufgebaut ist. Das aktuelle Dokument in der Akte trägt somit die Seitenzahl 1 und das älteste die letzte Seitenzahl der Akte. 1129

Insgesamt wurden mit der Altakte **9 Register** für jede Personalakte angelegt und von den Personalsachbearbeitungen mit digitalen Einzeldokumenten (Word/pdf usw.) „gefüllt“. 1130

OBJEKT	KÜRZEL	BEZEICHNUNG
Register	AV	Vertrag/Urkunde
Register	ALL	Allgemein
Register	KVBW	Gehaltsrelevante Daten
Register	BW	Bewerbungsunterlagen
Register	AWB	Aus- und Weiterbildung
Register	EZ	Elternschaft
Register	NT	Nebentätigkeit
Register	PF	Pfändung
Register	Alt	Altakte

Es wird somit keine „klassische Akte“, sondern eher eine Sammlung von **Einzeldokumenten** geführt. Die **zeitliche Reihenfolge** ist für die **Prüfung nicht** mehr auf **einen Blick ersichtlich**. 1131

Etwas **irritiert** haben uns auch die Spalten „Bezugsdatum“ und „Erstelldatum“ in den einzelnen 9 Registern. So **liegt** sehr oft das **Erstelldatum** deutlich **vor** dem **Bezugsdatum**. 1132

Bsp:

BEZUGSDATUM	ERSTELLDATUM
01.05.2024	15.05.2024
31.05.2024	12.01.2022
.. 01.06.2024	21.02.2024
.. 01.06.2024	01.03.2024
01.09.2025	04.09.2025

Auf eine konkrete **Nachfrage** im Prüfungsverlauf erläuterten die Personaldienste, dass die **Original Arbeitsverträge** nach Unterschrift der Vertragsparteien weiterhin in **Papierform** zusätzlich aufbewahrt werden. 1133



Die **Personalakte** eines **Beamten** zieht generell bei Stellenwechsel zum **neuen Dienstherrn** um 1134 bzw. mit. Inwiefern dieser **Austausch** digital stattfinden kann, ist uns nicht bekannt. Wir gehen davon aus, dass die Papierakte von Beamten **weiterhin aufbewahrt** wird und beim Wechsel des Dienstherrn um die seit Verscannung entstandenen Dokumente erweitert wird. Wir bitten um **Erläuterung** der **Vorgehensweise**.



Des Weiteren haben wir uns **gefragt**, ob ein Sachbearbeiter/Berechtigter **Teile einer bereits** 1135 **verscannten Akte** (einzelne Seiten aus Altakte) aus der digitalen Datei **entfernen** oder eventuell auch eine einzelne Akte im Gesamten (versehentlich) löschen kann. Wir bitten um **Mitteilung**, welches **Sicherheits- bzw. Berechtigungskonzept** vorliegt.

Bemerkungen zur **Dokumentation** in der Personalakte und Bemerkungen zur **Exceltabelle** der Personaldienste

Diese Themen wurden bereits im **Prüfungsbericht 2021** ausführlich behandelt. Eine Stellung- 1136 nahme der Personaldienste ist demzufolge in **Bearbeitung**.

3. THG-Prämie (Treibhausgasminderungsquote) für kommunale Fahrzeuge

a) Prüfungsgegenstand und Prüfungsumfang

Grundlage der Prüfung ist das Schreiben **R 41762/2023 des Städtetags Baden-Württemberg** vom 05.10.2023 mit dem Thema „**Treibhausgas-Bonus** für kommunale Elektrofahrzeuge (THG-Quotenhandel). 1137

Es wurde **mitgeteilt**, dass **Halter** von **rein batteriebetriebenen Fahrzeugen** seit Anfang **2022** am **THG-Quotenhandel** teilhaben und einen **THG-Bonus** für ihre E-Fahrzeuge **erhalten** können. Der **Gesetzgeber fördert** so auf Basis der 38. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die zur Antriebswende angestrebte **Umstellung** der **Fahrzeugflotten** und -bestände in Deutschland weg von fossilen Brennstoffen **hin zur Elektromobilität** über eine **Prämie** für die **THG-Quote**. 1138

Wir **hinterfragten** daraufhin **aktuell** den **Prozess für die Beantragung des THG-Bonusses** innerhalb der Verwaltung **seit** der ersten möglichen Förderung im Haushaltsjahr Jahr **2022**. 1139

Dazu wurde vom **Rechnungsprüfungsamt** 1140

- eine **Internetrecherche** zum Thema THG-Quotenhandel
- eine **Belegprüfung** im Dokumentenmanagement enaio, „Kasse SAP/Buchung“, mit den Suchbegriffen „THG“ und „Treibhausgas(prämie)“
- eine **Befragung** von verschiedenen Stellen innerhalb der Verwaltung nach dem aktuellen Sachstand

durchgeführt.

b) Prüfungsergebnis

Allgemeines

In der **Fachbereichskonferenz** vom 08. Dezember 2022 wurde vom **FB 1** das Thema „THG-Quote, Verkauf je E-Fahrzeug, wer kümmert sich darum?“ **eingebracht**. Die Fachbereichsleiterin regte an, über die THG-Quote (Treibhausminderungsquote) **Geldeinnahmen** zu generieren. Sie führte aus, dass Halter von Elektrofahrzeugen eingespartes Treibhausgas „verkaufen“ und bis zu 350 Euro im Jahr dazuverdienen können. Im Protokoll ist in der Spalte „zuständig“ keine Eintragung zu finden. 1141

Unter dem Aktenzeichen **045.59** „einzelne Fahrzeuge“ ist im Dokumentenmanagement enaio das Schreiben **des Städtetags** und mehrere **verlinkte** Mails/Schriftverkehr der ZD/10 abgelegt. 1142



Die Frage der **Zuständigkeit** war auch aus diesen Unterlagen **nicht ersichtlich**. 1143

Recherche

Das **Rechnungsprüfungsamt** führte eine **Internetrecherche** zum Prüfungsthema durch. 1144

Auch **Kommunale E-Fahrzeuge** sind **grundsätzliche** für die **THG-Prämie** (Treibausminderungsquote) **berechtigt**, indem die Kommune ihre eingesparten CO²-Emissionen an quotenpflichtige Unternehmen, hauptsächlich Mineralölkonzerne verkaufen. 1145

Der **Nachweis** über die Einsparungen wird durch die **Einreichung des Fahrzeugscheins** (Zulassungsbescheinigung Teil 1) bei einem **THG-Anbieter** erbracht, der die **Zertifizierung** beim **Umweltbundesamt** übernimmt. Der **Antragsteller** muss generell als **Halter** im **Fahrzeugschein** eingetragen sein. Dies gilt **auch** für **Leasingfahrzeuge**. 1146

Der **Anbieter verkauft** die gebündelten **THG-Quoten** an **Unternehmen**, die zur Erfüllung ihrer eigenen THG-Quote verpflichtet sind. 1147

Die **THG-Prämie** kann für **jedes Jahr neu beantragt** werden. Die **Fristen** für die Beantragung enden oft zum 31.10. eines jeden Jahres beim THG-Anbieter, da die Einreichung beim Bundesumweltamt bis zum 15.11. eines jeden Jahres erfolgen muss. 1148



Die verschiedenen **Anbieter variieren** in Höhe der **Prämie**, so dass ein **Vergleich** ratsam ist. 1149

Belegrecherche

Da uns vorab **keine Erkenntnisse** vorlagen, **ob** der Stadt überhaupt ein **THG-Bonus ausbezahlt** wurde, haben wir in enaio den Schrank „Kasse-SAP/Buchung“ mit den o. g. **Suchbegriffen** durchsucht. 1150

Herausgefiltert wurden so insgesamt **vier Annahmeanordnungen** in Höhe von insgesamt **2.210 Euro**: 1151

- **2023** Bereich „Verkehrswesen, Produkt 12 21 00 00 00“
alle Renault Zoe
Anordnungsnummern
100000082905: 900,00 Euro ES-SO 303E, ES-SO 304E, ES-SO 305E
100000082906: 350,00 Euro ES-SO 305E
100000082912: 700,00 Euro ES-SO 303E, ES-SO 304E
- **2024** „Einrichtungen für Flüchtlinge, Produkt 31 40 07 00 00“,
Dacia Spring
Anordnungsnummer
100000113088: 260,00 Euro ES-SO760E

Alle vier Belege wurden mit dem **Geschäftspartner** 1100057514 Allgemeiner Deutscher Automobil-Cub e.V. (**ADAC**) verbucht. 1152

Nach **Rückfrage** im Bereich **Verkehrswesen** wurde der THG-Bonus nach **Arbeitsauftrag** vom Sachgebietsleiter **erstmalig im Jahr 2023 für die beiden Jahre 2022 und 2023** beim THG-Anbieter „**ADAC**“ **beantragt** und von dort **ausbezahlt**. Der Bonus für das Jahr 2022 konnte damals innerhalb einer gewissen Frist rückwirkend in 2023 beantragt werden. 1153



Im Haushaltsjahr **2024** bot der **ADAC** den **Vermittlungsdienst nicht mehr** an. Der **THG-Bonus** **1154**
wurde für das Jahr 2024 vom Bereich Verkehrswesen **nicht in Anspruch genommen**, da **keine**
Beauftragung an einen **anderen Vermittler** erfolgt ist. Es wurde somit auf ca. **1.000 Euro ver-**
zichtet.

Der im FB 1 zuständige Mitarbeiter gab an, dass er sich im **aktuellen Jahr** um einen **neuen** **1155**
Vermittler kümmern möchte und den **Bonus** in seinem Bereich **wieder beantragt**. Auf unsere
Nachfrage gab er an, dass sein Bereich **keine weiteren E-Fahrzeuge** betreibt.



Für den Bereich „**Einrichtungen für Flüchtlinge**“ wurde im Haushaltsjahr **2024** für das Fahrzeug **1156**
Dacia Spring (ES-SO760E) ein **THG-Bonus** (ebenfalls vom Geschäftspartner „**ADAC**“) in Höhe
von **260 Euro** ausbezahlt. Nach der begründenden Unterlage handelt es sich allerdings um den
THG-Bonus für das Jahr 2023. Die **Annahmeanordnung** wurde am 19.01.**2024** erstellt und ist
fälschlicherweise auf das **laufende Haushaltsjahr** gebucht worden. Für die **Beantragung** des
THG-Bonus für das Haushaltsjahr **2024** gelten die **Ausführungen** wie im Bereich Verkehrswesen,
es wurde demnach auf ca. **260 Euro verzichtet.**

Für das Jahr **2025** fanden wir mit den **Suchbegriffen** (noch) keine weiteren **Annahmeanord-** **1157**
nungen. Unter dem **Geschäftspartner „ADAC“** gab es **keine weiteren Buchungen.**

Enaio Recherche und Nachfrage bei den Fachämtern

Im Dokumentenmanagement **enaio** ist die o.g. **Mitteilung des Städtetags** unter AZ: 045.59 **1158**
„Einzelne Fahrzeuge“ mit mehreren verlinkten Dokumenten **abgelegt.**

Es ist **ersichtlich**, dass die **FBL 1** die ihr vorliegenden **Informationen** am 05.12.**2022** samt der **1159**
Allgemeinen Geschäftsbedingungen des ADAC e.V. für den THG-Quotenvertrag „ADAC THG-
Bonus AGB“ **per Mail an ZD/10** weitergeleitet hat. Daraufhin erfolgte **weiterer Mailverkehr**
innerhalb der ZD/10, der sich mit der **Fragestellung** der für die **Prämie berechtigten Fahrzeuge**
und der **Zuständigkeit** innerhalb der ZD **beschäftigte.**

Ein weiterer verlinkter **Mailverkehr** erfolgte am 06.10.**2023** innerhalb der ZD/10, in welchem **1160**
das **Thema nochmals aufgegriffen** wurde und eine **Excel-Aufstellung** mit insgesamt **13 E-Fahr-**
zeugen, 4 Pedelecs und 1 E-Bikes (Stand 06/2022) angehängt war. Ein **Ergebnis** für eine **ein-**
deutige Zuständigkeit bzw. ein **Tätigwerden** war bei den aufgerufenen verlinkten Dokumen-
ten **nicht ersichtlich.**

Wir **erkundigten** uns telefonisch bei den ZD 20/**Anlagebuchhaltung**. Die **THG-Prämie** ist dort **1161**
bekannt. Die Thematik wurde von der damaligen **Klimaschutzmanagerin** an die ZD/20 heran-
getragen. Ein **eindeutiger Arbeitsauftrag** für das Tätigwerden **wurde aber auch hier nicht ge-**
geben.

In der **Bilanz** werden die **erworbenen städtischen Fahrzeuge** geführt. Wir **forderten** deshalb **1162**
bei der Anlagebuchhaltung eine **Liste sämtlicher Fahrzeuge** an. Wir erhielten eine Aufstel-
lung (Stand 14.07.2025) von 54 Fahrzeugen (Erwerb von 2010 bis 2025). Davon waren **14**
E-Fahrzeuge, die im Zeitraum von 2012 bis 2023 **erworben** wurden.

Leasingfahrzeuge sind ebenfalls **förderfähig**, werden aber in der **Bilanz nicht geführt.** Die Stadt **1163**
Ostfildern hat mindestens **1 Leasingvertrag** (OB-Fahrzeug) abgeschlossen.

Für einen **Gesamtüberblick** forderten wir zeitgleich beim Eigenbetrieb **Stadtwerke** eine **Liste** 1164 sämtlicher im **Haushalt** geführten **E-Fahrzeuge** an. Wir **erhielten** ebenfalls am 10.07.2025/15.07.2025 eine Liste mit **6 Fahrzeugen** für den Bereich **SWO** und **Abwasser** (Erwerb von 2019 bis 2024). Davon sind **3 Leasingfahrzeuge**.

Unter **Berücksichtigung** des Jahres der **Anschaffung**, ist somit **festzustellen**, dass 1165

im Jahr 2022	bei 11 Fahrzeugen der Stadt und 2 Fahrzeugen der Stadtwerke
im Jahr 2023	bei 13 Fahrzeugen der Stadt und 3 Fahrzeugen der Stadtwerke
im Jahr 2024	bei 14 Fahrzeugen der Stadt und 6 Fahrzeugen der Stadtwerke

die **THG-Prämie** beantragt hätte werden können. 1166



Es wurden **tatsächlich nur 3 städtische Fahrzeuge** für das Jahr **2022** und **4 städtische Fahr-** 1167
zeuge für das Jahr **2023** **zertifiziert**. Die Bereiche „Verkehrswesen“ und „Einrichtungen für
Flüchtlinge“ wurden auf **eigene Initiative** tätig.



Im Jahr **2024** wurde für **kein einziges Fahrzeug der Stadt und der Stadtwerke** die **Prämie** 1168
beantragt.

c) Prüfungsergebnis

Die **THG-Prämie**, die seit dem Jahr **2022** für rein elektronisch betriebene Fahrzeuge **beantragt** 1169
werden kann, wurde für die Jahre **2022 und 2023** von **nur einem Fachbereich** der Stadtver-
waltung für **3 bzw. für 4 E-Fahrzeuge** beantragt. Insgesamt bei der Stadt wären **14 Fahrzeuge**
förderfähig (Stand 07/2025).

Für den Eigenbetrieb **Stadtwerke** mit insgesamt **6 E-Fahrzeugen** wurde **noch nie eine Prämie** 1170
beantragt.

Die **Förderthematik** wurde **innerhalb der Verwaltung** zwar **frühzeitig** aufgegriffen, eine zent- 1171
rale bzw. dezentrale **Zuständigkeit** wurde aber wohl **nie festgelegt**.

Die **gesetzlich geschaffene Fördermöglichkeit** besteht **jedes Jahr erneut** und ist **bis zum Jahr** 1172
2030 möglich.

Es sollte **deshalb zeitnah sichergestellt** werden, dass 1173

- eine **zentrale Stelle** innerhalb der Verwaltung für die **Beantragung** aller Fahr-
zeuge (Kauf und Leasing) zuständig ist,
- die Beantragung **jedes Jahr gestellt** wird, unter **Berücksichtigung** variabler **Prä-**
mienhöhen der Anbieter,
- ein **zentraler Hinweis notwendig** ist, da **Leasingfahrzeuge** ebenfalls **berück-**
sichtigt werden können,
- **sofern** die Stadt **Betreiber öffentlich zugänglicher Ladestationen** ist, auch für
diese eine **Prämie** erhalten kann.

Die weitere **Zuständigkeit** sehen wir bei den **Zentralen Diensten**. 1174

Stellungnahme der Verwaltung:

1175

Die Zentralen Dienste/Finanzen teilten im Oktober 2025 mit, dass für alle bei der Anlagenbuchhaltung bekannten Fahrzeuge der Stadt (inkl. Baubetriebshof) und bei den Stadtwerken die THG Prämie für das Jahr 2025 beantragt wurde. Die ursprünglich vorliegende Tabelle wurde korrigiert, angepasst bzw. um für die Antragstellung notwendigen Daten erweitert und mit dem Bestand aus der Anlagenbuchhaltung abgeglichen.

4. Anfragen und Beratungen

Bei der Rechnungsprüfung ging wieder eine **Vielzahl von Anfragen** ein. Zudem sind wir auch **aus eigenem Erkennen** bei Themen, denen eine gewisse Problematik innewohnt, beratend **tätig** geworden. 1176

Perikles, einem führenden Staatsmann Athens im 5. Jahrhundert v. Chr., wird das Zitat 1177 zugeschrieben:

Wir Athener betrachten Beratungen nicht als Hindernisse auf dem Weg des Handelns, sondern wir halten sie für notwendige Voraussetzungen weisen Handelns.

Beratungen sorgen dafür, dass **Entscheidungen sachlicher** werden und **Risiken früher erkannt** 1178 werden. Durch die Beratung kommen **zusätzliche Sichtweisen** zum Tragen, bspw. andere **Fachkenntnisse** und andere **Erfahrungen**. Das Rechnungsprüfungsamt bringt hier gerne seine Expertise ein. Beispielfhaft werden nachstehend einige Themen dargestellt.

a) Vergabe- und Zuständigkeitsfragen

Aus **verschiedenen Verwaltungsbereichen** haben uns wieder Anfragen zum **Vergaberecht** und 1179 zur **Zuständigkeitsordnung** erreicht.

Wir gaben jeweils **Hinweise** auf die **städtische Vergabeordnung**, die **Bewirtschaftungs-** 1180 **befugnis** gemäß der **Zuständigkeitsordnung** und der **weiteren gesetzlichen Vorgaben**. Weiter wurde auf die **Sachkenntnis** anderer am Vorgang **beteiligter Fachbereiche verwiesen**. Bei allen **Anfragen** war die **Unsicherheit deutlich spürbar**. Es besteht in den Bereichen der Regelungen des **Vergaberechts** bzw. der **Zuständigkeitsordnung** merklich vorhandene Unkenntnis.

Die Zentralen Dienste/Allgemeine Verwaltung hatten eine Frage bezüglich der regelmäßig 1181 stattfindenden **interkommunalen Ausschreibung** der großen Kreisstädte von **Papier** und **Büromaterial**. Es wurde aktuell **überlegt**, die **Vergabeunterlagen** wie bisher **gemeinsam** zu erarbeiten, dass aber letztlich **jede Stadt für sich getrennt öffentlich (national) ausschreibt**.

Eine beteiligte Stadt hat sich dagegen ausgesprochen, was vom Fachamt und den anderen 1182 Kommunen nicht nachvollzogen werden konnte. Die Chancen dadurch einen günstigeren Preis aufgrund des größeren Gesamtvolumens zu bekommen, wird von den teilnehmenden Städten, auch nach Austausch mit potenziellen Bietern, als nicht groß angesehen, daher die Überlegung sich den Koordinationsaufwand einer gemeinsamen Ausschreibung sparen zu können.

Aus **unserer Sicht** spricht nichts gegen einen **Erfahrungsaustausch** unter den Städten, bspw. 1183 zu den Themen wie die Allgemeinen Bedingungen formuliert werden, welche Artikel in das Kernsortiment aufgenommen werden usw.; die **Ausschreibung** kann **jede Stadt** am Ende **selbst** machen.

Den Zentralen Dienste/Allgemeine Verwaltung ist bewusst, dass ein **Berater** das für die Stadt 1184 Ostfildern **erarbeitete Konzept** an andere Stelle **nochmals verwerten** kann. Den Zentralen Diensten wurde angeboten, sich bei weiteren Rückfragen nochmals zu melden.

b) Entschädigungspraxis Gutachterausschuss

Bei der Anweisung der **Sitzungsgelder** des **Gutachterausschusses** für den Monat Februar stellte sich die **Geschäftsstelle Gemeinderat** die Frage, ob die **Abrechnung** für **Fahrtkosten** und **Zeitaufwand** für **Mitglieder des Gutachterausschusses**, die **hauptberuflich** dem öffentlichen Dienst der zuständigen Stelle angehören, durch § 14 (2) der **Verordnung der Landesregierung über die Gutachterausschüsse** gedeckt ist bzw. wie die **Fahrtkosten** abzurechnen sind. 1185

Die Abteilung der ZD bat darum, „die **Abrechnungspraxis** des **Gutachterausschusses** **rechtverbindlich** zu **klären**“. Das **Rechnungsprüfungsamt** konnte in diesem Sachverhalt eine Prüfung auf Recht- und Gesetzmäßigkeit vornehmen, da die **rechtliche Basis** die Gutachterausschussverordnung (GuAVO) ist. 1186

Demnach werden die nach § 2 GuAVO bestellten Gutachter nach den in § 14 GuAVO aufgeführten Bestimmungen entschädigt. 1187

Besonders zu betrachten sind dabei die Mitglieder, die **hauptberuflich dem öffentlichen** Dienst der zuständigen Stelle angehören sowie die Bediensteten der zuständigen Finanzbehörden (vgl. § 14 Abs. 2 GuAVO). 1188

Hierbei wird zunächst **unterschieden**, ob das Mitwirken im Gutachterausschuss **innerhalb** oder **außerhalb** der regelmäßigen **Arbeitszeit** erfolgt. Faktisch kann aufgrund der Flexibilisierung der Arbeitszeit dies nicht mehr rein anhand der Uhrzeit der Sitzung des Gutachterausschusses festgestellt werden, sondern wäre grundsätzlich festzulegen. Nach unserem Kenntnisstand ist dies **nachvollziehbar nicht erfolgt**. Eine Nachfrage bei der Fachbereichsleitung hat dies bestätigt. Unseres Erachtens sollte dies auch **dokumentiert** werden bzw. sollte eine **Vereinbarung** dazu abgeschlossen werden, damit verbindlich klar ist, dass die hauptberuflich im öffentlichen Dienst tätigen Personen hier im Gutachterausschuss außerhalb ihrer Arbeitszeit tätig werden. 1189

Unter der Prämisse der Tätigkeit außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit richtet sich die Entschädigung nach den Bestimmungen in § 14 Abs. 1 insbesondere Sätze 4 und 6 GuAVO (siehe § 14 Abs. 2 Satz 3 GuAVO): 1190

„Für jede begonnene Stunde sind 40 Prozent des im Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz für die Bewertung von Immobilien vorgesehenen Sachverständigenhonorars zu gewähren.“ 1191

„Die Vorschriften des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz über die zu berücksichtigende Zeit, den Fahrtkostenersatz, die Entschädigung für Aufwand, den Ersatz sonstiger Aufwendungen und das Erlöschen des Anspruchs gelten entsprechend.“ 1192

Hieraus leitet sich für die Entschädigung der betreffenden Sitzung, welche von 9:00 Uhr bis 9:30 Uhr dauerte, ein Honorar / eine Vergütung von 40 % * 1,0 h * 115 Euro/h = 46 Euro ab. 1193

Die in dem Aktenvermerk vom 17. März 2016 **festgelegte Pauschale** aufgrund von „durchschnittlich vier zu bewertenden Immobilien“ immer „**pauschal 2 Stunden**“ **abzurechnen**, erscheint uns weder vor dem Hintergrund der **Entscheidungskompetenz der Festlegenden** noch der **rechtlichen Haltbarkeit auch gegenüber den anderen Mitgliedern** des Gutachterausschusses als **vertretbar und haltbar**. 1194



Die **Notwendigkeit** einer **Pauschale** erschließt sich uns nicht. Eine **Spitzabrechnung** ist **vorzusehen**. 1195

Neben der Honorarentschädigung kann nach § 8 des Justizvergütungs- und Entschädigungsge- 1196
setz (JVEG) geltend gemacht werden:

- Fahrkostenersatz (§ 5)
- Entschädigung für Aufwand (§ 6)
- Ersatz für sonstige und für besondere Aufwendungen (§§ 7 und 12)

 Auf die jeweils weiteren dortigen **Ausführungen** zur Gewährung wird **verwiesen**. Wir 1197
empfehlen hier aus Gründen der Klarheit und Nachvollziehbarkeit **eigenständige Abrech-**
nungspositionen.

Ebenfalls erscheint uns die **Aufstellung** über die Entschädigung der Mitglieder des Gutachter- 1198
ausschusses **verbesserungsfähig**. Wir können **nicht nachvollziehen**, warum die weiteren Mit-
glieder des Ausschusses als Teilnehmer einer Sitzung aufgeführt werden, gleichwohl nur die
„in-fett“ markierten Personen einen Entschädigungsbetrag erhalten.

Die im Hausbrief vom 03.03.2023 angesprochene „Besichtigung der Immobilien innerhalb der 1199
Arbeitszeit“ wird nicht in den (Pflicht-)aufgaben eines Gutachters des Gutachterausschusses
erwähnt und kann bei der derzeitigen Betrachtung außen vor bleiben. Die Besichtigung ist
u. E. unter den Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses zu subsumieren.
Gleichwohl **regen** wir auch hier eine **einheitliche Regelung als verbindliche Vereinbarung** für
alle Mitglieder des Ausschusses an (Vereinbarung eines Ortstermins in Verbindung mit einer
Sitzung).

Zu dem Hinweis auf die Anrechnung von Reisezeiten ist festzustellen, dass sich die Berücksich- 1200
tigung der Reisezeit aufgrund von § 14 Abs. 1 Satz 6 GuAVO in Verbindung mit § 8 Abs. 2 das
Honorar nach Stundensätzen einschließlich notwendiger Reise- und Wartezeiten gewährt
wird. In diesem Zusammenhang wird auf § 5 Abs. 5 verwiesen.

 Wir **empfehlen** daher, dass zur Sitzung des Gutachterausschusses der Mitarbeitende von der 1201
Stadt Ostfildern eingeladen wird und nicht der Mitarbeitende mit der Privatadresse. Damit
würden alle Gutachter mit Ausnahme der vom Finanzamt Esslingen entsandten Teilnehmer
aus **Ostfildern** kommen und hätten auch **vergleichbare Reisezeiten**. Ansonsten wäre voraus-
sichtlich dem Mitarbeitenden eine höhere zeitliche Inanspruchnahme zu vergüten wie bspw.
allen weiteren in Ostfildern wohnhaften Teilnehmern.

Die **Geschäftsstelle Gemeinderat** regte nachfolgend an, die **Empfehlungen** des Rechnungsprü- 1202
fungsamtes **mit der anstehenden Neubestellung des Gutachterausschusses umzusetzen**. Die
letzte Neubesetzung erfolgte mit der Vorlage Nr. 003/2020 für die Amtsperiode vom
01.02.2020 bis zum 31.01.2024. Eine **Neuregelung** konnte im Laufe des Jahres 2024 **erreicht**
werden.

c) Stornierung Mietkosten für die Nutzung einer Sportanlage

Die für die **Sportplatzvermietung** zuständige Abteilung fragte an, wie mit einer eventuellen 1203
Stornierung einer Rechnung umgegangen werden soll. Ein **Sportverein** hatte die Sportanlage
im Scharnhauser Park im Januar für knapp 300 Euro **angemietet**. **Nach** der **Veranstaltung**

wurde vom Sportverein **mitgeteilt**, dass sie auf Grund der **Wetterverhältnisse** (Unbespielbarkeit wegen Schneefalls und geschlossener Schneedecke) nicht auf dem Gelände waren und die Rechnung deshalb **storniert** haben möchten.

Laut § 9 der Benutzungsordnung Sport ist eine **Stornierung nur bis zu 10 Tage vor** der Veranstaltung möglich, ohne dass Kosten entstehen. **Unbespielbarkeit** oder höhere Gewalt ist in der Benutzungsordnung **nicht vorgesehen**. Da das Rechnungsprüfungsamt nicht abschließend in die Sachbearbeitung eingreift, wurde die **Empfehlung** gegeben, den Fall, der **erstmalig** so aufgetreten ist, **ausreichend** zu **dokumentieren** und die **Entscheidung** entsprechend zu **begründen**. 1204

Der **Sachverhalt** sowie die **Begründung** für die Stornierung wurde vom Bereich in einem **Aktenvermerk** festgehalten und als **begründende Unterlage** der **Annahmeabsetzungsanordnung** beigelegt. 1205

d) Tiefbau Rückstellung Brückensanierung

Der FB 4 hatte eine **Kappensanierung** für eine **Brücke** im Haushalt 2022 angemeldet, welche aus finanziellen Gründen aus dem Haushalt **herausgekürzt** werden musste (200.000 €). Dies war der Abteilung 66 jedoch nicht bekannt. Die Ausschreibung der Maßnahme samt LV wurde komplett vorbereitet, obwohl kein Geld zur Verfügung stand. 1206

Um das **Projekt** trotzdem **durchzuführen**, fragten die Zentralen Dienste/Finanzen an, ob die **geplante Verbuchung** (Rückstellung aus unterlassener Instandhaltung) mitgetragen wird. 1207

Wir teilten mit, dass nach den **Ausführungen** im **Leitfaden Bilanzierung** die Bildung einer Rückstellung für unterlassene Instandhaltung dann **möglich** ist, **wenn** die Instandsetzungsmaßnahme im Haushaltsjahr objektiv betrachtet unterlassen worden ist. 1208

D. h. es gab entweder einen **Planansatz** für die Durchführung oder die Maßnahme war zumindest auf einer **Planungsliste** des betreffenden Haushaltsjahres, weil sie „bautechnisch“ **notwendig** ist. 1209

Unserer **Ansicht** ist das Ersteres aufgrund der Kürzung **nicht gegeben**. Inwieweit eine bautechnische **Notwendigkeit** besteht, ist mit dem **Fachbereich** zu **klären**. 1210

Die **weitere Umsetzung** ist durch die Zentralen Dienste/Finanzen **erfolgt**, die letztlich im Jahresabschluss 2022 eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung für die Sanierung der Brücke gebildet haben. 1211

e) Beschaffung über das Schulbudget

Die **Schulverwaltung** wandte sich mit einer **Anfrage** einer **Schule** zwecks **Anschaffung** eines Kaffeeautomaten für die **Lehrerschaft** an die Kämmerei und das Rechnungsprüfungsamt. Es wurde angefragt, ob die Anschaffung bzw. Leasing in Höhe von ca. 5.000 Euro über das Schulbudget abgebildet werden könnte. 1212

Wir **verweisen** auf das **Schulgesetz** für Baden-Württemberg. Nach § 48 Abs. 2 gilt: Der **Schulträger** errichtet und unterhält die **Schulgebäude** und Schulräume, **stellt** die sonstigen für die Schule **erforderlichen Einrichtungen und Gegenstände zur Verfügung**, beschafft die Lehr- und Lernmittel und bestellt die Bediensteten, die nicht im Dienst des Landes stehen. Der **Schulträger** soll dem Schulleiter die zur Deckung des **laufenden Lehrmittelbedarfs** erforderlichen Mittel zur selbständigen Bewirtschaftung **überlassen**. 1213

Auch im **Kontrakt** für die Schulen der Stadt Ostfildern werden die **unmittelbar** mit dem **Schulbetrieb** einhergehenden Gegenstände als „Mobiliar und sonstigen Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, Maschinen aller Art (auch Computer, Medientechnik, Fernsprecheinrichtungen)“ erwähnt. 1214

Der Schulwunsch eines Kaffee-Automaten kann man darunter **nicht subsummieren**. Die Frage, ob Kauf oder Leasing bzw. Miete, spielt dabei keine Rolle. 1215

Als **Anregung** verwiesen wir noch auf die Getränke-Automaten im HHG und OHG. Hier wurde seinerzeit jeweils eine **Aufstellgenehmigung** für die Automaten-Firma gewährt und eine **Vergütung** für Wasser und Strom vereinbart. Möglicherweise besteht über die Lehrerschaft hinaus ein Interesse an Heißgetränken. Auch die „Groß-Kaffee-Maschinen“ wie Sie für den kostenlosen Kaffee für die städtischen Bediensteten eingesetzt werden, könnten unserer Ansicht nach eine Alternative sein. 1216

f) Geldanlage Festzinsanleihe

Die Kämmerei bat um das **Meinungsbild** des Rechnungsprüfungsamtes bezüglich der **Verbuchung** einer Geldanlage (**Festzinsanleihe**) über 2,0 Mio. Euro. 1217

Wir **führten aus**, dass es sich bei der **Geldanlage** („2,15% LBBW Festzinsanleihe 22(24)“) um den **Erwerb eines Wertpapiers** handelt. Nach § 52 GemHVO ist es auf der Aktivseite der Bilanz unter dem Posten „1.3.5 Wertpapiere“ auszuweisen. 1218

Dies **korreliert** mit der in der VwV Produkt- und Kontenrahmen genannten Kontengruppe „14 Wertpapiere und sonstige Einlagen“. 1219

Die derzeitige Verbuchung ist auf dem Unterkonto 149 24000 erfolgt. Inhaltlich erscheint eine Verbuchung auf dem Bilanzkonto 142 70000 besser geeignet, allerdings ist dies nach den Ausführungen der Finanzdienste „aktuell technisch nicht leistbar“. 1220

Beide Konten sind in SAP angelegt. **Möglicherweise** liegt die Ursache in der **Aussteuerung** des Sachkontos. Wir regten eine **Rücksprache** mit Komm.One an. 1221

In den **Zuordnungshinweisen** des Kontenrahmens wird bei 142 Kapitalmarktpapiere die Anleihen **explizit** genannt. Die Kontoart „149 Sonstige ...“ ist ein **Auffangtatbestand**, d. h. alles, was nicht unter den genannten Konten 141 bis 144 subsumiert werden kann, wird hier erfasst. 1222

Zu den weiteren **buchhalterischen Fragen** verwiesen wir auf den aktuellen **Leitfaden** zur Buchführung (4. Auflage, Stand: April 2023). Hier wird im Kapitel 4.3.1 **ausführlich** in den Sachverhalten auf den Kauf/Verkauf sowie Zinszahlungen inkl. Rechnungsabgrenzung **eingegangen**. 1223

VIII. Einzelne Prüfungsfeststellungen – Baubereich, technische Prüfung –

1. Grundlagen

a) Begriffserklärung

AG	Auftraggeber	1224
AN	Auftragnehmer	
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure	
KEV	Kommunale Einheitliche Vordrucke „Boorberg Verlag“	
LV	Leistungsverzeichnis	
VO	Vergabeordnung der Stadt Ostfildern	
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen	
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen	
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge	
ZO	Zuständigkeitsordnung der Stadt Ostfildern	
SPT	Single Point of Truth - zentrale, verlässliche Datenquelle (Datenmanagement)	

b) Vorbemerkungen

Das Rechnungsprüfungsamt führt eine **sachliche, rechtmäßige** und eine **verantwortungsvolle** 1225
örtliche Bauprüfung durch.

Durch die Prüfung der **Einhaltung der Vergabevorschriften** und der **korrekten Bauabrechnung** 1226
soll der **wettbewerbliche und korruptionspräventive Ansatz** beachtet werden.

Das Ziel ist die **positive Weiterentwicklung** der Stadt und der **Sicherstellung der Leistungs-** 1227
fähigkeit.

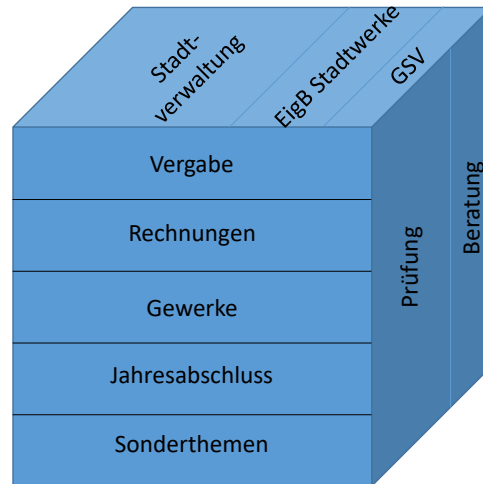
Das Ergebnis wird in Form eines **Prüfberichtes** veröffentlicht und dient zur **Qualitätsopti-** 1228
mierung, Wirtschaftlichkeit und der **Verbesserung** der Verwendung öffentlicher Mittel.

Die **Veröffentlichung** ist nicht nur eine gesetzlich geforderte Handlung, sondern ist gleichzeitig 1229
ein Vertrauensbeweis gegenüber der Verwaltung und bestätigt den korrekten Umgang mit den
öffentlichen Geldern.

c) Der „Prüfungswürfel“

Die technische Bauprüfung findet unterjährig statt und umfasst die **Themen** Vergabeprüfung, 1230
Rechnungsprüfung (Visa-Prüfung), Gewerke-Prüfung und den Jahresabschluss. In allen
Themen fungiert das Rechnungsprüfungsamt **auch als Berater.**

Der Prüfungswürfel zeigt die **Bereiche der Stadtverwaltung** und eine **Übersicht der Themen,** 1231
die das Rechnungsprüfungsamt betrachtet, (über-)prüft und ggf. auch berät.



Es wurde ein **Schwerpunkt** bei der Prüfung von einzelnen **schlussgerechneten Gewerken** bzw. 1232 Leistungsbereichen gelegt.

2. Beratungen

Aufgrund der Stellenvakanz bei der Bauprüfung konnten im Prüfungszeitraum **keine** 1233 **begleitenden und/oder beratenden spezifischen Bauprüfungen** durchgeführt werden.

3. Vergaberecht

Das Vergaberecht ist 2016 mit dem **Vergaberechtsmodernisierungsgesetz** umfassend geän- 1234 dert worden, und hat sich seitdem **in weitem Umfang bewährt**. Die Komplexität dieses Rechtsbereichs ist jedoch ungewöhnlich hoch geblieben und seit 2016 sind auch viele Herausforderungen noch deutlicher zu Tage getreten.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beabsichtigt das Vergaberecht praxis- 1235 gerecht aber ambitioniert weiter zu modernisieren und benennt folgende **fünf Aktionsfelder** im Rahmen der Konsultation zur **Transformation des Vergaberechts** ("Vergabetransformationspaket"):

- Stärkung der **umwelt- und klimafreundlichen** Beschaffung
- Stärkung der **sozial-nachhaltigen** Beschaffung
- **Digitalisierung** des Beschaffungswesens
- **Vereinfachung** und **Beschleunigung** der Vergabeverfahren
- Förderung von **Mittelstand, Start-Ups** und **Innovationen**

4. Sanierung Wasenäckerschule - Elektroarbeiten

a) Grunddaten

Haushalts-/Finanzrechnung	I 11 24 60 01 und weitere // 78 71 ..	1236
Planung und Objektüberwachung	Architekt / Projektsteuerer	
Kostenermittlung vom 15.04.2020	Langtextfassung liegt vor	
Ausführungszeit	02.06.2020 bis 20.08.2021 beauftragt	

b) Dokumentenablage/Aktenführung

Die zu **prüfende Dokumente** sind vom Gebäudemanagement **im Dokumentenmanagement-system** Enaio **abgelegt**. Sämtliche Unterlagen zur Bauprüfung wurden zunächst in der Software im entsprechenden E-Aktenordner gesichtet. 1237



Die meisten Dokumente sind im E-Aktenordner hinterlegt und konnten zügig lokalisiert werden. Auf Anfrage wurden Unterlagen kurzfristig per E-Mail nachgereicht; einige **Dokumente fehlen jedoch nach wie vor**. 1238

c) Vergabe

Die Wasenäckerschule in Scharnhausen (Bj. 1963) muss aufgrund gestiegener **Brandschutzanforderungen** saniert werden. Im Zuge der Brandschutzsanierung wurden weitere umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Für die Realisierung dieser Maßnahmen wurden Fördermittel beantragt. Eine **Kostenberechnung** vom 15.04.2020 über die Elektroarbeiten vom Architekten mit 769.930,00 € (inkl. 19 % MwSt.) **liegt vor**. 1239

Die Maßnahme wurde nach § 5 VOB/A **öffentlich ausgeschrieben**. 17 Firmen haben das **Leistungsverzeichnis** angefordert. Am Wettbewerb haben 6 Firmen teilgenommen. Die Öffnung der Angebote erfolgte am 25.05.2020 um 14:15 Uhr. 1240

Im Vergabevorschlag KEV 222 werden auf Seite 2 unter „Allgemein“ **Bieterfragen** während der Angebotslaufzeit **erwähnt**. Die entsprechenden **Unterlagen** bzw. die **Dokumentation** der Bieterfragen und deren Beantwortung **lagen** dem Rechnungsprüfungsamt jedoch **nicht zur Prüfung vor**. 1241

Eine vollständige und nachvollziehbare **Dokumentation** sämtlicher **vergaberelevanter Vorgänge** ist aus Gründen der Transparenz, Gleichbehandlung und Nachprüfbarkeit **zwingend** erforderlich. Hierzu zählen insbesondere auch eingegangene **Bieterfragen** sowie die hierzu erteilten **Auskünfte**. 1242



Künftig ist **sicherzustellen**, dass sämtliche vergaberelevanten Unterlagen **vollständig** zur Prüfung vorgelegt und Bestandteil der **Vergabeakte** werden. 1243

Laut Vergabeunterlagen wird die **Zuschlagsfrist** bis einschließlich dem 30.06.2020 **mit 36 Kalendertagen festgelegt**. Nach VOB/A § 10 Abs. 4 soll die Binde-/Zuschlagfrist so kurz wie möglich sein und darf 30 Kalendertage nicht überschreiten, es sei denn, besondere Umstände rechtfertigen eine längere Frist. 1244



Der Auftraggeber muss die besonderen Umstände, die eine **längere Bindefrist** rechtfertigen, in den Vergabeunterlagen **transparent darlegen und begründen**. Eine pauschale Verlängerung ohne triftigen Grund ist unzulässig und kann zu Rügen oder sogar zur Unwirksamkeit des Vergabeverfahrens führen. 1245

d) Prüfung und Wertung

Ein Architekturbüro wurde mit der **Prüfung und Wertung** der Angebote **beauftragt**. Das einzige Wertungskriterium war der Preis. 1246

Im **Vergabevorschlag** vom 26.05.2020 wurde die Firma mit dem niedrigsten Angebot 768.115,25 € brutto als **wirtschaftlichster Bieter** vorgeschlagen. 1247

Am 27.05.2020 fand ein **Vergabegespräch** statt. Ein **Vergabegesprächsprotokoll** ist **vorhanden**. Der Bieter wurde am 28.05.2020 mit den Elektroarbeiten ohne Wartungsarbeiten mit der Auftragssumme von 743.113,11 € brutto **beauftragt**. Der Beginn der **Ausführung** war am 02.06.2020 und die Fertigstellung zum 20.08.2021 vereinbart. 1248

Im **Leistungsverzeichnis** wurden die Wartungsarbeiten nach Fertigstellung als optionale Leistung **ausgeschrieben**. Der Auftraggeber behält sich deren Beauftragung vor, bezieht die Leistung jedoch in die Angebotswertung ein. 1249



Im **Preisspiegel** sind die Wartungsarbeiten **nicht aufgeführt**, sodass ein **Vergleich der Bieter** hinsichtlich dieser Position **nicht möglich** ist. Werden Leistungen, die in die Wertung einfließen, im Preisspiegel nicht transparent und nachvollziehbar dargestellt, ist die Nachvollziehbarkeit des Vergabeverfahrens für Dritte oder Prüfinstanzen nicht mehr gegeben. Insbesondere bleibt **unklar**, wie der Zuschlagswert ermittelt wurde und **welchen Einfluss die optionalen Wartungsleistungen auf die Wertungsentscheidung hatten**. 1250



Das Rechnungsprüfungsamt **empfiehlt** daher, **optionale Leistungen künftig nicht** mehr in die Angebotswertung **einzubeziehen**. Durch die Berücksichtigung nicht verbindlich zu beauftragender Leistungen besteht das Risiko eines unangemessenen oder wirtschaftlich ungünstigen Ausschreibungsergebnisses, da die Wertung auf Positionen basiert, deren tatsächliche Beauftragung ungewiss ist. 1251



Auf Seite 10 des KEV-Blattes 222 AngPrüf **fehlt** die **Dokumentation der Überprüfung** des Vergabevorschlags vom zuständigen Bearbeiter des Fachamtes. Das Rechnungsprüfungsamt **empfiehlt** die Nutzung der **KEV-Blätter** für eine **lückenlose Dokumentation**. 1252

e) Beauftragung von NachträgenNachtragsforderung Nr. 1 vom 18.08.2020

Die **Erläuterung** vom 07.09.2020 und die **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 21.09.2020 1253
über -12.605,17 € brutto **liegen vor**.

Im **Hinweis** zum Projektablauf und zur **Kostenentwicklung** vom 23.12.2022 wird dargestellt, 1254
dass eine **Bemusterung** der Leuchten erst nach der Vergabe des Auftrags durchgeführt werden
konnte. Dies führte zu **umfangreichen Änderungen** im **Leistungsverzeichnis**, Titel 2.1 „Be-
leuchtungsanlagen“.

Nach der vorgelegten **Zusammenstellung** entfallen insgesamt 14 Positionen (- 69.012,03 € 1255
netto), denen 10 neue Positionen (58.419,45 € netto) gegenüberstehen. Hieraus ergibt sich ein
Differenzbetrag von - 10.592,58 € netto (- 12.605,17 € brutto). Der Auftragnehmer behält sich
gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B einen **Mindermengenausgleich** vor.

Aus dem **Erläuterungsbericht** des beauftragten Elektroplaners geht hervor, dass dieser die 1256
Nachtragsforderung hinsichtlich der **geänderten Leistung fachlich geprüft** und auf dieser
Grundlage eine Freigabeempfehlung ausgesprochen hat. **Prüfunterlagen** (z. B. KEV 332, 333,
336) **liegen** dem Rechnungsprüfungsamt **nicht vor**.

Nachtragsforderung Nr. 2 vom 28.09.2020

Die **Erläuterung** vom 09.10.2020 und die **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 19.10.2020 1257
über 5.392,24 € brutto **liegen vor**.

Aus dem **Erläuterungsbericht** des beauftragten Elektroplaners geht hervor, dass dieser die 1258
Nachtragsforderung hinsichtlich der geänderten **Leistung fachlich geprüft** und auf dieser
Grundlage eine **Freigabeempfehlung** ausgesprochen hat. **Prüfunterlagen** (z.B. KEV 332,333,
336) **liegen** dem Rechnungsprüfungsamt **nicht vor**.

Auflistung der Forderung nach Positionen: 1259

- Pos. 08.1.21 Brandschutz-Leergehäuse F30 für die Brandmeldezentrale EP 2.148,00 € netto. Laut Erläuterungsbericht ist das Gehäuse notwendig gewesen, da der Raum, in dem die Brandmeldezentrale untergebracht wurde, nicht brandlastfrei ist und eine andere Aufstellmöglichkeit nicht möglich gewesen wäre.

Die Begründung ist **nachvollziehbar**. Keine Anmerkungen vom RPA. 1260

- Pos. 08.02.05 IP-Hauptsprechstelle EP 1.002,70 € netto entfällt und wird durch 1261
die Pos. 08.2.14 All-In-One Touch-Modul-Tischsprechstelle mit EP 2.669,63 €
ersetzt.

Aus dem **Erläuterungsbericht** geht hervor, dass durch den Fabrikatswechsel 1262
beim NGRS-Bedientableau die Bedienung für den Nutzer vereinfacht wird und
dafür die IP-Hauptsprechstelle entfällt.



Bei der **Durchsicht** der **Schlussrechnung** ist die Pos. 08.02.05 IP-Hauptsprechstelle aufgeführt. 1263
Diese Leistung ist **aus der Sicht vom RPA** mit 1.002,70 € netto in der **Schlussrechnung in Abzug zu bringen**.

Die **Leistungsbeschreibung** für das Notfall- und Gefahrenreaktionssystem enthält eine Vielzahl 1264
sehr detaillierter technischer und funktionaler **Vorgaben**, die in ihrer Gesamtheit geeignet erscheinen, den Wettbewerb jedoch auf bestimmte Systeme oder Hersteller **eingrenzen**. Zwar erfolgt **keine ausdrückliche Herstellerbenennung**, jedoch weisen einzelne **Funktionsbezeichnungen** sowie die **hohen Spezifikationen** auf eine **mögliche Produktausrichtung** hin. Das würde auch den Fabrikatswechsel im Erläuterungsbericht erklären.

Gemäß §31 VgV und §7 VOB/A muss die Leistungsbeschreibung **wettbewerbsfördernd**, 1265
produktneutral und **funktionsbezogen** sein. Wenn keine Einzelbegründung vorliegt, wird die Ausschreibung angreifbar.

- Pos. 08.2.07 Aufputzgehäuse für Polycarbonat NGRS-Sprechstellen entfallen 1266
und wird durch die Pos. 08.2.15 Unterputzkasten aus Stahlblech für Einbau Hauptsprechstelle ersetzt. Diese Einbauart erfolgte aufgrund einer Bemusterung.

Die Begründung ist **nachvollziehbar**. Keine Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes. 1267

Nachtragsforderung Nr. 3 vom 29.09.2020

Die **Erläuterung** vom 09.10.2020 und die **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 19.10.2020 1268
über 2.891,88 € brutto **liegen vor**. Um die bestehenden Motoren der RWA-Klappen weiter zu betreiben sind 5-adrige Verkabelungen erforderlich. Leistung war im **Vorfeld nicht ersichtlich**.

Im **Leistungsverzeichnis** werden Pos. 01.4.13 bis 01.4.19 Brüstungskanäle aus Aluminium für 1269
61.223,72 € netto **ausgeschrieben**. Alternativ wurden auch Pos. 01.4.20 bis 01.4.26 Brüstungskanäle aus Stahl für 47.107,94 € netto angeboten. Durch den Materialwechsel von Aluminium auf Stahl konnte die Leistung um 13.831,11 € netto **günstiger** beauftragt werden. Der AN behält sich gem. §2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B einen **Mindermengenausgleich** vor.

Aus dem **Erläuterungsbericht** des beauftragten Elektroplaners geht hervor, dass dieser die 1270
Nachtragsforderung hinsichtlich der **geänderten Leistung fachlich geprüft** und auf dieser Grundlage eine **Freigabeempfehlung** ausgesprochen hat. **Prüfunterlagen** (z. B. KEV 332, 333, 336) **liegen** dem Rechnungsprüfungsamt **nicht vor**.

Nachtragsforderung Nr. 4 vom 04.11.2020

Die **Erläuterung** vom 05.11.2020 und die **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 05.11.2020 1271
über 2.986,61 € netto **liegen vor**. Leistung war im Vorfeld **nicht ersichtlich**.

Aus dem **Erläuterungsbericht** des beauftragten Elektroplaners geht hervor, dass dieser die 1272
Nachtragsforderung hinsichtlich der **geänderten Leistung fachlich geprüft** und auf dieser Grundlage eine **Freigabeempfehlung** ausgesprochen hat. **Prüfunterlagen** (z. B. KEV 332, 333, 336) **liegen** dem Rechnungsprüfungsamt **nicht vor**.

In der **Forderung** wird die LV-Position 2.1.33 L27/L6- Sanitär Einbau aufgeführt. **Richtige Bezeichnung** der entfallenen Leistung lautet Pos. 2.1.6, wurde in der **SR richtig behandelt**. 1273

Nachtragsforderung Nr. 5 vom 01.12.2020

Nachtragsvereinbarung KEV 337 vom 11.12.2020 über -37.38 € brutto **liegt vor**. 1274

In der **Forderung** unter dem Titel Niederspannungsinstallationsanlagen **entfallen** die Pos. 01.3.01 bis 01.3.03 Standschränke Unterverteiler und die Pos. 01.3.07 Wandschränke für MSR-Technik mit einer Auftragssumme 8.431,88 € netto. Es werden **stattdessen** die Positionen 01.3.89 bis 01.2.96 und die Pos. 14.3.06 mit der Forderungssumme 8.394,50 € netto beauftragt. Die **Auftragsdifferenz** beträgt - 31,41 € netto. 1275

Prüfunterlagen (z.B. KEV 332,333, 336), der Erläuterungsbericht mit der Begründung für die Forderung und die hohe Abrechnung in der Schlussrechnung **liegen** dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung **nicht** vor. 1276



Eine **Begründung** für einen Nachtrag ist **zwingend erforderlich**, um die Rechtmäßigkeit des Anspruchs darzulegen, die Prüfbarkeit zu ermöglichen, Transparenz zu schaffen und Rechtsstreitigkeiten vorzubeugen. 1277

Nachtragsforderung Nr. 6 vom 28.01.2021

Die **Erläuterung** vom 10.12.2020 und die **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 03.02.2021 über 344,03 € brutto für die Herstellung eines Provisoriums für mehrere mobile Heizkörper liegen vor. Die **Abrechnung** erfolgt auf **Nachweis** mit einem **Rapport** Nr. 20193 vom 01.12.2020, **liegt** zur Prüfung **jedoch nicht vor**. 1278

Nachtragsforderung Nr. 7 vom 22.06.2021

Die **Erläuterung** vom 10.12.2020 und die **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 28.06.2021 über -317.50 € brutto **liegen vor**. Gefordert werden 21 DEHN Überspannungsableiter in 2 Varianten mit 1.913,68 € netto und 2 Deckenhalter für Beamer für 400,80 € in der Summe 2.314,48 € netto. In der Forderung werden die im Leistungsverzeichnis Pos. 02.1.24 3 Pollerleuchten mit 2.581,29 € in Abzug gebracht, was im Ergebnis -315,50 € brutto darstellt. 1279

Im **Erläuterungsbericht** des beauftragten Elektroplaners wird das **Fehlen der Überspannungsableiter** im Leistungsverzeichnis mit dem Inkrafttreten einer neuen Vorschrift **begründet**. Die **konkrete Norm**, die diese nachträgliche Beauftragung zwingend erforderlich macht, wird jedoch **nicht benannt**. Zudem bleibt **unbegründet**, warum die Deckenhalterungen für Beamer in der Nachtragsforderung enthalten sind und die Pollerleuchten aus dem Leistungsumfang abgezogen wurden. 1280

Nachtragsforderung Nr. 8 vom 14.07.2021

Die **Erläuterung** vom 27.07.2021 und die **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 13.08.2021 über 1.928,68 € brutto für die Herstellung von Versorgungskabeln von Medienkomponenten **liegen vor**. 1281

Aus dem Erläuterungsbericht des beauftragten Elektroplaners geht hervor, dass dieser die **Nachtragsforderung** hinsichtlich der **geänderten Leistung fachlich geprüft** und auf dieser Grundlage eine Freigabeempfehlung ausgesprochen hat. **Prüfunterlagen** (z. B. KEV 332, 333, 336) liegen dem Rechnungsprüfungsamt **nicht vor**. 1282

Nachtragsforderung Nr. 9 vom 27.10.2021

Die **Erläuterung** vom 04.11.2021 und die **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 08.11.2021 über 205,66 € brutto für die Herstellung der Stromversorgung des Kindergartens liegen vor. 1283

Aus dem **Erläuterungsbericht** des beauftragten Elektroplaners geht hervor, dass dieser die **Nachtragsforderung** hinsichtlich der **geänderten Leistung fachlich geprüft** und auf dieser Grundlage eine **Freigabeempfehlung** ausgesprochen hat. **Prüfunterlagen** (z. B. KEV 332, 333, 336) liegen dem Rechnungsprüfungsamt **nicht vor**. 1284

Nachtragsforderung Nr. 10 vom 31.01.2022

Eine **Nachtragsvereinbarung** KEV 337 vom 08.11.2021 über 18.900,88 € brutto mit den Pos. 08.2.16 bis 08.2.23 für die Herstellung einer Überfallmeldeanlage **sind vorhanden**. 1285

Im **Hinweis** zum Projektablauf vom **beauftragten Elektroplaners** vom 23.12.2022 wird aufgrund von **fehlender T-RM Akte** (Technische Risikomanagementakte) die NGRS-Anlage **zurückgestellt** und **nicht beauftragt**. 1286

Nachtragsforderung Nr. 11 - Mindermengenausgleich gem. § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B

Nachtragsvereinbarung KEV 337 vom 05.07.2020 über 79.123,52 € brutto **liegen vor**. 1287

Aus dem **Erläuterungsbericht** des beauftragten Elektroplaners geht hervor, dass dieser die **Nachtragsforderung** hinsichtlich der **geänderten Leistung fachlich geprüft** und auf dieser Grundlage eine **Freigabeempfehlung** ausgesprochen hat. 1288

Bei der **Prüfung** der Forderung ist in der **Abrechnungszusammenstellung** des AN **nur** die Baustellengemeinkosten aus **Mehrmengen** über 110 % **abgezogen** worden. Abgezogen **müssten** auch die **Allgemeine Geschäftskosten** und der **Gewinn aus Mehrmengen über 110 %**. In der Zusammenstellung Auftrags-, Abrechnungs- und Nachtragswerten ist die Rechnung richtig dargestellt und im Ergebnis einen **Ausgleich** 59.528,83 € netto (70.839,31 € brutto) vorsieht. 1289



Die **Nachtragsforderung** muss um 8.284,21 € brutto **gekürzt werden**. 1290



Das Rechnungsprüfungsamt **empfiehlt** grundsätzlich, im Falle eines **Mindermengenausgleichs** mit dem Auftragnehmer über eine **angemessene Selbstbeteiligung** zu verhandeln. 1291

f) Rapporte, Lieferscheine

Mit dem **Leistungsverzeichnis** wurden **Stundenlohnarbeiten** für evtl. erforderliche Arbeiten nach Genehmigung durch Bauleiter und entsprechenden Nachweisen **ausgeschrieben**. In der Summe wurden 130 h für Obermonteur, Monteur, Elektrohelfer, IT-Obermonteur und IT-Monteur angesetzt. In der Schlussrechnung wurden 237 h **abgerechnet**. 1292



Eine **schriftliche Anordnung** der Stundenlohnarbeiten und die **unterschiedenen** Rapporte und Lieferscheine sind **nicht verfügbar**. Eine **Prüfung** der Stundenlohnarbeiten kann aufgrund von **fehlenden Unterlagen nicht durchgeführt werden**. 1293



Ebenso **fehlen** die Bautagesberichte und der Bauzeitenplan. **Dokumentation** ist nicht vorhanden. 1294

g) Abnahme, Mängel, Gewährleistung

Der Abnahmetermin fand am 04.05.2022 statt. Eine **Abnahmeniederschrift liegt vor**. 1295

Die **Gewährleistung** für den Gesamtauftrag ist der 03.05.2027. 1296

Bei der Abnahme der Arbeiten wurden **Mängel** festgestellt und entsprechend **dokumentiert**. Aus den Unterlagen **geht jedoch nicht hervor, ob und wann die Mängel beseitigt wurden**. 1297



Das Rechnungsprüfungsamt **empfiehlt** einen **Aktenvermerk** mit Datum und Signatur über die Beseitigung dieser Mängel. 1298

h) Rechnungen

Die **Schlussrechnung** vom 17.06.2022 **liegt vor**. Sie umfasst neben den ausgeschriebenen Leistungen auch die Nachträge mit einer **Gesamtforderung** von **549.286,65 €** brutto. 1299

Die Rechnung wurde am 14.09.2022 von der **Bauaufsicht geprüft und korrigiert**. Nach Abzug aller Abschlagszahlungen erfolgte die **Schlusszahlung**. 1300

Durch den **Abzug** der Pos. 08.02.05 IP-Hauptsprechstelle mit 1.002,70 € netto (Nachtragsforderung 2) und dem Betrag aus dem Mindermengenausgleich von 6.961,52 € netto ist eine **Überzahlung** des Auftrages **festgestellt** worden. 1301



Die **Überzahlung** in Höhe von 9.477,42 € brutto ist vom AN **einzufordern**. 1302

i) Fazit

Die **Nachtragsforderungen**, die abgerechneten **Stundensätze und Materiallieferungen** konnten **im Detail nicht geprüft** werden, da die entsprechenden **Unterlagen nicht zur Verfügung standen**. 1303

Die Dokumentation in Enaio ist **unvollständig**. Ein wesentlicher **Grund** für die Unvollständigkeit ist die sogenannte **hybride Aktenführung**. Hierbei existieren **Projektdaten** parallel in **physischer** Form (Papierakten, Pläne, Aufmaße, Rapporte) und in verschiedenen **digitalen Silos** (E-Mails, lokale Server, externe Server verschiedener Büros). 1304

Diese **Zerstückelung** führt zwangsläufig zu **Informationsverlusten**, da **kein einheitlicher SPT** (Single Point of Truth) existiert. Oft finden auch die **handschriftlichen** Notizen, Bautagesberichte oder Rapporte, die vor Ort erstellt werden, **nicht den Weg in das zentrale Dokumentenmanagementsystem** (DMS) oder nur **zeitverzögert**. 1305

Ein **Defizit** in der **Dokumentation**, wie es in der vorliegenden Prüfung **festgestellt** wurde, **gefährdet** die **Durchsetzbarkeit** von Ansprüchen und die Abwehr unberechtigter Forderungen. 1306

Eine **lückenlose Baudokumentation** ist **wesentlich** und verhindert Konflikte, Missverständnisse und Rechtsstreitigkeiten. Es **erleichtert** die Projektkoordination, die Abrechnung und eine erfolgreiche Projektabwicklung. 1307

Die **Dokumentation ist kein Selbstzweck**, sondern ein **Teil** der **vertraglichen Nebenpflichten** des Planers und Bauleiters. Eine **unvollständige** Dokumentation kann als **Pflichtverletzung** gewertet werden, die **Schadensersatzansprüche** nach sich zieht, insbesondere, wenn **Mängelansprüche** aufgrund **fehlender Beweise nicht abgewehrt** werden können. 1308

Grundsätzlich sind alle **Unterlagen** nach Fertigstellung der Baumaßnahmen von externen Architekten/Ingenieuren von der Verwaltung **aktiv und unmittelbar** nach Abschluss der Baumaßnahme **einzufordern** und im Enaio **einzupflegen**. 1309

Die **Leistungsbeschreibung** weist mehrere Merkmale auf, die aus **vergaberechtlicher** Sicht **kritisch** im Hinblick auf die geforderte Produktneutralität zu bewerten sind. Insbesondere entsteht der **Eindruck**, dass die Beschreibung sehr stark **auf ein konkretes Produkt** bzw. einen bestimmten Hersteller **zugeschnitten** ist. 1310

Die Position 1.3.78 KNX-Wetterzentrale ist z.B. **nicht produktneutral**, weil die beschriebenen Funktionen, Sensorik Kombinationen und Automatikprogramme exakt wortgleich der Produktbeschreibung BMS Quadra Wetterzentrale **entsprechen**. 1311

Die zusätzlich genannte „Jung 2225 WSU“ ist **keine gleichwertige Alternative**, da sie keine 8 Sektoren Zentrale, keine Globalstrahlung pro Himmelsrichtung, keine Beschattungslogik für 8 Fassaden, keine 16 Eingangsprogramme und keine Sicherheitslogik für 3 Objekte je Sektor bietet. Die Jung Wetterstation ist ein **reiner Sensor**, keine Sonnenschutzzentrale. 1312

Auch die Pos. 1.3.81 RWA-Zentrale beschreibt **exakt das Produkt** von WindowMaster WSC 520 / WSC 540 mit den spezifischen Merkmalen wie KNX fähig, viele Motorkreise, Lüftung mit RWA kombiniert, SD Karte und Motorüberwachung. Auch wenn kein Hersteller genannt wird, werden andere Hersteller durch solche konkreten Vorgaben **ausgeschlossen**. 1313

Nach § 31 Abs. 6 VgV und §7 Abs. 2 VOB/A sind **technische Spezifikationen** grundsätzlich **produktneutral** und **wettbewerbsoffen zu formulieren**. Es wird **empfohlen**, die Anforderungen künftig **stärker funktionsorientiert** auszugestalten und besonders spezifische Leistungsmerkmale **nachvollziehbar zu begründen** und in der **Vergabeakte zu dokumentieren**. 1314

Das Notfall- und Gefahren-Reaktions-System (NGRS-Anlage) wurde aufgrund von Annahmen **ausgeschrieben**, da zur Planung **keine technische Risikomanagementakte vorlag**. Im Verlauf der Baumaßnahme wurde zwar die Erstellung und Fortschreibung der Akte fortgeführt. Allerdings lag selbst **nach Fertigstellung** aller elektrischen Anlagen, **keine belastbare Endfassung** der T-RM Akte **vor**. Die Fertigstellung der NGRS-Anlage **wurde zurückgestellt**. 1315

Die **Entscheidung**, das NGRS trotz fehlender Risikomanagementakte auf **Basis von Annahmen auszuschreiben**, führt zwangsläufig zu **einer unkalkulierbaren Risikoverteilung** zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Gemäß den **vergaberechtlichen Grundsätzen** muss die Leistungsbeschreibung so **präzise** sein, dass die Bieter die Preise **ohne** umfangreiche eigene **Risikokalkulationen** ermitteln können. 1316

Die **Aufteilung** in ein separates Los oder ein eigenständiges Vergabeverfahren wäre **zwingend** **geboten** gewesen, **sobald absehbar** war, dass die notwendigen **Planungsgrundlagen** (T-RM-Akte) **nicht rechtzeitig vorliegen**. 1317

IX. Bestätigungsvermerk

Das Rechnungsprüfungsamt hat den **Jahresabschluss 2022** der Stadt Ostfildern bestehend aus 1318
Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz, Anhang und den Rechenschafts-
bericht nach § 110 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg **geprüft**. Die Buchführung,
die Inventur, das Inventar und die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegen-
stände wurden in die Prüfung einbezogen.

Die Prüfung wurde vom Rechnungsprüfungsamt **nach den Vorschriften** der Gemeindeord- 1319
nung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindeprüfungsordnung sowie der Handreichung
der KGSt für die Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse vorgenommen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass **wesentliche Unrichtigkeiten und** 1320
Verstöße mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die **gesetzlichen Vorschriften**, die ergänzenden Bestimmungen der **Satzungen** und die sonsti- 1321
gen **ortsrechtlichen Bestimmungen** wurden beachtet.

Die **Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung** (GoB) wie bspw. Vollständigkeit, Richtigkeit 1322
und Willkürfreiheit, Begründetheit, Klarheit und Übersichtlichkeit waren eingehalten.

Der **Jahresabschluss vermittelt** ein den **tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der** 1323
Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Ostfildern.

Der **Rechenschaftsbericht** steht **im Einklang** mit dem Jahresabschluss und vermittelt 1324
insgesamt ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt
Ostfildern und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die in diesem Bericht erwähnten **Prüfungsbemerkungen** und Ausführungen über einzelne 1325
Sachverhalte sind für den **Einzelfall von Bedeutung**. Sie sind jedoch **weder** in der **Anzahl**, **noch**
in der **wirtschaftlichen Bedeutung** derart **gravierend**, als dass sie der **Bestätigung** des Jahres-
abschlusses **entgegenstehen**.

Die Prüfung des Jahresabschlusses hat somit insgesamt zu **keinen Einwendungen** geführt. 1326
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erteilt das
Rechnungsprüfungsamt den **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk**.

Dem **Gemeinderat** kann **empfohlen** werden, den **Jahresabschluss** für das Haushaltsjahr 2022 1327
gemäß § 95 b Abs. 1 GemO endgültig **festzustellen**.

Ostfildern, den 30.06.2026



Freybler
Rechnungsprüfungsamt